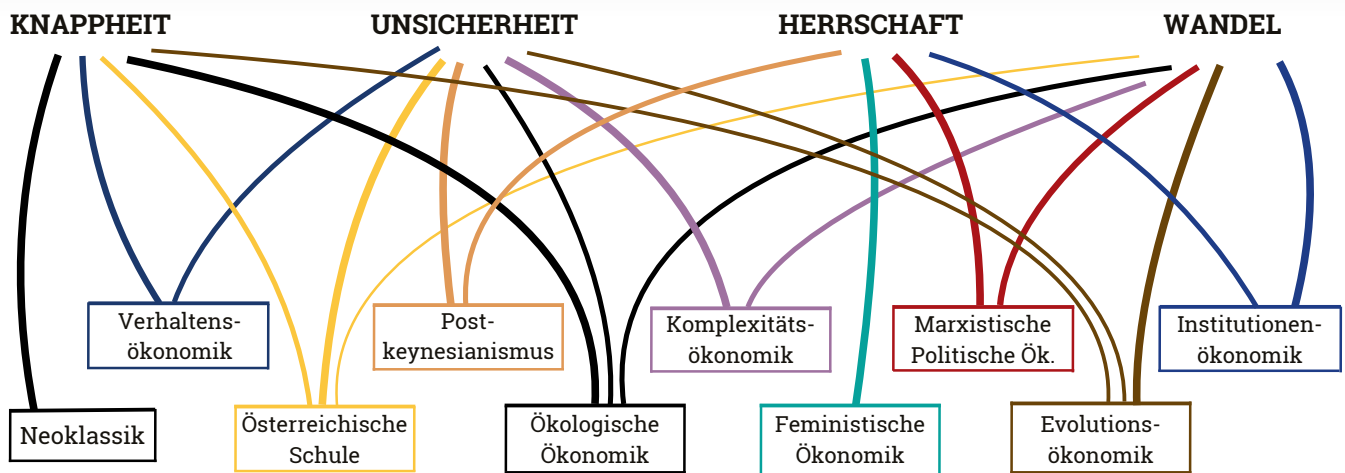


DEUTSCHLAND & EUROPA



Der Beutelsbacher Konsens im Wirtschaftsunterricht durchgängig plural?

Chefredaktion

Ralf Engel, ralf.engel@lpb.bwl.de

Redaktionsassistentz

Sylvia Rösch, sylvia.roesch@lpb.bwl.de
Claudia Kornau, claudia.kornau@lpb.bwl.de

Anschrift der Redaktion

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-45
Fax: 07 11/16 40 99-77

Gestaltung Titel

VH-7 Medienküche GmbH,
Stuttgart / Ralf Engel

Gestaltung Innenteil

PMGi Agentur für Medien GmbH
Telefon: 02385/931-273 | pmgi.de

Druck

W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co. KG
Augsburger Straße 722 | 70329 Stuttgart

»Deutschland & Europa« erscheint zweimal im Jahr.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto:

<https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/#compare> (bearbeitet).

Auflage dieses Heftes: 13.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 15.05.2024

ISSN 1864-2942



Das komplette Heft finden Sie zum Downloaden als PDF-Datei unter

www.deutschlandundeuropa.de

DER BEUTELSBACHER KONSENS IM WIRTSCHAFTSUNTERRICHT DURCHGÄNGIG PLURAL?

Vorwort der Herausgeberin	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg	1
1. Pluralität ermöglichen	2
Ralf Engel	
2. Alles Knappheit oder was?	8
Ein kontroverser Blick auf die Mikroökonomie	8
Helge Peukert	
3. Ökonomie der bezahlten und unbezahlten Arbeit – Eine feministische Betrachtung der Tätigkeitsgesellschaft	16
Ulrike Knobloch	
4. Was macht eine gute Fiskalpolitik aus?	24
Leo Mühlenweg, Philippa Sigl-Glöckner	
5. Gibt es einen Widerspruch zwischen ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit?	32
Till van Treeck	
6. Wettbewerb und Handel neu denken	40
Patrick Kaczmarczyk	
7. Können wir uns Wachstum noch leisten?	48
Niko Paech	
8. Woher das Geld kommt und wer davon profitiert	56
Aaron Sahr	
9. Modern Money Theory – Geld als gesellschaftliches Gestaltungselement	64
Dirk Ehnts	
10. Ist nach der Krise stets vor der Krise?	72
Stephan Schulmeister	
Deutschland & Europa intern	80
D&E-Autorinnen und Autoren – Heft 87	80



Begleitmaterialien zu allen Heften finden Sie in dem Moodle-Raum „Deutschland & Europa – Begleitmaterialien“ der Landeszentrale für politische Bildung.

Falls noch nicht erfolgt, ist eine Anmeldung erforderlich:

1. Anmeldung bei der Moodle-Plattform der LpB: <https://www.elearning-politik.net/moodle39/>

2. Senden Sie eine Mail an Ralf.Engel@lpb.bwl.de mit dem Betreff „Aufnahme in Moodle“ und bitten Sie unter Nennung Ihres Namens und der Institution/Schule, an der Sie tätig sind,

um Aufnahme in den Kursraum „Deutschland & Europa – Begleitmaterialien“.

3. Innerhalb weniger Tage werden Sie in den Raum aufgenommen. Eine gesonderte Bestätigung ergeht nicht.

4. Von diesem Moodle-Raum gelangt man auch zu einem offenen Moodle-Raum für Schülerinnen und Schüler, in dem interaktive Elemente genutzt werden können.

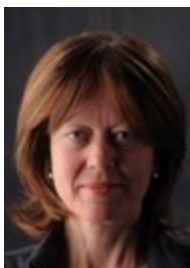
VORWORT DER HERAUSGEBERIN

Der Ton in Gesellschaft und Politik verschärft sich zusehends. Hass und Hetze richten sich auf „die Politiker“, „die Eliten“ oder auf als „fremd“ markierte Gruppen wie Geflüchtete, Wohnungslose oder Langzeitarbeitslose. Und auch das zeigt sich: Demokratische Entscheidungen werden von Teilen der Bevölkerung nur dann akzeptiert, wenn sie den eigenen Interessen dienen. Der Staat wird dabei – ganz im Sinne eines privatwirtschaftlichen Unternehmens – zum Dienstleister degradiert, der die Bedürfnisse der Menschen befriedigen und liefern soll, was bestellt wurde.

Befeuert wird diese Sichtweise auch durch bestimmte Formate in den sozialen Medien, die sich gerade bei jungen Menschen großer Beliebtheit erfreuen, und in denen sogenannte Finanz-Influencer die individuelle Gier feiern und im finanziellen Erfolg ein Zeichen des persönlichen Verdienstes sehen. Gesellschaftliche oder (sozial-)staatliche Belange werden als Beschränkung der individuellen Freiheit und als Schwäche abgelehnt.

Eine derartige ökonomistische Sichtweise befördert gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wodurch arme, wohnungslose oder langzeitarbeitslose Menschen abgewertet oder gar als „wirtschaftlich unrentabel“ und „nutzlos“ stigmatisiert werden. Diese Einstellung ist teilweise auf ein zu enges Verständnis des Ökonomischen zurückzuführen, das ausschließlich auf individuellen Kosten-Nutzen-Abwägungen basiert und davon ausgeht, dass jeder nur seinen Nutzen maximieren müsse, damit alles zum Besten bestellt sei. Oder um es in den Worten Margaret Thatchers auszudrücken: „There is no such thing as society.“

Das vorliegende Heft der Landeszentrale für politische Bildung tritt diesem einseitigen Verständnis des Ökonomischen entgegen und präsentiert in neun wissenschaftlichen Beiträgen alternative Zugänge zur Ökonomie: So wird u. a. ein differenzierter Blick auf den Staatshaushalt geworfen, der Begriff der Arbeit aus feministischer Sicht beleuchtet und die Idee der Postwachstumsökonomie vorgestellt. So wird deutlich, dass es – ganz im Sinne des Beutelsbacher Konsenses – verschiedene Perspektiven ökonomischen Denkens gibt, die ihren je eigenen Beitrag leisten können, um die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen. In diesem Sinne ist ökonomische Allgemeinbildung politische Bildung par excellence.



Sibylle Thelen
*Direktorin der Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg*



Ralf Engel
*Chefredakteur von
„Deutschland & Europa“*



Theresa Schopper
*Ministerin für Kultur, Jugend
und Sport Baden-Württemberg*

GELEITWORT DER MINISTERIN FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT BADEN-WÜRTTEMBERG

Brücken renovieren, die Digitalisierung nach vorne bringen, die Energiewende schaffen, Waffen für die Bundeswehr und die Ukraine finanzieren - und das alles auf Pump? Oder streng die Vorgaben der Schuldenbremse wahren, die Stabilität der Finanzen von Bund und Ländern im Auge behalten und einer langfristigen Verantwortung im Rahmen der Generationengerechtigkeit folgen? Darüber streiten sich Politikerinnen und Politiker genauso wie Ökonominnen und Ökonomen. Das Beispiel zeigt: Politik und Wirtschaft lassen sich nicht getrennt betrachten - vor allem, weil es dabei immer auch um Fragen der Verteilungsgerechtigkeit geht und um unterschiedliche Vorstellungen, wie wir die Zukunft gestalten wollen.

Dass wir über ökonomische Fragen kontrovers diskutieren, entspricht den Prinzipien unserer Demokratie und deshalb ist es nur folgerichtig, wenn wir Pluralität und Perspektivenvielfalt in die Praxis der ökonomischen Bildung an unseren Schulen spiegeln.

Wirtschaft hat sich als eigenständiges Fach an den allgemein bildenden Gymnasien in Baden-Württemberg bestens etabliert, was nicht zuletzt die hohe Zahl an Schülerinnen und Schülern belegt, die Wirtschaft als Leistungsfach wählen. Das Fach erfreut sich großer Beliebtheit und hat sich durch seine Ausgestaltung zu einer Art „Benchmark“ entwickelt, die auch in anderen Bundesländern auf große Beachtung stößt.

Ein Blick in den Bildungsplan zeigt, dass das Fach Wirtschaft grundlegend plural angelegt ist. Konkretisiert wird dies in den Leitgedanken, die die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses als „geradezu konstitutiv“ ausweisen. So gilt es u.a., unterschiedliche ökonomische Modelle und Erklärungsansätze kritisch zu analysieren und dabei Nachhaltigkeitsaspekte und ethische Implikationen zu berücksichtigen.

Genau dabei will das vorliegende Heft von „Deutschland & Europa“ Lehrkräfte des Faches Wirtschaft unterstützen: Neun wissenschaftliche Beiträge hinterfragen scheinbar gesicherte Wahrheiten und ermöglichen im Verbund mit dem anschließenden Materialteil einen multiperspektivischen und handlungsorientierten Unterricht. Gerade vor dem Hintergrund einer immer komplexer werdenden Realität liegt darin eine wichtige Grundlage für die ökonomische Urteilsbildung von mündigen Bürgerinnen und Bürgern.

DER BEUTELSBACHER KONSENS IM WIRTSCHAFTSUNTERRICHT PLURALITÄT ERMÖGLICHEN

RALF ENGEL

„Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen“, lautet ein Auszug aus dem Beutelsbacher Konsens, der für den gesamten Bildungsplan in Baden-Württemberg verbindlich ist. Dies drückt sich auch in den Leitgedanken des Faches Wirtschaft/WBS aus, die den Inhalten vor- und übergeordnet sind: „Geradezu konstitutiv in der Vermittlung von Ökonomie, in der mehrere Richtungen und Schulen um die Deutungshoheit ringen, sind nach dem Beutelsbacher Konsens die Prinzipien der Kontroversität und Pluralität sowie das Überwältigungsverbot“. So soll „den Schülerinnen und Schülern der Pluralismus der Modelle, aber auch das Verhältnis von Modellen und Wirklichkeit bewusst“ gemacht werden. Ja, die Schülerinnen und Schüler werden sogar zur „Dekonstruktion“ ökonomischer Modelle aufgefordert (*Bildungsplan Baden-Württemberg 2016*). Dieser Anspruch ist geradezu unabdingbar, wenn mündige Bürgerinnen und Bürger angestrebt werden, die sich in einer immer komplexer werdenden Welt zu rechtfinden und begründete Urteile fällen können.

Mit Blick auf den Schulalltag ist die Umsetzung dieses Anspruchs nicht immer einfach, da im Unterricht, aber auch in den Schulbüchern oftmals zu sehr die inhaltsbezogenen Kompetenzen in den Blick genommen werden, aus denen das Kontroversitätsgebot zumeist nicht hervorgeht. Außerdem werden die Unterrichtenden selbst weder in Studium noch in Aus- und Fortbildung ausreichend mit einer „Ökonomie, in der mehrere Richtungen und Schulen um die Deutungshoheit ringen“, konfrontiert, einer Ökonomie also, die den Prinzipien der Kontroversität und Pluralität gerecht würde. In vielen Fällen beschränkt sich somit die Kontroversität auf unterschiedliche Akteursperspektiven sowie die Gegenüberstellung der wirtschaftspolitischen Konzepte von Angebots- und Nachfragepolitik. Aber wird beispielsweise das Knappheitsprinzip, aus dem sich das ökonomische Prinzip mit dem Ziel der Effizienz ableitet, auch tatsächlich kontrovers vermittelt? Wird das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit im Unterricht hinterfragt? Werden die prinzipiellen Unterschiede zwischen einem privaten Haushalt und dem Staatshaushalt thematisiert? Und wie sieht es mit der Geldschöpfung und den damit einhergehenden Implikationen aus? Hier dominiert ein Phänomen, das *Jakob Feinig (2024)* als „Beschweigen des Geldes“ bezeichnet.

Die vorliegende Ausgabe von D&E spürt diesen blinden Flecken nach und macht konkrete Vorschläge für einen durchgängig pluralen Unterricht, der die Potenziale des Bildungsplans ausschöpft und die geforderte Kontroversität ermöglicht.

Aber warum ist ein solches Angebot überhaupt notwendig?

EIN BLICK IN DIE WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Die Notwendigkeit ergibt sich zum Teil daraus, dass die Volkswirtschaftslehre als Be-

zugswissenschaft insbesondere im Grundstudium wenig plural angelegt ist. So sind 95 % der Studiengänge verpflichtend an der neoklassischen Denkschule ausgerichtet und die Inhalte werden entlang eines weltweit verbreiteten Lehrbuchkanons vermittelt (*Economists for Future 2020*). Für diese neoklassisch orientierten Werke werden teilweise auch die Präsentationsfolien für den Einsatz durch die Lehrenden mitgeliefert. Ausgangspunkt dieser Denkschule ist das Knappheitsprinzip sowie die Rationalität des Verhaltens der Wirtschaftssubjekte, die als nutzenmaximierender *homo oeconomicus* modelliert werden. Angebot und Nachfrage werden dann im Marktmodell bei einem Gleichgewichtspreis und einer Gleichgewichtsmenge zur Deckung gebracht. In diesem Gleichgewicht wird die maximale Wohlfahrt erreicht, jeder Eingriff, z. B. durch den Staat, führt zu Wohlfahrtsverlusten. Dies ist auch der Grund, warum dieses Modell mit (ordo- oder neo-)liberalen Positionen kompatibel ist, auch wenn z. B. Friedrich von Hayek die mathematische Modellierung komplexer Phänomene ausdrücklich ablehnte.

Wenn Markteingriffe objektiv und zwingend zu Wohlfahrtsverlusten führen, liegt die Forderung nach Deregulierung bzw. Privatisierung nahe. Das Auseinanderklaffen „von Modellen und Wirklichkeit“ (*Bildungsplan Baden-Württemberg 2016*) zeigte sich u. a. in der Weltfinanzkrise von 2007 ff. Mit den Finanzmärkten haben sich gerade die am stärksten deregulierten Märkte, die dem neoklassischen Ideal des vollkommenen Marktes am nächsten kamen, weil u. a. zeitliche und räumliche Präferenzen keine Rolle spielten und weitgehend homogene Güter gehandelt wurden, als die krisenanfälligsten erwiesen. Statt Effizienz und Wohlfahrtsmaximierung haben die Finanzmärkte, die durch raffinierte Finanzinnovationen noch widerstandsfähiger werden sollten, weite Teile der Welt in eine schwere, bis heute nachwirkende Krise gestürzt, die nur durch massive staatliche Eingriffe abzuwenden war. Die dadurch verursachten extrem hohen Kosten wurden jedoch weitgehend vom

Den Schülerinnen und Schülern soll der Pluralismus von Modellen, aber auch das Verhältnis von Modellen und Wirklichkeit bewusst gemacht werden.

Staat und nicht von den Finanzmarktakteuren getragen. „Das ganze intellektuelle Gedankengebäude ist mit der Krise zusammengebrochen“, musste der damalige Chef der US-Notenbank, Alan Greenspan, einräumen, weltweit forderten Studierende einen Wandel in den Wirtschaftswissenschaften, zahlreiche Initiativen entstanden, die eine realitätsnähere und pluralistische Herangehensweise forderten.

Dass sich bis heute dennoch recht wenig geändert hat, mag neben den Beharrungskräften des Wissenschaftsbetriebs auch daran liegen, dass „sich die Regierungen nun wieder an Keynes [orientierten]: Banken wurden gerettet, Konjunkturprogramme angeschoben und gigantisches „deficit spending“ betrieben.“ Dadurch wurde das Schlimmste verhindert, jedoch wurde „die Neoklassik [...] nicht gezwungen, sich mit dem eigenen Scheitern auseinanderzusetzen“ (*Hermann 2017*). Auch *Schulmeister (vgl. S. 74)* erklärt die lange „Dauer dieser finanzkapitalistischen Phase“ mit den „wirtschaftspolitischen Maßnahmen [...], um die Folgen der verschiedenen Krisen einzudämmen“ – ein Phänomen, das *Mühlenweg/Sigl-Glückner (vgl. S. 25 f.)* auch als „Burgfrieden zwischen der Angebots- und der Nachfragepolitik“ bezeichnen. So war denn auch der „keynesianische Moment“ schnell wieder vorbei, denn 2009 wurde die Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen und 2013 trat auf europäischer Ebene der Fiskalpakt in Kraft, um die Staatsverschuldung zu begrenzen.

Eine ähnliche Dynamik von „keynesianischem Moment“ (mit „Wumms“ und „Dop-

pelwumms“) und sich anschließender Forderung, die Schuldenbremse unbedingt schärfzustellen, konnte und kann auch im Rahmen der Corona-Krise und deren Folgen beobachtet werden.

NATURWISSENSCHAFTLICHE EXAKTHEIT ALS ANSPRUCH

Die neoklassische Perspektive ist nicht zuletzt deshalb in den Lehrbüchern so dominant, weil sie mit einer quasi naturwissenschaftlichen Exaktheit einherzugehen scheint: „Ökonomen bemühen sich, ihr Gebiet mit wissenschaftlicher Objektivität zu behandeln. Sie betreiben die Erforschung der Volkswirtschaft in ziemlich derselben Weise, wie ein Physiker die Materie [...] untersucht“, so wird der neoklassische Ansatz in dem weltweit führenden Lehrbuch von *Mankiw/Taylor (2012)* skizziert. Folglich führen im Preis-Mengen-Diagramm, dem zentralen Modell der Neoklassik, staatliche Eingriffe jeglicher Art unweigerlich zu einem Gesamtwohlfahrtsverlust, der berechnet werden kann. In diesem Sinne fordern z. B. *Mankiw/Taylor* in ihrem Lehrbuch die Studierenden auf, „jene Arbeitslosigkeit, die durch gesetzlich festgelegte oder tarifvertraglich vorgeschriebene Mindestlöhne entsteht“, zu berechnen (*Mankiw/Taylor 2018*). In diesem Modell entsteht Arbeitslosigkeit zwangsläufig (vgl. *Till van Treeck, Abbildung 1, S. 33*), Kontroversität ist gar nicht möglich, der Beutelsbacher Konsens ausgehebelt. Ein solcher Ansatz „entdeckt“ Naturgesetze, die nicht diskutiert und ge-

Man kann DER ökonomischen Perspektive kein ÖKONOMISCHES Argument entgegensetzen.

staltet werden können, sondern akzeptiert werden müssen. TINA (There is no alternative!) ist die logische Konsequenz einer Sozialwissenschaft, die sich als Naturwissenschaft ausgibt. Um Fragen der Macht muss man sich nicht kümmern, auch soziale Ungleichheit ist letztlich naturgegeben und findet keine Berücksichtigung. Die Konsequenz ist, dass man z. B. die „zwangsläufig“ entstehende Arbeitslosigkeit zwar moralisch bedauern und es als ungerecht empfinden kann, dass nicht alle einen auskömmlichen Lohn bekommen, man aber DER ökonomischen Perspektive kein ÖKONOMISCHES Argument entgegensetzen kann.

"DIE" ÖKONOMISCHE PERSPEKTIVE?

Denn eine so verstandene „wissenschaftliche Objektivität“ verfügt über eine einzige, DIE „spezifisch ökonomische“ Perspektive,

die letztlich, folgt man dem 2014 verstorbenen Nobelpreisträger Gary Becker, auf alle Lebensbereiche angewandt werden kann: „Ich glaube, dass das, was die Wirtschaftswissenschaft als Disziplin von anderen Disziplinen unterscheidet, nicht ihr Gegenstandsbereich ist, sondern ihre Vorgehensweise“ (*Becker 1976*). Diese in den gängigen Lehrbüchern vertretene Sichtweise leistet einem Ausgreifen des Ökonomischen auf alle Lebensbereiche Vorschub. Sie geht auf die Entstehung der Neoklassik im 19. Jahrhundert zurück, als viele Ökonomen der Physik als „echter“ messbarer Wissenschaft naheifern wollten. Mit benachbarten Bezugswissenschaften wie der Politikwissenschaft oder der Soziologie, die einen multiperspektivischen Blick auf das Geschehen ermöglichen, ist die Annahme EINER ökonomischen Perspektive nicht vereinbar.

Kann es da verwundern, dass Studien immer wieder feststellen, dass „besonders Studierende der Wirtschaftswissenschaften [...] niedrige Kompetenzen im kritischen Denken“ an den Tag legen (*OECD-Studie 2022*)?

DIE WIRKMÄCHTIGKEIT "DER" ÖKONOMISCHEN PERSPEKTIVE

Man könnte dies nun als mehr oder weniger belanglos abtun, wenn diese Sicht auf ökonomische Zusammenhänge nicht wirkmächtig bzw. handlungsleitend würde. Dies unterstreicht ein Zitat des 2009 verstorbenen *Paul Samuelson*, ebenfalls Nobelpreisträger und zusammen mit *William Nordhaus* Autor eines internationalen Standardwerkes zur Volkswirtschaftslehre. Samuelson hob hervor: „Es ist mir gleichgültig, wer die Gesetze eines Landes verfasst oder Verträge entwirft – wenn ich nur die ökonomischen Lehrbücher schreiben kann.“ Tatsächlich ist in einigen Bereichen eine Verengung des öffentlichen Diskurses und der wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume zu beobachten. So ist die vermeintliche Gewissheit, dass die Knappheit von Gütern DAS ökonomische Grundproblem darstellt und wirtschaftliches Handeln notwendig macht, ebenso allgegenwärtig wie die Vorstellung, dass sich ein Staatshaushalt nicht grundlegend von einem privaten Haushalt unterscheidet und Schulden daher möglichst zu vermeiden sind. Das Thema Geld ist geradezu ein Paradebeispiel für diese Form der Diskursverengung: Dass Banken die Einlagen ihrer Kunden weiterreichen, ist Allgemeingut, woraus gefolgert wird, dass privates Sparen nicht nur individuell richtig, sondern auch gesamtwirtschaftlich notwendig ist. Oder das Beispiel Wettbewerbsfähigkeit: Mit großer Vehemenz wird gefordert, dass Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit steigern müsse, was sich letztlich in steigenden Exportüberschüssen niederschlagen würde.

So ist es nicht verwunderlich, dass viele Ökonomen – ganz dem neoklassischen Preis-Mengen-Diagramm folgend – vor dem Mindestlohn warnten und eine hohe Arbeitslosigkeit prophezeiten, wie es auch in den Lehrbüchern steht. Der „*Sachverständigenrat für Wirtschaft*“ befürchtete massive Arbeitsplatzverluste, vor allem bei Geringqualifizierten (*SVR 2012/13*). Diese Prognosen hielten dem Realitätscheck nach 2015 in keiner Weise stand und die Wissenschaftler der Mindestlohnkommission kritisierten im Nachhinein, dass die Prognostiker allein auf die – vorherrschende – neoklassische Arbeitsmarkttheorie „unter Missachtung konkurrierender Modelle“ zurückgegriffen hätten. Darüber hinaus unterstellten sie gar eine „verzerrte Wahrnehmung der internationalen Evidenz“ und ideologische Voreingenommenheit (*Mindestlohnkommission 2018*). Doch die vielen mahnenden Stimmen unter den Ökonomen bezogen sich in ihren Prognosen genau auf das Modell, das in Schul- und Lehrbüchern fast ausschließlich Anwendung findet.

MEHRWERT VON PLURALITÄT

Pluralität und Kontroversität erscheinen angesichts einer immer komplexer werdenden Realität auch aus erkenntnistheoretischer Sicht wichtiger denn je. Nur wenn komplexe Phänomene mit mehreren ökonomischen Brillen betrachtet werden, können wirtschaftliche Entwicklungen umfassend durchdrungen und ihre Konsequenzen reflektiert werden. Jedes Paradigma hat seine eigenen Annahmen, Konzepte und Methoden, keine Perspektive ist vollständig richtig oder falsch, sondern zeigt jeweils einen Ausschnitt der Wirklichkeit und leitet daraus unterschiedliche politische Forderungen ab, so

Es geht nicht darum, die eine „Wahrheit“ durch eine andere zu ersetzen, sondern der Vielfalt ökonomischer Theorien Raum zu geben.

dass sich die Perspektiven sowohl widersprechen als auch ergänzen können (vgl. [Moodle Mo1](#)). Es geht also gerade nicht darum, die eine „Wahrheit“, die EINE ökonomische Perspektive durch eine andere zu ersetzen, sondern der Vielfalt ökonomischer Theorien Raum zu geben, damit die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, deren Vor- und Nachteile zu beurteilen.

So liefert die in Wissenschaft und Öffentlichkeit dominierende neoklassische Perspektive gerade auf der Mikroebene

wichtige Erkenntnisse über die Anreize des Individuums, für makroökonomische Zusammenhänge ist die Neoklassik demgegenüber nur bedingt geeignet. Denn die zentrale Grundregel des ceteris paribus (es wird nur eine Variable, z. B. der Lohn, verändert, alle anderen Variablen bleiben gleich) gilt für makroökonomische Zusammenhänge nicht, wie z. B. *Friederike Spiecker* in ihrem Beitrag für D&E Heft 83 „Gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und Lohnniveau – welche Ökonomik ist relevant?“ darlegte. Auf Makroebene können Angebots- und Nachfragefunktion nie getrennt voneinander betrachtet werden, sondern stehen in Wechselwirkung zueinander. Die einzel-

Die einzel- und die gesamtwirtschaftliche Perspektive sind in der Regel nicht deckungsgleich.

und die gesamtwirtschaftliche Perspektive sind daher in der Regel nicht deckungsgleich. Aus Sicht eines Unternehmens ist es z. B. rational, die Löhne zu senken, um Kosten zu sparen. Wenn viele Unternehmen dies tun, würde dies aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die Volkswirtschaft und damit auch die Unternehmen schwächen, da die Nachfrage sinken würde. Rückkopplungen lassen sich jedoch in einem Preis-Mengen-Diagramm nicht abbilden, in dem die Entscheidung des Anbieters keinen Einfluss auf die Nachfrage und umgekehrt hat (ceteris paribus). Die Annahme, dass jeder nur sein Eigeninteresse verfolgen müsse und sich harmonisch das Beste für alle ergebe, ist in diesem Fall nicht gültig.

BIST DU VOLKSWIRT, SO BEACHTE STETS DES ANDEREN GEGENBUCHUNG. (W. LAUTENBACH)

Gesamtwirtschaftliche, makroökonomische Zusammenhänge lassen sich besser verstehen, wenn man die einzelwirtschaftliche Perspektive verlässt und ganz einfache, logische Zusammenhänge anerkennt, z. B. dass die Einnahmen des einen die Ausgaben des anderen sind und umgekehrt. Erst wenn man diese buchhalterische Banalität beachtet, kann eine angemessene Auseinandersetzung mit volkswirtschaftlichen Themen wie dem Staatshaushalt, der Staatsverschuldung und der Schuldenbremse stattfinden. Erst dann versteht man, dass Staatsausgaben nicht „weg“ sind, sondern in einen anderen Sektor fließen und diesen reicher machen, dass Staatsschulden immer ein Vermögen in gleicher Höhe gegenübersteht, dass eine Schuldenbremse gleichzeitig eine Vermögensbremse ist. Erst wenn man die einzelwirtschaftliche Perspektive verlässt und die „Gegenbuchung“ berücksichtigt,

Buchhalterische Banalität: Die Einnahmen des einen sind die Ausgaben des anderen und umgekehrt.

versteht man, dass heutige Staatsausgaben das Vermögen künftiger Generationen (z. B. in Form einer modernen Infrastruktur) vermehren, dass die dann fällig werdenden Zinszahlungen den Gläubigern aus derselben Generation (z. B. den Haltern der Staatsanleihen) zufließen.

Um bei diesem Beispiel zu bleiben: Die Anerkennung dieser buchhalterischen Zusammenhänge ist keineswegs ein Freibrief für grenzenloses Schuldenmachen oder gar das Ende der Kontroversität. Denn auch wenn

- Staatsschulden und Privatvermögen immer gleichzeitig vererbt werden, ist damit noch nichts über die „richtige“ Höhe der Staatsverschuldung gesagt.
- man die makroökonomischen Zusammenhänge berücksichtigt, kann man Risiken einer hohen Staatsverschuldung sehen, wie z. B. die Höhe der Zinszahlungen. Man kann auf die Gefahr von Ausgabenorgien gerade vor Wahlen (Public-Choice-Theorie) hinweisen oder die Auffassung vertreten, dass es besser wäre, marktwirtschaftliche Kräfte zu stärken, die eine effizientere Problemlösung böten.
- Investitionen keine Ersparnis voraussetzen, ist dies keine Aussage über die „richtige“ Geld- oder Fiskalpolitik.
- es keinen Automatismus zwischen Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit gibt, ist das keine Aussage über die „richtige“ Lohnhöhe.

Doch erkennt man die oben geschilderten Zusammenhänge an, so käme man endlich auf die zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik zu sprechen: Welche Rolle soll der Staat im Wirtschaftsprozess spielen? Welche Aufgaben sollen besser von privaten Unternehmen wahrgenommen werden? Gilt es, Steuern zu senken oder zu erhöhen? Welche Steuerarten betrifft das jeweils? Und wie lässt sich eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft finanzieren?

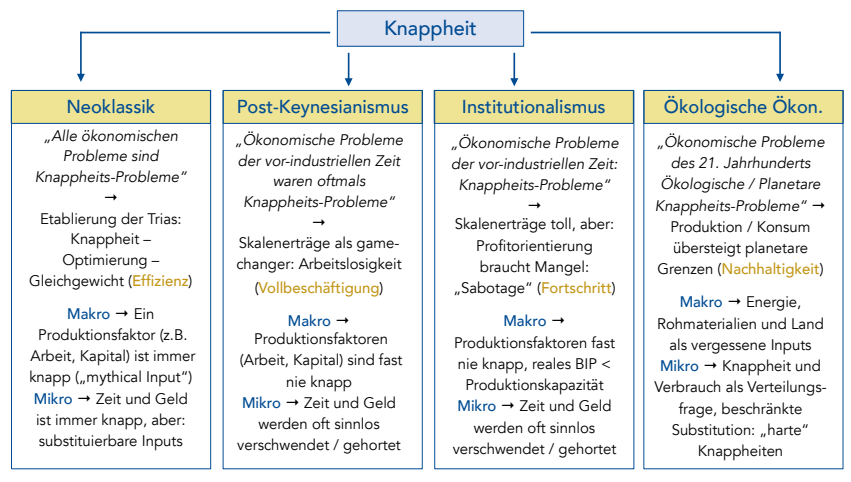
PLURALITÄT ERMÖGLICHEN

Der baden-württembergische Bildungsplan steht, richtig gelesen, einer verengten, eindimensionalen Sichtweise diametral entgegen. Dennoch besteht die Gefahr, dass manche Phänomene mangels Kenntnis pluraler Zugänge nicht kontrovers vermittelt werden können. Oder wo findet man Informationen darüber, dass „Knappheit als Grundlage allen Wirtschaftens“ nur die Perspektive der Neoklassik ist und auch das Preis-Mengen-Diagramm dieser Perspektive entstammt, dass nicht alle gleichzeitig Exportüberschüsse anhäufen, gleichzeitig wettbewerbsfähig werden oder sparen können oder dass Geld eigentlich aus dem Nichts entsteht, ohne dass dazu Ersparnisse notwendig sind?

Dieser Herausforderung, Wissen zu vermitteln, dessen Kenntnis nicht so weit verbreitet ist, Kontroversität jedoch erst ermöglicht, stellt sich diese Ausgabe von Deutschland & Europa und ergänzt so eine Fortbildungsreihe, die 2023 vom Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Ba-

ABB. 1: PLURALER BLICK AUF DIE KNAPPHEIT

Der Begriff der „Knappheit“ als Beispiel Unterschiedliche Perspektiven auf einen zentralen Begriff



Quelle: Jakob Kapeller: Wirtschaft anders denken! Was ist plurale Ökonomik?, Vortrag auf einer Tagung des ZSL, Februar 2023.



Quelle: Der Postillon 21.08.2014, CC BY-NC-SA 3.0 DE

den-Württemberg (ZSL) durchgeführt wurde. Sie lässt heterodoxe Autorinnen und Autoren zu Wort kommen, die unser Alltagsverständnis aufbrechen können: Das Bild der „sparsamen schwäbischen Hausfrau, die Vorbild auch für staatliches Haushalten sein soll, ist im ersten Moment für jeden eingängig. Zu erklären, warum das Verhalten eines Privathaushalts nicht auf den Staat übertragen werden kann, erfordert indessen ein kleines Kolleg über Makroökonomie“ (Adam 2016). Dies ist umso wichtiger, als neoklassische Vorstellungen auch deshalb so eingängig sind, weil sie an individuellen, für alle nachvollziehbaren Erfahrungen ansetzen, die dann fälschlich auf

INFORMATION

Vorträge, Impulse und eine Vielzahl an Materialien, die im Rahmen der **Fortbildungsreihe rund um die plurale Ökonomik** entstanden sind, findet man auf diesen Taskcards
<https://lfb-bw.taskcards.app/#/board/bb3626ed-bcd4-4b13-95d7-783a382254dc/view?token=91095aee-4e1d-46be-a7c1-e7fbfe272206>

das Gesamtsystem übertragen werden. Dies gilt nicht zuletzt auch für Schülerinnen und Schüler und deren Präkonzepte, die teilweise auch von fragwürdigen Finanzpodcasts mit großer Reichweite gespeist werden. Solche verführerischen Stimmen präsentieren „finanzielle[n] Erfolg auch gleichzeitig [als] Ausweis maximalen persönlichen Verdienstes“; für sie steht „alles, was sozial ist, im Verdacht, die persönliche Freiheit zu beschneiden“ (Blume 2024).

Erst mit dem Wissen um alternative Zugänge ist ein durchgehend pluraler und kontroverser Wirtschaftsunterricht möglich. So kommen in den Basistexten bewusst keine Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Mainstreams zu Wort, um die Grundlage für Kontroversität zu legen, die dann im anschließenden Materialteil abgebildet wird. Es ist sehr wichtig zu betonen, dass damit kein Urteil über richtig oder falsch gefällt werden soll, denn unterschiedliche Perspektiven können verschiedene Beiträge zu einem komplexen Erkenntnisgewinn leisten.

Erst mit dem Wissen um alternative Zugänge ist ein durchgehend pluraler und kontroverser Wirtschaftsunterricht möglich.

Um zwei möglichen Einwänden zuvorzukommen:

Erstens wird häufig die einseitige Ausrichtung des Grundstudiums damit legitimiert, dass man ein Referenzmodell schaffen wolle, an dem andere Ansätze im weiteren Verlauf des Studiums gemessen werden sollen. Deshalb sollten auch in der Schule zuerst DIE Grundlagen gelegt werden. Doch einerseits sind diejenigen, die

neben DER Grundlage noch mit weiteren Ansätzen in Berührung kommen, sowohl im Studium als auch in der Schule die Ausnahme, und andererseits sollte man darauf bedacht sein, die Dinge „von Anfang an richtig zu lernen, als sie später korrigieren zu müssen. Es ist extrem schwierig, etwas umzulernen, wenn man erst einmal die (falschen) Grundannahmen der Disziplin verinnerlicht hat“ (Komlos 2015).

Und zweitens ist dies ein Plädoyer für das Schulfach Wirtschaft, aber gegen DIE EINE ökonomische Perspektive und somit ein Plädoyer für ein Schulfach Wirtschaft, das Pluralität und Kontroversität so abbildet, wie es die Leitgedanken des Bildungsplans fordern und wie es einem mündigen Bürger in einer pluralen Demokratie entspricht.

DIE BEITRÄGE IM ÜBERBLICK

Helge Peukert zeigt in seinem Beitrag „Alles Knappheit oder was? Ein kontroverser Blick auf die Mikroökonomie“ Beispiele wie das Preis-Mengen-Diagramm, das scheinbar mit naturwissenschaftlicher Genauigkeit Preise ermittelt, in vielen Fällen völlig unangemessen ist. Die Neoklassik bezeichnet er „als zumindest verdeckt ideologisch und einseitig“ und warnt davor, aus diesen Modellannahmen „schablonenhafte, vorschnelle wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen z. B. hinsichtlich Mindestlöhnen oder Mietendeckel“ abzuleiten. In der didaktischen Umsetzung, die auf den Beitrag folgt, wird das Prinzip der Knappheit einer kritischen Prüfung unterzogen. Zutage gefördert werden dabei interessante Einsichten hinsichtlich von Knappheit in einer Überflussgesellschaft. So zeigt sich, dass es unterschiedliche Arten von Knappheit gibt bzw. dass Knappheit in einer Marktwirtschaft sogar erzeugt werden muss – etwa durch vielfältige Formen des Marketings.

ABB. 3: THEORIESCHULEN DER ÖKONOMIK (AUSWAHL)

	Neoklassik	Evolutionär-Insitutionelle Ökonomie	Feministische Ökonomie	Ökologische Ökonomie	Post-Keynesianismus
Ausgangspunkt der Analyse	Allokation knapper Ressourcen	Ökonomischer und sozialer Wandel	Ökonomie als sozialer Versorgungsprozess und die Rolle der Frau	Beschränkung der Wirtschaft durch natürliche Grenzen	Arbeitslosigkeit
Ideal/Ziel der Theorie	Effizienz	Fortschritt	Gleichberechtigung	Nachhaltigkeit	Vollbeschäftigung
Begriffe (u. a.)	Nutzen, Gleichgewicht, Anreize, methodologischer Individualismus	Institutionen, neue Kombination (Innovation)	Soziale Versorgung, Gender-Pay-Gap, Care-Ökonomie, Globale Betreuungsketten	Entropie, De-Growth, Suffizienz, Grenzen des Wachstums	Unsicherheit, makroökonomische Paradoxe, effektive Nachfrage

Quelle: <https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/#compare> (06.05.2024), bearbeitet.

Hinweis: Exploring Economics ist die zentrale Seite für plurale Ökonomik, die einen übersichtlichen Vergleich unterschiedlichster Theorieschulen ermöglicht und unzählige multimediale Materialien bereithält.

Das Phänomen der sozialen Knappheit ist ein direkter Ansatzpunkt für den Beitrag von *Till van Treeck*, der der Frage nachgeht, ob „Es einen Widerspruch zwischen ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit“ gibt, wie von der vorherrschenden Neoklassik konstatiert. Diese zeige anhand von Beispielen, wie gut gemeinte staatliche Eingriffe in die Märkte (Beispiel Mindestlohn) deren Effizienz beeinträchtigen. In Abgrenzung zum methodologischen Individualismus der Neoklassik stelle die „Evolutorische Ökonomik Konzepte wie gesellschaftliche Einbettung“ in den Mittelpunkt, weshalb sich aus dieser Perspektive „individuelle Wohlfahrt zumindest in reichen Gesellschaften vor allem aus sozialen (Status-)Vergleichen“ ergebe. Er lenkt somit das Augenmerk auf sogenannte positionale Güter und deren Zusammenhang mit Ungleichheit. Dabei stellt er teilweise ein „ineffizientes positionales Wetttrüsten“ fest. Zunehmende Ungleichheit könne auf Dauer das Wachstum gefährden, wie der IWF festgestellt habe. Haushalte würden deshalb und als „Reaktion auf die steigenden Konsumnormen der Reichen“ beispielsweise ihren Konsum schuldenfinanziert ausweiten, was in den

Dies ist ein Plädoyer für das Schulfach Wirtschaft, aber gegen die DIE EINE ökonomische Perspektive.

USA eine der Ursachen der Immobilien- und Finanzkrise darstellte. Deutschland habe demgegenüber das Problem, wie „bei hoher bzw. stark steigender Einkommensungleichheit eine hinreichend große Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen generiert werden kann“, über hohe Exportüberschüsse „gelöst“, was bei den Handelspartnern zwangsläufig zu hoher Verschuldung und globalen Instabilitäten führte. Insofern kommt *Till van Treeck* zu dem Schluss, dass „steigende Ungleichheit [...] auch effizienzmindernd sein“ kann.

Den Freihandel und dessen Theoriegebäude unterzieht *Patrick Kaczmarczyk* in seinem Beitrag „Wettbewerb und Handel neu denken“ einer kritischen Prüfung. Dabei stellt er den klassischen Ansätzen auf der Basis von David Ricardos Theorie der komparativen Vorteile den Ansatz Joseph Schumpeters gegenüber, der davon ausgeht, „dass die erhöhte Wettbewerbsfähigkeit des Pionierunternehmens nicht durch eine Lohnsenkung, sondern durch Innovation zustande“ kommt. So gelangt *Patrick Kaczmarczyk* zu der kontraintuitiven Schlussfolgerung, dass richtig verstandene Wettbewerbsfähigkeit gerade nicht durch sinkende Löhne oder Standards, sondern durch starre – etwa tarifvertraglich festgelegte – Löhne realisiert werden kann, da somit „die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen

durch Unterschiede in der Produktivität bestimmt werden.“

Das Thema Geld nehmen *Dirk Ehnts* und *Aaron Sahr* in den Blick. Beide betonen, dass Geschäftsbanken Geld aus dem Nichts schöpfen. Dabei richtet *Aaron Sahr* seine Perspektive darauf, „Woher das Geld kommt und wer davon profitiert“ – so der Titel seines Beitrags. Er zeigt auf, dass „maßgeblich die privaten Geschäftsbanken [...] und nicht die öffentliche Zentralbank“ darüber bestimmen, „wie viel Geld in einem Währungsraum zirkuliert“ und wer dies bekommt. „Unsere Geldversorgung folgt damit im Kern Kriterien der Profitabilität [und] nicht politischen Zielsetzungen oder gesamtökonomischen Abwägungen.“ Dies führe dazu, dass die Geschäftsbanken aus Eigeninteresse vermehrt Kredite für „die Finanzwirtschaft und den Handel mit Kapitalgütern wie Immobilien oder Aktien“ und weniger für Investitionen in die Realwirtschaft vergeben. Das hätte wiederum zur Folge, dass Konzerne „einen immer größeren Anteil ihrer Einnahmen ebenfalls durch Finanzgeschäfte“ generierten. Diese Finanzialisierung sei letztlich „für stagnierende Löhne [...] und schwaches Wachstum verantwortlich“.

Stephan Schulmeister kommt in seinem Artikel „Ist nach der Krise stets vor der Krise?“ aus einem anderen Blickwinkel zu ähnlichen Schlüssen. Dabei stellt er in historischer Perspektive eine Abfolge von finanz- und realwirtschaftlichen Spielanordnungen fest, was davon abhängt, ob es sich um liberale Rahmenbedingungen handele oder dem Staat eine wichtigere Rolle zukomme, der dann auch die Finanzmärkte stärker reguliere. Dabei erwiesen sich „die deregulierten Finanzmärkte als höchst instabil“ und führten immer wieder zu schweren Krisen. Die heutige Zeit sei seit den 70er-Jahren wieder von einer finanzkapitalistischen Spielanordnung bestimmt, es sei deutlich attraktiver, „Profit durch Höherbewertung von Finanz- oder Immobilienvermögen zu machen“, als in die Realwirtschaft zu investieren, was sich negativ auf Wachstum und weitere makroökonomische Indikatoren auswirke.

Dirk Ehnts als Vertreter der Modern Monetary Theory (MMT), die vor allem auch an den Hochschulen in den USA und unter den Demokraten Anhänger hat, blickt in seinem Beitrag „Modern Money Theory – Geld als gesellschaftliches Gestaltungselement“ ebenso wie *Aaron Sahr* in den Maschinenraum der Geldschöpfung, wobei er den Fokus auf die Rolle der Zentralbanken richtet – nicht zuletzt bei der Staatsfinanzierung. Er erklärt, dass sich der Staat nicht mit dem Geld der Steuerzahler finanziere, denn „rein logisch muss öffentliches Geld erst erzeugt und ausgegeben werden, bevor Steuern gezahlt werden können.“ Höhere Steuersätze könnten neben der Bekämpfung der Inflation „mit sozialer Ge-

rechtigkeit begründet werden, nicht mit der Notwendigkeit der Finanzierung des Staates“. Dies habe Auswirkungen in zweifacher Hinsicht: Die „Grenzen der Staatsausgaben [liegen] in den realen Ressourcen“, weshalb der Staat „sehr viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten“ habe, zumal er in eigener Währung, die von der Zentralbank herausgegeben werde, nicht zahlungsunfähig werden könne. Die finanziellen Ressourcen seien im Gegensatz zu „Ressourcen wie Arbeitskräfte, Rohstoffe, Energie und Produktionskapazitäten nie knapp.“ Für eine aktivere Rolle des Staates spräche auch, dass den Staatsschulden „ein Geldvermögen des privaten Sektors in gleicher Höhe“ entsprechen würde. „Wenn der Staat sich verschuldet, spart der Rest der Wirtschaft.“

Das Thema Finanzpolitik und Staatsschulden beleuchten *Leo Mühlenweg* und *Philippa Sigl-Glöckner* in ihrem Beitrag „Was macht eine gute Fiskalpolitik aus?“ Dabei skizzieren sie drei grundsätzliche Haltungen gegenüber der Staatsverschuldung: Erstens eine grundlegende Ablehnung von Staatsschulden, zweitens eine unternehmerische Position, die zugesteht, dass Schulden für größere Investitionen unumgänglich und wachstumsfördernd sind: „Zukünftige Generationen durch Verschuldung an den Kosten für langfristige Investitionen zu beteiligen, wird dadurch gerechtfertigt, dass diese zu großen Teilen von heutigen Investitionen profitieren.“ Die dritte Position hebt auf die systemische Bedeutung der Staatsverschuldung ab: „Sparen einzelne Akteure, müssen sich andere verschulden, wenn die Wirtschaftsleistung gleich bleiben soll.“ Wollen alle Akteure gleichzeitig sparen, „führt das zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung, aber nicht zu mehr Ersparnissen.“ Mit Blick auf die Tatsache, dass die Schuldenbremse nur mit 2/3-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat geändert werden kann, spielen *Mühlenweg/Sigl-Glöckner* konkrete Möglichkeiten durch, wie die Schuldenbremse zumindest flexibler gestaltet werden könnte, was angesichts der großen Finanzbedarfe insbesondere für die Dekarbonisierung unumgänglich sei.

Niko Paech setzt ebenso wie *Ulrike Knobloch* einen gewissen Kontrapunkt zu diesen Beiträgen: Er stellt in seinem Aufsatz „Können wir uns Wachstum noch leisten?“ das Wachstumsmodell grundsätzlich in Frage, indem er die Möglichkeit von grünem Wachstum aufgrund von äußeren und inneren Wachstumsgrenzen negiert. „Der ökologische Preis grünen Wachstums wird immer höher und nicht einmal dort entrichtet, wo seine Nutznießer leben.“ Dem grünen Wachstum stellt er das Konzept der Postwachstumsökonomie entgegen: „Zwecks auskömmlicher Versorgung [...] könnte eine kommerzielle Wochenarbeitszeit von durchschnittlich ca. 20 Stunden angepeilt werden.“ Dies würde ergänzt durch die Prinzi-

pien der Suffizienz, der Subsistenz, der Regionalökonomie sowie des Umbaus der Industrie. Als „unterstützende [...] Rahmenbedingungen“ führt er z. B. eine Finanztransaktions- sowie Vermögensteuer an.

Ulrike Knobloch untersucht die „Ökonomie der bezahlten und unbezahlten Arbeit – eine feministische Betrachtung der Tätigkeitsgesellschaft“, dabei bietet sie ein alternatives Bild von Wirtschaft. Während im Allgemeinen damit Märkte und deren Akteure assoziiert werden, was Ulrike Kno-

bloch als Tischlein-deck-dich-Ökonomie bezeichnet, nimmt sie die oft unsichtbaren Strukturen in den Blick, die die Voraussetzungen für Erwerbsarbeit bilden. Denn „jedes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist nicht nur auf bezahlte Arbeit, sondern auch auf unbezahlte Arbeit angewiesen.“ Dabei wird deutlich, wie wichtig unentgeltliche Care-Arbeit, aber auch ehrenamtliche Tätigkeiten für ein „gutes Leben“ sind. Dieser erweiterte Arbeitsbegriff hat eine wesentliche Gender-Komponente, denn die Zeitverwendungserhebung von 2022 belegt

den sogenannten Gender-Care-Gap: Frauen arbeiten insgesamt mehr und leisten zudem den größeren Anteil an der nichtbezahlten Care-Arbeit. „Die feministische Betrachtung der Tätigkeitsgesellschaft geht von einem erweiterten Arbeits- und Ökonomieverständnis aus, um besser zu verstehen, wo Wirtschaft und Gesellschaft für ihr Funktionieren auf unbezahlte Arbeit zurückgreifen“. Genau diese unbezahlte Arbeit, die überwiegend von Frauen verrichtet wird, ist es, die das Tischlein immer wieder deckt.

LITERATURHINWEISE

Adam, Hermann (2026): Von der Inflationsphobie bis zur „schwarzen Null“, in: Wirtschaftsdienst, 2016, Heft 7, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2016/heft/7/beitrag/von-der-inflationsphobie-bis-zur-schwarzen-null.html> (06.05.2024).

Becker, Gary S. (1976): The Economic Approach to Human Behavior, S. 5.

Bildungsplan Baden-Württemberg (2016)

Blume, Bob (2024): Influencer mit radikalen Positionen. Gift für die Jugend, https://www.t-online.de/leben/kolumne-bob-blume/id_100330412/finanz-influencer-und-podcasts-werden-jugendliche-zum-rechtsruck-verleitet-.html (06.05.2024).

Economists for Future (2020): Factsheet zum Status Quo ökonomischer Bildung an deutschsprachigen Hochschulen (07/2020), https://econ4future.de/wp-content/uploads/2020/07/Econ4Future_Factsheet_Lehre-2020.pdf (06.05.2024).

Feinig, Jakob (2024): Das Ende der Schweigsamkeit. Ein Plädoyer für die

Demokratisierung der Geldschöpfung, in: Aaron Sahr (Hrsg.): Geldpolitik im Umbruch, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Hermann, Ulrike (2017): Aus der Krise nichts gelernt. Die Mythen der Mainstream-Ökonomie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Januar 2017, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2017/januar/aus-der-krise-nichts-gelernt> (06.05.2024).

Komlos, John (2015): Ökonomisches Denken nach dem Crash. Einführung in eine realitätsbasierte Volkswirtschaft, 2015, S. 30.

Mankiw, N. Gregory/ Mark P. Taylor (2012): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 5. Auflage, Stuttgart.

Mankiw, N. Gregory/ Mark P. Taylor (2018): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7. Auflage, Stuttgart.

Mindestlohnkommission (2018): Zweiter Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns, <https://www.mindestlohn-kommission.de/DE/Bericht/>

[pdf/Bericht2018.html](https://www.mindestlohn-kommission.de/DE/Bericht/2018.html) (06.05.2024).

Sachverständigenrat – Jahresgutachten (2012/13): Arbeitsmarkt: Erfolge sichern und ausbauen (Kapitel 6), https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/ga201213/ga12_vi.pdf (06.05.2024).

Samuelson, Paul A./ William D. Nordhaus (2016): Volkswirtschaftslehre: Das internationale Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie, München.

Spiecker, Friederike (2022): Gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und Lohnniveau – welche Ökonomie ist relevant?, in Deutschland & Europa, Heft 83 2022, https://www.deutschlandundeuropa.de/83_22/arbeitsmaerkte_bf.pdf (06.05.2024).

Van Damme, Dirk/ Doris Zahner (Hg.) (2022): Does Higher Education Teach Students to Think Critically?, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/cc9fa6aa-en>, zit. nach: Der SPIEGEL: Hochschulbildung befähigt nur begrenzt zu kritischem Denken, 30.08.2022

Ganz besonders möchte ich Sie auf den Podcast unseres Kollegen Phillipe Kersting hinweisen, der sich ausgehend vom Schulbuch mit renommierten Vertreterinnen und Vertretern der pluralen Ökonomie unterhält und plural Perspektiven für den Unterricht entwickelt. Hier der Link: <https://www.philippe-kersting.de/podcast/>



Plurale Perspektiven im Wirtschaftsunterricht

Dem Podcast auf Instagram folgen 



In diesem Podcast spreche ich mit Expert*innen über plurale Perspektiven auf den Wirtschaftsunterricht, um plurale Perspektiven im Wirtschaftsunterricht zu entwickeln.

Grundlage für die Gespräche bildet das Schulbuch „Wirtschaft für die Sekundarstufe II“ (C.C.Buchner). Die Interviews können allerdings ohne das Schulbuch nachvollzogen werden.

Sie finden hier:

1. Die Podcast-Folgen sortiert nach der Struktur des Schulbuchs.
2. Eine Liste der Themen und Begriffe, die im Schulbuch nicht vorkommen.
3. Eine Sammlung pluraler Kompetenzen, die sich aus den Interviews ergeben.

DER BEUTELSBACHER KONSENS IM WIRTSCHAFTSUNTERRICHT ALLES KNAPPHEIT ODER WAS? EIN KON- TROVERSER BLICK AUF DIE MIKROÖKONOMIE

HELGE PEUKERT

Die weltweit vorherrschende Mikroökonomie beeinflusst das Denken und Handeln aller, die durch das Studium der Wirtschaftswissenschaften mit ihr in Kontakt kommen. Sie ist an einer Denkschule, der sogenannten „Neoklassik“, ausgerichtet. Hierunter versteht man im Bereich der Mikroökonomie eine Analyseform, die sich auf das Optimierungsverhalten von völlig rationalen, gut informierten, eigeninteressebezogenen Personen in einem statischen Kontext konzentriert, sowie auf Gleichgewichte, die aus Optimierungen resultieren. Das klingt sehr formal und abstrakt mit wenig Bezug zur vielgestaltigen Wirtschaftsrealität. Das Bestreben herrscht vor, wissenschaftlich präzise zu sein und daher werden mathematische Modelle verwendet, die möglichst statische Bestätigung finden. Weltweit werden bestimmte Standardelemente gelehrt, die im Folgenden herausgegriffen werden: Knappheit, rationaler Homo Oeconomicus, Indifferenz- und Marktnachfragekurve sowie Gleichgewicht, aber auch der Grenznutzen, linear-homogene Produktionsfunktionen usw. (vgl. Hill/Myatt 2010). Eine Studie hat ergeben, dass auch in Deutschland die Lehrbücher von Varian und Pindyck/Rubinfeld (Peukert 2019) mit 80 % die Lehre und Ausbildung dominieren, wobei Hal Varian zugleich auch als Chefökonom von Google fungiert.

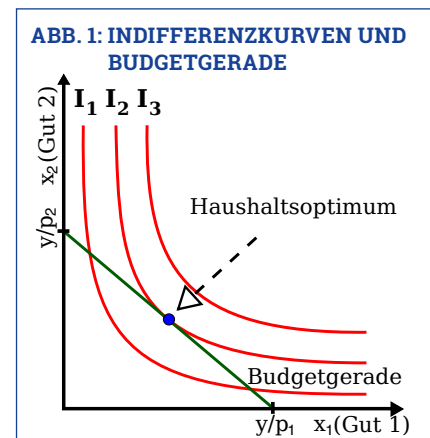
KNAPPHEIT ALS GRUND- LAGE DER ÖKONOMIE?

Warum ist der Ausgangspunkt der Güterknappheit bei Unterstellung des eigeninteressierten Konsumenten problematisch? Nicht zuletzt durch die nach oben offenen Indifferenzkurven wird unterstellt, dass mehr Konsum immer besser als weniger ist und es keine Sättigungspunkte gibt (Abbildung 1). Damit man mit der Budgetgeraden immer einen eindeutigen Schnittpunkt erhält, wird ein konvexer Verlauf angenommen, was unterstellt, dass eine

Mischung der Güter immer einem eher einseitigen Konsum (deutlich mehr von Gut 1 oder 2) vorgezogen wird, also Pizza Vierjahreszeiten immer einer Pizza Pilze. Man trifft solche einseitigen Annahmen, damit man zu einem klaren Gleichgewichtsschnittpunkt kommt (konkav würde zu zwei Gleichgewichtspunkten führen) und man gut damit rechnen kann. Unterstellt wird zudem, dass Menschen beim Einkaufen immer alle Güter hinsichtlich ihres Nutzens vergleichen. Tatsächlich folgt das übliche Kaufverhalten eher lexikographischen Präferenzen: Wie in einem Lexikon die Wörter alphabetisch geordnet hintereinander folgen, so haben wir einen Einkaufszettel, der Brot, Milch und Butter enthält, was sich nicht formal modellhaft darstellen und berechnen lässt. Überhaupt stellt sich die Frage, warum der Mensch aus ökonomischer Perspektive nur als Konsummaximierer in den ersten Kapiteln der Lehrbücher auftaucht. Man könnte auch ökologische Nachhaltigkeit, eine ausgeglichene Verteilung usw. für mindestens genauso grundlegend halten, was in anderen Denkschulen (ökologische und feministische Ökonomik, Keynesianismus usw.) thematisiert, aber in den vorherrschenden Lehrbüchern ausgeklammert wird. Der Ökonom Max-Neef hat eine breite Palette menschlicher Basisbedürfnisse neben Essen, Konsum und Arbeit zusammengestellt, die in einer pluraleren Herangehensweise auch Berücksichtigung finden sollten (Moodle MoI).

PREISBILDUNG IM MARKT- MODELL ODER: DAS „KREUZ DER ÖKONOMIE“

Als zweites Beispiel einer problematischen Einseitigkeit wird nun auf das „Kreuz der Ökonomie“ eingegangen. Es geht um die



Quelle: Harald321, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

fallende Nachfrage- und steigende Angebotskurve in einem Preis-Mengen-Diagramm (Abbildung 2). Zunächst erscheint es plausibel, dass einzelne oder mehrere Unternehmen Güter (nur) anbieten, wenn der Marktpreis dafür steigt, und Konsumenten mehr nachfragen, je niedriger der Preis ist. Dann ergibt sich ein Gleichgewichtsschnittpunkt und alles ist im Lot.

Problematisch ist, dass diese Kurvenverläufe mit Schnittpunkt als der Standard- und Normalfall angenommen werden, aus dem auch zahlreiche wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen gezogen werden, die einer einseitig marktliberalen Grundanschauung entsprechen. So wird nämlich der Eindruck vermittelt, die „Marktkräfte“ führen von selbst problemlos zu einem stabilen Gleichgewicht und Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Zunächst ist zu bemerken, dass die Kurven rein fiktional sind und so sicher nicht in der Realität vorkommen, insbesondere was ihren linearen Verlauf betrifft. Auch wird nicht irgendeine,

INFORMATION

Die **Indifferenzkurve** zeigt die Vorlieben eines Konsumenten, also alle Kombinationen von Gütern und Dienstleistungen, mit denen der Konsument genauso zufrieden ist. Jeder Punkt entlang der Kurve repräsentiert eine andere Kombination von Gütern, die die gleiche Nutzenzufriedenheit bieten.

Die **Budgetgerade** hingegen stellt die Budgetbeschränkungen dar. Man muss mit seinem Budget die Ausgaben für verschiedene Güter oder Dienstleistungen abdecken. Sie zeigt somit mögliche Kombinationen von Gütern, die man mit einem verfügbaren Budget kaufen kann.

Der **Schnittpunkt** stellt den optimalen Punkt dar, an dem die Präferenzen des Konsumenten mit seinem Budget übereinstimmen. Dieser Punkt repräsentiert die beste Wahl, die der Konsument treffen kann, um seine Zufriedenheit zu maximieren, basierend auf seinen Vorlieben und dem verfügbaren Budget.

Quelle: Text der Redaktion

sondern vollkommene Konkurrenz mit tendenziell unendlich vielen Unternehmen, völlig homogenen Produkten usw. vorausgesetzt. Auch sind die einzelnen Unternehmen bei vollkommener Konkurrenz nicht in der Lage, die Preise zu verändern, sie müssen somit die Marktpreise als gegeben hinnehmen (reine Preisnehmer)! Wie aber können sich dann die Preise überhaupt ändern? Jedenfalls entspricht dies nicht der Realität. So wird eine Art „demokratische“, objektive Preisbildung über den neutralen Marktmechanismus suggeriert, bei der jeder Konsument und Produzent gleichen Einfluss nimmt und somit niemand Macht ausübt. Auch wird das ohne jegliche institutionellen Bezüge vorgestellt, obwohl es unzählige Gesetze und Bestimmungen gibt, damit es nicht zu chaotischen bis hin zu gewalttätigen „Tauschprozessen“ kommt, die man in weitgehend rechtsfreien *failed states* beobachten kann. So erscheinen im Marktmodell der Staat und z. B. die Gewerkschaften als Störenfriede des reibungslosen Marktgeschehens.

„So erscheinen im Marktmodell der Staat und z. B. die Gewerkschaften als Störenfriede des reibungslosen Marktgeschehens.“

Was aber ist z. B. mit der Nachfrage rechts des Schnittpunkts des Marktgleichgewichts, wenn sich Menschen Grundnahrungsmittel finanziell nicht leisten können? Der heimliche, nicht wertneutrale Lehrplan zeigt sich auch am Beispiel der Diskussion von Höchst- und Mindestpreisen (*Abbildung 2*). Sie bringen den vermeintlich reibungslosen Ablauf in Unordnung und es kommt zu Überangeboten oder -nachfragen. Die Einführung von Mindestlöhnen und die betreffende Diskussion hat aber gezeigt, dass es sich um eine sozialpolitisch notwendige, keineswegs höhere Arbeitslosigkeit heraufbeschwörende Maßnahme handelt. Es soll hiermit nicht bestritten werden, dass z. B. eine Mietpreisbindung zu einer Verknappung des Angebots führen kann und dass es objektiven Marktdruck gibt: Wenn viele Menschen in Städte ziehen wollen, steigen dort (zumindest kurzfristig) die Preise. Aber Mietpreisbremsen können auch raffiniert ausgestaltet werden, indem nur mit einem bestimmten Prozentsatz erhöht werden kann, Neubauten ausgenommen sind usw.

Eine grundlegende Schwäche der üblichen Darstellungen besteht darin, dass man durchaus realistische Kurvenverläufe nicht berücksichtigt. So kann die Nachfragekurve unter der Angebotskurve liegen (*Moodle Mo2*), wenn kein Nachfrager bereit oder in der Lage ist, den Mindestangebotspreis zu zahlen. Auch kann es sein, dass Unternehmen in gewissen Grenzen

einen Preisgestaltungsspielraum haben. So kann eine beliebte Bäckerei die Brötchen etwas teurer verkaufen als eine benachbarte. Ferner gibt es den sogenannten Bandwagon- bzw. Mitläufereffekt (Beispiel: Mode), auf den das Marketing setzt: steigt die Nachfrage tatsächlich oder durch manipulative Werbung, so steigt die Nachfrage noch mehr. Die Nachfrager entscheiden sich deshalb zum Kauf eines Produkts, weil es andere erworben haben. Die eigenen Ansichten spielen bei der Kaufentscheidung eine untergeordnete Rolle. Entgegengesetzt wirkt der Snob-Effekt: Der Konsum (bestimmter Schichten) sinkt, weil die Nachfrage durch andere steigt, das Produkt also kein Anzeichen von Besonderheit mehr ist. Ähnlich wie der Mitläufereffekt wirkt der Veblen-Effekt. Hier führt ein Preisanstieg zu steigender Nachfrage, weil der höhere Preis als Indikator für Distinktion und Status gilt. Dies führt zu einer steigenden Nachfragekurve und es kann zu parallel verlaufenden Angebots- und Nachfragekurven kommen.

Als letzter kritischer Punkt sei erwähnt, dass in der Realität nicht von unendlich schneller Reaktion der Marktteilnehmer auszugehen ist. Eine mögliche Folge ist das hier nur angedeutete Spinnweb-Theorem, das auch als Schweinezyklus bekannt ist: Wenn man nur eine Periode Reaktionsverzögerung annimmt (z. B. reagieren die Anbieter auf eine erhöhte Nachfrage mit Ausdehnung der Produktion erst in der Folgeperiode), so kann dies in Abhängigkeit von den Elastizitäten wieder zum Gleichgewicht in einem ewigen Kreislauf oder zu einem völligen Wegdriften führen.

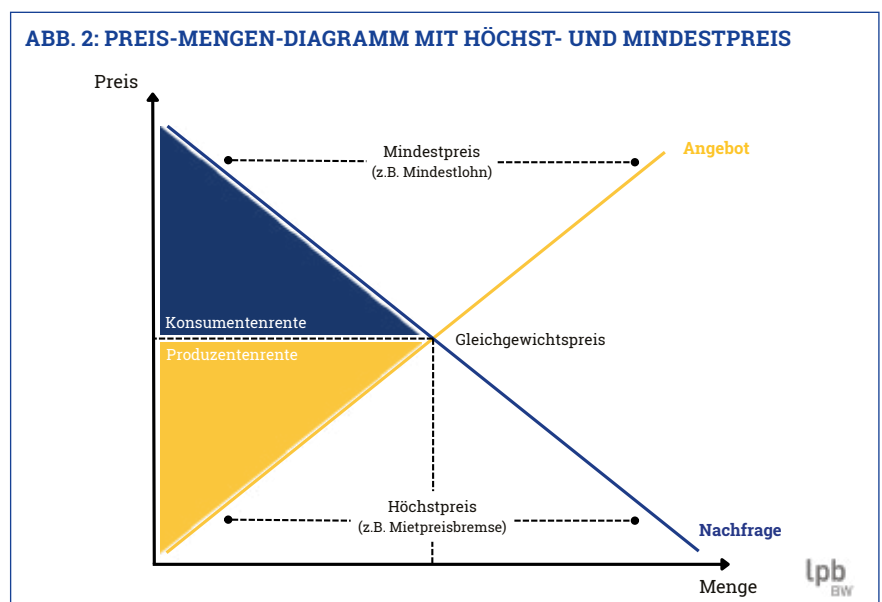
Was ist die Quintessenz dieser Überlegungen? Man kann das Marktmodell mit vollkommener Konkurrenz als Starthilfe wählen, sollte sich aber immer fragen, ob die

vielfältigen und bunten Wirtschaftsphänomene dieser Denkhilfe entsprechen. Keinesfalls sollte man schablonenhafte, vorschnelle wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen z. B. hinsichtlich Mindest- oder Höchstpreisen (Mindestlöhne, Mietendeckel etc.) aus den Modellannahmen ziehen.

Auch der unterstellte Verlauf der Angebotskurve im Marktmodell ist nicht selbstverständlich. Realistischerweise sehen die Kostenverläufe anders aus, da man sehr häufig von sinkenden Durchschnittskosten auszugehen hat: Bis zur Kapazitätsgrenze bestehen fixe Stückkosten und die Gesamtkosten sinken, da die Kosten für Gebäude und Verwaltung sich bei höherem Absatz auf mehr Produkte verteilen, sodass die Stückkosten insgesamt sinken (*Moodle Mo3*, oben). In vielen Bereichen, wie der Automobil- oder Chipproduktion, ist überhaupt von sinkenden Grenz- und Durchschnittskosten auszugehen (*Moodle Mo3*, unten). Durch Massenproduktions-

„Keinesfalls sollte man schablonenhafte, vorschnelle wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen z. B. hinsichtlich Mindestlöhnen oder Mietendeckel aus den Modellannahmen ziehen.“

vorteile, Netzwerkeffekte usw. besteht eine natürliche Tendenz zu Oligopolen oder zum Monopol, was politische Regulierung erfordert und derzeit zu riesigen Finanzunternehmen wie Blackrock oder den amerikanischen IT-Giganten des Überwachungskapitalismus führt.



Quelle: Eigene Darstellung

Wie erfolgt aber die Preisbildung, wenn der Schnittpunkt zwischen Angebot und Nachfrage bei vollkommener Konkurrenz eher die Ausnahme ist und fallende Grenz- und/oder Durchschnittskosten (und somit eine fallende Angebotskurve) häufig anzutreffen sind? Man kann davon ausgehen, dass Unternehmen einen durchschnittlichen Auslastungsgrad annehmen und auf diese Kosten einen Gewinn aufschlagen, z. B. 20 % über den Durchschnittskosten. Je mehr sie produzieren, um so höher fällt ihre Gewinnmarge aus. Von was ist aber dieser Preis- bzw. Gewinnaufschlag abhängig, der 5 %, aber z. B. auch 20 % betragen kann? Hier kommen neben der Angebots- und Nachfragesituation das institutionelle und gesetzliche Rahmenwerk ins Spiel: Gibt es Patentschutz, ein Arbeits- und Wettbewerbsrecht (das früher viel strenger war), wem kommt die Regierungspolitik entgegen, wie stark ist der Lobbyismus, welche Wirkung kann Werbung entfalten (Markenbindung), wie gebildet sind die Konsumenten, wie ist die Wirkung der Medien, welche Rolle spielen Nichtregierungsorganisationen usw.? Kurzum: Die Preise und Gewinnaufschläge sind auch das Ergebnis von Einflussfaktoren und Verteilungskämpfen jenseits von Angebot und Nachfrage, die auch einen erheblichen Einfluss auf die (immer weiter auseinanderdriftende) Einkommens- und Vermögensverteilung haben.

„Die Preise [...] sind auch das Ergebnis von Einflussfaktoren und Verteilungskämpfen jenseits von Angebot und Nachfrage.“

Nur kurz sei hier noch auf die sicher eigenartig anmutende Arbeitsangebotskurve hingewiesen (Abbildung 3). Wird der Lohn im unteren Teil des Kurvenverlaufes gesenkt, kann es trotz Lohnsenkung zu erhöhtem Arbeitsangebot kommen, da Menschen sich ansonsten nicht ernähren können, ihr Haus abbezahlen müssen usw. Sie versuchen ihren Einkommensverlust durch Mehrarbeit auszugleichen.

Eine letzte Bemerkung zur Analyse von Steuern im üblichen Marktdiagramm (Moodle Mo4). Durch die Besteuerung verschiebt sich die Angebotskurve nach links, ein höherer Preis und eine geringere Menge ergibt sich im neuen Gleichgewicht. Zwar erhält der Staat einen Teil der bisherigen Konsumenten- und Produzentenrente, aber es verbleibt ein Nettowohlfahrtsverlust. Hiermit wird suggeriert, dass Steuern im Prinzip etwas Schlechtes sind, was sich bis hin zu Begriffen wie „Steuerlast“ und „Freihandel“ durchzieht.

Zusammenfassend lässt sich die Mikroökonomie, von der hier nur zwei Aspekte ansatzweise unter die Lupe genommen wurden, auch als zumindest verdeckt ideologisch und einseitig bezeichnen. „Ein Großteil der Lehrbuch-Ökonomie neigt dazu, den Status Quo zu rechtfertigen, indem sie z. B. aussagt, dass Märkte in der Regel optimale Ergebnisse produzieren, Unternehmen wenig Macht haben, die Konsumenten souverän sind, Arbeitnehmer gemäß ihrem Grenzprodukt bezahlt werden, Menschen natürlicherweise wettbewerbsorientiert und selbstinteressiert sind und Gleichheits-/Effizienz-Zielkonflikte ernsthafte Einkommensumverteilung stark begrenzen“ (Cohn 2007, S. 187, eigene Übersetzung). Gibt es überhaupt gute Darstellungen und Kritiken der neoklassischen Mikroökonomie und alternative Ansätze? Es gibt ein reichhaltiges Angebot, das allerdings hierzulande wenig Berücksichtigung findet (siehe die Aufstellung in Moodle Mo5).

Im neoklassischen Modell „wird suggeriert, dass Steuern im Prinzip etwas Schlechtes sind.“

WAS ZEICHNET EIN GUTES SCHULBUCH AUS?

Doch trifft die hier vorgetragene Kritik auch auf Schulbücher zu? An dieser Stelle soll keine Analyse und Kritik eines speziellen Schulbuches erfolgen, vielmehr werden allgemeine Charakteristika angeführt, was ein gutes Schulbuch enthalten sollte.

Um einen heimlichen Lehrplan zu vermeiden, sollte in einem guten Schulbuch keine ausschließliche Schwerpunktsetzung auf den Individualkonsum erfolgen und Knappheit (Güterkonsum) nicht einseitig

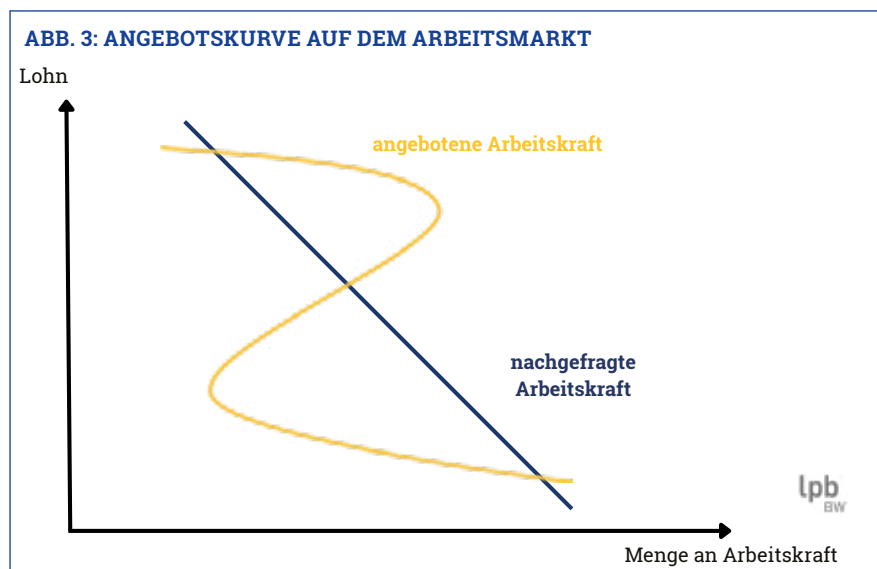
als das Zentralproblem der Ökonomie eingeführt werden. Weiter oben wurde bereits gefragt, warum nicht auch Verteilung, Ökologie oder die Begrenzung von politischer und ökonomischer Macht ein ebenbürtiger Stellenwert zukommen sollte.

In einem guten Schulbuch sollte auch nicht als Musteraussage behauptet werden, die ungehinderte Preisbildung auf Märkten führe immer zu höherer Wohlfahrt für alle. Bei all diesen kontroversen Punkten sollten Wirtschaftswissenschaftler*innen verschiedener Denkschulen auszugsweise zu Wort kommen, so dass sich die Schüler*innen dank pluraler Quellen eine eigene Meinung bilden können. So

Warum kommt nicht der „Verteilung, der Ökologie oder [der] Begrenzung von politischer und ökonomischer Macht ein ebenbürtiger Stellenwert“ wie der Knappheit zu?

sollten neben marktliberalen Positionen auch die Auffassungen und wirtschaftspolitischen Konsequenzen z. B. des Keynesianismus zu Wort kommen, zu dessen Überlegungen u. a. eine buchhalterische Einnahmen- und Ausgabenlogik gehört (Abbildung 4).

Ein wachstumsorientierter Keynesianismus wird wiederum aus postwachstumsökonomischer Perspektive kritisch beurteilt. All diese interessanten Debatten sollten Schüler*innen vermitteln, dass es bei „der Wirtschaft“ nicht nur um festgefahrenes Wissen und eindeutige Erkenntnisse, sondern auch um eine politökonomische Arena geht, bei der Interessen, normative Vorstellungen sowie Annah-



Quelle: Eigene Darstellung

Die Mikroökonomie lässt sich „als zumindest verdeckt ideologisch und einseitig bezeichnen.“

men und Schwerpunkte verschiedener Denkschulen hineinwirken.

Theoriegeschichtliche Bezüge wie der Verweis auf Adam Smiths unsichtbare Hand sind notwendig, sollten aber nicht schablonenhaft und rein marktliberal interpretiert werden, ohne die kritische Intention Smiths zu würdigen, der ihr Wirken nur unter ganz bestimmten Bedingungen für gegeben hielt (Peukert 2023, S. 158-175). Angesichts der heutigen Pluralität der Ansichten in der Ökonomie sollten ferner keine meist unzutreffenden Aussagen zur Mehrheitsmeinung der Ökonom*innenunfnt erfolgen. So stimmt z. B. selbst für neoklassische Ökonom*innen die Aussage nicht, sie vertreten aus Effizienzgründen grundsätzlich und in überwiegender Mehrheit einen Emissionshandel in der Klimapolitik, was angesichts hoher Investitionen in neue Basistechnologien auch nicht ausreichen würde.

Der Arbeitsmarkt als besonderer „Markt“, bei dem es auch um Menschenrechte, Lebenschancen usw. geht, sollte nicht nur über das Angebots-/Nachfrageschema behandelt werden, sondern auch die heute üblichen Ansätze wie die Effizienzlohntheorie berücksichtigen. Diese besagt, dass es für Unternehmen effizient sein kann, die Löhne nicht auf einen niedrigen „Gleichgewichtslohn“ sinken zu lassen, damit Arbeitnehmer*innen motiviert arbeiten, nicht betrügen usw. und das Beschäftigungsverhältnis wertschätzen.

Die Soziale Marktwirtschaft als Leitbild sollte nicht einseitig hinsichtlich ihrer Erfolge vorgeführt werden, sondern auch die Probleme wie die auseinandergehende Schere bei Einkommen und Vermögen, begrenzte Handlungsmöglichkeiten angesichts von Deregulierung und Globalisierung usw. offen thematisiert werden.

Um einen zweiten sensiblen Bereich herauszugreifen: Spätestens seit der Finanzkrise ab 2008 wissen wir, wie wichtig und gleichzeitig krisenanfällig der Geld- und Finanzbereich ist. Ein regelrechtes Mysterium besteht in der breiten Öffentlichkeit, wo das Geld eigentlich herkommt, wer es „produziert“ bzw. schöpft? Neben Details z. B. zu den Geldmengendefinitionen sollte der zentrale Punkt, dass Geld durch die Kreditvergabe der Privatbanken entsteht und dazu weder Spareinlagen noch zwangsläufig Zentralbankgeld benötigt werden, an zentraler Stelle thematisiert werden. Schüler*innen sollten analysieren, welche Probleme und Instabilitäten hiermit verbunden sind und welche Regulierungen nötig sein könnten. Auch beim Aktienmarkt sollte

ABB. 4: EINNAHMEN- UND AUSGABENLOGIK DES (POST-)KEYNESIANISMUS – EINIGE BEISPIELE

Die Einnahmen des einen sind die Ausgaben des anderen.

Den Schulden (z. B. des Staates) stehen Geldvermögen in gleicher Höhe gegenüber. Staatsschulden erhöhen somit das Geldvermögen des privaten Sektors.

Das Sparen eines Sektors setzt die Verschuldung eines anderen voraus. Es können nicht alle Sektoren gleichzeitig sparen. Der Saldo beträgt null.

Die Exporte der einen Volkswirtschaft sind die Importe der anderen. Es können nicht alle Länder Exportüberschüsse erzielen. Weltweit beträgt der Saldo null.

Bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht kann der private Sektor (Haushalte und Unternehmen) nur sparen, wenn sich der Staat verschuldet.

Quelle: Text der Redaktion

nicht nur die Effizienzmarkthypothese vorgestellt werden, die besagt, dass auf den Finanzmärkten neue Informationen aus der Realökonomie rational „eingepreist“ werden und die Kurse von Aktien, Devisen usw. ihren objektiven Fundamentalwerten ent-

„Geld [entsteht] durch die Kreditvergabe der Privatbanken und dazu [werden] weder Spareinlagen noch zwangsläufig Zentralbankgeld benötigt.“

sprechen. Ebenso gilt es, den häufig offenkundigen „irrationalen Überschwang“ in diesem Bereich anzusprechen, wie es Nobelpreisträger Robert Shiller ausdrückte.

Ein dritter Bereich soll kurz erwähnt werden. Angesichts der unübersehbaren Klimakatastrophe sollte auch die deutsche, europäische und internationale Klimapolitik gewürdigt und kritisch, u. a. an den Zielen des Pariser Abkommens und des kaum noch vorhandenen Emissions-Restbudgets, überprüft werden. In groben Zügen sollte die europäische Umweltpolitik (Fit for 55) und das deutsche Klimaschutzgesetz unter Einschluss des gegenwärtigen Standes bei Photovoltaik, Windrädern usw. untersucht und an den Erfordernissen des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change, der oft auch als „Weltklimarat“ bezeichnet wird) und z. B. des Sachverständigenrats für Umweltfragen gemessen werden. Sich andeutende Aufweichungen sind hinsichtlich Motiven, Interessen und Ideologien kritisch zu beleuchten und zu erklären. Andererseits müsste die Frage gewagt werden, ob Klimaneutralität in Industrieländern überhaupt realistisch ist und ob eine näher zu skizzierende Postwachstumsökonomie diese Probleme lösen könnte.

FAZIT

Nach einer Skizzierung der vorherrschenden neoklassischen Mikroökonomie wur-

de darauf hingewiesen, dass die Lehrbuchlandschaft in Deutschland sich auf diese Perspektive konzentriert. Das Konzept der Knappheit und des eigeninteressierten Konsumenten wurde als ein Kernelement mit problematischen Annahmen identifiziert und ein erweiterter Bedürfnisansatz vorgeschlagen. Als zweites Beispiel diente der Gleichgewichtsansatz mit steigender Angebots- und fallender Nachfragekurve. Dabei wurden deren Einseitigkeit und der ideologische, marktliberale Unterton hervorgehoben und alternative realistische Kurvenverläufe vorgestellt, die in alternativen Lehrbüchern diskutiert werden. Vor allem seit der Finanzkrise regt sich auch von studentischer Seite im Netzwerk Plurale Ökonomik Kritik am fehlenden Pluralismus. Die Cusanus Hochschule in Koblenz, die Masterstudiengänge Plurale Ökonomik in Siegen und Sozioökonomie an der Uni Duisburg-Essen sind Beispiele für mehr Pluralität. Angesichts des drohenden Kollapses unserer Biosphäre ist beklagenswert, dass die ökologische Ökonomik eine marginale Rolle spielt, v. a. ökomodernistisch-technologische Vorschläge zur Sprache kommen und Überlegungen zu einer Suffizienz- und Postwachstumsgesellschaft ausgeblendet werden.

LITERATURHINWEISE

Cohn, Steven (2015): Reintroducing Macroeconomics, New York.

Hill, Rod/Tony Myatt (2010): The Economics Anti-textbook: A Critical Thinker's Guide to Microeconomics, Halifax.

Peukert, Helge (2019): Mikroökonomische Lehrbücher: Wissenschaft oder Ideologie?, Marburg.

Peukert, Helge (2023): Heterodoxe Beiträge zur Geschichte des ökonomischen Denkens, Marburg.

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Ralf Engel in Zusammenarbeit mit Florian Benz)

BILDUNGSPLANBEZUG WBS

Verbraucher

- (1) ökonomisches Handeln erläutern (ökonomisches Prinzip, Kaufverhalten) und dabei die Möglichkeit des nachhaltigen Konsums und Verzichts einordnen
- (11) die Macht des Verbrauchers bei unterschiedlichen Marktformen vergleichen und Voraussetzungen für Konsumentensouveränität (unter anderem Instrumente der Verbraucherpolitik) erklären

BILDUNGSPLANBEZUG WIRTSCHAFT

Grundlagen der Ökonomie

- (1) Einflussfaktoren auf ökonomisches Verhalten (Handeln nach Präferenzen, Reagieren auf Anreize und Restriktionen) anhand verschiedener Erklärungsansätze (Rationalitätshypothese beziehungsweise begrenzte Rationalität) beschreiben und deren Aussagekraft beurteilen

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. Der Autor sieht die Gefahr, dass aus dem Preis-Mengen-Diagramm „auch zahlreiche wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen gezogen werden, die einer einseitig marktliberalen Grundanschauung entsprechen.“ Arbeiten Sie heraus, wie der Autor seine These begründet. Ein **Tafelbild** findet man auf [Moodle Mo6](#).
2. „Eine grundlegende Schwäche der üblichen Darstellungen besteht darin, dass man durchaus realistische Kurvenverläufe nicht berücksichtigt.“ Stellen Sie dar, wie Helge Peukert diese Kritik begründet.
3. „Bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht kann der private Sektor (Haushalte und Unternehmen) nur sparen, wenn sich der Staat verschuldet.“ Erläutern Sie diesen Satz (vgl. [Abbildung 4](#)) ausgehend von den Finanzierungssalden ([Abbildung 2, S. 67](#)) sowie [Moodle Mo7](#).

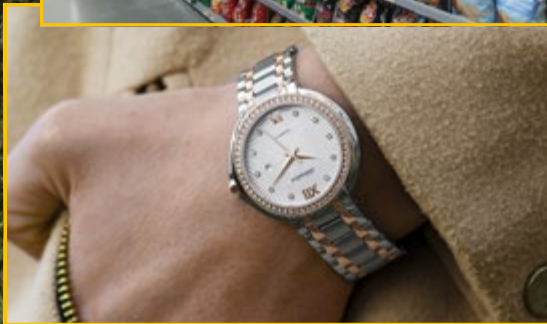
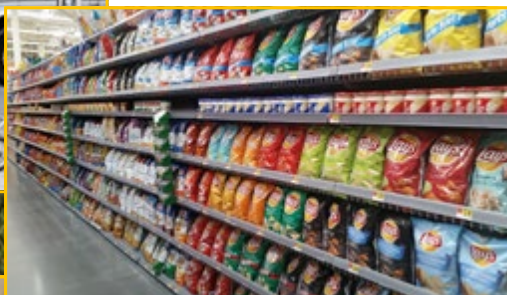
AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

Alles Knappheit oder was? Knappheit als Grundlage des Wirtschaftens?

1. Sichten Sie die Impulse M 1 und stellen Sie Bezüge zu der Frage her, inwiefern „Knappheit als Grundlage des Wirtschaftens“ gelten kann.
2. Überprüfen Sie die Positionen von M 2a und M 2b anhand von M 1.
- 3 a) Erläutern Sie die drei in M 3 vorgestellten Arten von Knappheit anhand von Beispielen aus Ihrem Alltag.
- b) Stellen Sie die Zusammenhänge zwischen wesentlichen Begriffen von M 3 in Form einer Concept-Map dar:
Ein **Methodenblatt** sowie Hilfe bei der **Differenzierung** findet man auf [Moodle Mo8](#).
- c) Ordnen Sie die Materialien M 1, M 4 und M 5 den verschiedenen Arten von Knappheit zu.
4. „Denn inzwischen werden natürliche Ressourcen tatsächlich knapp“ (M 4). Stellen Sie die Auswirkungen dieser Knappheit auf den Preis in einem neoklassischen Preis-Mengen-Diagramm dar (vgl. [Moodle Mo9](#)).
5. „Aus diesem Grund wird [die Wirtschaft] in den kommenden Jahrzehnten nachhaltiger werden“ (M 4). Erläutern Sie ausgehend von dem Konzept der Knappheit, was Horst Wildemann zu dieser Aussage veranlasst.
6. Entwickeln Sie Lösungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Arten von Knappheit unter Berücksichtigung möglicher Akteure. Einen **Lösungshinweis** findet man auf [Moodle Mo10](#).
7. „Knappheit ist die Grundlage des Wirtschaftens“. Überprüfen Sie diese Annahme.

MATERIALIEN

M1 IMPULSE



Quelle: https://pxhere.com/en/photo/1382672?utm_content=shareClip&utm_medium=referral&utm_source=pxhere, CC0 Public Domain (08.01.2024).

Quelle: https://pxhere.com/en/photo/614086?utm_content=shareClip&utm_medium=referral&utm_source=pxhere, CC0 Public Domain (08.01.2024).

Quelle: Bild von Mauricio Souza Mau auf Pixabay

Quelle: Photo by form **PxHere**, CC0 Public Domain

M2a KNAPPHEIT

die Tatsache, dass nicht alle Güter in so ausreichendem Umfang bereitstehen, um damit sämtliche Bedürfnisse zu befriedigen. Aufgrund des begrenzten, knappen Güterangebots kann nur ein Teil der grundsätzlich unbegrenzten Bedürfnisse des Menschen befriedigt werden. Die Knappheit der Güter ist ein wirtschaftliches Grundproblem und macht wirtschaftliches Handeln des Menschen notwendig, um eine bestmögliche Versorgung mit Gütern zu gewährleisten. Je knapper ein Gut ist, desto höher ist sein Preis.

Quelle: Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenz-

ausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

Vgl. zu diesem Thema auch das Unterrichtsmaterial von Teach Economy: <https://www.teacheconomy.de/unterrichtsmaterial/grundannahmen-okonomischen-denkens/knappheit/> (08.01.2024).



M2b HANS-JÜRGEN ARLT: G20-GIPFEL: WIE TEUER WIRD EIN NEIN?, CARTA 07.07.2017

Autos sind knapp auf diesem Erdball. Wenn die fröhlichen Radiomoderatoren morgens zwischen sieben und neun Uhr ihre Staumeldungen durchsagen, mag man es nicht recht glauben. Straßen sind knapp, scheint eher zuzutreffen. Je länger der Stillstand der Automobile, desto höher die Sprechgeschwindigkeit beim Herunterrattern der Kilometerlängen, Autobahnabschnitte, Orts- und Straßennamen. [...] „Die Knappheit der Güter ist ein wirtschaftliches Grundproblem und macht wirtschaftliches Handeln des Menschen notwendig“ belehrt uns eine Institution, die es wissen muss, die Bundeszentrale

für politische Bildung. Also sind auch Hemden und Hosen knapp. Die Malls, durch die Shopping Queens und Schnäppchenjäger schlendern, die Warenhäuser und Trödelmärkte vermitteln einen ganz anderen Eindruck. Vielleicht wird umgekehrt ein Schuh draus. Vielleicht ist Knappheit schon lange nicht mehr das Problem, das die Wirtschaft löst. Anders herum begreift man die Wirklichkeit: Knappheit ist das Problem, das die Wirtschaft herstellen und aufrechterhalten muss, damit sie floriert.

Knappheit ist zur großen Lüge einer Ökonomie geworden, die vor Produktivkraft

strotzt und weltweit allen Menschen mehr als das Notwendige bieten könnte [...].

Die Bezahlschranke ist der Zauberstab, mit dem Knappheit auch dort erzeugt wird, wo Autohalden, Butterberge und Klammottenhaufen das Bild beherrschen. Den Menschen, die nicht bezahlen können, verweigern, was sie brauchen, und Leuten, die genug Geld haben, aufdrängen, was sie nicht benötigen, das ist wirtschaftliche Vernunft im dritten Jahrtausend nach der Kreuzigung des Schreinersohnes, der die Händler aus dem Tempel trieb.

[...] Vor allem in Afrika [...] hat die Zahl der Hungernden nach Angaben der Welt-

hungerhilfe seit dem Jahr 1990 deutlich zugenommen, auf 232,5 Millionen Menschen im laufenden Jahr. Allein in Deutschland wirft jeder Mensch im jährlichen Durchschnitt 82 Kilogramm Le-

bensmittel in den Müll. Für die Wirtschaft kein Problem, sondern ein Gewinn, solange vorher dafür bezahlt wurde. Kaufen und Wegwerfen ist ökonomisch sinnvoll, nur nichts zu kaufen schadet der Wirt-

schaft. „Es reicht für alle“ heißt es in der Petition der Welthungerhilfe an den G20-Gipfel.

© <http://carta.info/g-20-gipfel/> (08.01.2024).

M3 OLIVER STENGEL: KNAPPHEIT UND ÜBERFLUSS, IN: JENSEITS DER MARKTWIRTSCHAFT, ÖKONOMIE IM 21. JAHRHUNDERT, 2016

Knapp sind die Dinge nämlich im Vergleich zu den menschlichen Bedürfnissen, deren Befriedigung sie dienen. Nicht, dass es wenig Waren gäbe, aber, so die Lehrmeinung, die menschlichen Bedürfnisse sind ungleich höher. [...]

Drei Knappheiten

Empirisch ist die Unterstellung der materiellen Unzufriedenheit oder gar Unersättlichkeit des Menschen schon deshalb kritikwürdig, weil es weltweit eine stattliche Anzahl von Menschen gibt, die ihren Konsum bewusst zurückschrauben, materiell (auch auf bescheidenem Niveau) gesättigt sind, bewusst weniger Einkommen erwirtschaften, um weniger Stress zu haben oder schlicht mehr Zeit.

Auch analytisch bröckelt das Axiom der ewigen Knappheit, nimmt man Knappheit genauer unter die Lupe. Knappheit hat drei verschiedene Ausprägungen und Ursachen. Man kann von einer **absoluten Knappheit** von Trinkwasser in der Wüste, von sauberer Luft in indischen und chinesischen Megacities, von Zeit bei berufstätigen Eltern oder von Sicherheit während des Dreißigjährigen Krieges sprechen. Es besteht **soziale Knappheit** dann, wenn jemand weniger (Einkommen oder Besitz) als andere hat und dies als Mangel empfindet. Ferner kann man von **systemischer Knappheit** sprechen, [...] wenn durch verschiedene Strategien intendiert Mangel bzw. Knappheit konstruiert und dem Konsumenten so Unzufriedenheit suggeriert wird. »Systemisch« ist die Knappheit, wenn sie künstlich aufrechterhalten wird, wenn das Konsumniveau absichtsvoll aufrechterhalten und gesteigert wird, um Bedürfnisse der Produzenten zu befriedigen. [...]

Soziale Knappheit zeigte sich vor 12 000 Jahren in den frühen Agrargesellschaften, als man begann, Besitz in geringem Umfang anzusammeln. Die einen hatten mehr als die anderen und durch den sozialen Vergleich wurde diese Diskrepanz bewusst. Die soziale (oder relative) Knappheit ist nicht Ausdruck der Nichtbefriedigung materieller, sondern immaterieller Bedürfnisse: Menschen möchten ein positives Selbstbild haben und von ihrer Gemeinschaft oder Gesellschaft anerkannt und nicht desintegriert, schlechter gestellt bzw. abgehängt werden. Der Minderbemittelte empfindet zwar einen Mangel an Einkommen oder Besitz relativ zu anderen, dabei geht es ihm aber zuvorderst um sein Selbstbild und die Anerkennung anderer. [...]

Systemische Knappheit ist jungen Ursprungs. Sie ist marktinduziert und setzte spürbar in den Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts ein, als das Angebot immer vielfältiger und es überdies notwendig wurde, Präferenzen durch Marketing zu beeinflussen und das Bedürfnis nach Waren zu generieren. Neue Waren und Optionen, neue Modelle mit neuen Extras und Moden nährten das Bedürfnis nach ihrem Besitz und ihrer Auskostung. Obwohl das Vorjahresmodell noch funktioniert, die letztjährige Modeware noch nicht abgenutzt ist, ist es psychologisch nicht mehr das gleiche, weil überholt und nicht mehr »in«. Die Unzufriedenheit ist geweckt und mit ihr das Bedürfnis, das Neue zu konsumieren. [...] Das Neue hat, obwohl meist nur geringfügig und an der Oberfläche verändert, überdies Prestige, und so wirkt die systemische auch in die soziale Knappheit hinein: Wer das Neue hat, hat seinen Mitmenschen gegenüber einen Vorsprung und die Zurückgebliebenen spüren Mangel. Der Reigen der Neuheiten schafft soziale Ungleichheit, weckt soziale Bedürfnisse, verachtet und erniedrigt das Alte, fordert die Trennung, fördert die Wegwerfmentalität und forciert ökologische Probleme. [...]

Es ist wichtig, sich diese drei Kategorien von Knappheit bewusst zu machen, wenn die Bewältigung oder gar Überwindung des Mangels das Ziel ist. Keynes berücksichtigte zwei Kategorien und kam dadurch schon zu einer differenzierteren Einschätzung der Lage:

In seinem berühmten Aufsatz „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ war er anno 1930 der Meinung, dass die menschlichen Bedürfnisse in zwei Kategorien zerfallen, »solche Bedürfnisse, die absolut in dem Sinne sind, daß wir sie fühlen, wie auch immer die Situation unserer Mitmenschen sein mag, und solche, die relativ [bzw. sozial] in dem Sinne sind, daß wir sie nur fühlen, wenn ihre Befriedigung uns über unsere Mitmenschen erhebt, uns ein Gefühl der Überlegenheit gibt.« Die Bedürfnisse der letzten Kategorie, so Keynes, seien fürwahr unersättlich. [...]

Heute gibt es Waren in Hülle und Fülle. In den Vereinigten Staaten sterben mehr Menschen an zu reichlichem Essen als an Unterernährung. [...]

Peter Barnes unterscheidet zwei Stadien, welche die Marktwirtschaft in ihrer bisherigen Entwicklung durchlaufen habe. Das erste Stadium nennt er Kapital-

ismus 1.0, den Mangelkapitalismus. Das war die Welt Ricardos. Sie zeichnete sich durch absolute Knappheit aus, d. h. dadurch, dass die Nachfrage größer als das Angebot war. Auf dieses Stadium folgte in den 1950ern der Kapitalismus 2.0, der Überflusskapitalismus. In diesem »gibt es für Unternehmen keine Produktgrenzen. Ihr Problem besteht darin, Käufer zu finden. Ein erheblicher Teil des Bruttoinlandsprodukts wird ausgegeben, um Menschen dazu zu bringen, diese unnötigen Produkte zu begehren.« Im Überflusstadium übertrifft das Angebot die Nachfrage. [...] Das Problem des Kapitalismus 2.0 ist nicht die absolute Knappheit, sondern die Erzeugung systemischer Knappheit. [...]

Armut ist relativ, Zufriedenheit ebenfalls. Der Ökonom Martin Binswanger erkennt an, dass Geld Menschen zufrieden machen könne – sofern andere weniger haben als sie: »Auf der ganzen Welt empfinden Menschen tiefe Befriedigung darin, mehr zu verdienen oder zu besitzen als ihre Kollegen, Nachbarn oder Familienmitglieder, das bringt sozialen Status. Allerdings gibt es da folgendes Problem: Nicht alle können mehr als der Durchschnitt verdienen. [...] Auch wenn das Einkommensniveau in einem Land absolut steigt, bleibt dann eine Mehrheit der Bevölkerung unter dem Durchschnittseinkommen.« Dies, so Binswanger, ist – neben dem Gewöhnungseffekt an einen höheren Lebensstandard – ein Grund für die wiederholt gemessene stagnierende Zufriedenheit der Bevölkerungen wohlhabender Nationen. [...]

Knappheit ist damit nicht notwendigerweise ein Mangel an Waren und die Strategie zur Überwindung der Knappheit muss folglich nicht in der Erhöhung der Produktion bestehen. Sie könnte auch die Verringerung von Bedürfnissen anstreben – z. B. durch die Verringerung der sozialen Ungleichheit oder der systemischen Knappheit. In der Marktwirtschaft aber ist die dominante Strategie zur Bewältigung der Knappheit entweder Rationalisierung oder die Vergrößerung der

Güter, bei denen weniger die Funktion als der Vergleich mit anderen Menschen für die Bewertung wichtig ist, nennt man **positionale Güter**. (vgl. auch den Beitrag von *Till van Treeck* S. 32 ff.)

Text der Redaktion

Produktion – ohne die soziale und systemische Knappheit dadurch je verkleinern zu können. Sie müssten es nicht, aber deswegen kreisen unsere Gedanken noch immer um die Produktion und den Erwerb von Einkommen.

[...] Widersprüchlich ist auch die Marktwirtschaft. Einerseits gibt sie vor, Bedürfnisse befriedigen und das Gemeinwohl steigern zu wollen, kreierte andererseits aber unaufhörlich Bedürfnisse und Knappheit.

Nach gängiger Lehrbuchmeinung reagieren Unternehmen auf die Wünsche der Verbraucher, sie agieren nicht. Sie sind Getriebene, den Interessen der Verbraucher ausgeliefert wie das Blatt dem Wind. Auf diese Weise dient die Ökonomie dem Menschen, denn es wird nur produziert, was tatsächlich benötigt wird. Faktisch befasst sich jedoch ein ganzer Wirtschaftszweig, das Marketing, damit, gestaltend auf die Vorgänge in Absatzmärkten einzuwirken. Faktisch beeinflussen

Unternehmen die Nachfrage aktiv und hohlen die Konsumentenautonomie willentlich aus. [...]

Und schließlich ist die bloße Existenz von Werbung der beste Beleg dafür, dass dort, wo sie häufig in Erscheinung tritt, an sich keine Knappheit herrscht. Darum konzentriert sich Werbung aus systemischen Gründen auf ihre Konstruktion. Solange nämlich Lebensmittel, Kleidung, Möbel und andere zum Leben wichtige Dinge knapp waren, bedurfte es keiner Werbung. [...]

Je größer die Ansammlung und Produktion von Waren in einer Gesellschaft, desto größer ist der gefühlte systemische Mangel. Je exklusiver dabei der Zugang zu den Waren – und eine der exklusivsten Zugänge ist der Erwerb von Privateigentum gegen Bezahlung –, desto größer der soziale Mangel. [...]

Quelle: <https://extras.springer.com/?query=978-3-658-11758-0> (kostenloser Download)

M4 VÖLLIG VERBLÖDET!



© Karl Berger 2020

M5 ZITATE

„Wir sind die Frontschweine eines kapitalistischen Systems, das auf quantitativem Wachstum aufgebaut ist. Wir versuchen, Menschen Waren zu verkaufen, die sie nicht brauchen, und erziehen sie dazu, sich durch Konsum zu definieren.“ Werbeagenturen sind die Exekutive eines auf Konsumsteigerung ausgerichteten Wirtschaftssystems. Um die Steigerung zu realisieren, haben sie den gut bezahlten Auftrag, Knappheiten zu konstruieren und damit zu ständig neuem Konsum zu motivieren.

Amir Kassaei, Kreativchef von DDB, dem weltweit zweitgrößten Netzwerk von Werbeagenturen, in: Oliver Stengel (2016): Knappheit und Überfluss, in: Jenseits der Marktwirtschaft, Ökonomie im 21. Jahrhundert.

Gefragt, ob sie lieber in Welt A leben wollten, in der man in einem 400 m² großen Haus leben könnte, während jeder andere ein 600 m²-Haus zu seiner Verfügung hat oder in Welt B, in der man ein 200 m²-

Haus hat, alle anderen dagegen ein Haus mit einer 100 m² großen Wohnfläche, wählen die meisten Menschen in Umfragen Welt B, obwohl die Wohnung dort nur halb so groß ist.

in: Jenseits der Marktwirtschaft, Ökonomie im 21. Jahrhundert, zitiert nach: Hans Christoph Binswanger: Die Wachstums-spirale 2012

M6 HORST WILDEMANN: DER SEGEN DER KNAPPHEIT, ZEIT ONLINE 29.12.2011

Natürliche Ressourcen werden weltweit so teuer, dass Erfolg nur der haben wird, der ökologisch wirtschaftet – denn nur der wirtschaftet effizient.

Viel wurde in der Wirtschaft in den vergangenen Jahren von Nachhaltigkeit gesprochen. Jede Firma verpasste sich einen grünen Anstrich, immer mehr Produkte erhielten Ökosiegel [...]. Doch hat das wirklich zu einem grundlegenden Wandel geführt? Ist die Ökonomie tatsächlich ökologisch geworden? Zweifel sind nicht nur erlaubt, sondern berechtigt.

Meine These: Lange war Nachhaltigkeit vor allem mit einem Appell verbunden, mit der politischen oder moralischen Aufforderung, pfleglich mit der Umwelt umzugehen. Jetzt aber kommen handfeste ökonomische Gründe hinzu. Denn inzwischen werden natürliche Ressourcen tatsächlich knapp.

So berechtigt die Mahnungen früher schon gewesen sein mögen: Die Wahrung der Wirtschaft besteht nicht aus moralischen Werten [...]. Solange Rohstoffe und Energie vergleichsweise preiswert waren, lohnte es sich nicht, in Nachhaltigkeit zu investieren. [...] Nun sind wir genau an dem Punkt angelangt, an dem das geschieht – weil eine Vorhersage des Club of Rome mit voller Wucht eintrifft: Die Zeit preiswerter Rohstoffe ist unwiderruflich vorbei. [...]

Ressourceneffizienz, der schonende und nachhaltige Umgang mit lebensnotwendigen Grundstoffen, wird im Vergleich immer billiger. Sie wird zur entscheidenden Stellschraube, an der jeder drehen muss, der im globalen Wettbewerb mithalten möchte. Die Arbeitsproduktivität hat sich in Deutschland seit 1960 vervierfacht. Die Materialeffektivität wurde im selben Zeitraum hinge-

gen nur verdoppelt, die Energieproduktivität sogar nur um den Faktor 1,5 gesteigert. [...] Wer Ressourceneffizienz als Erster konsequent durchdekliniert, gewinnt entscheidende Wettbewerbsvorteile. [...]

Der Wachstumsmarkt der Zukunft besteht im effizienten Umgang mit schrumpfenden Rohstoffen, da gibt es keine Umkehr mehr. Wer auf diesem Markt erfolgreich ist, wird ein Gewinner sein. Und so unterscheidet die Wirtschaft nun einmal: zwischen Gewinnen und Verlieren. Aus diesem Grund wird sie in den kommenden Jahrzehnten nachhaltiger werden. Ihr bleibt gar keine andere Wahl. Profitieren werden in diesem Fall wir alle.

© Horst Wildemann, in: <https://www.zeit.de/2012/01/Oekologie-Ressourcen> (09.01.2024).

ÖKONOMIE DER BEZAHLTEN UND UNBEZAHLTEN ARBEIT – EINE FEMINISTISCHE BETRACHTUNG DER TÄTIGKEITSGESELLSCHAFT

ULRIKE KNOBLOCH

In der ökonomischen Wissenschaft steht die Auseinandersetzung mit Marktprozessen und Erwerbsarbeit, mit Geldströmen und Finanzmärkten im Vordergrund. Es dominiert eine Sichtweise, die vom monetär orientierten, eigeninteressierten Handeln nutzenmaximierender Wirtschaftssubjekte ausgeht und Wettbewerbsprozesse zwischen Unternehmen analysiert. Auch im Alltagsverständnis wird Wirtschaft oft mit Unternehmen und deren Politik gleichgesetzt und das Wirtschaften in anderen Sektoren und Bereichen, wie zum Beispiel in privaten Haushalten, ausgeblendet. Das an den Hochschulen und in der Wirtschaftspraxis vorherrschende enge Verständnis von Ökonomie und Arbeit und die zugrunde liegenden Prinzipien des wirtschaftlichen Handelns kritisch weiterzuentwickeln, ist der zentrale Schritt hin zu einer Tätigkeitsgesellschaft aus feministischer Perspektive.

TISCHLEIN-DECK-DICH-ÖKONOMIE

Die wirtschaftliche Leistung eines Landes wird mithilfe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ermittelt und der Wert aller Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr in einem Land produziert werden, als Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgewiesen. Dabei gibt die VGR auch Auskunft über die geleisteten Erwerbsarbeitsstunden. Aber alles, was darüber hinaus unbezahlt geleistet wird, ist in der VGR nicht enthalten. Daher bezeichne ich diese Betrachtungsweise als *Tischlein-deck-dich-Ökonomie*. Denn es wird davon ausgegangen, dass sich der Tisch von selbst deckt und analog das Essen sich selbst kocht, die Wäsche sich selbst wäscht, die Kinder sich selbst betreuen und die Alten sich selbst pflegen, was aber nur in einer Märchenwelt möglich ist.

In die Wirtschaftsrechnungen ist die unbezahlte Arbeit meist nicht einbezogen. Dies bezeichne ich als Tischlein-deck-dich-Ökonomie.

Dabei ist jedes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht nur auf bezahlte, sondern auch auf unbezahlte Arbeit angewiesen, die vor allem, aber nicht nur in privaten Haushalten erbracht wird. Die *Erwerbswirtschaft*, also der Teil der Wirtschaft, in dem Arbeit bezahlt geleistet wird, ist allein nicht funktionsfähig. Viel-

mehr greift die Erwerbswirtschaft, um funktionieren zu können, notwendigerweise zurück auf die *Versorgungswirtschaft*, also den Teil der Wirtschaft, in dem Arbeit unbezahlt geleistet wird – sowie auf ökologische Prozesse, worauf aber an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann. Diese Abhängigkeiten werden in der Standardökonomie nicht oder nur unzureichend thematisiert, so dass unbezahlte Arbeit und Natur als Ressourcen angesehen werden, die grenzenlos verfügbar zu sein scheinen und deren Nutzung auch nicht in den Kostenrechnungen auftauchen.

Während die Standardökonomie auf Leistungen ausgerichtet ist, die über den Markt zur Verfügung gestellt werden,

blickt eine feministisch erweiterte Ökonomie auf die gesamte Versorgung der Menschen in einem modernen Wirt-

Jedes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist nicht nur auf bezahlte, sondern auch auf unbezahlte Arbeit angewiesen.

schafts- und Gesellschaftssystem. Um die Tischlein-deck-dich-Vorstellung der Standardökonomie zu überwinden, ist der ökonomische Gegenstandsbereich, also das, womit sich die ökonomische

ABB. 1: TISCHLEIN-DECK-DICH



Quelle: von KI generiert

Wissenschaft beschäftigt, zu erweitern. Vor allem das zugrunde liegende Verständnis von Arbeit ist zu überdenken, und alle unbezahlten Tätigkeiten, die für die Versorgung der Menschen mit dem zum guten Leben Notwendigen erforderlich sind, einzubeziehen. Das Ziel der Ökonomie bleibt dann nicht auf Gewinn- und Nutzenstreben beschränkt, sondern wird als die Versorgung aller Menschen mit dem zum guten Leben Notwendigen verstanden.

GRUNDZÜGE EINER ÖKONOMIE DER BEZAHLTEN UND UNBEZAHLTEN ARBEIT

Die Versorgung der Menschen mit dem zum guten Leben Notwendigen hängt nicht nur von den Leistungen der Unternehmen und vom Wettbewerb im Markt, sondern zu einem großen Teil auch von Tätigkeiten und Leistungen in anderen Sektoren ab. Mithilfe eines Mehr-Sektoren-Modells lässt sich verdeutlichen, dass es mindestens vier Sektoren sind, die zur Versorgung der Menschen mit Waren und Dienstleistungen beitragen: der öffentliche Sektor mit dem Staat, der Marktsektor mit den Unternehmen, der Nonprofit-Sektor mit den Nonprofit-Organisationen (NPOs) und der Haushaltssektor mit den Haushalten (vgl. *Abbildung 2*; siehe auch *Verein JOAN ROBINSON u. a. 2022*). Bezahlte Arbeit wird vor allem in den Unternehmen, im Staat und im Nonprofit-Sektor, unbezahlte Arbeit vor allem in den Haushalten und zudem auch im Nonprofit-Sektor geleistet.

Weiterführend für die Entwicklung einer Ökonomie der bezahlten und unbezahlten Arbeit sind zum einen Ansätze der kritischen Haushaltstheorie, die die Produktion im Haushalt in den Gegenstandsbereich einbeziehen, und zum an-

deren Ansätze der Sorgeökonomie, die bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit in ihrer ganzen Bandbreite untersuchen. Denn alle Menschen sind nicht nur in der Kindheit, sondern auch darüber hinaus darauf angewiesen, dass andere Menschen nicht nur an ihrem eigenen Nutzen orientiert handeln.

Alle Menschen sind darauf angewiesen, dass andere Menschen nicht nur an ihrem eigenen Nutzen orientiert handeln.

Die *Haushaltstheorie* untersucht die Vielfalt wirtschaftlicher Tätigkeiten im Haushalt. Zentral ist die Erkenntnis, dass der Haushalt nicht nur ein Ort des Konsums ist, sondern auch ein Ort der Produktion von Gütern und Dienstleistungen für den eigenen Gebrauch. Private Haushalte sollten zwar nicht idealisiert werden, denn auch sie unterliegen der Marktlogik und dem Wettbewerb. Aber das Handeln im Haushalt ist doch immer auch noch an einer anderen als der Marktlogik und nicht nur am Prinzip der eigeninteressierten Nutzenmaximierung orientiert. Zukunftsorientiertes Wirtschaften, das daran anknüpft, versteht die Prinzipien des Ver- und Fürsorgens, wie sie dem Wirtschaften im Haushalt immer auch zugrunde liegen, als vorrangig.

Die *Sorgeökonomie* untersucht, wie und in welchem Umfang bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit in einer Gesellschaft bereitgestellt wird, wer diese Sorgearbeit leistet und für wen sie geleistet wird. Den verschiedenen sorgökonomischen Ansätzen ist gemeinsam, dass sie neben der bezahlten auch die unbezahlte Sorgearbeit als Arbeit anerkennen, die Bedeutung der Sorgearbeit für die Gesell-

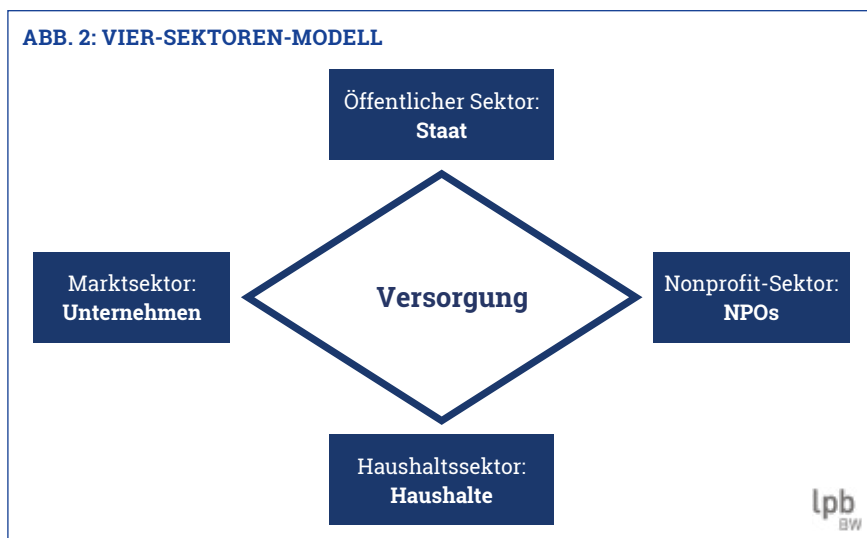
schaft sichtbar machen und sich mit den Besonderheiten von Sorgearbeit auseinandersetzen. Dabei werden unter Sorgearbeit nicht nur die bezahlten und unbezahlten Betreuungs- und Pflegeleistungen gefasst, sondern auch alle weiteren mit diesen direkten Betreuungs- und Pflegeleistungen verbundenen Aufgaben. Besonders sichtbar wird die lange Zeit scheinbar so selbstverständlich erbrachte unbezahlte Sorgearbeit, wenn sie – aus der Perspektive der Sorgeempfangenden – fehlt oder – aus der Perspektive der Sorgeleistenden – nicht mehr erbracht werden kann und es zu Sorgekrisen kommt. Um diese Sorgekrisen zu lindern, übernehmen in den Ländern des Globalen Nordens vermehrt Ausländerinnen Betreuungsaufgaben im Haushalt gegen meist – aus der Perspektive der Zielländer betrachtet – geringe Bezahlung (*Knobloch/Kleinert 2022*).

Unter Arbeit wird sowohl die bezahlte Arbeit als auch die unbezahlte Arbeit verstanden.

ERWEITERTES VERSTÄNDNIS VON ÖKONOMIE UND ARBEIT

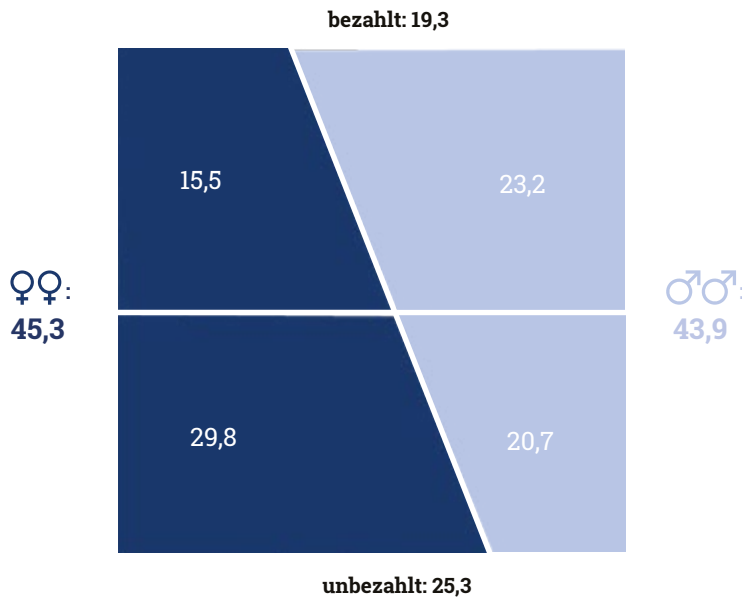
In der Ökonomie der bezahlten und unbezahlten Arbeit wird unter Arbeit sowohl die bezahlte Arbeit als auch die unbezahlte Arbeit verstanden. Zur unbezahlten Arbeit gehören die vielfältigen Haus- und Betreuungsarbeiten ebenso wie die Freiwilligenarbeit, die in formelle und informelle unterschieden wird. Den weitaus größten Teil der unbezahlten Arbeit macht die Haus- und Betreuungsarbeit aus, dagegen ist die Freiwilligenarbeit weit weniger umfangreich. Abgrenzen lassen sich Arbeit von Nicht-Arbeit sowie bezahlte von unbezahlter Arbeit folgendermaßen: Für die Abgrenzung von Arbeit und Nicht-Arbeit wird das *Dritt-Personen-Kriterium* herangezogen. Danach werden alle Tätigkeiten als Arbeit bezeichnet, die auch von dritten Personen, die nicht im Haushalt leben, übernommen werden könnten. Für die Abgrenzung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist entscheidend, ob die Tätigkeiten in der VGR erfasst sind. Bezahlte Tätigkeiten werden in der VGR erfasst, unbezahlte Tätigkeiten sind – bis auf ganz wenige Ausnahmen – nicht in der VGR enthalten.

Seit den 1990er Jahren wird mithilfe von *Zeitverwendungserhebungen (ZVEs)* die unbezahlte Arbeit in einem Land erfasst. Solche Erhebungen werden nicht nur in Deutschland, sondern mittlerweile in vielen Ländern weltweit durchgeführt,



Quelle: Ulrike Knobloch, eigene Darstellung

ABB. 3: VERTEILUNG DER BEZAHLTEN UND UNBEZAHLTEN ARBEIT (STUNDEN PRO WOCHE)



Quelle: Zeitverwendungserhebung 2022, Statistisches Bundesamt, Darstellung: Ulrike Knobloch, eigene Darstellung

sowohl in Ländern des Globalen Nordens als auch des Südens. Für die ZVE unterscheidet das Statistische Bundesamt die unbezahlte Arbeit in folgende Tätigkeitsbereiche: Küche, Putzen und Waschen, Garten und Handwerk, Einkaufen und Haushaltsorganisation, Betreuung und Pflege von Haushaltsmitgliedern, Ehrenamt und Unterstützung anderer Haushalte. Außerdem werden auch die jeweiligen Wegezeiten dazu gerechnet. Da ZVEs sehr aufwändig sind, werden sie nur selten durchgeführt, in Deutschland alle 10 Jahre. Die letzte ZVE wurde im Jahr 2022 durchgeführt. Die komplette Auswertung liegt zwar aktuell noch nicht vor, aber erste Ergebnisse hat das Statistische Bundesamt schon veröffentlicht (*Abbildung 3*).

Dank der ZVEs kann auch gezeigt werden, wie bezahlte und unbezahlte Arbeit nach Geschlecht verteilt sind. In den Ländern des Globalen Nordens ist die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in den vergangenen Jahrzehnten zwar geringer geworden, sie ist aber weiterhin erheblich. Das gilt auch für Deutschland, wie wir an den Ergebnissen aus der ZVE 2022 sehen können. Darüber hinaus erfahren wir durch die ZVEs einiges über die Angebotsseite unbezahlter Arbeit, also darüber, wer in welcher Haushaltsform und in welchem Alter, wie viel unbezahlte Arbeit leistet, z. B. dass Männer die bezahlte, nicht die unbezahlte Arbeit erhöhen, wenn sie mehrere Kinder haben. Aber auch die Nachfrageseite ist wichtig: Für wen wird unbezahlte Arbeit

geleistet? Welche Formen von unbezahlter Arbeit werden in welchem Umfang erbracht, z. B. Betreuungsarbeit für Kinder, Kranke, Ältere?

ENTLASTUNGS- UND VERLAGERUNGS-PROZESSE

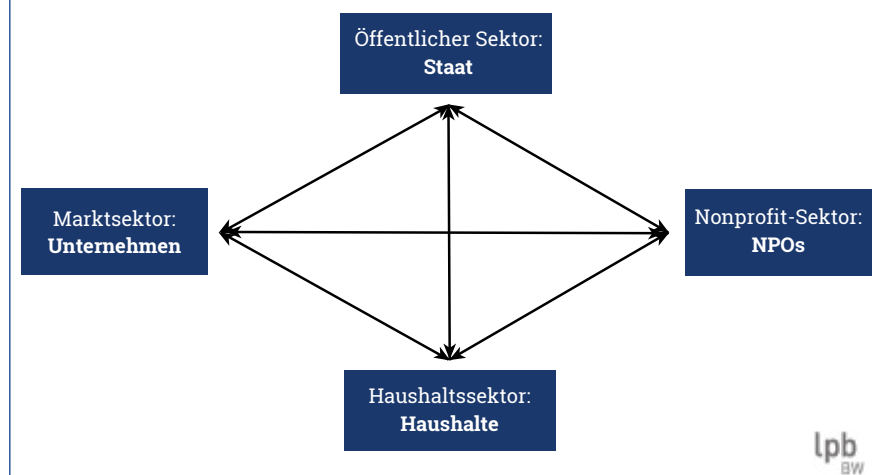
Die Erwerbstätigkeit von Frauen hat in den vergangenen Jahrzehnten stark zugenommen, während sich die Erwerbstätigkeit von Männern nicht wesentlich verändert hat. Laut Statistischem Bundesamt ist die Frauenerwerbsquote von 1991 bis 2022 kontinuierlich von 57 auf 73,1 Prozent an-

gestiegen. Dagegen bewegt sich die Männererwerbsquote in diesen Jahrzehnten kontinuierlich zwischen 70 und 80 Prozent. Da Frauen vorher nicht nichts gemacht haben, müssen gravierende Veränderungen in der unbezahlten Arbeit stattgefunden haben, über die wir wenig wissen. Um mehr über die Entwicklungsprozesse der bezahlten und unbezahlten Arbeit zu erfahren, ist es hilfreich, sich mit den verschiedenen Entlastungsstrategien und insbesondere mit den Verlagerungsstrategien auseinanderzusetzen.

Die Strategien, um die zeitliche Belastung durch unbezahlte Arbeit zu reduzieren, sind Vermeiden, Verändern, Verteilen oder Verlagern. Tätigkeiten *vermeiden* bedeutet, sie seltener oder gar nicht mehr ausführen, z. B. seltener waschen, spülen, kehren, putzen. Das geht allerdings nur in begrenztem Ausmaß, weil ansonsten Versorgungslücken entstehen. Den Aufwand für unbezahlte Arbeit *verändern* meint, dass mithilfe von technischen oder anderen Hilfsmitteln wie z. B. Herd, Waschmaschine und Staubsauger Haushaltstätigkeiten effizienter erledigt werden. Aber auch dies ist nur in beschränktem Umfang möglich. Eine weitere Strategie ist, die unbezahlte Arbeit anders zu *verteilen*, so dass z. B. alle Haushaltsmitglieder einen angemessenen Anteil der unbezahlten Arbeit übernehmen – eine Strategie, die naheliegt, auch wenn wir davon immer noch weit entfernt sind, wie die Zahlen der ZVE 2022 zeigen (*Abbildung 3*). Unbezahlte Arbeit *verlagern* bedeutet, dass Leistungen aus dem unbezahlten Bereich in den bezahlten Bereich verschoben werden. Die verschiedenen Verlagerungsprozesse werden hier noch etwas genauer untersucht.

In der öffentlichen Wahrnehmung dominieren die Verlagerungsprozesse zwischen Staat und Unternehmen. Doch

ABB. 4: VERLAGERUNGSPROZESSE IM VIER-SEKTOREN-MODELL



Quelle: Ulrike Knobloch, eigene Darstellung

auch aus den Haushalten heraus in die anderen Sektoren und zurück in die Haushalte finden ständig Verlagerungsprozesse statt, indem Leistungen, die bisher unbezahlt erbracht wurden, jetzt bezahlt, also monetarisiert werden, oder umgekehrt früher bezahlte Tätigkeiten jetzt unbezahlt geleistet, also entmonetarisiert werden. Mithilfe des Vier-Sektoren-Modells können diese vielfältigen Verlagerungsprozesse, die zwischen den einzelnen Sektoren stattfinden, verdeutlicht werden (*Abbildung 4*).

Für die Verlagerungsprozesse zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit lassen sich eine Reihe von Beispielen anführen. Zum einen werden früher unbezahlte Tätigkeiten jetzt bezahlt geleistet, wenn Kinder tagsüber in der Kita sind, also in dieser Zeit nicht zu Hause betreut werden, wenn Wäsche in die Wäscherei gegeben wird, also nicht selbst gewaschen wird, wenn Fertigprodukte gekauft werden oder im Restaurant gegessen wird, also nicht selbst gekocht wird. Auch im Fall von Haushaltshilfen und ambulanter Pflege wird vorher unbezahlte Arbeit zu bezahlter Arbeit, allerdings bleibt dann der Haushalt weiterhin der Arbeitsplatz.

Andererseits werden Tätigkeiten, die früher bezahlt geleistet wurden, aus den bezahlten Bereichen in die Haushalte verlagert, wenn zum Beispiel aufgrund von Sparmaßnahmen des Staates öffentliche Einrichtungen geschlossen werden, aufgrund kürzerer Verweildauer in Krankenhäusern Menschen zu Hause gesund gepflegt werden, oder wenn aufgrund von neuen technischen Möglichkeiten Dinge per Internet erledigt werden, für die vorher Menschen in Banken und anderen Branchen zuständig waren, wie Online-Banking, Reisebuchungen, medizinische Voruntersuchungen u. v. m.

Über die Größenordnungen und Auswirkungen dieser Verlagerungsprozesse wissen wir recht wenig, doch es liegt nahe, dass sie das BIP-Wachstum beeinflussen. Früher unbezahlte Tätigkeiten, die jetzt bezahlt geleistet werden, erhö-

Ein Teil des Wachstums beruht darauf, dass ehemals unbezahlte Tätigkeiten jetzt gegen Bezahlung erbracht werden.

hen das BIP, ohne dass insgesamt gesehen tatsächlich mehr geleistet wird. Deshalb spreche ich in diesem Zusammenhang von „Pseudo-Wachstum“, denn ein Teil des in den vergangenen Jahrzehnten ausgewiesenen Wachstums beruht schlicht darauf, dass ehemals unbezahlte Tätigkeiten jetzt gegen Bezahlung erbracht werden. Durch die Bezeichnung „Pseudo-Wachstum“ soll deutlich werden, dass, wenn unbezahlte Arbeit monetarisiert wird, es sich eigentlich nicht um Wachstum, sondern um Verlagerungsprozesse handelt, die erst dann sichtbar werden, wenn die unbezahlte Arbeit in die Analyse einbezogen wird.

FAZIT

Die feministische Betrachtung der Tätigkeitsgesellschaft geht von einem erweiterten Arbeits- und Ökonomieverständnis aus, um besser zu verstehen, wo Wirtschaft und Gesellschaft für ihr Funktionieren auf unbezahlte Arbeit zurückgreifen. Dabei sind die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen und Männern konsequent einzubeziehen und die Ökonomie so weiterzuentwickeln, dass in ihr die unbezahlte Arbeit systematisch mitgedacht wird und nicht erst nachträglich durch ihr Fehlen Beachtung findet. Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung und -verteilung sind daraufhin zu untersuchen, ob sie geschlechtergerecht sind, ohne Ungleichheiten aufgrund anderer Kategorien wie Ethnizität oder Herkunft zu verstärken. Denn es entstehen neue Formen der Arbeitsteilung, z. B. zwischen Frauen verschiedener sozioökonomischer Herkunft, wenn die unbezahlte Arbeit nicht innerhalb eines

Haushalts verteilt wird, sondern von anderen Frauen, die nicht zu diesem Haushalt gehören, gegen geringe Bezahlung geleistet wird. Eine Ökonomie der bezahlten und unbezahlten Arbeit trägt dazu bei, solche Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und einzuschätzen.

Welche Elemente für eine Ökonomie bezahlter und unbezahlter Arbeit wichtig sind, wie bezahlte und unbezahlte Arbeit zueinander stehen und die vielfältigen Phänomene und Prozesse, die in den Blick kommen, wenn wir beide Arbeitsformen zusammendenken, dies alles wird in Zukunft noch genauer zu untersuchen sein. Eine Ökonomie der bezahlten und unbezahlten Arbeit trägt dazu bei, dass der Fokus nicht allein auf mehr Frauen in der Erwerbstätigkeit gerichtet wird, sondern auch auf mehr Männer in der unbezahlten Arbeit.

Das „Jonglieren mit Zeiten“ (*Knobloch 2016*) bezahlter Arbeit, unbezahlter Arbeit und Freizeit ist weder eine Aufgabe nur für Frauen noch eine Angelegenheit nur von einzelnen Haushalten, sondern auch eine gesellschaftliche Herausforderung mit dem Fokus auf die gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Dabei geht es immer auch um die Fragen: Welche Leistungen sollen auch in Zukunft unbezahlt erbracht werden? Wer wird und wer soll die für

Gleichstellung bei der bezahlten Arbeit setzt Gleichstellung bei der unbezahlten Arbeit voraus.

jede Gesellschaft notwendige unbezahlte Arbeit ebenso wie die bezahlte Sorgearbeit erbringen und unter welchen Bedingungen? Es geht um nichts mehr und nichts weniger als eine zukunftsfähige Verteilung sowohl der bezahlten als auch der unbezahlten Arbeit. Denn Gleichstellung bei der bezahlten Arbeit setzt Gleichstellung bei der unbezahlten Arbeit voraus.

LITERATURHINWEISE

Knobloch, Ulrike (2016): Jonglieren mit Zeiten – Wirtschaftstheorie der bezahlten und unbezahlten Arbeit. In: Monica Budowski, Ulrike Knobloch, Michael Nöllert (Hrsg.): *Unbezahlt und dennoch Arbeit*, Zürich: Seismo Verlag, 25–54.

Knobloch, Ulrike/Ann-Christin Kleinert (2022): *Sorge-Glossar*. In: Ulrike Knobloch, Hildegard Theobald, Corin-

na Dengler, Ann-Christin Kleinert, Christopher Gnadt, Heidi Lehner (Hrsg.): *Caring Societies – Sorgende Gesellschaften: Neue Abhängigkeiten oder mehr Gerechtigkeit*, Weinheim – Basel: Beltz Juventa, S. 294–327, www.beltz.de/fachmedien/soziologie/produkte/details/49291-caring-societies-sorgende-gesellschaften.html sowie www.sorge-glossar.de, (28.03.2024).

Verein JOAN ROBINSON u.a. (Hrsg.) (2022): *Anders wirtschaften – Zeit für eine Care-Wende: Die Covid-Krise und die möglichen Veränderungsschritte anhand des 5-Sektorenmodells der Gesamtwirtschaft betrachtet*. Ein Dossier, Wien: Eigenverlag 2022, wide-netzwerk.at/dossier-anders-wirtschaften-zeit-fuer-eine-care-wende/, (28.03.2024).

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Florian Grosch in Zusammenarbeit mit Florian Benz)

BILDUNGSPLANBEZUG WIRTSCHAFT

Arbeitsmärkte

(1) den individuellen und gesellschaftlichen Stellenwert der Arbeit bewerten (Arbeitsgesellschaft, Tätigkeitsgesellschaft)

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. „*Knappheit ist die Grundlage allen Wirtschaftens*“, so lautet die Grundannahme der neoklassischen Ökonomik. Erläutern Sie im Gegensatz dazu die Perspektive der feministischen Ökonomik auf das Wirtschaften vor dem Hintergrund der Tischlein-deck-dich-Metapher. Einen Lösungshinweis finden Sie auf [Moodle Mo1](#).
2. Analysieren Sie [Abbildung 3](#).
3. Ulrike Knobloch stellt fest, dass es sich beim Wachstum des BIP teilweise auch um ein *Pseudo-Wachstum* handelt. Erklären Sie diese Annahme.
4. Dem vorliegenden Beitrag liegt, wie bereits in Aufgabe 1 thematisiert, ein *erweitertes Arbeits- und Ökonomieverständnis* zugrunde. Erörtern Sie Vor- und Nachteile dieser Sicht auf die Ökonomie.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

I. Was ist Arbeit?

1. Entwickeln Sie ausgehend von den Begriffen in M 1 eine Definition für „Arbeit“.
2. Vergleichen Sie Ihre Definition ...
 - a) mit den Definitionen Ihrer Mitschüler*innen
 - b) mit der Position des Karikaturisten (M 2).
 - c) mit der Position von Karl Marx (M 3).
3. Erläutern Sie, welchen Stellenwert „Arbeit“ in Ihrem Leben haben sollte. Vergleichen Sie die Bedeutung bzw. wichtigsten Funktionen von „Arbeit“ für Ihr

persönliches Leben sowie die Gesellschaft.

II. Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft?

1. Charakterisieren Sie die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt anhand von M 4a bis M 4d.
2. Erläutern Sie ausgehend von M 5 Gründe, die bei der Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit (Care-Arbeit) in Haushalten eine Rolle spielen.
3. Bewerten Sie die Forderungen aus M 6: *„Alle Formen der Arbeit müssen zwischen Frauen und Männern gleichermaßen fair und gerecht verteilt werden.“*

4. Erörtern Sie ausgehend von M 7, was für und gegen eine Entwicklung von einer Arbeits- zu einer Tätigkeitsgesellschaft spricht. Berücksichtigen Sie dabei auch unterschiedliche Perspektiven (z. B. Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die Gesellschaft). Einen Lösungshinweis finden Sie auf [Moodle Mo2](#).

Vertiefung: Ein Arbeitsblatt zum Thema Bullshit-Jobs finden Sie auf [Moodle Mo3](#).

5. Überarbeiten Sie Ihre Definition von „Arbeit“ aus Aufgabe 1.

M1 BEGRIFFSLISTE „WAS IST ARBEIT?“

Gesellschaft	Verteilung	Qualifikation	Existenzsicherung	Teilhabe
Selbstbestimmung	Einkommen	Selbstentfaltung	Beruf	Selbstwertgefühl
Gemeinwohl	Kooperation	Tätigkeit	Markt	Versorgung
Entlohnung	Status	Leistung	Produktionsfaktor	Herstellung

(eigene Zusammenstellung)

M2 SINNERHÖHUNG



© Christian Möller, auf: <https://www.cloud-science.de/sinn-oder-gehalt/>

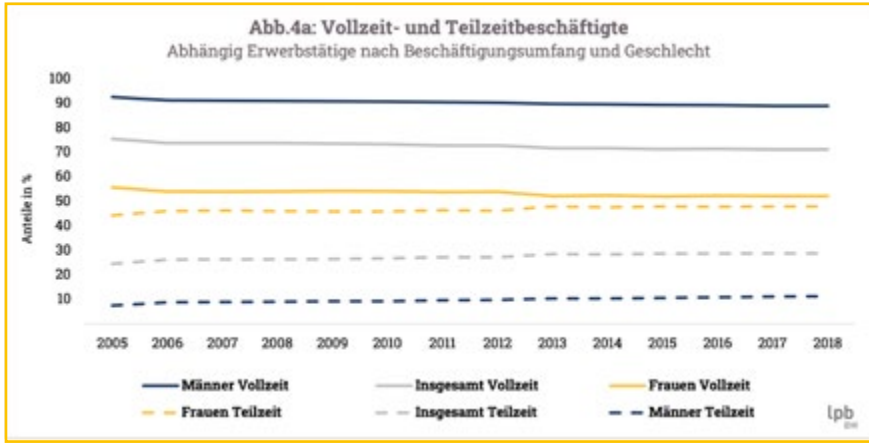
M3 MARIE MEETS MARX



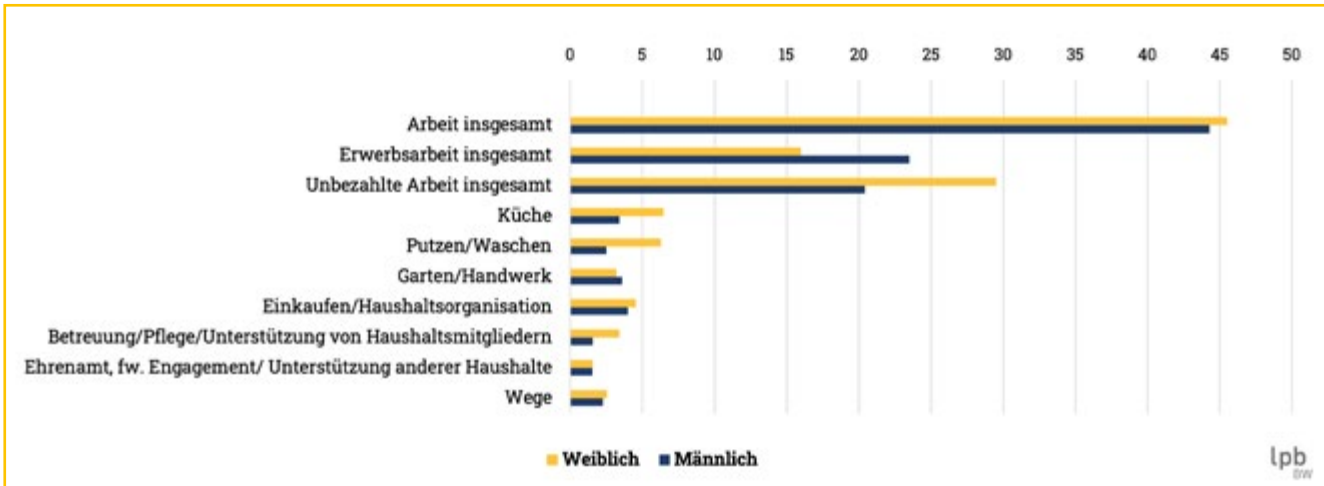
© <https://vimeo.com/267770062> (01.04.2024).



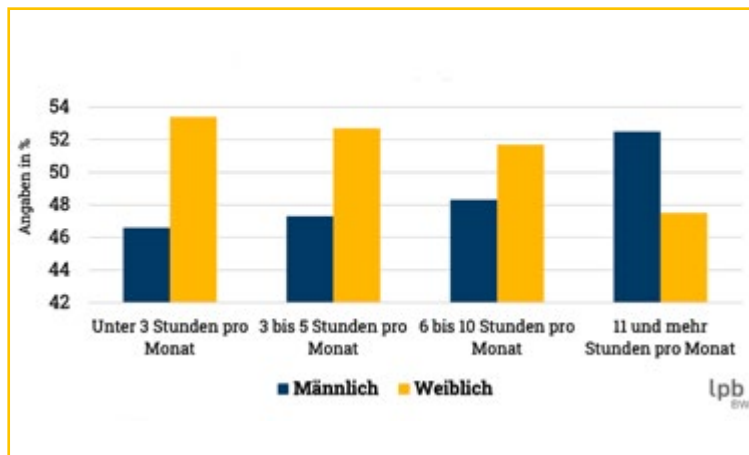
M4a ENTWICKLUNG DES BESCHÄFTIGUNGSUMFANGS VON FRAUEN UND MÄNNERN 1991-2019 IN DEUTSCHLAND



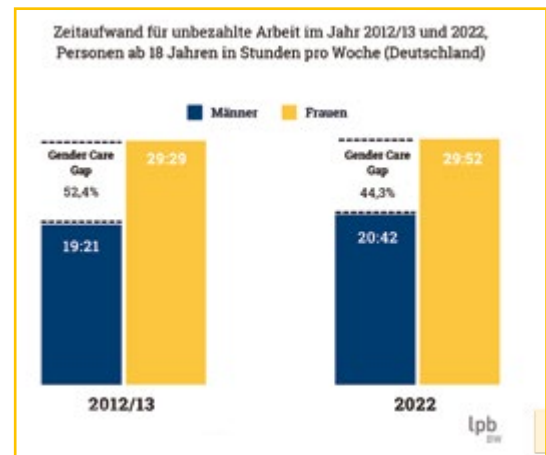
M4b ERWERBSARBEIT UND UNBEZAHLTE ARBEIT NACH AUSGEWÄHLTEN ARBEITSBEREICHEN
(PERSONEN AB 18 JAHREN IN STUNDEN PRO WOCHE, NACH GESCHLECHT, DEUTSCHLAND, 2022)



M4c ZEITAUFWAND FÜR EHRENAMTLICHES ODER FREIWILLIGES ENGAGEMENT VON PERSONEN AB 10 JAHREN, NACH GESCHLECHT IN %, DEUTSCHLAND, 2022



M4d GENDER CARE GAP



Quelle 4a-d: Zeitverwendungserhebung (ZVE) 2022, Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung

M5 ASTRID KÜHN: DAS BISSCHEN HAUSHALT? CARE-ARBEIT IST MILLIARDEN WERT,
NDR 08.03.2023

Care-Arbeit - die Tätigkeiten, die wir alle „nebenbei“ machen, um unser Leben zu organisieren: putzen, kochen, einkaufen, uns um andere kümmern - all das ist unbezahlte Arbeit. Weltweit wird sie vor allem von Frauen geleistet.

Wenn diese Care-Arbeit gerechter in der Familie aufgeteilt wird, schafft das Freiräume für die meisten Frauen. Sie könnten also ihre Arbeitszeit beim Job erhöhen. Die App „WhoCares“ will den Wert der unbezahlten Arbeit zu Hause

sichtbar machen. „Also, ich habe hier in 174,5 Stunden 4.021 Euro verdient“, erzählt Familienvater Andi, der die App „Who Cares“ ausprobiert hat. Das wäre ein stattlicher Lohn für den Hamburger, für zwei Wochen Care-Arbeit.

„Hier gibt’s eine Statistik, die sagt ‚Kinder‘, die sind immer dran, das sind 174 Stunden. Dann Management: 50 Stunden, ‚Emo-Arbeit‘ ist auf dem dritten Platz und dann zehn Stunden Einkaufen, Putzen, Wäsche. Das macht einem halt bewusst,

wie viel Zeit man damit verbringt“, so Andi. Bei ihm waren das viele Stunden pro Tag. Doch das war nicht immer so. In den ersten vier Lebensjahren der Kinder hat sich seine Frau Edie komplett um die Kinder und den Haushalt gekümmert, er war von acht bis siebzehn Uhr im Büro. Bis sie nicht mehr konnte und anfang, die Rollenaufteilung zu hinterfragen: „Ich begann, die Strukturen in meinem Kopf zu überdenken. Ist es überhaupt richtig so, ist es gerecht? Und habe für mich be-

geschlossen: Nein, ich möchte auch nicht später von Altersarmut betroffen sein, weil ich mich um die Kinder gekümmert habe.“

825 Milliarden Euro ist der Wert der unbezahlten Care-Arbeit, die pro Jahr in Deutschland geleistet wird; meist von Frauen, denn im Schnitt übernehmen sie doppelt so viel Care-Arbeit wie Männer. Und den Frauen fehlt am Ende das Geld: auf Giro- oder Rentenkonten. Dabei kommt die Care-Arbeit der Wirtschaft zugute, denn die braucht gut versorgtes, möglichst leistungsfähiges Personal, so die Ökonomin Christine Rudolf, die die Summe ausgerechnet hat. „Wir sehen, dass die Hauptarbeit in der Gesellschaft in der unbezahlten Arbeit steckt. Das heißt, dass diese Care-Arbeit eigentlich für das, was unsere Gesellschaft ausmacht, ungeheuer wichtig ist. Aber dadurch, dass sie in der Regel nicht mit Zahlen belegt wird, sondern nur eine gefühlte Größe ist, wird sie in der politischen Entscheidung nicht so berücksichtigt.“

Bei Edie und Andi hat es viel Kommunikation, aber auch viel Streit gebraucht, bis es Klick gemacht hat, wie Andi sagt. Mittlerweile ist auch Edie wieder berufst-

tätig: „Diese sechs Stunden Arbeit am Tag sehe ich eher als Erholung, denn das ist etwas, das ich für mich tue. Da konzentriere ich mich auf eine Sache. Bei der Kindererziehung, da hast du an manchen Tagen nicht die Zeit für einen klaren Gedanken - immer die Verantwortung für jemand anderen zu haben - 24/7.“

Auch bei allen planerischen Dingen versuchen die beiden, Aufgaben besser zu verteilen: Welche Kleider braucht das Kind, wann steht der nächste Arzttermin an? Es klappt nicht perfekt, erschöpft sind sie oft beide, aber sie sind im Findungsprozess, wie sie sagen. Genau das ist es, was „WhoCares“-Initiatorin Lina Schwarz und ihre Mitstreiterin mit der App bewirken wollen. „Das ist kein individuelles Problem. Vielleicht streite ich mich mit meinem Partner hundertmal, wer das Bad putzt, aber es geht auch anderen so. Es ist gesamtgesellschaftlich so, auch in dem bezahlten Bereich der Care-Arbeit: Pflege, Kindererziehung, Putzen. Wenn man da hinschaut, sieht man die mangelnde Wertschätzung und, dass es immer wieder von Frauen gemacht wird, dass ihnen das nahegelegt wird.“

Das Ehegatten-Splitting und zu wenige Betreuungsplätze für kleine Kinder

führten dazu, dass es sich nicht zwangsläufig lohnte, wenn beide arbeiten gehen. Dies müsse sich ändern - ebenso, wie die Arbeitszeitmodelle. Ökonomin Christine Rudolf: „Arbeitszeit bei Lohnausgleich zu verkürzen: Alle Studien deuten darauf hin, dass beide Seiten von so einem Modell profitieren. Die Arbeitsproduktivität wird erhöht, auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis, die Arbeitszufriedenheit erhöht sich - und es gibt die Möglichkeit, bei weniger Arbeitszeit für beide Geschlechter die Care-Arbeit geschlechtergerechter zu verteilen.“ Wenn alle mehr Zeit hätten, würde es nicht automatisch bedeuten, dass Männer und Frauen die Care-Arbeit fairer aufteilen. Aber die Aushandlungsprozesse würden leichter, und der Wert des Kümmerns gesellschaftlich womöglich höher angesehen.

Quelle: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Das-bisschen-Haushalt-Care-Arbeit-ist-Milliarden-wert,weltfrauentag238.html> (03.04.2024).

Hinweis: Die angesprochene App findet man hier: <https://whocares-app.de/>



M6 TRIADE DER ARBEIT, IN: BAUSTEINE FÜR DIE TÄTIGKEITSGESELLSCHAFT, KAB 2011

Die Tätigkeitsgesellschaft zielt auf einen neuen Ausgleich und eine neue Verhältnisbestimmung der unterschiedlichen Formen von Arbeit in der „Triade der Arbeit“. Alle Formen menschlicher Arbeit, die Erwerbsarbeit, die Privatarbeit und die gemeinwesenbezogene Arbeit, sind gleichwertig und müssen zur Selbstentfaltung und Selbstbestimmung des

Menschen beitragen. Arbeit soll zur befreienden Arbeit, zur „Tätigkeit“ werden, um den Menschen und dem sozialen Zusammenleben gerecht zu werden. [...] Die Triade der Arbeit strebt eine Beteiligung aller Menschen an den drei notwendigen und gleichberechtigten Bereichen menschlicher Arbeit an. Alle Formen der Arbeit müssen zwischen Frauen und Männern

gleichermaßen fair und gerecht verteilt werden. Dazu müssen zwischen den drei Elementen der Triade der Arbeit eine größere Durchlässigkeit und fließende Übergänge geschaffen werden.

Quelle: https://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/Downloads_pdf/Taetigkeitsgesellschaft.pdf (03.04.2024).

M7 ARBEITSGESELLSCHAFT VS. TÄTIGKEITSGESELLSCHAFT

a) Die Arbeitsgesellschaft ist ein gesellschaftliches Konzept, das die zentrale Stellung der Arbeit im modernen Leben beschreibt, wobei Arbeit als Hauptquelle für Einkommen, soziale Anerkennung und Identität fungiert. Dieses Modell wurde insbesondere während der Industrialisierung geprägt und ist eng mit der Entwicklung kapitalistischer Wirtschaftssysteme verbunden. [...]

Quelle: IW Junior gGmbH / Wirtschaft und Schule, <https://www.wirtschaftundschule.de/wirtschaftslexikon/a/arbeitsgesellschaft/> (15.05.2024).

b) [...] Grundlage dieser Konzepte [der Tätigkeitsgesellschaft] ist die Erweiterung des Arbeitsbegriffs über die Erwerbsarbeit hinaus, indem andere Tätigkeiten, wie z.B. Pflege- und Betreuungstätigkeiten, ehrenamtliches und politisches Engagement, Aus- und Weiterbildung, künstlerische Tätigkeiten in die Betrachtung miteinbezogen werden. Manche dieser Modelle sind mit Grundeinkommenskonzepten verknüpft. Ebenfalls unterschiedlich ist die Sensibilität für Gerechtigkeitsfragen entlang von Kategorien wie Klasse, Geschlecht, Ethnie/Migration oder auch für Fragen der Ökologie.

Quelle: Eva Fleischer: Arbeit neu denken: Von der Erwerbsarbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Krisendiagnosen und Zukunftsmodelle, in: Deutschland&Europa 83/2022, S.19.

DER BEUTELSBACHER KONSENS IM WIRTSCHAFTSUNTERRICHT

WAS MACHT EINE GUTE FISKALPOLITIK AUS?

LEO MÜHLENWEG, PHILIPPA SIGL-GLÖCKNER

Was macht eine gute Fiskalpolitik aus? Sollte der Staat Schulden machen und wenn ja, wofür und wie viel? Je nachdem, wen man fragt, gehen die Antworten auf diese Fragen weit auseinander. Die einen halten Schulden für gefährlich, die anderen aktuell für wichtig. Dass die Antworten so weit auseinanderliegen, liegt unter anderem an den unterschiedlichen Perspektiven, mit denen auf die Volkswirtschaft geblickt wird. Der folgende Artikel beleuchtet drei unterschiedliche Perspektiven zur Staatsverschuldung und diskutiert, wie diese Perspektiven in der heutigen Finanzpolitik reflektiert werden.

PERSPEKTIVE 1: SCHULDEN SIND SCHLECHT

Die „schwarze Null“ war der politische Grundsatz der Bundesregierung nach der Finanzkrise 2008: Die Ausgaben sollten die Einnahmen nicht übersteigen. Staatsverschuldung galt es um jeden Preis zu vermeiden. Das oberste Ziel waren sinkende Schuldenquoten, also ein Rückgang der Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das zentrale Argument der Befürworter eines solchen Kurses war insbesondere, dass eine hohe Verschuldung sich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirke. Mittlerweile wissen wir allerdings, dass das alles nicht ganz so einfach ist und das Argument empirisch keine Basis hat (s. [Infobox „Wie aussagekräftig ist die Schuldenquote?“](#)).

Doch selbst, wenn eine sinkende Schuldenquote das alles überragende Ziel ist, folgt daraus nicht automatisch, dass ein ausgeglichener Haushalt zu einer sinkenden Schuldenquote führt. Denn der Haushalt wirkt sowohl auf die Neuverschuldung als auch auf das BIP. Je nachdem, ob die Neuverschuldung schneller oder langsamer wächst als das BIP, wächst oder fällt die Schuldenquote. Deshalb haben Schuldenskeptiker oft Sorge vor hohen Zinszahlungen des Staats, da diese die Neuverschuldung erhöhen. Liegen die Zinsen über dem Wirt-

„Ein ausgeglichener Haushalt [führt nicht automatisch] zu einer sinkenden Schuldenquote.“

schaftswachstum, steigt die Schuldenquote. Historisch ist allerdings das Gegenteil der Normalfall. So liegt der Zins auf Staatsanleihen meist unter dem Wachstum ([Jordà et al. 2019](#)). Im Normalfall kann sich der Staat verschulden und hat trotzdem eine stabile oder fallende Schuldenquote. Im vergangenen

Jahrzehnt hat der deutsche Staat sogar häufiger Geld für das Aufnehmen von Schulden bekommen, weil die Renditen auf neu ausgegebene Staatsanleihen negativ waren. Grund dafür war das Niedrigzinsumfeld und die Beliebtheit deutscher Staatsanleihen bei Investoren. Insbesondere für institutionelle Investoren wie Banken oder Versicherungen spielen Staatsanleihen als gleichzeitig liquide und sichere Anlageform eine wichtige Rolle. Deutsche Staatsanleihen sind als Anlageform so attraktiv für diese Akteure, dass sie letztlich den Staat dafür bezahlt haben, dass sie ihr Geld in Bundesanleihen anlegen durften. Das ist mittlerweile nicht mehr der Fall, da die Europäische Zentralbank als Reaktion auf die höhere Inflation den Leitzins erhöht hat. Dadurch stiegen auch die Zinskosten im Bundeshaushalt. Für ein vollständiges Bild ist es allerdings sinnvoll die Zinskosten im Kontext der Preisentwicklung zu sehen, da der Wert der Staatsverschuldung durch die Inflation sinkt. Sind der Wertverlust durch die Inflation und die Zinskosten gleich groß, verursacht die Staatsverschuldung real keine Kosten. [Abbildung 1](#) zeigt die realen Zinskosten, welche seit 2000 kontinuierlich gesunken sind und zuletzt sogar deutlich negativ waren. Es lässt sich nicht allgemein sagen, ob Staatsschul-

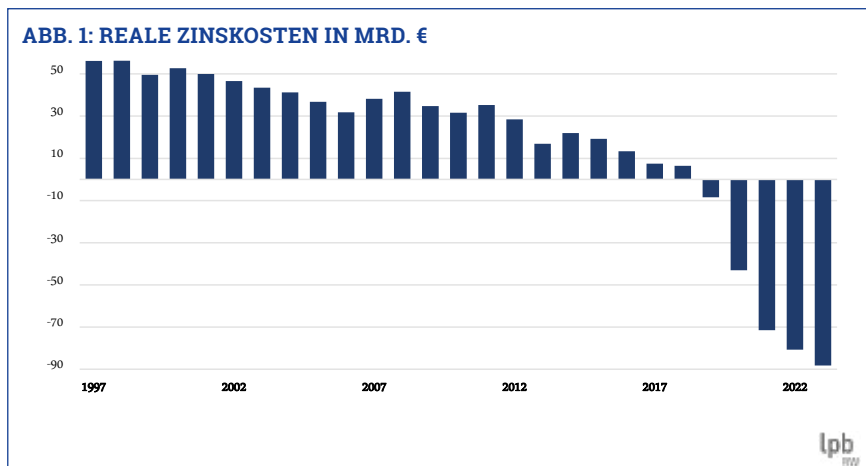
den den Staat oder den Investor kosten. Es lässt sich nur sagen, dass die Ausga-

„Die einen halten Schulden für gefährlich, die anderen aktuell für wichtig.“

be von Staatsschulden mit Risiko verbunden ist. Gibt ein Staat Anleihen aus, hat er ein Zinsrisiko, dass ein Staat ohne Verschuldung nicht trägt. Um einzuschätzen, ob dieses Risiko eingegangen werden sollte, braucht es eine Betrachtung der realwirtschaftlichen Auswirkungen von Staatsschulden.

PERSPEKTIVE 2: SCHULDEN SIND ZULÄSSIG FÜR INVESTITIONEN

Betrachtet man die Wirtschaft allein von der Angebotsseite, also als Summe ihrer Produktivkapazitäten, werden Schulden zwar weiterhin als grundlegend problematisch angesehen, aber auch als rechtfertigbar. Das gilt insbesondere, wenn sie über höhere Investitionen zu einer Stärkung der Angebotsseite, also zu einem Wachstum der produktiven Kapazitäten der Wirtschaft, beitragen. Die Logik ist hier analog zur Betriebswirtschaft: Der Staat investiert



Quelle: Ameco, ECB, eigene Berechnung

in öffentliche Güter, welche die Produktivität von Unternehmen steigern. Das generierte Wachstum und höhere Steuereinnahmen, mit denen sich die Schulden im Zweifel tilgen lassen. Ein Beispiel für ein öffentliches Gut ist der Zugang zu Bildung, welcher grundsätzlich vom Staat garantiert und finanziert wird. Generell gehören Investitionen in Bildung zu den lohnendsten Investitionen, sowohl gesellschaftlich als auch ökonomisch (Krebs/Scheffel 2017). Zukünftige Generationen durch Verschuldung an den Kosten für langfristige Investitionen zu beteiligen, wird dadurch gerechtfertigt, dass diese zu großen Teilen von heutigen Investitionen profitieren. Häufig wird allerdings die Sorge laut, dass schuldenfinanzierte öffentliche Investitionen private Investitionen verdrängen könnten. Diese Sorge wird Crowding-out genannt. Dabei führt eine gestiegene öffentliche Kreditnachfrage zu höheren Zinsen und dadurch zu weniger privaten Investitionen. Zentral ist hier die Annahme, dass das Kreditangebot knapp ist und die Zentralbank über die Geldmenge das Kreditangebot steuert (vgl. den Comic von Florian Kern 2022). In der Realität wird allerdings das Zinsniveau von der Zentralbank festgelegt, während immer so viel Geld bereitgestellt wird, dass eine höhere Geldnachfrage nicht zu einer Änderung des Zinses führt (Kern et al. 2022). Eine erhöhte öffentliche Kreditnachfrage führt dann nicht zu weniger privaten Investitionen.

Relevanter ist die Erhöhung der realwirtschaftlichen Nachfrage und ob diese inflationstreibend wirkt. Trifft die zusätzliche staatliche Nachfrage auf eine unterausgelastete Wirtschaft, dann kann sowohl die staatliche als auch die private Nachfrage bedient werden, ohne dass ein Konflikt entsteht. Trifft sie allerdings auf ein ausgelastetes Angebot, dann kann dies zu steigenden Preisen und letztlich zu Verdrängungseffekten führen. Aktuell sind große Teile der deutschen Wirtschaft allerdings weit von Vollauslastung entfernt. Das gilt besonders im Bausektor, der zentral für die Bereitstellung öffentlicher wie privater Investitionen ist. Es spricht also nicht viel dafür, dass schuldenfinanzierte Investitionen des Staates zu einer Reduktion privater Investitionen führen würden, vielmehr gibt es immer mehr Grund für die Annahme eines umgekehrten Effekts (Crowding-in). Das liegt daran, dass öffentliche Investitionen häufig den potenziellen Wert von privaten Investitionen erhöhen, sie vielleicht sogar erst ermöglichen. Wird in einer Stadt beispielsweise mit öffentlichen Geldern Glasfaserkabel verlegt, dann führt das dazu, dass es für Unternehmen attraktiver wird, dort zu investieren. Für Deutschland haben Clemens et al. (2019) berechnet, dass eine zusätzliche Milliarde Euro an öffentlichen Investitionen innerhalb von fünf Jahren zu ungefähr zwei Milliarden Euro an zusätzlichen privaten Investitionen führen würde.

PERSPEKTIVE 3: ES GEHT UM DAS RICHTIGE MASS AN SCHULDEN

Eine nachfrageseitige Betrachtung der Wirtschaft versucht festzustellen, inwieweit die Wirtschaft tatsächlich ausgelastet ist, ob alle verfügbaren Kapazitäten auch zum Einsatz kommen. Anders als bei der angebotsorientierten Sichtweise richtet sich aus dieser Sicht das Angebot nach der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Sinkt beispielsweise die Nachfrage, reduzieren die Unternehmen ihre Produktion und Beschäftigung, wodurch letztlich das Einkommen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinken. Es entsteht eine Abwärtsspirale. Verfolgt man eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, ist das Ziel

„Zukünftige Generationen durch Verschuldung an den Kosten für langfristige Investitionen zu beteiligen, wird dadurch gerechtfertigt, dass diese zu großen Teilen von heutigen Investitionen profitieren.“

der Finanzpolitik, ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen. Neuverschuldung ist unter einer Nachfragerlinse daher weder generell gut noch schlecht. Stattdessen kommt es darauf an, ob das Haushaltssaldo der aktuellen Konjunkturentwicklung angemessen ist: In wirtschaftlich schlechten Zeiten kann der Staat die Nachfrage schuldenfinanziert stützen und somit die Wirtschaft stabilisieren. In einer überhitzenden Wirtschaft, in der die Nachfrage das Angebot übersteigt, reduziert er seine Nachfrage. Allgemein geht es darum, ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen. In den vergangenen Jahrzehnten senkten Unternehmen und Haushalte ihre Nachfrage und sparten mehr. Das Problem: Sparen alle Akteure gleichzeitig, führt das zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung, aber nicht zu mehr Ersparnissen. Diesen Zusammenhang nennt man auch das Paradox des Sparens. Sparen einzelne Akteure, müssen sich andere verschulden, wenn die Wirtschaftsleistung gleich bleiben soll, ansonsten fehlt die Nachfrage. Die höhere Sparneigung von Unternehmen und Haushalten in Deutschland ging einher mit einem sich stärker verschuldenden Ausland und Staat (Abbildung 2).

„Sparen einzelne Akteure, müssen sich andere verschulden, wenn die Wirtschaftsleistung gleich bleiben soll.“

INFORMATION

Wie aussagekräftig ist die Schuldenquote?

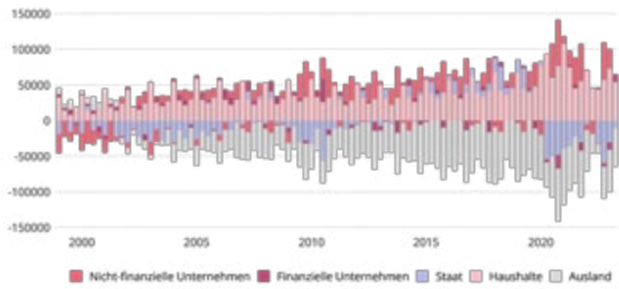
Die Schuldenquote ist das Verhältnis der Staatsschulden zur Wirtschaftsleistung eines Landes, gemessen als Bruttoinlandsprodukt. Die wohl bekannteste Begrenzung der Schuldenquote steht in den EU-Verträgen, welche unter anderem eine Schuldenquote von 60 % vorsehen [Hinweis: Die 60%-Grenze entsprach der durchschnittlichen Schuldenquote bei der Entstehung des Vertrags von Maastricht. Eine ökonomische Begründung hat sie nicht.] Der Gedanke dahinter war, dass eine hohe Verschuldung ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt. Mittlerweile wissen wir allerdings, dass es einen allgemeinen negativen Zusammenhang zwischen Schuldenquoten und Wirtschaftswachstum nicht gibt (Heimberger 2023). Wie wenig die Schuldenquote über die Tragfähigkeit von Schulden aussagt, zeigt auch das Beispiel von Japan, wo die Schuldenquote deutlich über 200 Prozent liegt. Trotz dieser hohen Schuldenquote hat Japan keinerlei Probleme damit, seine Schulden zu bedienen, während beispielsweise Frankreich Anfang der 80er-Jahre mit einer Schuldenquote von ca. 30 % Währungs- und Inflationsprobleme hatte. Dass die Schuldenquote kein gutes Warnsystem für die Schuldentragfähigkeit ist, liegt insbesondere daran, dass sie sich vor allem auf Altschulden bezieht und rückwärtsgewandt ist. Die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen andererseits beruht weniger auf den vergangenen Defiziten, sondern auf der Entwicklung der Wirtschaft und der Höhe der Zinskosten. Ein starker Anstieg der Zinskosten stellt beispielsweise eine potenzielle Gefahr für die zukünftige Tragfähigkeit der Schulden dar, ist in der Schuldenquote allerdings erst mit größerer Verzögerung erkennbar. Ebenso ist die Schuldenquote ein schlechter Proxy für die Zinskosten. In Deutschland stieg die Schuldenquote beispielsweise während Corona zwischenzeitlich deutlich an, die Zinsen blieben aber bis zuletzt niedrig. Ein besseres Frühwarnsystem für die Schuldentragfähigkeit wäre die Zinsquote – das Verhältnis von Zinskosten und BIP – da sie sich im Gegensatz zur Schuldenquote auf die Veränderung und nicht auf das Level der Verschuldung bezieht.

Quelle: Leo Mühlenweg, Philippa Sigl-Glückner

DER BURGFRIEDEN

Die neoklassische Wirtschaftstheorie schafft einen Burgfrieden zwischen der Angebots- und der Nachfragepolitik. Sie argumentiert, dass Nachfragepolitik nur kurzfristig und Angebotspolitik langfristig wirkt. Eine ex-

ABB. 2: NETTOERSPARNISSE IN MIO. €



Quelle: Eurostat

pansive Fiskalpolitik könne zwar kurzfristig die Wirtschaftsleistung stabilisieren, führe langfristig allerdings lediglich zu höheren Preisen. Man spricht deshalb auch von einem Stroheffekt. Langfristig bestimme die Angebotsseite den Wachstumspfad, welcher unter anderem durch Investitionen in die Produktivität gesteigert werden könne. Angenommen wird dabei, dass die Wirtschaft im Durchschnitt ausgelastet ist, es also keinen dauerhaften Nachfragemangel gibt. Mittlerweile wissen wir allerdings, dass es nicht den einen Wachstumspfad der Wirtschaft gibt, auf den sie automatisch zurückkehrt. Es kann eine dauerhafte Unterauslastung der Wirtschaft geben (Blanchard/Summers 1986). Dabei ist der wirtschaftliche Entwicklungspfad nicht unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Die Eurozone hat beispielsweise ihren ursprünglichen Wachstumspfad von vor der Finanzkrise 2008 verlassen und hat seitdem ein deutlich niedrigeres Wirtschaftswachstum (Abbildung 3). Sind über einen

„Die neoklassische Wirtschaftstheorie [...] argumentiert, dass Nachfragepolitik nur kurzfristig und Angebotspolitik langfristig wirkt.“

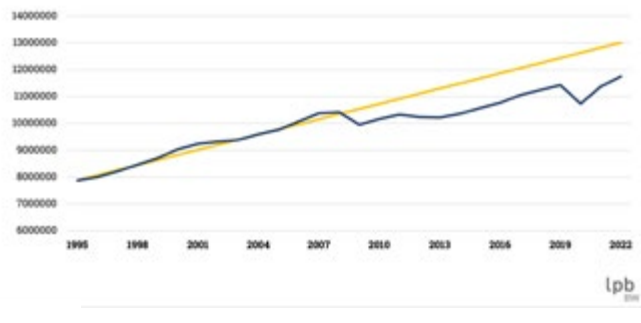
gewissen Zeitraum Kapazitäten unterausgelastet, dann werden diese abgebaut und können im Zweifel auch nicht ohne Probleme wieder aufgebaut werden. Hinzu kommt, dass es umso schwieriger für Menschen ist, einen neuen Job zu finden, je länger sie arbeitslos sind. Die negativen Auswirkungen eines Schocks können sich also über viele Jahre erstrecken oder gar dauerhaft sein.

Im Folgenden sehen wir uns an, wie sich der scheinbare Burgfrieden zwischen Angebots- und Nachfrageseite in der Schuldenbremse wiederfindet und welche Probleme das mit sich bringt.

FINANZPOLITIK IN DER PRAXIS – WIE FUNKTIONIERT DIE SCHULDENBREMSE?

Die Schuldenbremse (vgl. Infobox) steht seit 2009 im Grundgesetz und begrenzt die jährlich zulässige Nettokreditaufnahme. Sie setzt sich aus der fixen Strukturkomponente (Angebotsseite) und der variablen Konjunkturkomponente (Nachfrageseite) zusammen. Die Strukturkomponente beschränkt die Verschuldung des Bundes in wirtschaftlich „normalen“ Zeiten auf 0,35 Prozent des BIPs (zur Geschichte der Schuldenbremse mit vielen Visualisierungen vgl. schuldenbremse.info). Damit sollen staatliche Investitionen in die Produktivität der Wirtschaft getätigt werden können. Die Länder sollen sogar grundsätzlich ohne neue Schulden auskommen. Die Konjunkturkomponente soll die kurzfristige Stabilisierung der Wirtschaft ermöglichen: Unterschreitet das tatsächliche BIP das Potenzial der Wirtschaft (im Gesetzestext die „Normallage“, vgl. Infobox), soll der Staat mehr Verschuldungsspielraum haben, bei Überschreitung weniger. Das ist wie bei einer Badewanne. Weicht die tatsächliche von der optimalen Füllhöhe nach unten ab, soll mehr Wasser zusätzlich reinfließen, weicht sie nach oben ab, soll weniger reinfließen. Die zentrale Annahme hinter der gesamten Methode der Konjunkturbereinigung ist, dass die Wirtschaft in der Vergangenheit im Durchschnitt ausgelastet war und das Potenzial unabhängig von der aktuellen Politik ist. Definiert und geschätzt wird die Konjunkturkomponente als das Produkt aus Produktionslücke und Budgetsemielastizität, die angibt, wie stark der Bundeshaushalt auf Veränderungen des BIP reagiert. Die Produktionslücke ist die Differenz zwischen tatsächlichem BIP und dem Potenzial einer Wirtschaft. Wenn das BIP größer als das Potenzial ist, gilt die Wirtschaft als überausgelastet. Ist es niedriger, spricht man von Unterauslastung. Anders als der Füllstand einer Badewanne ist das Potenzial nicht beobachtbar und muss geschätzt werden. Etwas vereinfacht gilt die Wirtschaft als ausgelastet, wenn sie ihrem vergangenen Trend folgt. Lehnt man

ABB. 3: BIP EUROZONE IN MRD. €



Quelle: Eurostat, eigene Darstellung

Schulden ab, hat dies den Vorteil, dass es nie zur dauerhaften Schuldenaufnahme kommen kann, da die Wirtschaftsleistung nicht dauerhaft unter ihrem eigenen Trend liegen kann. In Krisenzeiten führt die Herangehensweise allerdings dazu, dass das niedrigere Krisenniveau zum Teil zur neuen „Normallage“ wird. Außerdem unterliegt die Potenzialschätzung teilweise schwierigen Annahmen: Ein wichtiger Bestandteil der Potenzialberechnung ist zum Beispiel die zukünftige Partizipationsrate von Frauen am Arbeitsmarkt. Ähnlich wie weitere Bestandteile des Potenzials wird diese als Fortschreibung des Trends der Vergangenheit definiert. Intuitiv bedeutet das: Haben Frauen früher weniger gearbeitet, dann ist das auch in der Zukunft „normal“. Was passiert jetzt, wenn die Politik durch die Schaffung von mehr Kitaplätzen zu einer zukünftig höheren Partizipationsquote beiträgt? In der Realität erhöht sich dadurch das tatsächliche BIP und im gleichen Maße das nicht beobachtbare Potenzial der Wirtschaft. Im Modell ändert sich das Potenzial

INFORMATION

Art. 115 GG (Schuldenbremse)

(2) Einnahmen und Ausgaben sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Diesem Grundsatz ist entsprochen, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. Zusätzlich sind bei einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung die Auswirkungen auf den Haushalt im Auf- und Abschwung symmetrisch zu berücksichtigen. Abweichungen der tatsächlichen Kreditaufnahme von der nach den Sätzen 1 bis 3 zulässigen Kreditobergrenze werden auf einem Kontrollkonto erfasst; [...] Im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, können diese Kreditobergrenzen auf Grund eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages überschritten werden. Der Beschluss ist mit einem Tilgungsplan zu verbinden. [...]

ABB. 4: SCHULDENBREMSE



allerdings nicht, da es auf Basis der Vergangenheit berechnet wird. Man würde also fälschlicherweise annehmen, dass das tatsächliche BIP das Potenzial überschreitet und die Schuldenbremse würde den Staat zum Sparen zwingen.

FAZIT

Was bedeutet das für die Fiskalpolitik der Zukunft und die Schuldenbremse? Die heutigen Finanzbedarfe sind groß. Die Dekarbonisierung, gestiegene geopolitische Unsicherheit und der aus der Vergangenheit aufgestaute Investitionsbedarf in Schulen,

die Bahn und andere öffentliche Infrastruktur benötigen substanzielle Investitionen. Allein für den Klimaschutz wären jedes Jahr rund 46 Milliarden an zusätzlichen öffentlichen Investitionen notwendig (Krebs/Steitz 2021). Aus diesem Grund gibt es spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 15. November 2023 eine rege Debatte zur Reform der Schuldenbremse. Für die benötigt es jedoch eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Mit einfacher Mehrheit ließe sich allerdings bereits heute die Konjunkturkomponente reformieren. Anstatt die Wirtschaft als ausgelastet zu definieren, wenn sie ihrem vergangenen Trend folgt, könnte man versuchen, die Voll-

auslastung der Wirtschaft unter Einbeziehung aktueller Politikmaßnahmen zu schätzen. Baut die Politik zum Beispiel die Kinderbetreuung aus, könnte auf Basis bereits regelmäßig erhobener Umfragedaten geschätzt werden, um wie viele Stunden eine derartige Maßnahme das Erwerbspotenzial von Frauen erhöht, die vorher unfreiwillig Teilzeit arbeiteten. So würde auf der einen Seite die Nachfrageseite stärker berücksichtigt, auf der anderen Seite gerieten aber auch produktivitätssteigernde Ausgaben stärker in den Fokus, da nur sie Potenzialausweitung und damit einen größeren Verschuldungsspielraum ermöglichen (vgl. Schuster 2021).

LITERATURHINWEISE

Blanchard, Olivier J./Lawrence H. Summers (1986): "Hysteresis and the European Unemployment Problem", NBER Macroeconomics Annual, 1, S. 15–78.

Heimberger, Patrick (2023): "Do higher public debt levels reduce economic growth?", Journal of Economic Surveys, 37 (4), S. 1061–1089.

Jordà, Òscar/Katharina Knoll/Dmitry Kuvshinov/Moritz Schularick/Alan M Taylor (2019): "The Rate of Return on Everything, 1870–2015", The Quarterly Journal of Economics, 134 (3), S. 1225–1298.

Kern, Florian/Tim Brackman (2022): Der Fluch der Geldmengensteuerung: Wie eine Ideologie erst Politik und dann Nebelschleier wurde, https://www.dezernatzukunft.org/wp-content/uploads/2022/09/DezernatZukunft_Edutainmentstory-1.pdf (19.01.2024).

Kern, Florian/Philippa Sigl-Glückner/Max Krahe (2022): Geldpolitische Implementierung im Wandel, Dezernat Zukunft, <https://www.dezernatzukunft.org/geldpolitische-implementierung-im-wandel/> (19.01.2024).

Krebs, Tom/Martin Scheffel (2017): „Lohnende Investitionen“, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 18 (3), S. 245–262.

Krebs, Tom/Janeke Steitz (2021): Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen im Zeitraum 2021–2030, Forum New Economy Working Papers 03/31.

Krahe, Max/Florian Schuster/Philippa Sigl-Glückner (2021): „Wird die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse in ihrer heutigen Ausgestaltung ihrer Aufgabe noch gerecht? Analyse und ein Reformvorschlag.“, <https://link.springer.com/article/10.1007/s10273-021-2984-4> (19.01.2024).

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Ralf Engel in Zusammenarbeit mit Georg Arnold)

BILDUNGSPLANBEZUG WBS

Wirtschaftsbürger

- (6) ein angebotspolitisches und ein nachfragepolitisches Instrument der Wirtschaftspolitik mithilfe von Wirkungsketten vergleichen
- (7) an Beispielen aus dem Staatshaushalt Kosten und Nutzen für die betroffenen Akteure erläutern

BILDUNGSPLANBEZUG GEMEINSCHAFTSKUNDE (LEISTUNGSFACH)

Grundlagen der Wirtschaftspolitik

- (4) die Konzepte der Angebots- und der Nachfrageorientierung zur Wachstumsförderung vergleichen

Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik: Fiskalpolitik

- (14) Funktionen des Staatshaushalts erläutern (gesamtwirtschaftliche Funktion, verteilungs- und sozialpolitische Funktion, Verwirklichung politischer Ziele, Bedarfsdeckung)

- (15) die Konzepte der kontraktiven und der expansiven Fiskalpolitik vergleichen
- (16) Maßnahmen der Fiskalpolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten
- (17) mögliche Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Politikfeldern Fiskal-, Wachstums-, Beschäftigungs- und Geldpolitik darstellen

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. *Der Öffentliche Gesamthaushalt (Bund, Länder, Gemeinden sowie Sozialversicherung) war am Ende des 3. Quartals 2023 laut Statistischem Bundesamt mit 2454,0 Milliarden Euro verschuldet, dies entspricht einer Schuldenquote von 64,8 %.*
Begründen Sie, welche Zahl eine höhere Aussagekraft besitzt.
2. *„Das zentrale Argument der Befürworter [der schwarzen Null] war insbesondere, dass eine hohe Verschuldung sich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirke.“* Erstellen Sie eine Wirkungskette zu diesem Zusammenhang.
3. Überprüfen Sie diese Aussage ausgehend von *Abbildung 1* mittels einer Recherche zum Wirtschaftswachstum der USA im Vergleich zur EU bzw. Deutschland. **Vertiefungsmaterialien** für einen Vergleich USA – Deutschland/EU findet man auf **Moodle Mo1**.
4. Im Basistext wird behauptet, dass ein ausgeglichener Haushalt *„nicht automatisch [...] zu einer sinkenden Schuldenquote führt“*. Dabei wird auch das *„Paradox des Sparens“* thematisiert. Erklären Sie diesen Sachverhalt ausgehend vom Text.
5. *„Staatsschulden sind schlecht“ – „Staatsschulden sind zulässig für Investitionen“ – „Es geht um das richtige Maß an Staatsschulden“.* Bewerten Sie die Schuldenbremse arbeitsteilig aus je einer der Perspektiven.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

DIE SCHULDENBREMSE: FLUCH ODER SEGEN FÜR DEN WIRTSCHAFTLICHEN WOHLSTAND?

1. Vervollständigen Sie die Sätze in M 1.
2. Stellen Sie Zusammenhänge zwischen den Materialien in M 2 dar. Einen Lösungshinweis findet man auf **Moodle Mo2**.
3. Entwickeln Sie die Position von Christian Lindner (M 4) sowie Fabian Lindner (M 5) zur Staatsverschuldung in Form eines Statements.
4. Im Basistext werden drei verschiedene Perspektiven auf die Staatsschulden gegenübergestellt. Ordnen Sie die Positionen in M 3 – M 5 begründet diesen Ansätzen (vgl. Aufgabe 5 zum Basistext) zu. Ergänzen Sie Ihre Übersicht noch um die Spalte „Sonstiges“. **Lösungshinweise** findet man auf **Moodle Mo3**.
5. *„Schulden sind also gut!“* – Erörtern Sie Vor- und Nachteile der Schuldenbremse.
Bauen Sie in Ihr Fazit eines der folgenden Zitate ein:



M1 AUSSAGEN ZUM STAATSHAUSHALT

- Staatsschulden sind _____, weil _____.
- Mit Blick auf die künftige Generation kann man feststellen, dass Staatsschulden _____, weil _____.
- Mit Blick auf das Wirtschaftswachstum kann man feststellen, dass Staatsschulden _____, weil _____.
- Wir werden immer wieder aufgefordert, „fürs Alter privat vorzusorgen“. Hier wirken sich Staatsschulden _____ aus, weil _____.
- Wenn der Staat mehr ausgibt als er einnimmt, profitieren v. a. _____, weil _____.
- Wenn 100 Mrd. Staatsschulden abgebaut werden, dann bedeutet dies für die anderen Sektoren, dass _____.

M2 FACETTEN DER FISKALPOLITIK



Bulgrin, CC BY-SA 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>>, via Wikimedia Commons

Vermögens- und Schuldenuhr

Nettoprivatvermögen in Deutschland
12.457.427.567.917 €
 Zuwachs 11835 € pro Sekunde

Das reichste Prozent besitzt davon 34 %
4.235.525.401.135 €
 Zuwachs 4024 € pro Sekunde

Staatsverschuldung
2.044.516.389.105 €
 Zuwachs -1584 € pro Sekunde

LennBr, CC BY-SA 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>>, via Wikimedia Commons



picture alliance/dpa | Arne Dedert

BUND WILL AUSGABEN UND NEUVERSCHULDUNG DRAS- TISCH KÜRZEN, FAZ 03.07.2023

„INFLATION REDUCTION ACT“: WIE AUSGABEN VON 430 MILLIARDEN DOLLAR DIE US-INFLATION SENKEN SOLLEN, MANAGERMAGAZIN 09.08.2022

VIELE AMERIKANER HABEN GERADE RICHTIG GELD IN DER KASSE, WIRTSCHAFTS- WOCHE 03.05.2023

Das Grundgesetz verbietet Bund und Ländern weitgehend, neue Schulden aufzunehmen. Ist das sinnvoll? [...] Die ZEIT hat angesichts der Vorstellung des neuen Bundeshaushalts die führenden Ökonomen des Landes und den zuständigen Staatssekretär im Finanzministerium zum Gespräch gebeten.

ZEIT: Ist die Schuldenbremse ökonomisch fragwürdig, Herr Fuest?

Clemens Fuest: Die Schuldenbremse hindert den Staat derzeit nicht daran zu investieren. Die staatlichen Investitionsausgaben steigen bereits, und wir haben einen Überschuss von 50 Milliarden Euro im Staatshaushalt. Die Politik könnte also noch viel mehr investieren. Wenn sie das nicht tut, dann liegt das nicht an der Schuldenbremse.

ZEIT: Sondern?

Fuest: An den Widerständen in der Bevölkerung zum Beispiel. Viele Menschen wehren sich gegen Stromtrassen, neue Straßen und Bahnstrecken oder Flughäfen. Man denke nur an Stuttgart 21.

Hüther: Einspruch! Die 50 Milliarden sind die Summe aller Überschüsse von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherung. Das sagt nichts über die Verteilung aus. Wir haben in Nordrhein-Westfalen jede Menge Kommunen, in denen dringend investiert werden müsste und nicht genug Geld da ist. Und der Bund dürfte laut Schuldenbremse derzeit gerade eine Milliarde Euro für Investitionskredite aufnehmen.

Katja Rietzler: Das Problem dürfte sich noch verschärfen, wenn die Konjunktur nicht mehr so gut läuft. Dann wird die Schuldenbremse endgültig zur Investitionsbremse. Das wäre fatal, denn wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur, die Gestaltung der Digitalisierung, der Kampf gegen den Klimawandel – das alles wird enorme Summen verschlingen. Das muss unabhängig von der Konjunktur finanziert werden.

Jens Südekum: Man muss sich das so vorstellen: Da liegen 50-Euro-Scheine auf dem Bürgersteig, und wir heben sie nicht auf.

ZEIT: Wie meinen Sie das?

Südekum: Es gibt im Moment auf der Welt sehr viele Leute, die ihr Geld unbedingt in deutschen Staatsanleihen anlegen wollen, weil es da sicher ist. Sie sind sogar bereit, dafür etwas zu bezahlen. Die Folge: Wenn der Bund sich heute einen Euro leiht, muss er den Geldgebern in zehn Jahren nach Abzug der Inflation weniger als 90 Cent zurückerstatten. Weshalb sollten wir dieses Angebot nicht annehmen?

ZEIT: Herr Schmidt, Sie sind Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Warum heben Sie die Scheine nicht auf?

Wolfgang Schmidt: Weil es ein Grundgesetz gibt, und da steht drin, dass die staatliche Schuldenaufnahme begrenzt wird. Jetzt kann man sagen, das finden wir nicht gut. Ich persönlich bin aber skeptisch, dass es derzeit wirklich einen gesellschaftlichen und politischen Konsens für die Aufhebung der Schuldenregel gibt. Dazu wäre eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat nötig. [...]

Südekum: [...] Früher war es so: Die privaten Haushalte haben gespart, und die Unternehmen haben sich dieses Geld geliehen, um damit ihre Investitionen zu finanzieren. Ungefähr seit der Jahrtausendwende sparen aber auch die Unternehmen, womöglich weil man in einer modernen Wissensgesellschaft keine gigantischen Maschinenparks mehr braucht. Es wird also insgesamt zu viel gespart und zu wenig ausgegeben. Deshalb sage ich: Der Staat soll sich das überschüssige Geld leihen und damit investieren. In Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz. Die Schuldenbremse verhindert das. Sie passt nicht mehr in die Zeit. [...]

Rietzler: [...] Wenn wir die Erderwärmung stoppen, dann profitieren davon vor allem die kommenden Generationen. Deshalb ist es vollkommen legitim, sie über höhere Schulden an den Kosten zu beteiligen.

ZEIT: Die Befürworter der Schuldenbremse würden einwenden: Das widerspricht der Generationengerechtigkeit.

Rietzler: Das ist ein vollkommen verkürztes Verständnis dieses Begriffs. Was nützt es unseren Kindern und Enkeln, wenn sie zwar keine Schulden tragen müssen, dafür aber der Planet nicht mehr bewohnbar ist? Das Problem an der Debatte ist: Wir schauen nur auf die Schulden, nicht aber auf das, was damit finanziert wird. Wenn ein Privathaushalt einen Kredit aufnimmt, um ein Eigenheim zu finanzieren, würden wir dann sagen: Das ist aber unseriös? Wahrscheinlich nicht.

Südekum: Wenn es stimmt, dass Schulden immer auf Kosten der künftigen Generationen gehen, dann müssten eigentlich die Jungen für die Schuldenbremse sein und die Alten dagegen. Es ist aber umgekehrt. Nach meiner Wahrnehmung sagen vor allem jüngere Menschen, auch jüngere Ökonomen und Ökonominen: Schafft endlich diese Schuldenbremse ab. Sie ist eben auch ein Symbol: Sie steht dafür, dass wir die Herausforderungen der Zukunft wie den Klimawandel nicht so ernst nehmen. Dabei wäre eine grüne Null – also die Rückführung der Treibhausgas-Emissionen – viel wichtiger als eine schwarze Null.

Fuest: Ich denke, wir Ökonomen haben auch unseren Anteil daran, dass die Debatte so verfahren ist. Wir haben in den

Neunzigerjahren alle gepredigt: Die Schulden erdrücken uns. Das war auch richtig. Dann hat die Politik daraus die Konsequenzen gezogen, und jetzt verlangen viele Ökonomen höhere Schulden. Das ist nicht ganz leicht zu vermitteln. [...] Es wäre gefährlich, jetzt alle Verschuldungsgrenzen über Bord zu werfen. Und wenn ich mir anschau, wie viel derzeit in Deutschland für teure, aber oft nicht zielgenaue Sozialprogramme ausgegeben wird, dann habe ich Zweifel, dass mehr finanzielle Spielräume vernünftig genutzt würden.

ZEIT: Warum muss ich mich als Bürger überhaupt dafür interessieren, ob die Schuldenbremse im Grundgesetz steht oder nicht?

Hüther: Weil es jenseits ökonomischer Spitzfindigkeiten um die Frage geht, wer beim Thema Geld eigentlich das Sagen hat. Die Budgethoheit des Parlaments ist ein elementarer Bestandteil der Demokratie. Indem man das Verbot der Schuldenaufnahme in die Verfassung schreibt, entzieht man eine wichtige Stellgröße der Staatsfinanzierung weitgehend dem laufenden politischen Diskurs. Das halte ich für problematisch.

Fuest: Mit diesem Argument könnte man Verfassungsregeln ganz allgemein infrage stellen. Wollen wir das wirklich? [...]

Südekum: Die Frage ist, wo wir die Grenze ziehen. Es gibt Dinge, die gehören in die Verfassung: das Rechtsstaatsprinzip, das Demokratieprinzip. Die Höhe der Staatsschulden gehört da nicht hinein. Das ist Politik, da muss die Gesellschaft auch jedes Jahr neu drüber streiten können.

Schmidt: Da stimme ich zu. Ich nehme allerdings wahr, dass auch die Schuldenbremse dazu beigetragen hat, dass wir in der Politik wieder über diese Prioritäten streiten. Wenn wir in der Vergangenheit vor der Frage standen: "Sollen die Steuern gesenkt oder der Sozialstaat gestärkt werden?", dann haben wir im Zweifel beides gemacht – schuldenfinanziert. Jetzt müssen wir eine Entscheidung treffen und diese begründen. Ich glaube, es war schon ganz gut, dass es diesen Zwang zur Priorisierung gab. [...]

Hüther: [...] Ich bin auch nicht dafür, die Schuldenbremse komplett abzuschaffen. Wir könnten beispielsweise sagen: Es gibt den normalen Staatshaushalt, dort müssen den Ausgaben entsprechende Steuereinnahmen entgegenstehen. Daneben haben wir aber noch einen Investitionshaushalt, der darf auch über Schulden finanziert werden. Der Staat könnte dafür beispielsweise eine eigene Investitionsgesellschaft gründen. Das lässt das Grundgesetz sogar zu, weil die Kredite einer solchen Gesell-

schaft nicht auf die Staatsschuld angerechnet würden.

ZEIT: Wäre das sinnvoll?

Rietzler: Es ist schon ein bisschen absurd: Erst wenden wir sehr viel politische Energie auf, um die Schuldenbremse ins Grundgesetz zu bekommen, dann überlegen wir uns, wie wir sie mithilfe von Sonderhaushalten umgehen können. Das sorgt nicht unbedingt für mehr Transparenz. Ich würde es für sinnvoller halten, wenn wir explizit festschreiben, dass der Staat in Höhe seiner Investitionen Kredite aufnehmen darf. Aber wenn es dafür keine verfassungsändernde Mehrheit gibt, sollten alle Spielräume ausgenutzt werden.

Fuest: Die Gefahr besteht darin, dass dann Investitionen in diese Gesellschaft verlagert werden und das Geld im normalen Staatshaushalt in öffentlichen

Konsum fließt. Dann hätten wir mehr Schulden, aber nicht mehr Investitionen. Deshalb bin ich skeptisch. [...]

Rietzler: Es gibt noch ein weiteres Problem: Wir hatten vor ein paar Jahren eine Schuldenquote von 80 Prozent der Wirtschaftsleistung, inzwischen sind wir bei unter 60 Prozent [...]. Das bedeutet: Der Bund und die Länder geben immer weniger Staatsanleihen heraus. Für die Stabilität des Finanzsystems sind diese Anleihen aber von zentraler Bedeutung, weil Banken und Versicherungen sichere Finanzprodukte für die Geldanlage benötigen.

ZEIT: Uns gehen die Schulden aus?

Rietzler: Ja. [...]

Wolfgang Schmidt ist Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Er glaubt: Die Schuldenbremse werden wir so schnell nicht wieder los.

Michael Hüther ist Präsident des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. Er sorgt sich um die Qualität der Infrastruktur.

Jens Südekum ist Professor für internationale Volkswirtschaftslehre an der Universität Düsseldorf. Für ihn ist die Schuldenbremse eine Investitionsbremse.

Katja Rietzler leitet das Referat Finanzpolitik am gewerkschaftsnahen IMK-Institut. Ihre These: Zu wenig Schulden schaden den kommenden Generationen.

Clemens Fuest ist Präsident des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Er sagt: Ohne Schuldenbremse könnten alle Dämme brechen.

Quelle: <https://www.zeit.de/2019/27/neuverschuldung-bund-laender-grundgesetz-oekonomie/komplettansicht> (03.04.2024).

M4 CHRISTIAN LINDNER: DIE SCHULDENBREMSE HAT EINE HÖHERE WEISHEIT, DER SPIEGEL 03.11.2023

Vgl. S. 69 f. in diesem Heft.

M5 EINIGE THESEN VON FABIAN LINDNER

- Es werden eben nicht nur die Schulden, sondern auch die entsprechenden Guthaben vererbt.
- Wer Geld spart, bildet Guthaben. Damit wird er zum Gläubiger; es kann also niemand Guthaben bilden, ohne dass sich jemand anderes in gleicher Höhe verschuldet.
- Wer dafür ist, dass die Menschen mehr privat vorsorgen, muss logisch auch für höhere Schulden sein, die

den höheren Guthaben entsprechen. Aber wer will die höheren Schulden aufnehmen?

- Aber wenn niemand sich mehr verschulden will oder kann, dann kann man auch nicht mehr sparen – und man kann auch von den Menschen nicht verlangen, dass sie privat mehr sparen.
- Wenn verlangt wird, alle sollen ihre Ausgaben senken, dann kann man

nicht erwarten, dass die Einnahmen trotzdem steigen.

Quelle: Fabian Lindner: Zu Unrecht vergessen: Wolfgang Stützel und seine Saldenmechanik, Herdentrieb 09.01.2013, https://blog.zeit.de/herdentrieb/2013/01/09/zu-unrecht-vergessen-wolfgang-stuetzel-und-seine-saldenmechanik_5632 (03.04.2024), bearbeitet.

M6 „SCHULDENBREMSE VORAUSS“, IN: DIE ANSTALT VOM 12.03.2024



Die Anstalt vom 12. März 2024

Schuldenbremse voraus! – Mit Caroline Ebner und Horst Evers

Die deutsche Wirtschaft steckt in der Krise. Zeit für eine satirische Rezessionsanalyse in der Anstalt. Schuldenbremse oder Investitionen? Letzter Anker oder volle Fahrt voraus?

/ In der ZDF-Mediathek anschauen



Quelle: <https://www.claus-von-wagner.de/tv/anstalt/schuldenbremse-voraus> (03.04.2024). Foto: Michael Tremer, redspider networks

GIBT ES EINEN WIDERSPRUCH ZWISCHEN ÖKONOMISCHER EFFIZIENZ UND SOZIALER GERECHTIGKEIT?

TILL VAN TREECK

„Eine gleichmäßigere Einkommensverteilung wäre ja vielleicht sozial wünschenswert, aber wirtschaftlich schädlich.“ Nach diesem Muster wurden vor allem in den 1980er-, 1990er- und 2000er-Jahren wirtschafts- und sozialpolitische Debatten immer wieder geführt. So wurden in vielen Ländern der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer und die Unternehmenssteuern gesenkt. Zugleich wurde die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer u. a. durch die Schwächung des Flächentarifvertrags, die Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung und die Lockerung des Kündigungsschutzes geschwächt. Damit war das Ziel verbunden, durch weniger Gleichheit bzw. soziale Gerechtigkeit mehr Effizienz zu erreichen.

Im Folgenden wird zunächst die intellektuelle Grundlage für eine solche Politik im Bereich der neoklassischen Ökonomik verortet, indem einflussreiche Lehrbücher aus dieser Denkschule betrachtet werden. In einem zweiten Schritt wird dargestellt, wie eine andere Denkschule, die Evolutorische Ökonomik, zu einer ganz anderen Sichtweise vom Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Effizienz gelangt. Schließlich wird die Perspektive der Evolutorischen Ökonomik anhand von einigen Anwendungsbeispielen aus der jüngsten Wirtschaftsgeschichte plausibilisiert.

DIE NEOKLASSISCHE SICHT AUF EFFIZIENZ, VERTEILUNG UND MÄRKTE

Die beiden wohl einflussreichsten Ökonomie-Lehrbücher aller Zeiten sind „Volkswirtschaftslehre“ von Paul Samuelson und William Nordhaus sowie „Grundzüge der Volkswirtschaftslehre“ von Gregory Mankiw und Mark Taylor (vgl. zu den folgenden Ausführungen van Treeck 2017). Samuelson/Nordhaus widmen dem Zusammenhang zwischen Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit ein ganzes Kapitel (Samuelson/Nordhaus 2010, S. 491 ff.). Das Kapitel beginnt mit einem Zitat von Arthur Okun aus dem Jahr 1975: „[Der Konflikt] zwischen Gerechtigkeit und Effizienz [ist] unser größter sozioökonomischer Zwiespalt, der uns in der Sozialpolitik in Dutzenden von Facetten heimsucht. Wir können einfach nicht beides zugleich haben: Markteffizienz und Verteilungsgerechtigkeit“ (S. 491). Mankiw/Taylor (2016, S. 4) präsentieren gleich zu Beginn ihres Lehrbuchs „zehn volkswirtschaftliche Regeln“. Die erste Regel lautet: „Alle Menschen stehen vor abzuwägenden Alternativen.“ Als Beispiel wird dann der Zielkonflikt zwischen Effizienz („die Größe des ökonomischen Kuchens“) und Gerechtigkeit („die Verteilung des Kuchens“) angeführt: „Diese beiden Ziele stehen bei politischen Maßnahmen meist im Konflikt. [...] Versucht die Regierung den ökonomischen Kuchen in gleichmäßigere Stücke zu schneiden, wird der ganze Kuchen kleiner.“ Ganz ähnlich heißt es bei Samuelson/Nord-

haus (2010, S. 502): „Mit seinen Versuchen, eine Einkommensumverteilung von den Reichen hin zu den Armen vorzunehmen, kann der Staat unter Umständen der volkswirtschaftlichen Effizienz Schaden zufügen und das gesamte zur Verteilung verfügbare Einkommen schmälern.“

Beide Lehrbücher halten Gerechtigkeit und Umverteilung durchaus für legitime normative Ziele, welche sich nicht allein und nicht einmal in erster Linie durch ökonomische Analyse beurteilen lassen: „Eine Gesellschaft lebt nicht von der Effizienz allein. Sie kann ganz bewusst die Entscheidung treffen, die Marktergebnisse zu beeinflussen, der Gerechtigkeit ein wenig nachzuhelfen und eine gerechtere Verteilung vom Einkommen und Wohlstand sicherzustellen“ (Samuelson/Nordhaus 2010, S. 255). „Während Effizienz ein Ziel ist, das ganz objektiv beurteilt werden kann, beinhaltet Gerechtigkeit normative Urteile, welche

chermaßen legitime Ziele, das sei eine normative Frage. Aber Effizienz und Gleichheit stünden objektiv im Widerspruch zueinander, das sei eine positive Wahrheit, welche Politik und Gesellschaft nicht ignorieren könnten. In neoklassischen Lehrbüchern wird dann anhand verschiedener Beispiele gezeigt, wie gut gemeinte staatliche Eingriffe in die Märkte deren Effizienz beeinträchtigen.

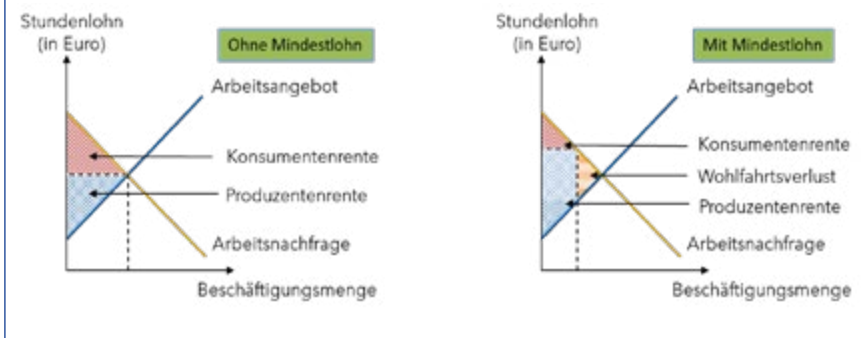
In *Abbildung 1* etwa wird gezeigt, inwiefern ein Arbeitsmarkt ohne staatliche Eingriffe (linker Teil der *Abbildung*) effizient ist. Hier wird angenommen, dass das Arbeitsangebot eine positive Steigung hat: Je höher der Stundenlohn, desto mehr möchten die Menschen arbeiten, d. h. desto mehr sind sie bereit, auf Freizeit zu verzichten. Die Arbeitsnachfrage hat eine negative Steigung: Je höher der Stundenlohn, desto weniger Arbeit möchten die Unternehmen einsetzen. Im Schnittpunkt aus Angebot

In der Neoklassik stehen Effizienz und Gleichheit im Widerspruch zueinander. Damit ist das Ziel verbunden, durch weniger Gleichheit bzw. soziale Gerechtigkeit mehr Effizienz zu erreichen.

über die Volkswirtschaftslehre hinaus und in den Bereich der politischen Philosophie gehen“ (Mankiw/Taylor 2016, S. 252). Diese Haltung ist typisch für die ökonomische Denkschule der Neoklassik: Effizienz und Gleichheit seien glei-

und Nachfrage ergeben sich ein gleichgewichtiger Preis und eine gleichgewichtige Beschäftigungsmenge. Das Gleichgewicht ist insofern effizient, als die Summe aus der sogenannten Produzentenrente und der sogenannten Kon-

ABB 1: DIE EFFIZIENZMINDERNDE WIRKUNG EINES VERTEILUNGSPOLITISCHEN MARKTEINGRIFFS AUS NEOKLASSISCHER SICHT



Quelle: eigene Darstellung.

sumentenrente maximal groß ist. Die Produzentenrente ergibt sich dadurch, dass die allermeisten Anbieter*innen (die „Produzent*innen“) von Arbeit (d. h. die Arbeitnehmer*innen) auch zu einem Stundenlohn zu arbeiten bereit wären, der niedriger ist als der Gleichgewichtslohn. Aus der Differenz zwischen dem von den Arbeitsanbieter*innen mindestens geforderten Lohn und dem Gleichgewichtslohn ergibt sich die Produzentenrente, welche in der Abbildung blau schraffiert ist. Die Konsumentenrente ergibt sich spiegelbildlich daraus, dass die meisten Nachfrager*innen (die „Konsument*innen“) von Arbeit (d. h. die Arbeitgeber*innen) auch mehr für eine Stunde Arbeit zu zahlen bereit wären, als sie im Gleichgewicht zahlen müssen. Daraus ergibt sich die rot schraffierte Fläche als Konsumentenrente.

Wenn nun ein Mindestlohn eingeführt wird (rechter Teil von *Abbildung 1*), ergibt sich eine Verschlechterung der Effizienz: Zwar findet die gewünschte Umverteilung zugunsten der Beschäftigten und zulasten der Unternehmen statt. Aber es kommt zu einem Effizienzverlust, weil ökonomische Aktivität, die sowohl von Anbieter*innen als auch von Nachfrager*innen im Sinne ihres jeweiligen Strebens nach Nutzenmaximierung freiwillig vereinbart worden wäre, nun nicht mehr zulässig ist. Die orange schraffierte Fläche steht für diesen „Wohlfahrtsverlust“: Sie stünde zusätzlich als Konsumenten- und Produzentenrente zur Verfügung, wenn es Unternehmen erlaubt würde, Arbeiter*innen zu einem Stundenlohn zu beschäftigen, den diese freiwillig akzeptieren (weil er für sie persönlich mehr Nutzen bedeutet, als die Arbeit sie belastet). Ein ganz ähnlicher Wohlfahrtsverlust ergäbe sich aus neoklassischer Sicht bei anderen staatlichen Regeln wie kollektiven Arbeitszeitregelungen oder der Besteuerung von Einkommen mit dem Ziel einer gleichmäßigeren Verteilung. Wichtig ist, dass der Effizienzverlust durch einen Markteingriff nicht immer darin bestehen muss, dass weniger Einkommen

und Produktion entsteht (weil weniger gearbeitet wird, wie in dem in *Abbildung 1* gezeigten Beispiel), sondern allgemein immer dann, wenn Konsumenten- und Produzentenrente kleiner ausfallen als ohne staatlichen Eingriff.

Nun ist es nicht so, dass im Rahmen der Neoklassischen Ökonomik jegliche Markteingriffe abgelehnt werden. Vielmehr identifiziert die neoklassische „Theorie des Marktversagens“ vier Ausnahmefälle, in denen staatliche „Eingriffe“ effizienzsteigernd sein können:

1. Beitrag zu vollkommener Information (z. B. Verbraucherberatung, Qualitätsstandards),
2. Verhinderung von Marktmacht (z. B. Verbot von Kartellen, Monopolen, Monopsonen [Marktform, bei der es nur einen Nachfrager gibt]),
3. Bereitstellung öffentlicher Güter (z. B. Armee, Deich, Schienennetz),
4. Internalisierung externer Effekte (z. B. CO2-Steuer oder -zertifikate).

i INFORMATION

(Negative) **Externe Effekte** treten auf, wenn die Handlung einer Person oder eines Unternehmens negative Auswirkungen auf andere hat, für die diese nicht entschädigt werden. Beispiele für negative externe Effekte sind Umweltverschmutzung durch Unternehmen, Lärm von Flughäfen oder Rauch von Fabriken.

In solchen Fällen versagt der freie Markt, da die Preise nicht die gesamten gesellschaftlichen Kosten der Produktion widerspiegeln. Unternehmen berücksichtigen nicht die negativen Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf die Umwelt oder die Gesundheit anderer. Da diese externen Kosten die Gesellschaft tragen muss, fließen sie nicht in ihre betriebswirtschaftliche Kalkulation ein.

Text der Redaktion

EFFIZIENZ, VERTEILUNG UND MÄRKTE AUS SICHT DER EVOLUTORISCHEN ÖKONOMIK

Während die Neoklassische Ökonomik auf der Annahme fixer individueller Präferenzen und dem Modell des effizienten Gleichgewichts fußt, stellt die Evolutorische Ökonomik Konzepte wie gesellschaftliche Einbettung, Wandel und Selektion in den Vordergrund. In dem Maße, wie die Neoklassische Ökonomik sich als Physik der Gesellschaft versteht, kann man sagen, dass die Evolutorische eher Anleihen bei der Biologie macht. Dieser Perspektivwechsel führt zu einer ganz anderen Sicht auf Ungleichheit und Effizienz.

Aus der Perspektive der Evolutorischen Ökonomik ergibt sich individuelle Wohlfahrt zumindest in reichen Gesellschaften vor allem aus sozialen (Status-)Vergleichen.

Die individualistische Darstellung aus *Abbildung 1* ist aus dieser Sicht u. a. deswegen abzulehnen, weil sie unberücksichtigt lässt, dass individuelle „Wohlfahrt“ sich zumindest in reichen Gesellschaften vor allem aus sozialen (Status-)Vergleichen ergibt. Es wird dabei angenommen, dass einige Konsumgüter sogenannte „positionale Güter“ sind, während z. B. Freizeit ein „nicht-positionales Gut“ ist. Freizeit wird zwar von den Individuen im Prinzip genauso wertgeschätzt wie Konsum. Aber um sozialen Status nach außen zu signalisieren, eignen sich Konsumgüter wie etwa teure Autos, Kleidung und Schmuck, aber auch die Ausbildung der Kinder oder eine Wohnung in „guter Lage“ besser als Freizeit. Auf dieser Annahme beruht die Darstellung individueller Arbeitsangebotsentscheidungen als „nicht-kooperatives evolutorisches Spiel“ in *Abbildung 2*, in dem „positionales Wettrüsten“ dazu führt, dass Märkte ohne (verteilungspolitische) Eingriffe des Staates ineffizient sind.

i INFORMATION

Güter, bei denen weniger die Funktion als der Vergleich mit anderen Menschen für die Bewertung wichtig ist, nennt man **positionale Güter**. Der Besitz dieser Güter (z. B. einer exklusiven Uhr) ermöglicht dem Besitzer, seine soziale Stellung anzuzeigen.

Text der Redaktion

ABB. 2: DIE EFFIZIENZMINDERNDE WIRKUNG VON POSITIONALEM WETTRÜSTEN AUS EVOLUTORISCHER SICHT

		Arbeiter:in B	
		weniger arbeiten (Kooperation)	nicht weniger arbeiten (Defektion)
Arbeiter:in A	weniger arbeiten (Kooperation)	A und B haben gleich viel Einkommen und <u>mehr</u> Freizeit.	B hat mehr Einkommen und damit einen höheren sozialen Status als A
	nicht weniger arbeiten (Defektion)	A hat mehr Einkommen und damit einen höheren sozialen Status als B	A und B haben gleich viel Einkommen aber <u>weniger</u> Freizeit.

Quelle: eigene Darstellung.

Zwei Arbeiter*innen (A und B) müssen jeweils entscheiden, ob sie gerne weniger arbeiten möchten als bisher oder nicht. In diesem Modell hängt die Zufriedenheit nur vom relativen Einkommen im Vergleich zu anderen ab, da dadurch der Status erhöht werden kann. Wenn beide weniger arbeiten, haben beide mehr Freizeit, was einem Mehr an Wohlfahrt für beide entspricht. Beide steigern dadurch zwar ihr Einkommen und ihre Konsummöglichkeiten nicht, aber das ist hier unerheblich für die Zufriedenheit der Individuen, die im Modell nur vom relativen Einkommen im Vergleich zu anderen abhängt. Das Problem ist nun, dass sowohl A als auch B einen individuellen Anreiz haben, auf kürzere Arbeitszeiten zu verzichten. Für A stellt sich das Kalkül folgendermaßen dar: „Wenn B weniger arbeitet, kann ich mein relatives Einkommen und damit meinen sozialen Status erhöhen, wenn ich nicht weniger arbeite. Und wenn B nicht weniger arbeitet, muss ich erst recht kürzere Arbeitszeiten ablehnen, weil ich im Einkommen und damit in den Konsummöglichkeiten nicht hinter B zurückfallen möchte.“ Egal was B tut, erscheint es für A nutzensteigernd, eher mehr zu arbeiten. Das Dilemma ergibt sich daraus, dass die Anreizstruktur für B exakt gleich ist, weswegen im Gleichgewicht beide mehr arbeiten. Damit ist aber die Zufriedenheit beider im Gleichgewicht geringer als im Fall der „Kooperation“ (wenn beide die Arbeitszeit reduzieren würden). Denn im nicht-kooperativen Gleichgewicht haben zwar beide weni-

ger Freizeit, aber niemand erhöht seinen oder ihren sozialen Status, da ja beide mehr Einkommen haben.

In neoklassischer Terminologie stellt die Arbeitsangebotsentscheidung von A einen „externen Effekt“ (eine „Externalität“) aus Sicht von Person B dar, und umgekehrt. Zwar werden externe Effekte in der Neoklassischen Ökonomik generell als Ursache für Marktversagen anerkannt (s. o.). Allerdings konzentriert sich die Neoklassik auf solche Externalitäten, bei denen einzelne Individuen durch das Verhalten anderer (z. B. Umweltverschmutzung) bei der Befriedigung ihrer Präferenzen (z. B. Atmen sauberer Luft) behindert werden, nicht aber auf solche (positionalen) Externalitäten, bei denen die Präferenzen der Individuen selbst vom Verhalten anderer abhängen.

BEISPIELE FÜR INEFFIZIENTES POSITIONALES WETTRÜSTEN IM KONTEXT STEIGENDER UNGLEICHHEIT

Basierend auf dem Konzept des positionalen Wettrüstens lässt sich argumentieren, dass vielfältige Ineffizienzen durch eine hohe Ungleichheit entstehen können bzw. dass eine geringere Ungleichheit gesellschaftlich effizienter sein kann als eine höhere Ungleichheit. Den im Folgenden skizzierten Beispielen liegt jeweils die Annahme zugrunde,

Basierend auf dem Konzept des positionalen Wettrüstens lässt sich argumentieren, dass vielfältige Ineffizienzen durch eine hohe Ungleichheit entstehen können.

dass Statusvergleiche überwiegend aufwärtsgerichtet sind, d. h. Menschen vergleichen sich in der Regel mit anderen, die mehr Einkommen und einen höheren sozialen Status innehaben.

Ein erstes Beispiel betrifft den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Arbeitsangebot (vgl. *Behringer et al. 2023*). Empirische Studien zeigen, dass Menschen in Ländern mit weniger gleicher Einkommensverteilung länger arbeiten als in Ländern mit gleicherer Einkommensverteilung. Eine evolutorische Erklärung wäre, dass Menschen unterhalb der Spitze der Einkommensverteilung versuchen, durch den Verzicht auf Freizeit mehr Einkommen zu erzielen, um mit dem Konsum der Reichen mitzuhalten. Besonders ausgeprägte Varianten des „Hamsterrades“ ergeben sich in Ländern, in denen um Statusgüter wie Wohnen oder Bildung mangels staatlicher Bereitstellung auf privaten Märkten konkurriert wird und in denen Entscheidungen über Arbeitszeiten nicht kollektiv über Tarifverträge, sondern individuell zwischen Unternehmen und Beschäftigten vereinbart werden. Hier liegt dann

Haushalte weiteten in Reaktion auf die steigenden Konsumnormen der Reichen ebenfalls ihren Konsum aus, um mit ihnen mitzuhalten. Um dies zu erreichen, haben sie sich verschuldet – bis die Kreditblase platzte.

eine Ineffizienz im Sinne suboptimaler Bedürfnisbefriedigung vor, wenn die Menschen eigentlich lieber weniger lange arbeiten würden. Mehr kollektive Vereinbarungen wären dann in diesem Sinne besser („effizienter“) als individuelle Bedürfnisbefriedigung auf Märkten. Das Problem wird verschärft, wenn „zu lange“ Arbeitszeiten auch mit „zu hohem“ umweltschädlichem Konsum einhergehen.

Ein weiteres Beispiel ist die Schuldenkrise der privaten Haushalte in den USA, die

sich seit den 1980er-Jahren aufgebaut und sich in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre im Zuge der „Großen Rezession“ entladen hat (vgl. *van Treeck 2014*). Es gibt empirische Evidenz dafür, dass die Haushalte unterhalb der Spitzenverdiener in Reaktion auf die steigenden Konsumnormen der Reichen ebenfalls ihren Konsum ausgeweitet haben, um mit den Reichen mithalten. Um dies zu erreichen, haben sie nicht nur länger gearbeitet, sondern auch weniger gespart und sich verschuldet – bis die Kreditblase in der Finanzkrise platzte. Insofern die Finanzkrise durch kreditfinanzierten Statuskonsum befeuert wurde, liegt auch hier eine Ineffizienz vor, die durch wachsende Ungleichheit mitverursacht wurde.

Ein drittes Beispiel ist der mögliche Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten in der Phase steigender Einkommensungleichheit seit den 1980er-Jahren bis zur Finanzkrise in den 2000er-Jahren (vgl. *Behringer/van Treeck 2018*). Einzelne Länder fanden unterschiedliche „Lösungen“ für das Problem, wie bei hoher bzw. stark steigender Einkommensungleichheit eine hinreichend große Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen generiert werden kann, um das gesamtwirtschaftliche Angebot auszulasten und eine hohe Arbeitslosigkeit zu verhin-

amerikanischen Haushalte war nur durch Importe aus dem Ausland und somit durch wachsende Auslandsverschuldung möglich. In Ländern wie Deutschland, in denen die Haushalte sich mit Konsum und Kreditaufnahme zurückhielten, konnte die notwendige Nachfrage nur über hohe Exportüberschüsse erreicht werden mit dem Problem zunehmend hoch verschuldeter Handelspartner. Damit stiegen aber in Deutschland und anderen Ländern mit Exportüberschüssen die Abhängigkeit vom Ausland und die Anfälligkeit gegenüber Schuldenkrisen im Ausland. Auch diese Form der gesamtwirtschaftlichen Instabilität kann kaum als effizient bezeichnet werden.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Evolutorische Ökonomik sollte sicherlich nicht dahingehend fehlinterpretiert werden, dass mehr Gleichheit immer auch mehr Effizienz bedeutet. Die vorangehende Darstellung der möglichen effizienzmindernenden Effekte steigender Ungleichheit soll lediglich verdeutlichen, wie unvollständig die Behauptung des „großen Zwiespalts“ zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Effizienz ist, die leider nach wie vor in vielen einflussreichen Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre zu finden ist.

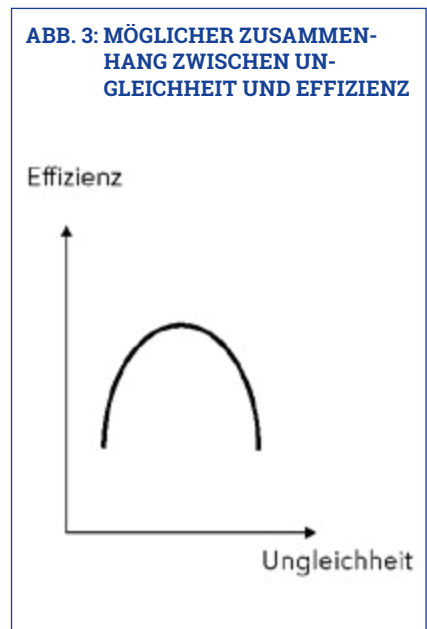
Die Behauptung eines „großen Zwiespalts“ zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Effizienz ist unvollständig. Steigende Ungleichheit kann auch effizienzmindern sein.

dern. In Ländern wie den USA, in denen die unteren Einkommensgruppen auf steigende Ungleichheit mit geringerer Ersparnis und steigender Verschuldung reagierten, ergaben sich Exportdefizite. Denn der – zum Teil von Statuskämpfen getriebene – kräftige Konsum der US-

Passender wäre vielleicht das Bild eines glockenförmigen Zusammenhangs zwischen Ungleichheit und Effizienz (*Abbildung 3*): Eine zu geringe Ungleichheit mit zu viel Umverteilung und zu viel Kollektivismus ist genauso wenig effizient wie eine zu hohe Ungleichheit mit zu weni-

gen kollektiven Regelungen und Beschränkungen der Marktlogik.

Interessant ist, wie sich vor allem seit der Finanzkrise 2007 ff. die akademische und wirtschaftspolitische Debatte geöffnet hat. Während in den Jahrzehnten des „Neoliberalismus“ das neoklassische Paradigma sehr dominant war, hat sich mittlerweile selbst bei ehemals marktliberal orientierten Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zunehmend die Überzeugung durchgesetzt, dass das aktuelle Ausmaß der Ungleichheit effizienzmindern ist. So schlussfolgern Jonathan Ostry und seine Kollegen von der Forschungsabteilung des Internationalen Währungsfonds: „Anstatt für Wachstum zu sorgen, haben einige neoliberale Maßnahmen die Ungleichheit vergrößert, was wiederum auf Dauer das Wachstum gefährdet.“ (*Ostry et al. 2016*, Übersetzung TvT).



Quelle: eigene Darstellung.

LITERATURHINWEISE

Behringer, Jan/Till van Treeck (2018): Income distribution and the current account, *Journal of International Economics*.

Behringer, Jan/Martin Gonzalez-Granda/Till van Treeck (2023): Varieties of the rat race: working hours in the age of abundance, *Socio-Economic Review*.

Mankiw, N. Gregory/Mark P. Taylor (2016): *Grundzüge der Volkswirt-*

schaftslehre, 6. Auflage, Schäffer Pöschel.

Ostry, Jonathan D./Prakash Loungani/Davide Furceri (2016): Neoliberalism: Oversold? *International Monetary Fund, Finance & Development*, Vol. 53, No. 2

Samuelson, Paul A./William D. Nordhaus (2010): *Volkswirtschaftslehre*, 4. Auflage, *mi-Wirtschaftsbuch, FinanzBuch Verlag*.

Till van Treeck (2014): Did inequality cause the U.S. financial crisis? *Journal of Economic Surveys*.

Till van Treeck (2017): Der „große Zwiespalt“ zwischen Effizienz und Gerechtigkeit: Gesetz oder Ideologie? in: van Treeck, Till/Jana Urban (Hg.): *Blinde Flecken der Lehrbuchökonomie*, Berlin: iRights. Media, 2017, 2. Auflage.

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Ralf Engel in Zusammenarbeit mit Georg Arnold)

BILDUNGSPLANBEZUG WIRTSCHAFT (LEISTUNGSFACH)

Grundlagen der Ökonomie

- (1) Einflussfaktoren auf ökonomisches Verhalten (...) anhand verschiedener Erklärungsansätze (Rationalitätshypothese beziehungsweise begrenzte Rationalität) beschreiben und deren Aussagekraft beurteilen
- (3) sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Dilemmasituationen (Gefangenendilemma, Trittbrettfahrersituation) erklären und das Verhalten der Akteure in diesen Situationen bewerten

BILDUNGSPLANBEZUG GEMEINSCHAFTSKUNDE (LEISTUNGSFACH)

Politik der Chancengleichheit

- (1) die Entwicklung der vertikalen Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen mithilfe von Material analysieren

- (3) Maßnahmen der Umverteilung durch den Staat erläutern (Steuern, Transferzahlungen, sozial gestaltetes öffentliches Güterangebot)
- (5) erörtern, ob durch staatliche Maßnahmen die Vermögensunterschiede in einer Gesellschaft reduziert werden sollen (zum Beispiel Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Vermögensabgabe)

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. *Effizienz und Ungleichheit in der neoklassischen Theorie:* Erklären Sie den Zusammenhang ausgehend von den Folgen eines staatlichen Eingriffs in den Arbeitsmarkt (z. B. durch einen Mindestlohn).
2. *Effizienz und Ungleichheit in der Evolutiven Ökonomik:* Erklären Sie den

Zusammenhang ausgehend von folgenden Begriffen: *Ungleichheit – sozialer Status – positionale Güter – positionales Wettrüsten – Ineffizienz.*

Einen **Lösungshinweis** findet man auf **Moodle Mo1.**

3. Erläutern Sie die Beispiele, die der Autor anführt, um den Zusammenhang zwi-



schen Ungleichheit und ökonomischer Ineffizienz zu unterstreichen.


Einen **Lösungshinweis** findet man auf **Moodle Mo2.**

4. Vergleichen Sie das Verhältnis von Markt und Staat in den beiden Theorien.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

Ist (Un-)Gleichheit notwendig für Wachstum?

1. Fertigen Sie arbeitsteilig eine Mind-Map an, die Gründe für einen positiven bzw. negativen Zusammenhang von Ungleichheit und Wirtschaftswachstum herstellt. Hierzu können Sie z. B. dieses Programm nutzen: 
2. Wie ist es um die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland bestellt? Bearbeiten Sie dazu M 1. **Vertiefung:** Blick auf die globalen Verhältnisse  (08.04.2024).
3. Charakterisieren Sie anhand von M 2a und M 2b die Verteilung von Einkommen und Vermögen, indem Sie auch den Zusammenhang zwischen den beiden Größen berücksichtigen.

Vertiefung: Vergleichen Sie mittels der Seite World Inequality Database  die Ungleichverteilung weiterer Länder mit der von Deutschland.

4. Bereiten Sie arbeitsteilig eine Präsentation vor, in der Sie ausgehend von M 3a (M 3b) erläutern, weshalb Ungleichheit zu mehr (weniger) Wachstum führt. Entwickeln Sie auf dieser Basis wirtschaftspolitische Forderungen. Nutzen Sie dazu auch den Wirtschaftskreislauf.
5. Vergleichen Sie die Ergebnisse mit Ihren Vermutungen von Aufgabe 1.
6. Überprüfen Sie anhand von M 2a und M 2b, inwiefern der „Trickle-Down-Effekt“ (vgl. M 3b) eingetreten ist. Einen **Lösungshinweis** findet man auf **Moodle Mo3.**

Vertiefung: Laut M 3b gingen die USA und Deutschland andere Wege, um die negativen Auswirkungen der Ungleichheit auf das Wachstum auszugleichen. Ein Arbeitsblatt hierzu finden Sie auf **Moodle Mo4.**

7. Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), fordert, alle Erbschaften, die über einem großzügigen Freibetrag liegen, mit 10 Prozent zu besteuern. Damit soll ein „*Lebenschancenerbe*“ finanziert werden, „*bei dem alle jungen Menschen nach dem ersten Berufsabschluss vom Staat eine Schenkung von 30.000 Euro erhalten, mit der sie in ihre eigene berufliche und private Zukunft investieren können*“.

Bewerten Sie die Forderung von Marcel Fratzscher ausgehend von den bisherigen Erkenntnissen sowie den Materialien **Moodle Mo5.**

M1a VERTEILUNG IN DEUTSCHLAND: IHRE EINSCHÄTZUNG

Bei einer Gleichverteilung wäre der Anteil aller Dezile am Einkommen bzw. Vermögen identisch, d. h. jedes Zehntel der Bevölkerung (1 Dezil) hätte auch 10 % am gesamten Einkommen/Vermögen.

- Schätzen Sie, wie viel Prozent des Einkommens auf das Zehntel der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen (1. Dezil) entfallen, wie viel auf das 5. sowie das 10. Dezil.
- Schätzen Sie, wie sich die Einkommen zwischen 1991 und 2016 für das 1., das 5. sowie das 10. Dezil entwickelt haben.
- Schätzen Sie, wie viel Prozent des Vermögens auf das unterste (1.) Dezil entfallen, wie viel auf das 5. sowie das 10. Dezil.
- Schauen Sie sich das Video M 1 bis 01:03 an. Stellen Sie Vermutungen an, wie weit der reichste Deutsche von dem dargestellten DIN-A4-Blatt entfernt ist. Setzen Sie zur Auflösung das Video fort.



M1b DIE VERMÖGENSVERTEILUNG IN DEUTSCHLAND, WDR 30.01.2018



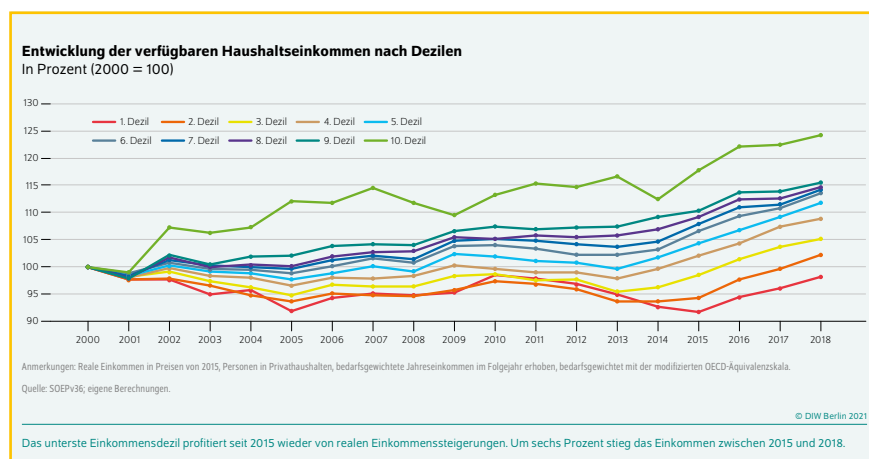
Docupy: Die Vermögensverteilung in Deutschland

WDR | 30.01.2018 | 01:24 Min. | Verfügbar bis 30.12.2099 | WDR

Wie weit weg sind die Reichsten von den Ärmsten in Deutschland? Das erklärt Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung anhand eines DIN-A4-Blattes. #ungleichland

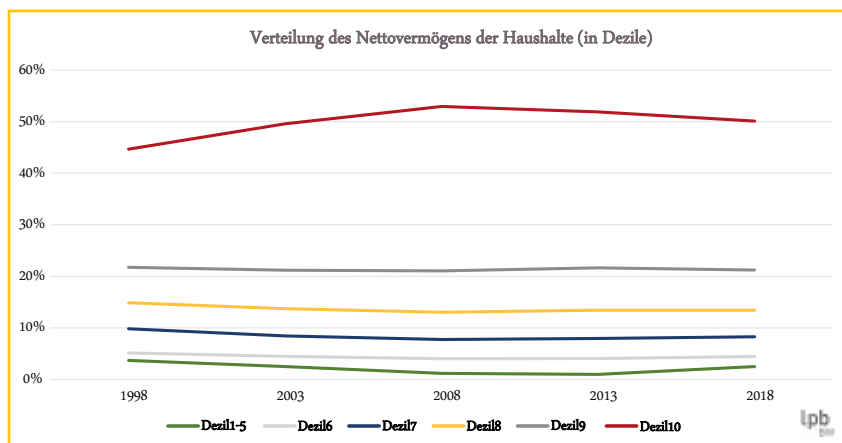
© <https://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/video-docupy-die-vermoegensverteilung-in-deutschland-100.html> (08.04.2024).

M2a ENTWICKLUNG DER VERFÜGBAREN HAUSHALTSEINKOMMEN NACH DEZILEN IN PROZENT (2000 = 100)



Quelle: Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht, Markus M. Grabka, in: DIW Wochenbericht 88 (2021), 18, S. 311, 18/2021, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.817471.de/21-18.pdf (08.04.2024).

M2b VERTEILUNG DES NETTOVERMÖGENS AUF DEZILE



Quelle: EVS (98%-Stichprobe), eigene Berechnungen (IAW), eigene Darstellung. Hinweis d. Red.: Aus Gründen der Lesbarkeit wurden die Dezile 1-5 zusammengefasst.

Einkommens- und Vermögensungleichheit sind in einer Marktwirtschaft selbstverständlich und nützlich. Diese Tatsache wird in den Debatten über die Ausgestaltung des Sozialstaates in Deutschland häufig übersehen oder sogar negiert. Das ist ein folgenschwerer Irrtum. Wachstums- und Innovationspotentiale einer Volkswirtschaft werden nicht erschlossen. Die fehlende gesellschaftliche Dynamik und das Narrativ der ungerechten Gesellschaft können zu einer größeren gesellschaftlichen Spaltung beitragen. Deutschland könnte mehr Ungleichheit vertragen, vorausgesetzt, sie entsteht aus den richtigen Gründen.

Warum Ungleichheit als Problem gesehen wird

Internationale Institutionen wie die OECD, der IWF oder die Weltbank weisen in gewisser Regelmäßigkeit und öffentlichkeitswirksam darauf hin, dass die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen eine große gesellschaftliche Herausforderung darstellt. OECD-Generalsekretär Angel Gurría erklärte im Rahmen einer viel beachteten Studie seines Hauses 2014: "Unsere Analyse zeigt, dass wir nur auf starkes und dauerhaftes Wachstum zählen können, wenn wir der hohen und weiter wachsenden Ungleichheit etwas entgegensetzen." Der ehemalige Chefökonom des IWF Maurice Obstfeld behauptete 2017: „Die gestiegene Ungleichheit (...) hat zu Politikverdrossenheit geführt und auch zu wachsender Skepsis gegenüber den Vorteilen der Globalisierung.“ Beide Thesen, Ungleichheit ist schlecht für das Wirtschaftswachstum und Ungleichheit vertieft die gesellschaftliche Spaltung, sind in der vorgelegten Pauschalität nicht richtig. Entscheidend sind in erster Linie die Geltung und gesellschaftliche Akzeptanz marktwirtschaftlicher Prozesse.

Warum mehr Ungleichheit mehr Wirtschaftswachstum bedeuten kann

Der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum war schon häufig Gegenstand empirischer Untersuchungen. Ein eindeutiges Ergebnis konnte bisher nicht herausgearbeitet werden. Jedenfalls gibt es keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen zunehmender Ungleichheit und abnehmendem Wirtschaftswachstum. [...]

Wichtiges statistisches Maß für die empirischen Untersuchungen über Ungleichheit ist der Gini-Koeffizient. Der Wert liegt zwischen 0 und 1. Je näher ein Wert an der 1 liegt, desto ungleicher sind Einkommen beziehungsweise Vermögen verteilt. Würde der Wert im theoretischen Extremfall bei 1 liegen, würde eine Person das gesamte Einkommen eines Lan-

des beziehen. Als grobe Orientierung kann man davon ausgehen, dass in Ländern, die einen Wert zwischen 0,4 und 0,5 aufweisen, große Ungleichheit vorliegt. Werte zwischen 0,2 und 0,3 gelten als relativ gleichverteilt.

Die Frage, ob mehr Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum fördert oder schwächt, hängt laut den empirischen Untersuchungen von dem Status Quo der Ungleichheit im jeweiligen Land ab. Bei relativ hoher Ungleichheit ist zunehmende Ungleichheit wachstumsschwächend. Bei relativ gleicher Verteilung wirkt sich zunehmende Ungleichheit wachstumsfördernd aus. [...]

Deutschland weist einen Gini-Koeffizienten nach Umverteilung von 0,31 im Jahr 2021 aus und liegt damit etwa im europäischen Durchschnitt. Dieser Grad der Ungleichheit würde darauf hinweisen, dass in Deutschland und Europa tendenziell zusätzliche Ungleichheit eher wachstumsfördernd wirken könnte.

Ein Gini Koeffizient ist aber keineswegs dazu geeignet, die Ungleichheit eines Landes hinreichend zu beschreiben. Durch die statistische Maßzahl wird nicht beschrieben, wie die Ungleichheit zustande kommt, welche Akzeptanz die Bevölkerung dafür aufbringt und wie hoch der absolute Wohlstand des Landes ist. Diese drei Faktoren bestimmen aber, wie die Ungleichheit letztlich zu bewerten ist.

Fangen wir mit dem wichtigen Faktor des absoluten Wohlstandes an. Ungleichheit hemmt vor allem dann das Wirtschaftswachstum, wenn dadurch das Humankapital eines Landes beeinträchtigt wird. Dies ist regelmäßig der Fall, wenn der Zugang zu Gesundheitssystem und Bildungsmöglichkeiten vom Einkommen abhängig ist. Der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum betrifft damit aber nicht die relative Armut, sondern ist eine Frage der absoluten Armut und der Fähigkeit der Institutionen eines Landes die Grundversorgung zu sichern. [...]

Insbesondere in westlichen Industrienationen sind die Zugänge zu Bildungs- und Gesundheitssystem unabhängig vom Einkommen gegeben. Unter diesen Umständen kann angenommen werden, dass Ungleichheiten grundsätzlich Anreize für Innovationen und Wettbewerb geben. Im Ordnungsrahmen der Marktwirtschaft führen diese beiden Prozesse zu Belohnungsmechanismen für produktive Tätigkeiten und zusätzliche Kapitalakkumulation für produktive Unternehmen. Die Ressourcenallokation entsprechend der Produktivität und das darauf aufbauende Preissystem sind die unabdingbaren Koordinationsinstrumente einer freien Gesellschaft. Mit an-

deren Worten, es ist elementar wichtig, dass die Wirtschaftsakteure die Ergebnisse von Wettbewerbsprozessen über Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen angezeigt bekommen. Werden diese Ergebnisse jenseits der Absicherung von Grundbedürfnissen verfälscht, entstehen Fehlallokation von Kapital ist die logische Konsequenz. Die Folge ist ausbleibendes Wachstum oder fehlgeleitetes Wachstum, das sich in unnötigen Konjunkturschwankungen ausdrückt. Beide Phänomene machen eine Gesellschaft auf Dauer ärmer, als sie sein könnte.

Warum die Debatte über Ungleichheit ein Problem sein kann

Die tatsächlich gemessene Ungleichheit und die Wahrnehmung, beziehungsweise gesellschaftliche Akzeptanz der Ungleichheit, sind so unterschiedlich, dass es keine signifikante Beziehung zwischen den beiden Größen gibt. Nicht die Ungleichheit per se hat einen negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum, sondern die Wahrnehmung von Ungleichheit. Die Wahrnehmung von Ungleichheit kann zu sozialen Spannungen führen. Politische Kräfte haben einen Anreiz, Ungleichheit zu skandalisieren und damit Wählerstimmen zu gewinnen. In Folge der wahrgenommenen Ungerechtigkeit können weite Teile der Bevölkerung marktwirtschaftliche Institutionen ablehnen und mehr Eingriffe des Staates fordern. [...]

Die entscheidende Frage: Welche Ursache hat Ungleichheit?

Damit in Deutschland mehr Innovationen und wirtschaftliche Dynamik stattfinden, braucht es mehr Marktwirtschaft und weniger Umverteilung. Ungleichheit, die im Wettbewerb entsteht, ist wachstumsfördernd. [...] Die Forderung nach mehr Ungleichheit unterliegt aber einer entscheidenden Einschränkung: Sie muss durch marktwirtschaftliche Prozesse entstehen. Ungleichheit kann nie ein Selbstzweck sein. Es lässt sich zum Beispiel bereits seit längerem beobachten, dass die unkonventionelle Geldpolitik nach der Finanzkrise 2008 zu erheblicher Umverteilung geführt hat, die nicht auf marktwirtschaftlichen Prozessen beruhen. Auch die politische Polarisierung lässt sich auf die Geldpolitik zurückführen. Die Debatte um die Akzeptanz marktwirtschaftlicher Ungleichheit beginnt bei der Klarstellung, was Marktwirtschaft ist und was nicht.

© <https://www.flossbachvonstorch-researchinstitute.com/de/kommentare/wirtschaftliche-ungleichheit-und-wachstum/>, (08.04.2024).

Neuere Forschungsergebnisse weisen auf einen negativen Zusammenhang zwischen ökonomischer Ungleichheit und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung hin. Hohe Einkommensungleichheit kann angebotsseitig das Wachstumspotenzial schwächen, wenn sie z. B. zu geringeren Ausgaben für Bildung führt. Nachfrageseitig kann sie destabilisierend wirken, wenn der private Konsum zunehmend auf Verschuldung basiert. Diese Erkenntnisse sollten in Politik und Wissenschaft stärker berücksichtigt werden.

Neues Megathema Ungleichheit

Spätestens seit der Veröffentlichung des internationalen Bestsellers „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty ist die Debatte über die mit einer steigenden Einkommens- und Vermögensungleichheit verbundenen Probleme zum neuen Megathema in den Wirtschaftswissenschaften und in der Politik geworden. Dabei wird in der internationalen Debatte zunehmend die Position vertreten, dass eine steigende Einkommensungleichheit eine zentrale Ursache für geringes Produktivitätswachstum bzw. gesamtwirtschaftliche Instabilität sein kann. Die zugrunde liegende wirtschaftswissenschaftliche Forschung wurde insbesondere vom *Internationalen Währungsfonds (IWF)* und von der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)* betrieben.

In einigen bis zu den jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrisen dominanten Ansätzen in den Wirtschaftswissenschaften wird von einem grundsätzlichen Zielkonflikt zwischen Effizienz und Gleichheit ausgegangen. Insbesondere wurde lange vermutet, dass Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen notwendigerweise mit Wachstumseinbußen verbunden sind („big trade-off hypothesis“).

Denn nach dieser Sichtweise reduziert eine höhere Belastung mit Steuern und Abgaben die individuellen Leistungsanreize und behindert damit das Wachstum der Arbeitsproduktivität. Auf wirtschaftspolitischer Ebene war diese Sichtweise verknüpft mit dem Ansatz der „trickle-down economics“, wonach eine steuerliche und regulatorische Entlastung von Unternehmen und reichen Privathaushalten letztlich auch für die einkommensschwachen Haushalte mit ökonomisch vorteilhaften Ergebnissen einhergehen sollte.

Die jüngere internationale Forschung im Bereich der Makroökonomik zieht jedoch die „big trade-off hypothesis“ in Zweifel und mit ihr den Ansatz der „trickle-down economics“. Dabei können angebots- und nachfrageseitige Argumente unterschieden werden.

Negative Angebotseffekte durch Ungleichheit

Aktuelle Studien unterscheiden die folgenden angebotsseitigen Argumente:

- **Schwächung des Humankapitals:** Wenn relativ einkommensschwache Personen nicht in der Lage sind, eine gute Ausbildung und Gesundheitsversorgung zu finanzieren, reduzieren sich durch die Zunahme von Einkommensungleichheit insbesondere in der unteren Hälfte der Verteilung die Investitionen in Humankapital mit negativen Wirkungen auf das Produktivitätswachstum.
- **Politische Instabilität:** Ökonomische Ungleichheit kann zu politischer Instabilität führen, und die damit verbundene Unsicherheit für die MarktteilnehmerInnen kann mit geringeren Investitionen und Produktivitätseinbußen verbunden sein.
- **Zunahme politischer Korruption:** Hohe Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen kann dazu führen, dass finanzstarke Interessengruppen den politischen Prozess dominieren und beispielsweise eine übermäßige, wachstumshemmende Deregulierung der Finanzmärkte erwirken.

Diese Studien kommen zum Schluss, dass in Ländern mit höherer Einkommensungleichheit [sic!] geringeres Wirtschaftswachstum als auch kürzere Wachstumsphasen beobachtet werden konnten. Im Gegensatz dazu hatte die staatliche Umverteilung positive Effekte auf das Wachstum. Die Hypothesen der „trickle-down economics“ erscheinen im Lichte der neueren Forschungsergebnisse jedenfalls kaum haltbar.

Instabilität der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch Ungleichheit

Ein zentrales Problem liegt in der Frage, wie bei hoher bzw. stark steigender Einkommensungleichheit eine hinreichend große Nachfrage generiert werden kann, um eine hohe Arbeitslosigkeit zu verhindern. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Entwicklung des privaten Konsums, der in den entwickelten Volkswirtschaften in der Regel zwischen 60 und 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht: Wenn sich im Zuge steigender Ungleichheit die Einkommen der breiten Masse der Bevölkerung nur schwach entwickeln, droht entweder eine Überschuldung der privaten Haushalte, wenn die unteren Einkommensgruppen ihren Konsum kreditfinanziert hochhalten, oder ein gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall.

So vertreten viele ÖkonomInnen die These, dass der starke Anstieg der Einkommensungleichheit in den USA in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2007 steht. [...]

Der vermutete Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Finanzkrise kennt verschiedene Varianten, deren Kern sich aber kurz wie folgt zusammenfassen lässt: Seit Beginn der

1980er Jahre ist die Einkommensungleichheit in den USA stark gestiegen, insbesondere am obersten Ende der Einkommensverteilung. Die darunter liegenden Einkommensgruppen konnten ihre relativen Kaufkraftverluste aber teilweise durch längere Arbeitszeiten, geringere Ersparnis und höhere Verschuldung kompensieren. Der Zugang zu Krediten für Konsumenten selbst mit zweifelhafter Bonität wurde ermöglicht durch deregulierte und innovative Kreditmärkte, aber auch durch die direkte politische Förderung von Immobilienkrediten und eine expansive Zinspolitik.

Ohne die hohe Konsumorientierung und Kreditaufnahme aller Einkommensgruppen unterhalb der SpitzenverdienerInnen wäre das Wirtschaftswachstum demnach geringer und die Arbeitslosigkeit höher gewesen. Allerdings hat die Überschuldung der privaten Haushalte maßgeblich die Gefahr einer privaten Schuldenkrise erhöht, die sich schließlich in der Großen Rezession ab 2008 realisiert hat. [...]

Unterschiedliche Entwicklungen zwischen Ländern

In einer Reihe weiterer Länder wie China, Deutschland und Japan ist es in den Jahren vor der Krise ebenfalls zu deutlichen Verschiebungen in der Einkommensverteilung hin zu mehr Ungleichheit gekommen, allerdings gingen diese mit einer relativ schwachen binnenwirtschaftlichen Entwicklung und zunehmenden Exportüberschüssen einher. [...]

Die damit einhergehende schwache Entwicklung der Lohn- bzw. Haushaltseinkommen (und die im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern geringeren Möglichkeiten zu kreditfinanziertem Konsum) werden von vielen ÖkonomInnen als eine Ursache für die schwache binnenwirtschaftliche Entwicklung und die hohe Exportabhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft ausgemacht.

Wenn eine hohe Einkommensungleichheit über die skizzierten Nachfrageeffekte die Wahrscheinlichkeit von Finanzkrisen erhöht, verstärkt dies noch einmal den in der Abbildung dargestellten negativen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Wirtschaftswachstum.

Fazit

Hohe Einkommensungleichheit kann sowohl angebotsseitig das Wachstumspotenzial schwächen als auch nachfrageseitig destabilisierend wirken. Gleichzeitig deuten aktuelle Forschungsergebnisse darauf hin, dass die Theorie des Trickle-Down-Effekts ein Mythos bleibt.

© <https://awblog.at/schadet-eine-ungleiche-einkommensverteilung-der-wirtschaft/> (08.04.2024).

DER BEUTELSBACHER KONSENS IM WIRTSCHAFTSUNTERRICHT

WETTBEWERB UND HANDEL NEU DENKEN

PATRICK KACZMARCZYK

Dass Wettbewerb und Handel Wohlstand schaffen, gehört zu den Binsenweisheiten der Ökonomik. Oft wird gesagt, die Globalisierung habe weltweit zum Wohlstand beigetragen. Ganz falsch ist die Argumentation nicht, aber die entscheidende Frage ist das Wie des internationalen Handels und Wettbewerbs.

DIE KLASSISCHE THEORIE

Der Ausgangspunkt für die klassische Theorie des Freihandels, die bis heute die Debatten prägt, geht auf die Ökonomen Adam Smith (1723-1790) und David Ricardo (1772-1823) zurück. Zu den Hochzeiten des Merkantilismus – also der Idee, dass Handel nur dann Wohlstand bringe, sofern man selbst Überschüsse erwirtschaftete – entwarfen die beiden nacheinander eine Theorie, die die Überzeugungen der damaligen Zeit erschütterte.

Smith legte dafür den Grundstein, indem er seine Idee der Effizienzsteigerung durch Arbeitsteilung von der Mikro- auf die Makroebene übertrug. So, wie ein Unternehmen effizienter werden kann, wenn es seine Produktion in viele kleine Einzelschritte aufteilt, auf die sich jeder zu spezialisieren habe, so können auch ganze Länder von der Arbeitsteilung profitieren. Wenn Länder nämlich absolute Vorteile in der Produktion bestimmter Güter hätten, die sie günstiger produzieren können als andere, so können sie Skaleneffekte nutzen und die Produkte in einem größeren Markt absetzen, der durch den Handel entsteht.

Ricardo erweiterte die Theorie, denn bei Smith würden die Länder ohne absolute

Vorteile keinerlei Nutzen aus dem Handel ziehen – was wiederum hinderlich für die Förderung des Welthandels sein würde. Ricardo zufolge kommt es nicht auf die absoluten, sondern auf die relativen Kostenvorteile an, die ein Land hat. Wenn beispielsweise England im Handel mit Portugal höhere Kosten sowohl bei der Produktion von Wein als auch von Tuch hätte, könnte es sich trotzdem sowohl für Portugal als auch für England lohnen, miteinander Handel zu treiben. Das liegt an den unterschiedlichen Opportunitätskosten, das heißt den Kosten einer Einheit, die aufgegeben werden muss, um das jeweils andere Gut zu produzieren. In Ricardos Beispiel hatte England niedrigere Opportunitätskosten, also einen komparativen Vorteil, bei der Herstellung von Tuch und Portugal bei der Herstellung von Wein. Wenn England somit sämtliche Ressourcen in die Produktion von Tuch und Portugal in die Produktion von Wein stecken würde, könnten insgesamt

mehr Tuch und Wein produziert werden, als es ohne Handel der Fall gewesen wäre.

Dieser theoretische Ansatz wurde im Laufe der Zeit erweitert, unter anderem durch die Ökonomen Heckscher und Ohlin, Stolper und Samuelson, sowie einer Vielzahl von Variationen in der sogenannten New Trade Theory. Die Modelle erhöhten zwar die Komplexität des simplistischen Ansatzes von Smith und Ricardo, doch im Kern blieb die Idee bestehen, dass der Freihandel allen beteiligten Ländern dadurch Vorteile bringen würde, dass er eine Spezialisierung auf die Produkte forcieren würde, in denen Länder ihre jeweiligen komparativen Vorteile haben.

FRAGLICHE ANNAHMEN

Trotz ihrer Akzeptanz basieren die obigen Zusammenhänge allerdings auf fragwürdigen Annahmen. Zwar müssen Modelle immer Vereinfachungen vornehmen, um die komplexe Realität auf wesentliche Elemente und Zusammenhänge zu reduzieren, doch dürfen die Annahmen die Realität nicht so weit entfremden, dass sie nichts mehr mit ihr zu tun haben.

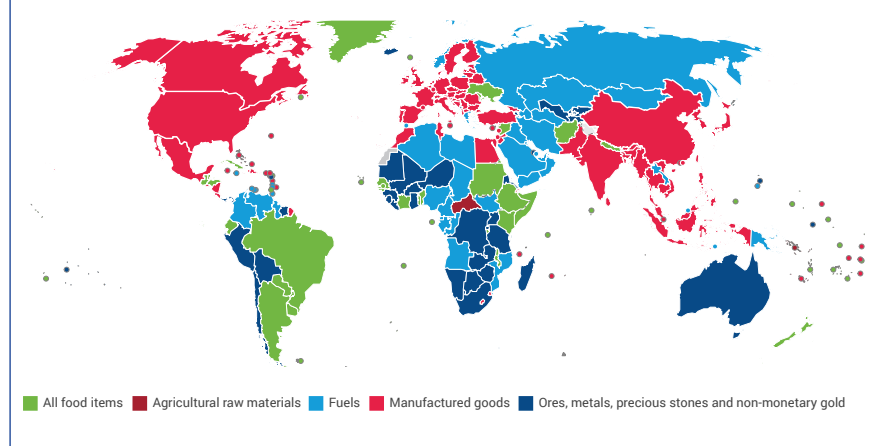
Das erste Problem besteht in der Ahistorizität der neoklassischen Lehre. Die Handelstheorie fragt nicht, wie bestimmte Länder zu ihren komparativen Vorteilen gekommen sind, sondern nimmt die Verhältnisse als gegeben hin. Weshalb manche Länder es schaffen, Industriegüter zu exportieren und andere über Jahrhunderte hinweg auf Basis von Rohstoffexporten in den Welthandel eingebunden sind, bleibt ungeklärt. Zudem gehen die meisten Freihandelsmodelle von voll ausgelasteten Produktionskapazitäten aus. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit kann es in dieser Welt beispielsweise nicht geben. Der Wettbewerb der Marktakteure wird zumeist als ein perfekter Wettbewerb angenommen. Das heißt, alle Produzenten sind so klein, dass sie als Preisnehmer auf die Entwicklung der Faktorpreise reagieren müssen. Monopole, die sich daraus ergeben könnten, dass einige Produzenten wachsen und mit zunehmenden Skalenerträgen ihre Konkur-

INFORMATION

Skaleneffekte („Economies of Scale“) sind die Kostenvorteile, die einem Unternehmen durch sinkende Kosten pro hergestellter Einheit aufgrund von Massenproduktion entstehen.

Text der Redaktion

ABB. 1: HAUPTEXPORTPRODUKTE 2022



Quelle: UNCTAD Handbook of Statistics 2023, https://unctad.org/system/files/official-document/tdstat48_FS03_en.pdf (04.01.2024).

renten aus dem Markt drängen, gibt es ebenso wenig wie Direktinvestitionen, bei denen die Produzenten aus reichen Ländern ihre kapitalintensive Produktion mit niedrigen Löhnen kombinieren. Auch die Koordinationsmechanismen sowie Informationsschwierigkeiten werden per Annahme wegdefiniert. Während es in einem Beispiel mit zwei Ländern und zwei Gütern recht einfach ist, sich abzusprechen, wer was produzieren soll, ist es bei einer Vielzahl diverser Produkte und Länder deutlich schwieriger. Es gibt international schlicht keinen Mechanismus, der dafür sorgt, dass Unternehmen, die absolute Vorteile in der Produktion eines bestimmten Gutes haben, auf die Produktion verzichten, um ihren Handelspartnern entgegenzukommen. Aus einzelwirtschaftlicher Sicht, um beim ursprünglichen Beispiel Ricardos zu bleiben, würden die Unternehmen aus Portugal, die sowohl Wein als auch Tuch günstiger herstellen können, jeweils ihre Konkurrenten in England mit den günstigeren Produkten aus dem Markt drängen. Wären ihre Kapazitäten an einem gewissen Punkt ausgelastet, würden sie Erweiterungsinvestitionen tätigen, solange das resultierende Handelsbilanzdefizit Englands finanziert werden könnte.

„Die Industrialisierung in den Ländern des globalen Nordens war in allen größeren Volkswirtschaften das Ergebnis staatlicher Industriepolitik.“

Wie aus den obigen Überlegungen sichtbar wird, stoßen die Vereinfachungen der (neo)klassischen Modellwelt schnell an ihre Grenzen. Sie übersehen schlicht zu viele Aspekte, die für die Dynamik der Weltwirtschaft wesentlich sind. Werfen wir beispielsweise einen Blick auf die Struktur des Handels, so stellen wir fest, dass so gut wie alle Länder des globalen Südens primär am Export von Rohstoffen hängen. Seien es Exporte landwirtschaftlicher Rohstoffe oder Nahrungsmittel, Treibstoffe oder Metalle. Die Industriestaaten hingegen exportieren in erster Linie Industriegüter, deren Produktion tendenziell mit einer hohen gesamtwirtschaftlichen Produktivität einhergeht (vgl. *Abbildung 1*). China und Indien hingegen haben es als Entwicklungsländer geschafft, im Laufe der Zeit ihre Wirtschaft zu transformieren und setzen sich gerade in bestimmten Hightech-Industrien an die Spitze der globalen Entwicklung, so dass die Länder des Nordens vermehrt zu Zöllen und Sanktionen greifen, um ihre eigenen Märkte zu schützen.

Und dies war bereits in der Vergangenheit der entscheidende Hebel für Entwicklung: Die Industrialisierung in den Ländern des globalen Nordens war in allen größeren Volkswirtschaften das Ergebnis staatlicher Industriepolitik. Märkte wurden durch Zölle geschützt, neue Technologien wurden von Wettbewerbern übernommen, die Kapitalflüsse wurden stark reguliert, ausgewählte Sektoren gezielt gefördert und so weiter. Den Ländern des globalen Südens blieben solche Instrumente verwehrt. Sie waren zunächst Opfer einer brutalen Kolonialpolitik, die den Ländern höchst exaktive Wirtschaftsmodelle aufzwängte, von denen die reichen Länder im Norden durch billige Rohstoffe profitierten. Seit der formalen De-Kolonialisierung hingegen mussten sie sich oft dem Liberalisierungsdruck der nördlichen Institutionen beugen – allen voran des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Im Glauben daran, dass der Markt per se Entwicklung bringen würde, werden den Ländern bis heute Strukturprogramme auferlegt, die eine dynamische Industrialisierung und Entwicklung unmöglich machen.

Kommt es nun zum internationalen Handel, so werden die Länder in der Folge der Liberalisierung meistens mit Produkten aus dem Norden geflutet – und insbesondere in Lateinamerika führte die Öffnung der Kapitalmärkte zu einer Spekulationsdynamik, die die realen Wechselkurse der Ökonomien vor Ort stark aufwerten ließ, so dass deren Exporte noch teurer und Importe noch billiger wurden. Diese Verzerrungen der Handelsbeziehungen durch die Kapitalmärkte werden in der klassischen Freihandels-theorie ignoriert, denn dort beschränken sich die Modelle ausschließlich auf die Realwirtschaft. Für die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in Lateinamerika, allerdings auch in Afrika – wo

„Diese Verzerrungen der Handelsbeziehungen durch die Kapitalmärkte werden in der klassischen Freihandelstheorie ignoriert, denn dort beschränken sich die Modelle ausschließlich auf die Realwirtschaft.“

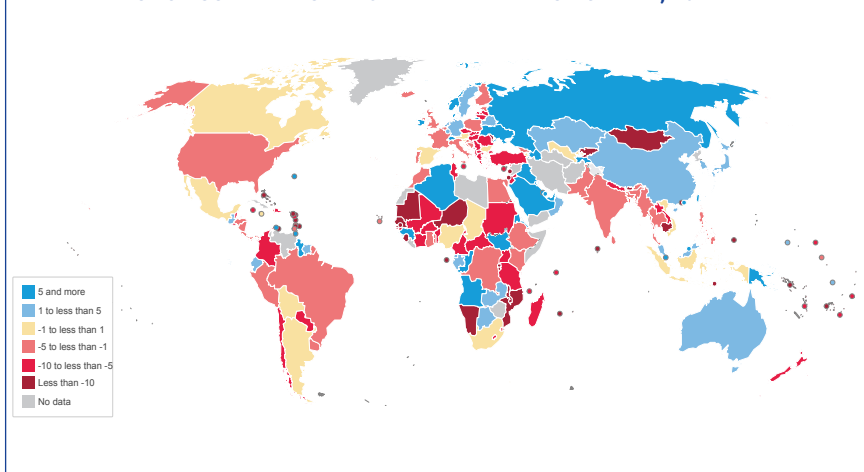
die Zinsen derart prohibitiv hoch liegen, dass kaum investiert werden kann – spielen die Kapitalmärkte eine entscheidende Rolle.

Durch die reale Aufwertung der Währung (Lateinamerika) bzw. die Beschränkung auf Rohstoffexporte (Afrika) bilden sich im internationalen Handel hohe Handelsbilanzungleichgewichte, die sich in Zahlungsbilanzungleichgewichten niederschlagen (vgl. *Abbildung 2*). Vereinfacht gesagt importieren die meisten Länder des globalen Südens mehr als sie exportieren (können), was früher oder später immer wieder zu Zahlungsbilanz- und Währungskrisen führt. Wie unschwer zu erkennen ist, reichen die vereinfachten, klassischen Ansätze nicht aus, um die grundlegenden Dynamiken der globalen wirtschaftlichen Entwicklung und des internationalen Handels zu erklären.

ALTERNATIVE ANSÄTZE

Die Diskrepanz zwischen gängiger Theorie und empirischer Wirklichkeit verlangt nach anderen Grundzügen, um den internationalen Handel zu verstehen. Wenn die Grunddynamik des

ABB. 2: LEISTUNGSBILANZSALDO IM VERHÄLTNIS ZUM BIP, 2022



Quelle: UNCTAD Handbook of Statistics 2023, https://unctad.org/system/files/official-document/tdstat48_FS08_en.pdf (04.01.2024).

Kapitalismus dadurch entsteht, dass Unternehmen auf nationalen und internationalen Märkten absolute Vorteile ausnutzen, um zu wachsen, dann werden die absoluten Vorteile wieder zum Ausgangspunkt des theoretischen Verständnisses. Ein Ansatz, der damit einhergehend außerdem den technologischen Fortschritt und den Strukturwandel erfasst, stammt vom Ökonomen Joseph Schumpeter.

Schumpeters Verständnis von wirtschaftlicher Entwicklung ist die einer stetigen Veränderung der Produktionsbasis. Sofern der Prozess einmal durch eine Innovation angestoßen ist, gibt es keine Rückkehr zu einem ökonomischen Gleichgewicht, wie es die klassischen Ökonomen vermuten, sondern die Wirtschaft entwickelt sich endogen weiter, das heißt, aus sich selbst heraus. Wirtschaftliche Entwicklung bedeutet damit für Schumpeter eine *qualitative* Veränderung der Produktionsmethoden und Produkte, was die Lebensstandards auf Dauer erhöht.

Im Mittelpunkt seiner Analyse steht die Rolle des Pioniers, der die bestehenden Produktionsmethoden durch eine Innovation, d. h. durch eine Neukombination der Inputfaktoren Arbeit und Kapital, aus dem Gleichgewicht bringt. Die Neukombination führt zu neuen Produktionsprozessen oder neuen Produkten, die es dem Pionierunternehmen ermöglichen, vorübergehend Monopol-

renten zu erzielen – denn entweder kann der Pionier der Konkurrenz durch günstigere Preise Marktanteile abnehmen oder er drängt die Konkurrenz durch höhere Margen aus dem Wettbe-

Wichtig ist nach Schumpeter, „dass die erhöhte Wettbewerbsfähigkeit [...] nicht durch eine Lohnsenkung, sondern durch Innovation zustande kommt.“

werb (eine Kombination aus beidem ist ebenfalls denkbar). Wichtig dabei ist, dass die erhöhte Wettbewerbsfähigkeit des Pionierunternehmens nicht durch eine Lohnsenkung, sondern durch Innovation zustande kommt. Früher oder später müssen die Konkurrenten die Innovation kopieren, sofern sie überleben wollen, wodurch sich die neuen Produkte und Methoden in der Breite der Wirtschaft durchsetzen, auf diese Weise ihre Struktur verändern und die gesamtwirtschaftliche Produktivität erhöhen.

In einer stilisierten Form besagt Schumpeters Theorie somit, dass das Pionierunternehmen seine Produktivität durch eine Neukombination von Inputfaktoren

bei einem gegebenen Lohnniveau steigert, was zu niedrigeren Lohnstückkosten und damit zu einem absoluten Vorteil gegenüber konkurrierenden Unternehmen führt. Dies gilt unabhängig davon, ob der Vorteil des Unternehmens aus der Einführung eines neuen Produkts oder neuer Produktionsverfahren resultiert. Im ersten Fall kann das Pionierunternehmen aufgrund seines monopolistischen Vorteils höhere Preise verlangen und Monopolrenten erzielen. Im Falle effizienterer Produktionsverfahren kann das Pionierunternehmen seine Preise senken, um Marktanteile zu gewinnen und/oder seine Gewinnspanne zu erhöhen.

SCHUMPETERS THEORIE AUF DIE INTERNATIONALE WIRTSCHAFT ÜBERTRAGEN

Da sich die Märkte, auf denen der Austausch von Waren und Dienstleistungen stattfindet, selten auf nationale Grenzen beschränken, ist es sinnvoll, sich der Ausgangsfrage aus der Perspektive von Unternehmen zu nähern, die in verschiedenen Volkswirtschaften verankert sind. Ausgehend von Schumpeters Theorie werden die Unternehmen, die in verschiedenen Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Kapitalausstattungen und damit unterschiedlicher Produktivität eingebettet sind, stetig versuchen, sich absolute Vorteile auf nationaler und internationaler Ebene zu erarbeiten und auszunutzen. Wenn jedes Unternehmen die Güter und Dienstleistungen produziert, die es am besten kann, wird die Spezialisierung der Produktion zwischen den Marktteilnehmern je nach ihren absoluten Vorteilen organisiert werden.

Allerdings lassen sich die absoluten Vorteile auf der Ebene der Unternehmen nicht allein auf regionale Faktoren zurückführen, auch wenn letztere eine Rolle spielen können (wie das Beispiel des Zugangs zu natürlichen Ressourcen zeigt). Das Gesamtniveau der Diversifizierung und der Produktivität einer Wirtschaft hängt in erheblichem Maße vom industrie- und finanzpolitischen Gestaltungsspielraum des Staates ab, der in vielen Ländern des globalen Südens kaum existent ist. Wenn die Wirtschaftspolitik eines Landes die nötigen Hebel für eine „schöpferische Zerstörung“ in Bewegung setzen kann, können selbst ressourcenreiche Länder wie China führende High-Tech-Sektoren entwickeln, die zu den wettbewerbsfähigsten der Welt gehören.

Ausgehend von diesen Überlegungen können wir uns nun an ein vereinfachendes Modell der Wirklichkeit wagen, welches die empirische Dynamik

INFORMATION

Spekulation: Ein klassisches und für westliche Spekulanten profitables Geschäft sind dabei die sogenannten „Carry Trades“, bei denen die Unterschiede der tendenziell niedrigeren Zinsniveaus in den Industriestaaten und den aufgrund höherer Inflationsraten tendenziell höheren Zinsniveaus in den Entwicklungs- und Schwellenländern ausgenutzt werden.

Der neoklassischen Theorie zufolge sollten Zinsdifferenzen an sich kein Problem sein, da sie sich durch die Marktliberalisierung angleichen sollten: Strömt nämlich mehr Kapital ins Land, sollte dies den Preis für das Kapital reduzieren und damit die Finanzierungsbedingungen vor Ort verbessern. Doch da der Zins kein Ergebnis des Angebots und der Nachfrage nach Kapital ist, sondern von der Zentralbank in Bezug auf die Inflationsrate im Währungsraum gesetzt wird (die wiederum von der Lohnpolitik bestimmt wird), existiert dieser postulierte Mechanismus nicht. In der Praxis laufen die Spekulationen wie folgt: Die Spekulanten im Norden

nehmen sich Kapital zu geringen Zinsen in Japan, Großbritannien oder in den USA auf und parken das Geld in den Hochzinsländern, wie beispielsweise Brasilien, Argentinien, Südafrika oder der Türkei. Bleiben die Wechselkurse gleich, tütten sie die Zinsdifferenz ein. Gerade weil es jedoch ein so profitables Geschäft ist, kommen viele Spekulanten auf diese Idee und gewaltige Kapitalsummen machen sich auf die Reise. Die Währung im Zielland wertet in der Folge auf, wodurch die Spekulation sich nun doppelt lohnt: Der Banker kann die Zinsdifferenz einsacken und dazu noch die Extragewinne aus der Aufwertung der Fremdwährung mitnehmen. Die Entwicklungs- und Schwellenländer hingegen haben mit einer hohen Inflation, aufgeblähten Finanzwerten, hohen Zinsen und dazu noch mit einer Währungsaufwertung zu kämpfen. Der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und hohe, anhaltende Leistungsbilanzdefizite sind die Folge, was sich ebenfalls in der Verschuldung des Privatsektors gegenüber dem Ausland niederschlägt.

Quelle: Patrick Kaczmarczyk

und die Ungleichgewichte in der Welt besser erklärt. Nehmen wir an, dass die Unternehmen innerhalb eines Landes in einem Umfeld gegebener Preise für

„Bei einem funktionierenden Markt besteht der einzige Mechanismus, durch den ein Unternehmen einen Vorteil erlangen kann, in der Steigerung der Produktivität.“

Rohstoffe, Arbeit, Kapital und alle anderen Inputfaktoren operieren. So werden die Preise für Rohstoffe auf den Rohstoffbörsen festgelegt, der Preis für Arbeit durch Tarifverträge, der Preis des Kapitals (der Zins) durch die Notenbank und so weiter. Bei einem funktionierenden Markt besteht der einzige Mechanismus, durch den ein Unternehmen einen Vorteil erlangen kann, in der Steigerung der Produktivität. Dies kennzeichnet den dynamischen Wettbewerb nach Schumpeter, bei dem vorübergehende Monopolrenten das Ergebnis von Innovationen sind. Dieser Mechanismus gilt unabhängig davon, ob die Unternehmen in einem Entwicklungsland oder in einem Industrieland angesiedelt sind.

Der Unterschied zwischen einem Unternehmen in einem Industrie- und in einem Entwicklungsland ist, dass die Produktivität durch neuere, kapitalintensivere Methoden im Ersterem höher sein wird als im Letzteren. Das bedeutet, dass das Lohnniveau über die Wettbewerbsfähigkeit beider bestimmen wird. Um ein einfaches Beispiel zu nennen: Wenn das Niveau der Produktivität pro Arbeitsstunde in einer Industrienation 100 Euro beträgt und das Lohnniveau einschließlich aller Lohnnebenkosten 50 Euro, so beträgt das Niveau der Lohnstückkosten, der Löhne im Verhältnis zur Produktivität, 0,5 (was einem Lohnanteil von 50 Prozent am Gesamteinkommen entspricht). Beträgt das Produktivitätsniveau in einem Entwicklungsland nur ein Fünftel des Niveaus eines Industrielandes, also 20 Euro, so bestimmt sein Lohnniveau folglich die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit. Wenn das Entwicklungsland ebenfalls eine Lohnquote von 50 Prozent hat, dann würde das Lohnniveau 10 Euro pro Stunde betragen und die Lohnstückkosten lägen wie in der entwickelten Wirtschaft bei 0,5. Wir haben also einen Fall, in dem die Unternehmen des ärmeren Landes in Bezug auf die makroökonomischen Bedingungen

auf Augenhöhe mit den Unternehmen des Industrielandes handeln und konkurrieren könnten.

Dies ist eine wichtige Erkenntnis: Zwar ist der Kapitalstock im ärmeren Land kleiner, was die Menge an Gütern begrenzt, die die Firmen für die Weltmärkte produzieren können, aber die makroökonomischen Bedingungen erlauben es den Firmen in ärmeren Volkswirtschaften, jenseits willkürlicher natürlicher Vorteile (z. B. bei Rohstoffen oder Tourismus), international zu konkurrieren. Ein Vorteil, den sie gegenüber Unternehmen aus Industrieländern haben, besteht darin, dass Unternehmen in Entwicklungsländern neue Technologien importieren können, die es ihnen in Kombination mit ihren niedrigen Löhnen ermöglichen, ihre Kosten drastisch zu senken. In unserem obigen Beispiel würde der Import der Produktionstechnologie der industrialisierten Wirtschaft mit ihrer durchschnittlichen Produktivität von 100 Euro pro Stunde die Lohnstückkosten für Unternehmen in Entwicklungsländern von 0,5 auf 0,1 senken. Selbst wenn diese Technologie von den einheimischen Arbeitskräften nicht mit der gleichen Effizienz eingesetzt wird, ist es wahrscheinlich, dass die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen auf diese Weise radikal verbessert werden kann.

China und Japan sind Beispiele für die beiden unterschiedlichen Möglichkeiten, westliche Technologie (hohe Produktivität in westlichen Maschinen) einzusetzen und sie mit den niedrigen Löhnen ihrer Arbeiter zu kombinieren: Chinas Entwicklung wurde durch ausländisches Kapital vorangetrieben, Japans durch inländisches Kapital, das vom Staat bereitgestellt wurde. Der drastische Rückgang der Lohnstückkosten für ihre Produkte half beiden Ländern, ihren Status als arme Länder zu überwinden. Die Schlüsselfrage ist daher, ob es einen Mechanismus gibt, der sicherstellt, dass die Nominallöhne im Entwicklungsland mittel- bis langfristig mit den nationalen Produktivitätsgewinnen steigen, die durch den Import (oder das Kopieren) westlicher Technologie verbessert werden. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Früchte des technologischen Fortschritts breit gestreut werden und der Lebensstandard der Bevölkerung steigt. Im Industrieland muss hingegen ordnungspolitisch dafür gesorgt werden, dass die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit über den Hebel der Investitionen und – damit einhergehend – einer fortschreitenden technologischen Entwicklung und höherer Produktivität verläuft.

FOLGEN FÜR DIE POLITIK

Aus den obigen Ausführungen ergibt sich, dass es beim internationalen Wettbewerb und Handel vor allem auf dessen Qualität ankommt. Wird den Entwicklungsländern genug Raum gegeben, so dass sie investieren, ihre Produktionsbasis diversifizieren und die Produktivität erhöhen können? Liegen faire makroökonomische Bedingungen vor, so dass die Unternehmen in ärmeren Ländern mit den produktiveren Firmen des Nordens mithalten können? Ist der Wettbewerb innerhalb der großen Volkswirtschaften des Nordens einer, der auf Innovationen beruht? Oder bestehen doch vermehrt Anreize für die Unternehmen, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnsenkungen zu verbessern? Um positive Bedingungen für wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen, braucht es einerseits einen umfassenden regulatorischen Rahmen, der Wissenstransfers und die Übernahme neuer Technologien in den Ländern des globalen Südens vereinfacht. Andererseits ist eine monetäre Kooperation auf internationaler Ebene unabdingbar zur Vorbeugung der Entstehung von Handelsungleichgewichten und für stabilen und günstigen Zugang zu Kapital. In einer Währungsunion braucht es zudem eine internationale Kooperation bei den Löhnen. Wenn Wechselkursanpassungen keine Möglichkeit mehr zum Ausgleich der Wettbewerbsfähigkeit bieten, entscheiden nämlich die Unterschiede in den Inflationsraten, ob ein Land an Wettbewerbsfähigkeit verliert oder gewinnt. Die Einhaltung eines gemeinsamen Inflationsziels erhält von daher eine überragende Bedeutung. Auch für Entwicklungsländer ist die Lohnpolitik ein ganz entscheidender Hebel zur Schaffung von Wohlstand, denn nur, wenn die Löhne zugleich für Teilhabe und Preisstabilität sorgen, verbessern sich die Investitionsbedingungen und Lebensstandards. Dazu sind auch gewisse Rigiditäten auf den Arbeitsmärkten von Vorteil. Ein hoher Grad an gewerkschaftlicher Organisation beispielsweise würde dafür sorgen, dass die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch Unterschiede in der Produktivität bestimmt werden, da die Löhne tariflich für eine ganze Branche gleich sind. Auch staatliche Eingriffe durch Mindestlöhne und gute Bezahlung im öffentlichen Sektor können dafür sorgen, dass dem Lohndumping enge Grenzen gesetzt und Unternehmen kapitalintensiver produzieren werden. Eine solche Politik würde selbstverständlich weder den Freihandel noch den Wettbewerb einschränken. Stattdessen würde sie dem System jedoch eine andere Qualität und Dynamik geben, die nicht nur gut für die breite Masse der Menschheit, sondern ebenso positiv für wirtschaftlichen Fortschritt wäre.

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Ralf Engel in Zusammenarbeit mit Georg Arnold)

BILDUNGSPLANBEZUG WBS

Wirtschaftsbürger

- (6) ein angebotspolitisches und ein nachfragepolitisches Instrument der Wirtschaftspolitik mithilfe von Wirkungsketten vergleichen

BILDUNGSPLANBEZUG WIRTSCHAFT (LEISTUNGSFACH)

Gütermärkte

- (3) Gründe für internationalen Handel mithilfe von Theorien erklären (eine klassische und eine moderne Außenhandelstheorie) und deren Aussagekraft beurteilen
- (4) internationalen Handel anhand von Leistungsbilanzen analysieren

BILDUNGSPLANBEZUG GEMEINSCHAFTSKUNDE

Grundlagen der Wirtschaftspolitik

- (4) die Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik erläutern (Magisches Viereck und seine Erweiterung zum Sechseck)

Wohlstand und Wirtschaftswachstum

- (4) die Konzepte der Angebots- und der Nachfrageorientierung zur Wachstumsförderung vergleichen

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

- Stellen Sie die klassischen Außenhandelsstheorien dar.
- Arbeiten Sie heraus, auf welchen fraglichen Annahmen diese laut Patrick Kaczmarczyk beruhen. **Lösungshinweise** finden Sie auf **Moodle Mo1**.
- Erklären Sie, weshalb der Entwicklungsweg der Länder des „globalen Nordens“ für die Länder des „globalen Südens“ nach Patrick Kaczmarczyk nicht gangbar ist.
- Patrick Kaczmarczyk erläutert das neoklassische sowie Schumpeters Konzept von Wettbewerbsfähigkeit. Vergleichen Sie die beiden Konzepte. Ein **Tafelbild** findet man auf **Moodle Mo2**.
- „Unternehmen in Entwicklungsländern [können] neue Technologien importieren, die es ihnen in Kombination mit ihren niedrigen Löhnen ermöglichen, ihre Kosten drastisch zu senken.“ Bewerten Sie diese Strategie aus unterschiedlichen Perspektiven.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

DAS KONZEPT DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT: ZWISCHEN NULLSUMME UND WOHLSTAND FÜR ALLE?

- „Deutschland verliert weiter an Wettbewerbsfähigkeit“, so lautet die Überschrift von M 1a. Führen Sie ein Brainstorming durch, wie die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands möglicherweise verbessert werden kann und notieren Sie die Ergebnisse.
- a) Recherchieren Sie auf N-Grams die Häufigkeit der Begriffe „Wettbewerbsfähigkeit“ sowie „Standort“ zwischen 1950 und 2023. <https://books.google.com/ngrams#>

Hinweis: „Der Google Ngram Viewer untersucht mittels Data Mining, wie häufig in gedruckten Publikationen der letzten fünf Jahrhunderte ausgesuchte Wortfolgen, sogenannte n-grams, gebraucht werden. Der Benutzer kann n-grams nach Belieben eingeben und ihre Gebrauchsfrequenz auch miteinander vergleichen. Das Programm wird verwendet, um anhand von Sprachgebrauchsfrequenzen Überlegungen über soziale, kulturelle und technische Veränderungen empirisch zu prüfen.“
Alternative: Google Trends bietet Zugriff auf Suchanfragen seit 2004.
 - Analysieren Sie den Verlauf, indem Sie auch Begriffe aus Aufgabe 1 eingeben.
- Das Ranking des ZEW (Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) kommt 2023 für Deutschland zu einem sehr schlechten Ergebnis (M 1a).
 - Erläutern Sie mittels M 1 sowie der entsprechenden Studie, die im Auftrag der „Stiftung Familienunternehmen“ durchgeführt wurde, wo Deutschlands Stärken und Schwächen liegen.  (23.01.2024)
 - Entwickeln Sie Forderungen an die deutsche Politik und vergleichen Sie diese mit den Antworten zu Aufgabe 1.
 - Ordnen Sie diese Forderungen einer der beiden wirtschaftspolitischen Grundkonzeptionen zu.
- Die Diskussion um „Wettbewerbsfähigkeit“ und den „Standort Deutschland“ (vgl. auch Aufgabe 2) nahm ab Ende der 1980er-Jahre mit der sich verstärkenden Globalisierung an Fahrt auf. Erklären Sie diesen Zusammenhang.
 - Stellen Sie die grundsätzliche Kritik am Konzept der Wettbewerbsfähigkeit anhand von M 2 und M 3 dar.
 - „Produktivität vs. Wettbewerbsfähigkeit“. Stellen Sie diese beiden Konzepte ausgehend von M 3 anhand der aktuellen Bundesligatabelle dar.
 - Entwickeln Sie ausgehend von Schumpeters Konzept Vorschläge, wie die Produktivität einer Volkswirtschaft gesteigert werden kann.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden, wird oftmals „Lohnzurückhaltung“ angemahnt. Erörtern Sie diese Position ausgehend von M 4 sowie Aufgabe 4 zum Basistext. Einen Lösungshinweis findet man auf **Moodle Mo3**.
- Vergleichen Sie die hier vertretenen Positionen zum Thema „Wettbewerb“ mit der des Jahresgutachtens des Sachverständigenrates für Wirtschaft (M 5).

Vertiefung:

Überprüfen Sie, inwiefern die Kritik an einem anderen Ranking – dem Global Competitiveness Report – auch für das Ranking des ZEW (M 1) zutrifft (**Moodle Mo4**).

Gemessen an der Standortqualität entwickelt sich Deutschland im Vergleich der Industrienationen laut Ökonomen in die falsche Richtung. Nur die Finanzierung lohnte sich hier.

In der neuen Ausgabe des „Länderindex Familienunternehmen“ belegt die Bundesrepublik den 18. Platz unter den 21 Ländern, vier Plätze schlechter als 2020. Spitzenreiter sind die USA, hinter Deutschland liegen nur Ungarn, Spanien und Italien.

Auftraggeber war die Stiftung Familienunternehmen in München, die die neunte Auflage der seit 2006 alle zwei Jahre erscheinenden Analyse am Montag veröffentlichte.

Der Ökonom Friedrich Heinemann und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewerten in jedem Land sechs Standortfaktoren für Familienunternehmen: Steuerlast, Arbeitskosten und Produktivität, Aufwand und Kosten staatlicher Regulierung, die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen, die Qualität der Infrastruktur und der öffentlichen Verwaltung sowie Energieversorgung und -kosten.

Auch im Vergleich der deutschsprachigen Länder sieht die Bundesrepublik nicht gut aus: Die Schweiz belegt den vierten Platz, Österreich ist auf Rang 13.

Heinemann schreibt von einem „ernüchternden Bild“. Der Energiepreisschock seit Beginn des Ukraine-Kriegs bedeutet laut Studie einen Nachteil für die Wettbewerbsfähigkeit mehrerer europäischer Länder. Doch kann Deutschland dies nach Einschätzung der Ökonomen nicht durch Vorteile in anderer Hinsicht ausgleichen.

Bei der Energie ist Deutschland Schlusslicht

„Im Vergleich aller 21 betrachteten Standorte bietet Deutschland nur für den Bereich Finanzierung noch erstklassige Standortbedingungen“, heißt es in dem Papier.

„In keinem der anderen betrachteten Themenfelder kann Deutschland hingegen noch mit den Spitzenstandorten in Nordamerika, Westeuropa oder Skandinavien mithalten.“ In den Bereichen Steuerlast, Energie, Arbeit und Regulierung se-

hen die Autoren Deutschland unter den Schlusslichtern.

Seit dem ersten Länderindex 2006 lag Deutschland noch nie in der Spitzengruppe, aber anfänglich zumindest noch im Mittelfeld. Heinemann und sein Team sehen Reformbedarf in Deutschland vor allem bei Steuerlast und Bürokratie.

Großen Verbesserungsbedarf bescheinigen sie aber auch dem Bildungswesen und verweisen auf Schwächen in den Schlüsselfächern Deutsch und Mathematik.

„Der Industriestandort Deutschland hat dramatisch an Qualität verloren“, kritisierte Rainer Kirchgörner, der Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. „Im internationalen Vergleich auf den hintersten Plätzen, das ist nicht das Feld, in das wir gehören.“ (dpa)

© dpa, in: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/platz-18-von-21-bei-der-wettbewerbsfaehigkeit-deutschlands-unternehmen-bilden-im-weltweiten-vergleich-das-schlusslicht-9186768.html> (23.01.2024).

MIb

STÄRKEN-/SCHWÄCHEN-PROFILE DER LÄNDER DES LÄNDERINDEX

Subindex	Steuern	Arbeit	Regulierung	Finanzierung	Infrastruktur	Energie	Gesamtindex
USA	41,55	62,22	81,32	68,11	50,80	75,52	62,59
Kanada	59,50	63,78	72,48	70,57	49,76	55,31	62,09
Schweden	76,42	52,85	55,08	55,33	54,76	71,15	61,36
Schweiz	66,42	49,17	45,09	66,63	87,23	55,13	61,13
Dänemark	49,19	51,40	59,02	57,84	78,25	58,76	58,39
Irland	55,20	65,11	70,56	61,42	45,81	49,47	58,29
Vereinigtes Königreich	60,34	62,33	65,36	57,57	46,40	50,10	57,52
Finnland	61,52	54,55	53,83	52,50	67,57	49,58	56,72
Niederlande	60,97	49,59	44,58	44,82	82,28	56,21	56,17
Polen	76,89	51,33	55,89	59,22	10,93	59,38	53,57
Tschechien	81,37	44,39	34,61	59,12	36,39	60,80	53,55
Belgien	62,41	50,61	48,82	39,85	50,86	62,54	52,87
Österreich	63,35	43,30	43,69	57,46	52,44	52,34	52,23
Portugal	64,94	49,11	55,37	20,27	42,53	69,87	51,17
Slowakei	85,24	38,23	45,72	49,58	13,15	57,10	49,71
Japan	16,05	55,77	67,75	35,57	66,04	63,22	49,55
Frankreich	43,40	47,22	50,23	38,41	46,95	64,48	48,21
Deutschland	33,35	39,89	36,30	72,42	61,89	51,89	47,93
Ungarn	69,44	40,12	49,72	38,64	19,73	61,03	47,52
Spanien	44,34	43,95	35,15	37,17	35,03	63,52	43,07
Italien	62,36	34,54	39,60	21,88	18,24	54,76	39,68

Quellen: Berechnungen von ZEW und Calculus Consult.

Quelle: https://sfu.cdlx.dev/media/pages/publikationen/laenderindex-familienunternehmen-2023/ad6eb00839-1700136063/laenderindex-2022_studie_stiftung-familienunternehmen.pdf (04.04.2024)

M2 MICHAEL PAETZ, WAS ÜBERHAUPT IST „WETTBEWERBSFÄHIGKEIT“?, MAKROSKOP 24.07.2017

Wenn die Löhne völlig flexibel sind, kann ein Unternehmen, welches den Marktpreis nicht mithalten kann, Wettbewerbsfähigkeit erreichen, indem es einfach niedrigere Löhne als seine Konkurrenten zahlt. Anstatt die Produktionsprozesse zu optimieren oder in Modernisierung zu investieren, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, geht man den einfacheren Weg der Lohnsenkung. Dies hat zur Folge, dass die Konkurrenten das nachahmen und eine Abwärtsspirale aus immer weiter sinkenden Löhnen und Preisen entsteht. Eine wichtige Funktion des Wettbewerbs ist somit außer Kraft gesetzt. Investitionen und Produktivitätsentwicklung verlangsamen sich. [...] Bei gleichem Lohnniveau konkurrieren die Unternehmen einer Branche um die besten Ideen und Techniken – und nicht um den niedrigsten Lohn. [...]

Die obigen Beispiele lassen erkennen, dass der Begriff Wettbewerbsfähigkeit nicht immer dem entspricht, was man landläufig damit verbindet. Eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit würde man immer auf bessere Organisation oder neuere Techniken zurückführen. Eine Lohnsenkungsfähigkeit oder eine Verschlechterung der Arbeitnehmerrechte hingegen würde man unter normalen Umständen wohl kaum damit in Verbindung bringen.

Noch absurder wird der Begriff der Wettbewerbsfähigkeit aber, wenn man ihn auf Länder überträgt, wie es heutzutage offensichtlich üblich ist. Paul Krugman bringt den Unsinn dieser Übertragung häufig mit folgendem Beispiel auf den Punkt: Betrachten wir zunächst zwei Unternehmen wie

Pepsi und Fritz Cola. Sollte eines der beiden Pleite gehen, weil es nicht mehr wettbewerbsfähig ist, so ist dies für das andere Unternehmen eine gute Nachricht. Viele Kunden werden nun einen neuen Anbieter suchen. Dies wird die Nachfrage nach den Getränken des Konkurrenten erhöhen.

Wenn man aber zwei Länder wie Deutschland und die USA betrachtet, dann wäre eine Staatspleite eines der beiden Länder eine Katastrophe für das andere Land, weil ein riesiger Absatzmarkt von heute auf morgen verschwinden würde. Die Nachfrage nach Gütern aus dem anderen Land wird dann rapide sinken.

Wettbewerb zwischen Ländern macht keinen Sinn. Der Wettbewerbsbegriff sollte bestenfalls bei der Betrachtung von Unternehmen herangezogen werden. [...]

Zudem hat Wettbewerbsfähigkeit in diesem Kontext noch weniger mit der üblichen Bedeutung des Wortes zu tun. Betrachten wir ein Land mit einem Defizit, das von heute auf morgen seinen Wechselkurs auf die Hälfte abwertet. Dieses Land hätte über Nacht seine Wettbewerbsfähigkeit verdoppelt, weil die Produkte aus ausländischer Sicht nun nur noch die Hälfte kosten. Spätestens wenn das Land anfängt, Überschüsse zu erwirtschaften, müsste man ihm eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit zugestehen.

Dabei hat sich weder an den Strukturen noch an den verwendeten Produktionsweisen der Volkswirtschaft über Nacht irgendwas verändert. Wenn man schon die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes messen will,

dann sollte man dies also nicht über die Überschüsse, sondern über die Stundenproduktivität oder einem vergleichbaren Maßstab für die Leistungsfähigkeit des Landes tun.

Doch das ist leider noch nicht alles. Die Auswirkungen der Unterbewertung deutscher Löhne sind noch tiefgreifender. Und der Wettbewerb zwischen Ländern in Verbindung mit dem freien Handel verzerrt den Wettbewerb zwischen Unternehmen.

Betrachten wir beispielsweise zwei Unternehmen derselben Branche, die in Deutschland und in Frankreich produzieren. Die französische Firma produziert mit der neuesten Technik und ist effizient organisiert. Indes produziert das deutsche Unternehmen noch mit veralteten Technologien, weil es in der Vergangenheit nicht genügend investiert hat. Im Normalfall sollte der Wettbewerb dem deutschen Unternehmen jetzt Beine machen, endlich in Modernisierung zu investieren. Da in Deutschland der branchenübliche Lohn inzwischen aber unterhalb des französischen liegt, wird stattdessen das modernere und produktivere französische Unternehmen vom Markt verdrängt. [...]

Zusätzlich wird der Wettbewerb Deutschlands mit den außereuropäischen Ländern verzerrt. [...] Der um Preisniveaus bereinigte Wechselkurs (der reale Wechselkurs) ist auch gegenüber den außereuropäischen Handelspartnern unterbewertet.

Quelle: <https://makroskop.eu/was-ueberhaupt-ist-wettbewerbsfaehigkeit/> (22.04.2024).

M3 PATRICK KACZMARCZYK: KAMPF DER NATIONEN: WIE DER WIRTSCHAFTLICHE WETTBEWERB UNSERE ZUKUNFT ZERSTÖRT, FRANKFURT A. M. 2022, S. 8-9.

Wir werden [...] sehen, dass wir Wettbewerb anders denken müssen. Aber der Reihe nach. Wer über die letzten 20 bis 30 Jahre den politischen Diskurs verfolgt, der würde wahrscheinlich den Eindruck bekommen, dass es keine Grenzen der Wettbewerbsfähigkeit geben kann – und dass wir letztendlich alle davon profitieren. In den Zeiten vor Corona verging kaum ein Tag, an dem aus der Politik oder Wirtschaft nicht zu hören gewesen wäre, dass alle ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen müssten. Die Welt sei durch den technologischen Fortschritt nun mal kleiner geworden, und sobald die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft schwierige Bedingungen für die Unternehmen bietet – sei es durch hohe Steuern, hohe Löhne oder strenge Umweltregulierungen –, wird die Produktion eben anderswo hochgezogen, zum Beispiel in Asien oder Afrika [...].

Das erste Problem ist, dass „alle“ allein aus logischen Gründen ihre Wettbewerbs-

fähigkeit nicht steigern können. Bei der Wettbewerbsfähigkeit handelt es sich nämlich um ein relatives Konzept. Wenn alle Länder der Welt ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern wollen, gegenüber wem würden sie dann wettbewerbsfähiger werden? Schließlich sind wir noch nicht so weit, dass wir mit dem Mond oder Mars im Wettbewerb stünden. [...]

Es ist in diesem Zusammenhang elementar zu begreifen, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem, was „jeder“ tun kann, und dem, was „alle“ tun können. [...] In einem Flugzeug [kann] ein Passagier [...] seinen Komfort durch das Verstellen der Sitzlehne erhöhen. Wenn alle dies jedoch versuchen, hat niemand seinen Raum erweitern können – und viele blieben schlicht unzufrieden zurück.

Wenn es nun im Diskurs um die Wettbewerbsfähigkeit darum gehen sollte, dass alle ihre Produktivität erhöhen, das wäre theoretisch möglich. Analog dazu

könnte man sagen, dass [...] bei einem 100 Meter Sprint alle ihre Zeit verbessern sollten. Wenn es jedoch darum geht, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, so bezieht sich dieses Konzept zwangsläufig auf die eigene Leistungsfähigkeit in Relation zu der eines anderen. Das heißt zu fordern, „alle“ sollten wettbewerbsfähiger werden, käme der Logik gleich, dass [...] jeder Sprinter schneller laufen müsse als die Konkurrenz. Es ist schlicht unmöglich. Ebenso unmöglich ist es in dem Zusammenhang, dass alle Überschüsse erwirtschaften mögen, wie es die schwäbische Hausfrau tut. Wenn die Ausgaben des einen die Einnahmen eines anderen sind, so sind die Überschüsse des einen zwangsläufig die Defizite des anderen. Es können in dem Sinne nicht alle Sparer sein. Gegen diese einfachen Prinzipien darf keine Wirtschaftspolitik verstoßen, wenn sie nicht gerade große Schäden verursachen soll.

M4

TOBIAS KAISER: DEUTSCHLANDS GEFÄHRLICHE EROSION DER WETTBEWERBSKRAFT, DIE WELT 13.02.2024

In der wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Pandemie ist Europas Süden der deutschen Wirtschaft weiter enteilt. Hohe Lohnsteigerungen und langsamer wachsende Produktivität haben dafür gesorgt, dass die deutsche Wirtschaft gegenüber anderen europäischen Volkswirtschaften, insbesondere gegenüber denen in Südeuropa, an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Das zeigen Berechnungen der Europäischen Kommission, die regelmäßig die Preis- und Kostenwettbewerbsfähigkeit der EU-Länder, aber auch anderer großer Volkswirtschaften analysiert. [...]

Zwar sind die Lohnstückkosten seit dem Frühjahr 2020 überall gestiegen, schließlich sorgen die hohe Inflation und der Arbeitskräftemangel in ganz Europa für höhere Lohnabschlüsse. In Deutschland waren die Steigerungen aber zuletzt weit stärker als etwa in Italien oder Spanien. Und die weitgehend stagnierende Produktivität konnte die höheren Löhne kaum ausgleichen.

Laut den Berechnungen der Europäischen Kommission und der Auswertung von WELT sind die relativen Lohnstückkosten hierzulande gegenüber der Konkurrenz aus dem Euro-Raum um rund 1,5 Prozent gestiegen. Südeuropa hat derweil

im gleichen Zeitraum erheblich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewonnen: In Portugal sind die relativen Lohnstückkosten im gleichen Zeitraum um rund 1,2 Prozent gesunken, in Spanien um 3,7 Prozent und in Italien um rund 4,2 Prozent. Für Investoren werden diese Länder dadurch interessanter. Besonders beeindruckend ist allerdings die Entwicklung Griechenlands: Dort hat sich die relative preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Rest der Eurozone seit Anfang der Pandemie um zehn Prozent verbessert. [...]

Lohnstückkosten sind ein entscheidender Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts; zumindest unter Kostenaspekten. Allein die Höhe der Löhne und sonstiger Arbeitskosten sagt nämlich wenig darüber aus, wie gut ein Standort mit der Konkurrenz mithalten kann. Schließlich ist genauso wichtig, wie produktiv die Angestellten sind. Schaffen gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter viel, kann das Unternehmen trotz höherer Lohnkosten wettbewerbsfähig sein. Entscheidend ist deshalb auch volkswirtschaftlich, wie hoch die Arbeitskosten je produzierte Einheit sind - die Lohnstückkosten eben. [...]

Entscheidend für die Produktivität sind Faktoren wie die Ausbildung der

Mitarbeiter, mit welchen Maschinen sie arbeiten und auch wie groß Unternehmen sind. In Südeuropa gibt es viele kleine Unternehmen, die tendenziell weniger produktiv sind.

Die Euro-Krise hat den betroffenen südeuropäischen Ländern einen harten Anpassungskurs mit erheblichen sozialen Belastungen erzwungen [sic]. Entlassungen, Produktivitätssteigerungen und Lohnzurückhaltung haben dort seitdem für eine bessere preisliche Wettbewerbsfähigkeit gesorgt. Gleichzeitig sind die Löhne in Deutschland schneller gestiegen als die Produktivität der Arbeitnehmer. [...]

„Deutschlands preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich weiter ungünstig entwickeln“, prognostiziert denn auch Carsten Brzeski, Chefvolkswirt Deutschland bei der niederländischen Großbank ING. „Deutschland gehört bei der Lohnentwicklung eher zur Spitze und ist beim Wachstum eher Schlusslicht und das bedeutet, dass die Wettbewerbsposition der deutschen Industrie sich verschlechtern wird.“ [...]

Quelle: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus250015518/Hohe-Loehne-wenig-Wachstum-Deutschlands-gefaehrliche-Erosion-der-Wettbewerbskraft.html> (04.04.2024).

M5

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IN ZEITEN GEOPOLITISCHER VERÄNDERUNGEN – KAPITEL 7, IN: SACHVERSTÄNDIGENRAT – JAHRESGUTACHTEN 2022/23

468. Traditionell ist das Verständnis von Wettbewerbsfähigkeit geprägt von einer nationalstaatlichen, merkantilistischen Sichtweise, die Staaten als Konkurrenten auf Weltmärkten betrachtete und die Reduktion von Kosten sowie die Sicherung von Marktanteilen in den Fokus rückte [...]. Diese Interpretation von Wettbewerbsfähigkeit, die der von Unternehmen ähnelt, wurde von Krugman (1994) als „gefährliche Obsession“ kritisiert. Denn ein relevanter Unterschied zwischen Unternehmen und Staaten ist, dass ein Unternehmen im Gegensatz zu einem Staat bei fehlender Wettbewerbsfähigkeit aus dem Markt ausscheiden und aufgegeben werden kann. Für eine Volkswirtschaft kommt es hingegen vielmehr darauf an, ihre Produktionsfaktoren effizient zu nutzen und den langfristigen Wachstumsprozess zu stärken.

469. Im Zentrum fast aller Definitionen der Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften steht daher heutzutage die Entwicklung der Produktivität und des langfristigen Produktionspotenzials. So ist nach der Definition der Europäischen Union (2022) eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft in der Lage, über nachhaltiges Produktivitätswachstum gesamtwirtschaftliches Einkommen und

somit den Wohlstand zu steigern. Ein wichtiges Element ist die internationale Arbeitsteilung zwischen Volkswirtschaften, die über eine effizientere Nutzung von Produktionsfaktoren zu Produktivitäts- und Wohlfahrtssteigerungen bei allen Handelspartnern führt [...].

471. Für die langfristige Steigerung des Wohlstandsniveaus ist die Steigerung der Produktivität essenziell. Produktivitätszu-

wächse werden wiederum maßgeblich von Investitionen in Innovationen und technologischen Fortschritt, in Bildung und die Schaffung von Humankapital sowie in den produktiven Kapitalstock beeinflusst (Kasten 22).

https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202223/JG202223_Kapitel_7.pdf (23.01.2024).

KASTEN 22 Determinanten von Wettbewerbsfähigkeit

Für die Analyse der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft wird zwischen preislicher und nicht-preislicher Wettbewerbsfähigkeit unterschieden.

Die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** ist die relative Preis- und Kostenposition einer Volkswirtschaft im Vergleich mit ihren Handelspartnern und ist ein wichtiger Indikator für die Exportentwicklung. Zu den am häufigsten verwendeten Indikatoren zur Messung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zählen die Lohnstückkosten, die Terms of Trade sowie reale effektive Wechselkurse. [...]

Nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Peneder und Rammer (2018, S. 94 f.) argumentieren, dass die Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zwar Aufschluss über die Exportentwicklung eines Landes geben, allerdings keine geeigneten Maße für die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit eines Landes darstellen. Letztendlich wird die nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft vor allem von Faktoren bestimmt, die das Produktivitätswachstum langfristig steigern und so zu nachhaltigem Einkommens- und Beschäftigungswachstum beitragen, also Innovationen und Investitionen in produktives physisches Kapital und Humankapital.

DER BEUTELSBACHER KONSENS IM WIRTSCHAFTSUNTERRICHT

KÖNNEN WIR UNS WACHSTUM NOCH LEISTEN?

NIKO PAECH

Konzepte eines sog. „grünen“ Wachstums sind politisch leicht zu vermitteln, denn sie versprechen, die bisherige Komfort- und Wohlstandsentwicklung nicht anzutasten, sondern durch technische Innovationen von ökologischen Schäden abzukoppeln. Dieses Vorgehen ist allerdings nicht nur grandios gescheitert, sondern kann sich kontraproduktiv auswirken, weil es zusätzliche Eingriffe in die Natur rechtfertigt und ein perfektes Alibi für die Beibehaltung öko-suizidaler Lebensführungen liefert. Neben technisch-physischen, also äußeren Restriktionen, werden zunehmend innere Wachstumsgrenzen relevant, weil die Nutzung käuflicher Güter die Aufnahmefähigkeit des homo sapiens zu sprengen droht. Vor diesem Hintergrund formieren sich wachstumskritische Positionen. Sie firmieren unter Bezeichnungen wie „Steady State“ (Daly 1977), „Decrescita“ (Pallante 2005), „Décroissance“ (Latouche 2006), „Postwachstumsökonomie“ (Paech 2012) oder „Degrowth“ (D’Alisa/Demaria/Kallis 2016). Im Folgenden wird zunächst auf zwei Wachstumsgrenzen eingegangen, um daran anknüpfend einen Lösungsweg zu skizzieren.

ÄUSSERE WACHSTUMSGRENZEN: GRÜNES WACHSTUM SCHEITERT AN DER PHYSIK

Leopold Kohr, Träger des alternativen Nobelpreises, bemerkte einst scherzhaft, dass kein Schiff durch die in einer Badewanne erzeugten Wellen kentern würde, denn „[w]ie bei allen Dingen liegt das Gift in der Größe“ (Kohr 2006, S. 195). Damit weist er auf ein Grundprinzip wachstumskritischer Analysen hin: Jedes materielle Phänomen, ganz gleich, ob es sich durch eine physische, chemische oder biologische Wirkung äußert, kann nur solange harmlos sein, wie es eine bestimmte Größe oder quantitative Dimension nicht überschreitet. Beispielsweise sind Wasser oder CO₂ für einen bewohnbaren Planeten essenziell – aber nur in einer bestimmten Dosis. „Wasser ist Leben“, heißt es zuweilen, aber Überschwemmungen oder eine vollends mit Wasser bedeckte Erdoberfläche wären lebensfeindlich, umgekehrt ebenso ein Wüstenplanet. Ähnliches gilt für CO₂, ohne das der natürliche Treibhauseffekt, auf dem die Ökosphäre samt menschlicher Existenz basiert, nicht existieren könnte, weil die durchschnittliche Erdtemperatur sonst ca. -33 Grad betragen würde. Aber eine zu hohe CO₂-Konzentration beschwört ein Hitzeinferno und andere Katastrophen herauf. Für sich betrachtet ist CO₂ also weder schädlich noch unschädlich. Relevant sind die Menge und räumliche Konzentration dieser Substanz. Wenn etwas, das materiell nicht neutral sein kann, ungehindert in einen begrenzten Raum hineinwächst, ist eine Eskalation früher oder später unausweichlich.

Dies trifft noch weitaus dramatischer auf die von Menschen erschaffenen Güter und Technologien zu, auch auf vermeintlich „grüne“ oder „klimafreundliche“. Nichts davon ist materiell oder energie-

tisch zum Nulltarif zu haben. Dennoch zielen aktuelle Klimaschutzstrategien darauf, das CO₂-Wachstum zu begrenzen, indem die hierzu entworfenen technologischen Lösungen dafür umso unbegrenzter in einen endlichen Raum wachsen, allem voran Windturbinen, Solaranlagen, Stromtrassen, Speicherkapazitäten, Elektromobile, Elektrolyseanlagen zur Wasserstoffproduktion nebst zugehöriger Infrastruktur, Wärmepumpen etc. Die damit einhergehenden Flächenbeanspruchungen und Eingriffe in den Naturhaushalt sind bereits jetzt desaströs. Ganz zu schweigen von den zusätzlichen Stoffströmen und Abfalllawinen, wenn die Anlagen am Ende ihrer vergleichsweise kurzen Nutzungsdauer zu entsorgen sind. Innerhalb eines begrenzten Raumes schädliches (z. B. CO₂-Emissionen) durch vermeintlich unschädliches (z. B. Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Ressourcen) Wachstum ersetzen zu wollen, läuft darauf hinaus, ein bestimmtes ökologisches Problem lediglich in ein anderes Problem zu überführen.

Das beste Beispiel liefert ausgerechnet jener Hoffnungsträger, von dessen expansivem Ausbau alle Ideen eines grünen Wachstums kritisch abhängen, nämlich die Windkraft, zumal sich andere erneuerbare Energiequellen als vergleichsweise unergiebig erweisen. Das Zauberwort „erneuerbar“ scheint jeden nüchternen Blick auf die Limitationen der damit etikettierten Ressourcen zu trüben, denn die Gleichung „erneuerbar = unbegrenzt = ökologisch“ ist schlicht unzutreffend. Wind ist eine knappe Ressource, die innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts und geographischen Raumes einer Verwendungskonkurrenz unterliegt. Je geringer der Abstand zwischen Windkraftanlagen und je größer diese sind, desto geringer ist die durchschnittliche Ausbeute, weil die von einer Anlage abgeschöpfte Bewegungsenergie für die anderen „verbraucht“ ist. Außerdem ist sie – und das ist ein weitaus eklatanteres Problem – nicht mehr für die Entstehung von Regenwolken verfügbar. Durch diesen und

ABB. 1: HURRA! WACHSTUM!!



© Gerhard Mester 2021

weitere Effekte beeinflussen Windkraftanlagen das Klima, wie Studien aus den USA zeigen: Sie können regional zu signifikanten Temperaturerhöhungen führen (Miller e.a. 2015).

Da die Energiedichte von Wind pro Flächeneinheit vergleichsweise gering ist, ergeben sich entsprechend hohe Flächenverbräuche, womit weitere Begrenzungen offenkundig werden, zudem sind immense Schäden für Natur, Landschaft und Biodiversität die Folge. Diese dürften sich potenzieren, wenn, wie geplant, der Verkehr und die Beheizung des Wohnraums elektrifiziert werden, die Digitalisierung ausgeweitet und die Industrie auf Wasserstoff umgestellt wird, was extrem hohe Elektrizitätsmengen beansprucht.

*Die Gleichung
„erneuerbar = unbegrenzt
= ökologisch“ ist schlicht
unzutreffend.*

Der Versuch, in einer wachsenden Ökonomie Umweltschäden technologisch zu vermeiden, führt nur zu deren räumlicher, zeitlicher, stofflicher oder systemischer Verlagerung – und selbst das nur im besten Fall. Im worst case steht den zuweilen desaströsen Nebenwirkungen keine nennenswerte Reduktion bisheriger Schadensquellen gegenüber, weil die hierzu eingesetzten technologischen Innovationen oft maßlos überschätzt werden.

Dabei bildet die Volatilität von Wind (aber auch Sonne) eine doppelte Achillesferse: Erstens, weil die exakt einzuhaltende Netzstabilität nicht zu gewährleisten ist und zweitens, weil Versorgungslücken drohen, wenn eine sog. „Dunkelflaute“ eintritt. Zu den verzögert aufgedeckten Voraussetzungen der Energiewende zählen gigantische Stromtrassen. Paradoxe Weise waren diese vormals nie erforderlich, obwohl die Erneuerbaren im Gegensatz zum fossilen/nuklearen Kraftwerkspark stets als dezentrales Versorgungssystem deklariert wurden. Weiterhin erweisen sich sog. „Backup“-Kapazitäten als notwendig, also im Hintergrund verfügbare, fossile oder nukleare Kraftwerke, um im Bedarfsfall die Schwankungen von Wind und Sonne auszugleichen. Manche davon befinden sich nicht in Deutschland, weshalb sie in der energiepolitischen Debatte oft unerwähnt bleiben. Dasselbe gilt für die dringend benötigten Speichereinrichtungen, die weder aktuell noch absehbar auch nur ansatzweise existieren. Derzeit wird im österreichischen Kaunertal ein gigantisches Stauwerk geplant. Die damit einhergehende ökologische und landschaftliche Zerstörung eines einzigartigen alpinen Areals sucht ihresgleichen. Interessanterweise lässt der Betreiber

wissen, damit keinen „grünen“ Strom für Tirol produzieren, sondern die Anlage kreativ als Pumpspeicherkraftwerk für deutsche Energieunternehmen nutzen zu wollen.

Aber nicht nur Flächen, Übertragungsnetze, Speicher, Fachkräfte, seltene Erden etc. bilden Engpässe, sondern – so banal es klingt – der Wind selbst. Inzwischen mehren sich Einschätzungen von Physikern, die bezweifeln, dass die Windkraft in Deutschland selbst dann, wenn sie rücksichtslos gegen alle Naturschutzbedenken ausgebaut würde, je reichen könnte, um den Energiehunger einer grünen Wohlstandsarchitektur zu stillen. Notwendig sind deshalb zusätzliche Flächen des globalen Südens. Dort sollen Windkraft- und Solaranlagen projektiert, eine Industrie zur Produktion von Wasserstoff aus dem Boden gestampft und eine globale Logistik, womöglich nebst neuen Häfen für dessen Transport nach Europa, aufgebaut werden. Genau dies hatte der Wirtschaftsminister jüngst mit der Regierung in Namibia vereinbart. Der ökologische Preis grünen Wachstums wird immer höher und nicht einmal dort entrichtet, wo seine Nutznießer leben.

*Der ökologische Preis
grünen Wachstums wird
immer höher und nicht
einmal dort entrichtet, wo
seine Nutznießer leben.*

INNERE WACHSTUMS- GRENZEN: DAS PROBLEM DER ZEITKNAPPHEIT

Auch auf andere Weise wird der expansive Charakter moderner Daseinsformen einer gewandelten Realität nicht mehr gerecht. Da das Angebot an erschwinglichen Waren geradezu explodiert, der Tag aber nach wie vor nur 24 Stunden hat, verschärft sich die Verwendungskonkurrenz um die nicht vermehrbare Ressource Zeit, insbesondere wenn sie sich auf eine immer größere Anzahl von Konsumobjekten verteilt. Jedem einzelnen davon wird ein zusehends geringeres Quantum an Aufmerksamkeit zuteil. Damit wird die minimal erforderliche Zeit zum nutzenstiftenden Ausschöpfen konsumtiver Optionen zum Engpassfaktor (vgl. Paech 2010).

Wenn immer mehr Handlungsoptionen, Informationsverarbeitung und Entscheidungsbedarfe auf ein nicht vermehrbares Potenzial an Aufmerksamkeit treffen, nimmt zwar der Konsumwohlstand rechnerisch zu, aber seine positive Wirkung bleibt nicht nur auf der Stecke, sondern kann sich sogar umkehren. An die Stelle lustvoller Ausschöpfung tritt das buch-

stäblich oberflächlichste Prinzip einer Aneignung, nämlich das Scannen und Surfen auf einem Ozean der Möglichkeiten, in den an keiner Stelle mehr eingetaucht werden kann. Für das zur Kontemplation nötige Verweilen fehlt es an Zeit, weil der Drang, möglichst viel mitzunehmen, eine entsprechend hohe Geschwindigkeit verlangt, mit der sofort zum nächsten Ereignis davongeeilt wird. Die Geschichte des ökonomischen Fortschritts lässt sich eben auch anders rekonstruieren: Erst kommt die Befreiung von Unterdrückung, Unmündigkeit und Knappheit, dann der Überfluss und die zunehmend grenzenlose Selbstverwirklichung, irgendwann wird die Zeit zum Engpassfaktor und die Konsumverstopfung leitet zum Burn-Out über. Am Ende mausert sich die Depression zur wichtigsten Zivilisationskrankheit – ausgerechnet in prosperierenden Wohlstandsgesellschaften.

KONTUREN DER POST- WACHSTUMSÖKONOMIE

Wenn der Planet erstens physisch begrenzt ist, zweitens industrieller Wohlstand durch keine Technologie, die mit naturwissenschaftlichen Gesetzen vereinbar ist, von ökologischen Schäden entkoppelt werden kann, drittens die Lebensgrundlagen dauerhaft erhalten bleiben sollen und viertens globale Gerechtigkeit herrschen soll, muss eine Obergrenze für die von einem Individuum in Anspruch genommene materielle Freiheit existieren. Kant (1795) hatte in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ für ein Weltbürgerrecht plädiert, dessen Übertragung auf den Klimaschutz Folgendes bedeuten könnte: Die Einhaltung des 1,5- oder 2-Grad-Klimaschutzziels verlangt, dass die CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr auf ca. eine Tonne zu senken wären. Jenseits utopischer Fortschrittsillusionen wäre ein erträgliches Leben inner-

*Es muss eine Obergrenze
für die von einem
Individuum in Anspruch
genommene materielle
Freiheit existieren.*

halb dieses Entwicklungskorridors nur durch einen massiven Rückbau der Industrie- und Verkehrssysteme möglich. Zwecks auskömmlicher Versorgung und fairer Verteilung einer prägnant reduzierten Güterproduktion könnte eine kommerzielle Wochenarbeitszeit von durchschnittlich ca. 20 Stunden angepeilt werden. Damit könnte eine Konsumausstattung finanziert werden, die gemessen an heutigen Maßstäben suffizient erscheinen mag, aber vor wenigen Jahrzehnten nicht nur quantitativ als ergiebig empfunden

den worden wäre, sondern technische Optionen enthält, die seinerzeit für Science-Fiction gehalten worden wären. Überdies ließe sie sich im Rahmen der durch-

Zwecks auskömmlicher Versorgung könnte eine kommerzielle Wochenarbeitszeit von ca. 20 Stunden angepeilt werden.

schnittlich freigestellten 20 Stunden durch handwerkliche und kooperative Formen der Selbstversorgung ergänzen. Daran knüpft das fünfstufige Programm der Postwachstumsökonomie an.

1 SUFFIZIENZ

Das Suffizienz-Prinzip ist nicht mit Verzicht gleichzusetzen, sondern konfrontiert konsumtive Selbstverwirklichungsexzesse mit einer schlichten Frage: Von welchen Energiesklaven und Komfortkrücken ließen sich überbordende Lebensweisen und die Gesellschaft als Ganzes zum eigenen Nutzen befreien? Dabei bietet es sich an, zwischen essenziellen Grundbedürfnissen und ökologisch ruinösem Luxus zu unterscheiden. Folglich lägen die naheliegenden Potenziale für eine konsumtive Abrüstung bei Kreuzfahrten, Flugreisen, SUVs, Spielkonsolen für Fünfjährige, Kaffeeautomaten etc. – also jenen Dingen, die vor Kurzem noch undenkbar waren und durch dessen Fehlen niemand in Not geriete.

In einer Welt der Informations- und Optionenüberflutung, die niemand mehr ver-

arbeiten kann, werden Überschaubarkeit und Entschleunigung ohnehin zum psychischen Selbstschutz. Eine Befreiung vom Überfluss bestünde darin, sich auf eine Auswahl an Konsumaktivitäten und -objekten zu beschränken, die eingedenk begrenzter Aufmerksamkeitsressourcen überhaupt bewältigt werden können. Selbstbegrenzung und vor allem Sesshaftigkeit – globale Mobilität erweist sich

Globale Mobilität erweist sich als klimaschädlichster Luxus.

als klimaschädlichster Luxus – bilden eine Voraussetzung für verantwortbare und zugleich genussvolle Lebenskunst.

2 SUBSISTENZ

Konsumenten könnten sich die Kompetenz (wieder) aneignen, manche Bedürfnisse manuell und aus eigener Kraft zu befriedigen. Moderne Subsistenz bedeutet Autonomie, insbesondere durch selbsttätige Wertschöpfung unabhängig(er) von Geld- und Industrierversorgung zu werden. Das Rezept ist einfach: Industriegüter können durch eigene Produktion ersetzt oder durch Subsistenzleistungen „gestreckt“ werden, um das Potenzial der Bedürfnisbefriedigung einer bestimmten Produktionsmenge zu vervielfachen. Dazu sind drei Ressourcen nötig: Erstens handwerkliches Improvisationsgeschick sowie künstlerische und substanzuelle Kompetenzen. Zweitens eigene Zeitesourcen, denn manuelle Verrichtungen, die energie- und kapitalintensive Industrieproduktion ersetzen, sind entsprechend arbeitsintensiv. Drittens sind sozi-

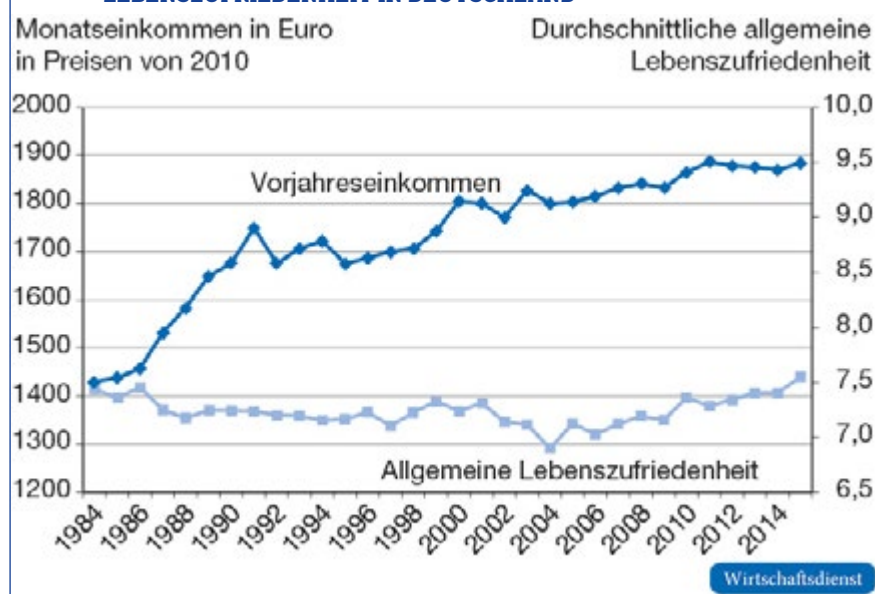
ale Netze unabdingbar, damit sich verschiedene Neigungen und Talente synergetisch ergänzen können. Der Subsistenzertrag erstreckt sich auf drei Kategorien.

- a. Nutzungsintensivierung durch Gemeinschaftsnutzung: Wer die Nutzung von Gebrauchsgegenständen mit anderen Personen teilt, trägt dazu bei, industrielle Herstellung durch soziale Beziehungen zu ersetzen. Doppelte Nutzung bedeutet halbierten Bedarf. Verschenkmärkte, Tauschbörsen, -ringe und -partys bilden weitere Optionen.
- b. Nutzungsdauerverlängerung: Wer durch handwerkliche Fähigkeiten die Nutzungsdauer von Konsumobjekten erhöht – zuweilen reicht schon die achtsame Behandlung, um frühen Verschleiß zu vermeiden –, substituiert materielle Produktion durch eigene produktive Leistungen, ohne auf Konsumfunktionen zu verzichten. Wo es gelingt, die Nutzungsdauer durch Instandhaltung, Reparatur, Umbau etc. durchschnittlich zu verdoppeln, könnte die Produktion neuer Objekte entsprechend halbiert werden. Offene Werkstätten, Reparatur-Cafés, Ressourcenzentren, Lernorte und Netzwerke des hierzu nötigen Leistungs- und Erfahrungsaustausches würden ein modernes Leben mit geringerer Finanzlast und Produktion ermöglichen.
- c. Eigenproduktion: Im Nahrungsmittelbereich erweisen sich Hausgärten, Dachgärten, Gemeinschaftsgärten und andere Formen der urbanen Landwirtschaft als Möglichkeit einer partiellen De-Industrialisierung. Ebenso könnten künstlerische und handwerkliche Betätigungen, von der kreativen Wiederverwertung ausrangierter Gegenstände – z. B. zwei kaputte Computer ausschlichten, um daraus ein funktionsfähiges Gerät zu basteln – über selbst gefertigte Holz- oder Metallobjekte bis zur semi-professionellen Marke „Eigenbau“ reichen, die Versorgung stabilisieren.

3 REGIONALÖKONOMIE

Viele der Konsumbedarfe, die nicht durch Suffizienz oder Subsistenz reduziert werden können, lassen sich auf regionalen Märkten, basierend auf stark verkürzten Wertschöpfungsketten, befriedigen. Regionalwährungen könnten Kaufkraft an die Region binden und damit von globalisierten Transaktionen abkoppeln. So würden die Effizienzvorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung zwar weiterhin genutzt, aber innerhalb eines kleinräumigen, ökologieverträglicheren und krisenresistenteren Rah-

ABB. 2: ENTWICKLUNG VERFÜGBARER EINKOMMEN UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN DEUTSCHLAND



Quelle: SOEPv32, in: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2017/heft/6/beitrag/gehts-uns-wirklich-so-gut-lebensqualitaet-ist-mehr-als-nur-subjektive-oder-objektive-lebenslage.html> (06.03.2024).

ABB. 3 : URBANE LANDWIRTSCHAFT IN CHICAGO



Von Linda from Chicago, USA - New crops, CC BY 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5591167>

mens. Die Solidarische Landwirtschaft (Solawi) und andere gemeinschaftsgetragene Wirtschaftsformen verhelfen dabei zu engen Kooperationen zwischen Verbraucher- und Erzeugerseite. Über eine Umlagefinanzierung sichern die Mitglieder eines Solawi-Betriebs dessen Existenz und erhalten im Gegenzug einen Ernteanteil, dessen Inhalt und Quantität je nach Jahreszeit und regionalen Faktoren schwankt. Indem die Mitglieder ihre Ansprüche und Routinen daran anpassen, entsteht ein resilientes, demokratisch gestaltbares und nachhaltiges Versorgungssystem. In nicht wenigen Fällen übernehmen die Mitglieder betriebliche Aufgaben, so dass sich die Trennung zwischen Nachfragern und Produzenten graduell auflöst. An die Stelle des anonymen Marktmechanismus treten beständige Beziehungen zum beiderseitigen Nutzen.

4 UMBAU DER INDUSTRIE

Nach Ausschöpfung der obigen Reduktionspotenziale würde sich der Rest an dann noch notwendiger Produktion darauf beschränken, einen konstanten Bestand an materiellen Gütern zu erhalten, also nur zu ersetzen, was selbst durch sinnvolle Nutzungsdauer-Verlängerung nicht mehr erhalten werden kann. Zudem würde sich die Herstellung von Produkten und technischen Geräten an einem reparablen, sowohl physisch als auch ästhetisch langlebigen Design orientieren. Weiterhin würde sich auch industrielle Wertschöpfung auf eine Optimierung bereits vorhandener Objekte konzentrieren, nämlich durch Re-Manufacturing, Renovation, Konversion, Sanierung, Nutzungsintensivierung etc., um Versorgungsleistungen so produktionslos wie möglich zu gewährleisten. Hierzu tragen auch Märkte für gebrauchte und aufgearbeitete Güter sowie kommerzielle Sharing- und Verleihsysteme bei.

5 INSTITUTIONELLE MASSNAHMEN

Zu den unterstützenden Rahmenbedingungen, die hier nur skizziert werden können, zählen Boden-, Geld- und Finanzmarktreflexionen, wobei eine Finanztransaktions- sowie Vermögensteuer hervorzuheben sind. Jede Person hätte ein Anrecht auf dasselbe jährliche Emissionskontingent, das allerdings interpersonell und zeitlich übertragbar sein könnte. Unternehmensformen wie Genossenschaften, Non-Profit-Organisationen oder Konzepte des gemeinschaftsgetragenen Wirtschaftens könnten politisch gefördert werden. Subventionen – vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr, Industrie, Bauen und Energie – müssten massiv reduziert werden, um sowohl die hierdurch beförderten ökologischen Schäden als auch die öffentliche Verschuldung zu verringern. Maßnahmen, die Arbeitszeitverkürzungen erleichtern, sind unabdingbar. Dringend nötig wären ein Bodenversiegelungsmoratorium und Rückbauprogramme für Industrieareale, Autobahnen, Parkplätze, Flughäfen etc., um diese zu entsiegeln und zu renaturieren. Ansonsten könnten auf stillgelegten Autobahnen und Flughäfen Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien errichtet werden, um deren katastrophale Landschaftsverbräuche zu mildern. Weiterhin sind Vorkehrungen gegen geplante Obsoleszenz, also den bereits im Produktdesign eingeplanten Verschleiß, unerlässlich. Äußerste Priorität hätte eine Reform des Bildungssystems, um anstelle des „Akademisierungswahns“ handwerkliche Kompetenzen zu fördern: Eine zukunftsfähige Ausbildung sollte junge Menschen befähigen, produktiv zu sein, um eigenhändig zur Versorgung beizutragen. Besonders wichtig ist die Kompetenz, Dinge selbst instand zu halten und zu reparieren, um den Bedarf an Neuproduktion zu senken und ein souveränes Dasein zu fristen, das unabhängiger von Einkommen, konsumtiver Fremdversorgung und somit von Wachstum ist.

LITERATURHINWEISE

D'Alisa, Giacomo/ Federico Demaria/ Giorgos Kallis (2016): Das Degrowth-Handbuch, München.

Daly, Herman (1977): *Steady-State Economics*, Washington.

Ehrenberg, Alain (2004): *Das erschöpfte Selbst*, Frankfurt.

Heinberg, Richard (2007): *Peak Everything. Waking Up to the Century of Declines*, Gabriola Island.

Latouche, Serge (2006): *Le pari de la décroissance*, Paris.

Kohr, Leopold (2017): *Die Lehre vom rechten Maß*, Salzburg/Wien.

Miller, Lee M./Nathaniel A. Brunzell/ David B. Mechem/Fabian Gans/Andrew J. Monaghan/Robert Vautard/ David W. Keith und Axel Kleidona (2015): Two methods for estimating limits to large-scale wind power generation, in: *PNAS*, 112/36, S. 11169–11174 (<https://www.pnas.org/content/112/36/11169>).

Paech, Niko (2010): Nach dem Wachstumsrausch: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 47/166-167, S. 33-40.

Paech, Niko (2012): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München.

Pallante, Maurizio (2005): *La decrescita felice. La qualità della vita non dipende dal PIL*, Roma.

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Ralf Engel in Zusammenarbeit mit Florian Benz)

BILDUNGSPLANBEZUG WBS

Verbraucher

- (1) ökonomisches Handeln erläutern (ökonomisches Prinzip, Kaufverhalten) und dabei die Möglichkeit des nachhaltigen Konsums und Verzichts einordnen

BILDUNGSPLANBEZUG WIRTSCHAFT (LEISTUNGSFACH)

Grundlagen der Ökonomie

- (8) wirtschaftspolitische Zielsetzungen (unter anderem Preisniveaustabilität, Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit (Artikel 20a GG)) bewerten

BILDUNGSPLANBEZUG GEMEINSCHAFTSKUNDE (LEISTUNGSFACH)

Wohlstand und Wirtschaftswachstum




- (1) die Bedeutung von Wachstum erklären (Verteilungs-, Beschäftigungs- und Machteffekte)

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

- Arbeiten Sie unter Berücksichtigung der Unterscheidung zwischen *äußeren* und *inneren Wachstumsgrenzen* die Gründe heraus, weshalb grünes Wachstum für Niko Paech kein gangbarer Weg ist. Einen Lösungshinweis findet man auf [Moodle Mo1](#).
- Erläutern Sie, was der Autor unter der Postwachstumsökonomie versteht.
- Gestalten Sie eine Subsistenz-Strategie für Ihre Stadt/ Ihren Stadtteil und präsentieren Sie diese.
- Bewerten Sie das Konzept der Postwachstumsökonomie anhand der Kriterien Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Realisierbarkeit.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

GRÜNES WACHSTUM ODER SCHRUMPFEN?

- Recherchieren Sie,
 - wie viel wärmer es zuletzt in Ihrer Region war:  (08.04.2024)
 - welche Folgen die Klimakrise nach sich zieht:  (08.04.2024).
 - welche Schäden in US-\$ die Klimakrise verursacht:  (08.04.2024).



- Stellen Sie Ihre Position zu der Aussage von M 1a in Form einer Positionslinie dar. Begründen Sie Ihre Meinung.



- Stellen Sie ausgehend von Ihrer Recherche und M 1 arbeitsteilig die Auswirkungen der Klimakrise auf Individuen (Haushalte), Unternehmen, die Volkswirtschaft, aber auch Gesellschaft und Politik dar.




Vertiefung: Fakten zur Klimakrise findet man auch hier:  (08.04.2024).



- Erläutern Sie Zusammenhänge, wie sie in M 2 dargestellt sind.


- „Klimaschutz – da sind erst einmal Länder wie China dran.“ Erörtern Sie diese These arbeitsteilig, indem Sie eine datenbasierte Präsentation erstellen, in der Sie Deutschland und China vergleichen. Frei zugängliche Daten finden Sie hier:  (08.04.2024). oder auch hier:  (08.04.2024).



- „Wachstum oder Schrumpfen“. Vergleichen Sie anhand von M 2 - M 4 sowie des Basistextes diese beiden Ansätze, um die Klimaziele, auf die sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, zu erreichen:  (09.04.2024). Berücksichtigen Sie dabei auch die Instrumente bzw. Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele.



Einen **Lösungshinweis** finden Sie auf [Moodle Mo2](#).

- Überprüfen Sie anhand von  inwiefern eine Entkopplung von BIP und CO₂-Emissionen gelang/gelingen wird. (09.04.2024).



- Entwickeln Sie arbeitsteilig in Gruppenarbeit eine Stellungnahme, in der Sie als Beratungsgremium für „Grünes Wachstum“ bzw. für „Schrumpfen“ werben.

Alternative: Führen Sie eine Podiumsdiskussion zum Thema „Grünes Wachstum oder Schrumpfen?“ durch. Die Standpunkte der Diskutierenden finden Sie auf [Moodle 3](#).

M1a KOMMENTAR VON WOLF KARL

Für mich ist der Klimawandel ein Ereignis ohne Panik. Warm, sonnig, wenn es regnet dann richtig kräftig, so wie ich mir das Leben in den Tropen immer vorstellte. Es mag sein, dass es auf Dauer unangenehm für einige von uns werden könnte. Wenn es so kommt, dann ist es

halt so und wir müssen mit den Konsequenzen leben. Doch bis dahin genieße ich die wunderbare Aussicht auf eine gut temperierte Zukunft, ohne dass wir tausende Kilometer wie in den Nachkriegsjahren der Sonne entgegen in den Süden Europas fahren mussten. Insofern, alles

ist besser als die Zeit in den 50er-70er-Jahren, als es über Jahre keinen richtigen Sommer gab.

© <https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-08/klimawandel-new-york-luftqualitaet-haie> (08.04.2024).

M1b HEIKE BUCHTER: WIE IN EINEM SCHLECHTEN KATASTROPHENFILM, DIE ZEIT 23.08.2023

In New York kämpfen die Menschen mit schlechter Luft, Insekten und Haien. Längst gehören die Folgen des Klimawandels zum Alltag. Viele Gefahren sind noch nicht sichtbar.

Wann ist mir aufgefallen, dass dieser Sommer in New York anders ist? Vielleicht als ich vor Kurzem eine Touristin erschreckte, weil ich neben ihr mit Nachdruck einen Schmetterling zertrat? Was die Besucherin offenbar nicht wusste: Bei dem Tier mit den leuchtend roten Punkten handelte es sich nicht um einen Schmetterling, sondern um eine *lanternfly* mit dem schönen lateinischen Namen *Lycorma delicatula*. Sie stammt ursprünglich aus Asien und gilt als *invasive species*. Sie bedroht nicht nur heimische Laubbäume, sondern auch Weinreben und Obstplantagen. Die Behörden forderten die New Yorker auf, die Tiere zu töten. "Um die Ausbreitung dieser Art zu verlangsamen, sollten Sie, wenn Sie eine Gepunktete Laternenträgerzikade sehen, diese zerquetschen und entsorgen", heißt es in ungewohnter Brutalität auf der Website der Stadtverwaltung.

Vielleicht bin ich aber auch aufgeschreckt, als plötzlich Schwärme unbekannter Insekten auftauchten. Milliarden davon, die in Augen und Nasenhöhlen flogen, sich in Haaren und Hipsterbärten verfangen. Sogar in einigen U-Bahn-Stationen tauchten sie auf. Umgehend von den Medien befragte Experten identifizierten die unbekannteren Winzlinge als Blattläuse. Niemand weiß, ob sie mit den Rauchschwaden und Aschewolken kamen, die gleichzeitig den Himmel über der Stadt dick mit einer grauen Dunstglocke überzogen. Die Ausläufer von Hunderten Waldbränden im Tausende Kilometer weit entfernten Kanada.

Tagelang blieb die Sonne ein fahler roter Fleck, als wären wir auf einem anderen Planeten gelandet. Bei der Fahrt mit dem Fahrrad ins Büro nach Manhattan – was an sich für genug Adrenalinausstoß sorgt – ringe ich nach Luft. Es war ein

Fehler, ich weiß. Die umweltfreundliche Verkehrsalternative ist bei der Luftqualität gesundheitsgefährdend. Inzwischen prüfe ich neben der Wettervorhersage auch die Luftqualität, bevor ich mich zwischen U-Bahn und Rad entscheide. Freunde, die in Kalifornien leben, schicken Empfehlungen für Luftreiniger, die billigsten sind ein paar Hundert Dollar. Sie haben sich inzwischen an die Sommertage gewöhnt, die man bei geschlossenen Türen und Fenstern drinnen verbringen muss.

Früher fand ich Gewitter romantisch. Jetzt springe ich zu jeder Tages- und Nachtzeit auf und renne in den Keller, um sofort mit Eimern eindringendes Wasser in bereits bereitstehende Mülltonnen abzuschöpfen. Inzwischen haben wir Routine darin. Oder ich beobachte angespannt die windgepeitschten Bäume in den Hinterhöfen, deren Äste unsere Internet- und Telefonkabel abzureißen drohen. Vergangene Woche gab es eine Tornado-Warnung für Brooklyn, nicht die erste.

Endgültig wie in einem schlechten Katastrophenfilm kommen wir uns vor, seit die Haiattacken in unseren Gewässern zunehmen. Zuletzt in den Rockaways, dem Stadtstrand von New York. Eine 65-Jährige wurde in den Unterschenkel gebissen. Die gute Nachricht: Die Haie sind in größerer Zahl an der Nordatlantikküste, weil sich die Wasserqualität verbessert hat. Weniger gut: Weil der Nordatlantik immer wärmer wird, wandern subtropische Arten ein, wie etwa der Tiger Shark. Eine Internetsuche vor dem Strandausflug ergibt: Keinesfalls sollte man versuchen zu fliehen. Bei Tiger Sharks helfe auch ein Nasenstüber, sie in eine andere Richtung zu lenken, bei einem großen Weißen sei es allerdings die falsche Reaktion. Nur bedingt hilfreich.

Beim Schwimmen am Wochenende bleibe ich nah an den Lifeguards. Auch die anderen Badegäste starren unentspannt vor sich in die Wellen. New Yorks Gouverneurin Kathy Hochul hat Drohnen anschaffen

lassen, die regelmäßig die Küste abfliegen, um mögliche Bedrohungen zu orten. Die Leute würden bei Warnungen sehr folgsam aus dem Wasser kommen, berichtet ein Vertreter der Küstenwache. *No kidding*.

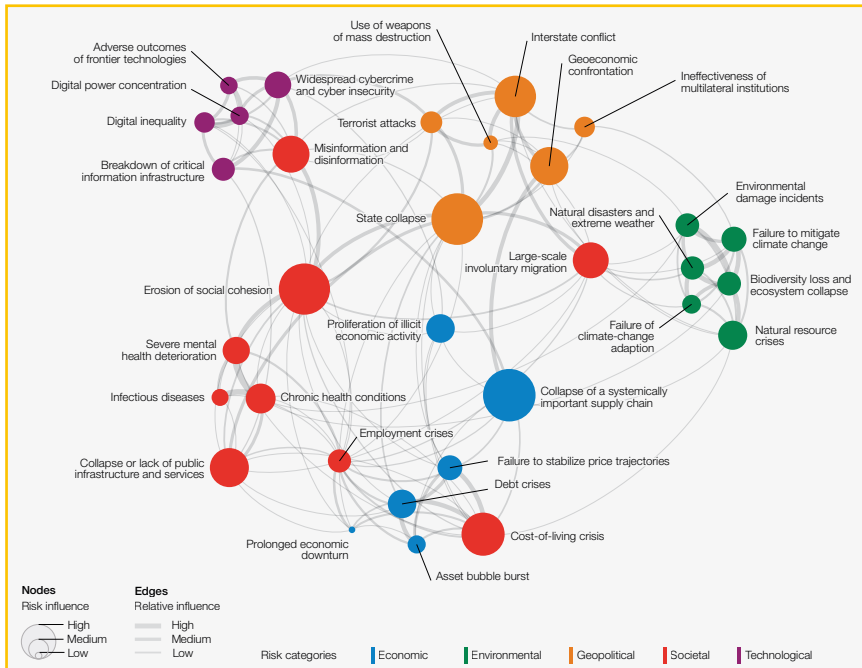
Haie sind immerhin sichtbar. Die Gefahr durch fleischfressende Bakterien dagegen nicht. Bereits drei Tote forderte *Vibrio vulnificus* in New York und im benachbarten Bundesstaat Connecticut: Ein Bakterium, das sich durch die Erwärmung des Atlantiks in den vergangenen Jahren immer weiter nach Norden ausbreitet. Eng verwandt mit dem Erreger der Cholera kann eine Infektion Durchfall, Magenkrämpfe, Erbrechen, Fieber und Schüttelfrost auslösen – und zur Sepsis führen. Um der Vibriose vorzubeugen, lese ich auf der offiziellen Website des New Yorker Gesundheitsministeriums, sollten "Menschen mit einer Schnitt- oder Schürfwunde, einem kürzlich erfolgten Piercing oder einer Tätowierung das warme Meerwasser vermeiden".

Das ist wenig beruhigend angesichts meiner aufgekratzten Mückenstiche. Die verdanke ich den Schwärmen von Tigermücken, die seit einigen Jahren in unserem Backyard in Brooklyn heimisch geworden sind. Ich nenne diesen Sommer meinen Klimasommer in New York, nicht weil diese Folgen des Klimawandels neu sind. Sondern weil mir klar geworden ist, dass sie für uns zum Alltag geworden sind.

"*We are screwed*" – was mit "Wir sind erledigt" zu harmlos übersetzt ist –, sagt meine Nachbarin, als ich sie über den Zaun auf die neuen Plagen unserer Stadt anspreche. Dann verabschiedet sie sich. Weil die Tigermücken uns entdeckt haben – und weil sie als Freiwillige einer Umweltorganisation an einer Telefonaktion teilnimmt. Das Ziel ist, möglichst viele Teilnehmende für den Protestmarsch in New York am 17. September zu gewinnen.

© <https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-08/klimawandel-new-york-luftqualitaet-haie> (08.04.2024).

M2 GLOBAL RISKS LANDSCAPE: AN INTERCONNECTIONS MAP, AUS: GLOBAL RISK REPORT 2023 (WORLD ECONOMIC FORUM)



Quelle: World Economic Forum, Global Risks Perception Survey 2022-2023, CC BY-NC-ND 4.0 Legal Code,

M3 THIESS PETERSEN: WACHSTUM ODER SCHRUMPUNG? EINE FRAGE DER ENTKOPPLUNG, IN: WIRTSCHAFTSDIENST 2023 / HEFT 7

Darf Deutschlands Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den nächsten Jahren noch wachsen, wenn das Land 2045 klimaneutral sein will, oder muss die Wirtschaft dafür schrumpfen? Diese Frage wird in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert. [...] Entscheidend für die Frage, ob Klimaneutralität und Wirtschaftswachstum kompatibel sind, ist die Emissionsintensität der Volkswirtschaft – und damit die Frage, in welchem Ausmaß es gelingt, die Höhe der Treibhausgasemissionen vom Ausmaß der wirtschaftlichen Aktivitäten zu entkoppeln.

Definitorische Zusammenhänge

[...] Das jährliche Emissionsvolumen ergibt sich aus der Multiplikation des realen BIP mit der Emissionsintensität. Letztere gibt an, wie viele Tonnen CO₂-Äquivalente durchschnittlich mit der Produktion einer BIP-Einheit, also z. B. einem BIP in Höhe von 1 Mrd. Euro, anfallen. [...]

Eine Situation, in der das reale BIP wächst und die jährlichen Emissionen sinken, wird als grünes Wachstum bezeichnet [...]. Zu diesem kommt es, wenn eine Entkopplung stattfindet, d. h. wenn das Emissionsvolumen sinkt und das reale BIP steigt oder gleich bleibt [...].

Wirtschaftsentwicklung und Emissionsvolumen in der Vergangenheit

Der Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zwischen 1990/1991 und 2022 zeigt, dass in dieser Phase grünes Wachstum

stattfindet: Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen BIP lag bei 1,25 %. Das Emissionsvolumen nahm im Durchschnitt dieses Zeitraums um 1,58 % pro Jahr ab. [...] Grünes Wachstum war also in den vergangenen drei Jahrzehnten für die deutsche Volkswirtschaft bereits Realität. Allerdings reicht das bisherige Tempo der Entkopplung keinesfalls aus, um bis 2045 das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.

Klimaneutrales Deutschland 2045

Klimaneutralität bedeutet nicht, dass Deutschland 2045 gar keine Treibhausgasemissionen mehr verursachen darf. Gefordert ist, dass die Nettoemissionen den Wert Null erreichen. Restemissionen sind zulässig, sie müssen jedoch gespeichert werden – entweder auf natürlichem Wege (z. B. durch die Bindung von Kohlenstoff in Bäumen und anderen Pflanzen) oder durch eine künstliche Speicherung (z. B. durch „Carbon Capture and Storage“-Verfahren mit einer Speicherung von Treibhausgasen in ehemaligen Erdöl- oder Erdgaslagerstätten [...]).

Im Jahr 2022 lagen die territorialen Treibhausgasemissionen Deutschlands bei 745,6 Mio. t CO₂-Äq. Wenn ausgehend von diesem Wert ein Restemissionsvolumen von 65 Mio. t CO₂-Äq. im Jahr 2045 angestrebt und angenommen wird, dass die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate des Emissionsvolumens zur Erreichung dieses Zielwertes einen konstanten Wert hat, dann müssen die territorialen Treibhausgasemissionen Deutschlands zwischen 2023 und

2045 jedes Jahr um durchschnittlich 10,06 % sinken.

Diese jährliche Veränderungsrate des Emissionsvolumens ist mit einer Reihe von Kombinationen der Veränderungsrate von BIP und Emissionsintensität kompatibel. Dazu nur zwei Beispiele [...]:

- Soll das reale Wirtschaftswachstum auch in den kommenden Jahren bei 1,25 % pro Jahr liegen, müsste die Emissionsintensität jedes Jahr um durchschnittlich 11,3 % sinken. Das wäre eine Vervierfachung der durchschnittlichen Veränderungsrate der vergangenen drei Jahrzehnte (-2,84 %).
- Falls die Emissionsintensität bis 2045 weiterhin mit der Rate der vergangenen drei Jahrzehnte schrumpft, erreicht Deutschland das Ziel der Klimaneutralität 2045 nur, wenn das reale BIP ab sofort jedes Jahr um durchschnittlich 7,23 % schrumpft. Das reale BIP, das 2022 einen Wert von knapp 3.265 Mrd. Euro hatte, würde dann 2045 bei nur noch 581 Mrd. Euro liegen.

Vor dem Hintergrund dieser beispielhaften Berechnungen dürfte klar sein, dass eine Degrowth-Strategie, die „die Notwendigkeit der Reduktion der Wirtschaftsgröße in den Vordergrund“ stellt und die erforderlichen Emissionseinsparungen über eine bewusste Verringerung des realen BIP erzielen will, zu erheblichen Einkommenseinbußen führen würde. In Kombination mit den damit verbundenen Wohlstands- und Arbeitsmarkteffekten sind soziale Spannungen zu befürchten, die die politische Polarisierung zunehmen lassen. Wirt-

schaftspolitische Priorität sollten daher Maßnahmen haben, die die Entkopplung der Treibhausgasemissionen von der wirtschaftlichen Aktivität vorantreiben. [...]

Entkopplung durch technologische und strukturelle Innovationen

Bei den technologischen Innovationen kommt vor allem die Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz in Betracht. Wenn eine bestimmte Gütermenge mit einem geringeren Einsatz natürlicher Rohstoffe hergestellt werden kann, sinkt der Ausstoß von Treibhausgasen. Hier ist unter anderem an die Intensivierung der Digitalisierung zu denken. [...]

Eine andere technologische Stellschraube besteht im Ausbau der erneuerbaren Energien und ihrem Einsatz in möglichst vielen Wirtschaftssektoren. [...]

Ein weiteres Instrument zur Entkopplung ist die Circular Economy. Konkrete Elemente sind beispielsweise die technische Verlängerung der Lebenszeit von Gebrauchsgegenständen und ein Recycling von Rohstoffen. Beides reduziert den emissionsverursachenden Verbrauch von Rohstoffen.

Ein klimafreundliches Konsumkonzept ist das der Sharing Economy, also der gemeinsame Gebrauch von langlebigen Konsumgütern. [...]

Viele Ansatzpunkte zur Reduktion der Emissionsintensität könnten bereits jetzt in einem spürbar größeren Umfang genutzt werden. Dies findet jedoch häufig nicht statt, weil emissionsverursachende Alternativen gegenwärtig oftmals günstiger sind als klimafreundliche Technologien, Produkte und Verhaltensweisen.

Anreize für eine stärkere Entkopplung

An erster Stelle der Anreize, die eine stärkere Entkopplung fördern sollen, stehen preisliche Anreize, insbesondere ein höherer Preis für Treibhausgasemissionen. Seine Höhe

richtet sich nach den gesamtgesellschaftlichen Zusatzkosten, die mit den Emissionen verbunden, aber nicht in den Marktpreisen enthalten sind. [...] Der Staat kann diese Differenz mit einer Mengensteuer schließen. Alternativ kann er eine Bepreisung von Emissionen erreichen, indem er für emissionsverursachende Aktivitäten das Vorliegen eines Emissionszertifikats verlangt [...]. Dadurch werden emissionsintensive Technologien und Produkte teurer, was die Attraktivität klimaneutraler Technologien und Produkte erhöht und so die Emissionsintensität reduziert. [...] Eine weitere Form preislicher Anreize zur Entkopplung bildet die Abschaffung von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen. [...] Zudem bietet sich die Zahlung von Subventionen für umwelt- und klimaförderliche wirtschaftliche Aktivitäten an. Derartige Subventionen sind gerechtfertigt, wenn eine wirtschaftliche Aktivität einen positiven externen Effekt hat. [...]

Neben preislichen Instrumenten bieten sich ordnungspolitische Eingriffe an, um die Entkopplung der Treibhausgasemissionen von der wirtschaftlichen Aktivität zu forcieren. Zur Förderung der zirkulären Ökonomie könnte der Staat beispielsweise Vorgaben zum Mindesteinsatz von Sekundärrohstoffen in der Produktion machen. [...]

Ausblick

[...] Klar ist, dass der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zur Erreichung eines grünen Wachstums, das in Deutschland bis 2045 zur Klimaneutralität führt, eine enorme Herausforderung darstellt. Erforderlich sind neben den genannten monetären und ordnungsrechtlichen Anreizen zahlreiche weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen. Zu ihnen gehört unter anderem eine bildungs- und arbeitsmarktpolitische Unterstützung, damit die Beschäftigten den sich ändernden Arbeitsmarktanforderungen gerecht werden

können und eine Mismatch-Arbeitslosigkeit verhindert werden kann. Der Aufbau einer klimaneutralen Infrastruktur verlangt entsprechende private und öffentliche Investitionen. Die Entwicklung klimafreundlicher Produkte benötigt die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie die anschließende flächendeckende Nutzung dieser Technologien. Zur Vermeidung sozialer Härten in der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaftsstruktur ist eine sozialpolitische Flankierung notwendig. Schließlich ist auch eine außenwirtschaftliche Flankierung erforderlich, um zu verhindern, dass die Herstellung klimaschädlicher Produkte von Deutschland in Länder mit einer weniger strikten Klimaschutzpolitik verlagert wird und dort zu steigenden Treibhausgasemissionen führt [...].

Sollten alle diese Anstrengungen nicht zu der erforderlichen Verringerung der Emissionsintensität führen, kann Deutschland nur klimaneutral werden, wenn das reale BIP sinkt. [...] Diese Reduktion muss nicht zwingend negativ für die Wohlfahrt der Menschen sein. Wenn sich beispielsweise die Lebensdauer von Waschmaschinen verdoppelt, halbieren sich langfristig die Nachfrage und Produktion nach diesem Konsumprodukt. Damit sinkt das reale BIP – aber für die Lebensbedingungen der Menschen ist das keine Verschlechterung, weil die von der Waschmaschine erbrachte Leistung unverändert bleibt.

Dennoch würde eine flächendeckende Reduzierung wirtschaftlicher Aktivitäten eine Reihe von gesellschaftlichen Problemen nach sich ziehen. Zu nennen sind vor allem die steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Verteilungskonflikte [...].

Quelle: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2023/heft/7/beitrag/wachstum-oder-schrumpfung-eine-frage-der-entkopplung.html> (09.04.2024). Creative Commons x4.0.

M4 SARA HOLZMANN, THIESS PETERSEN, MARCUS WORTMANN: WACHSTUM ODER SCHRUMPfung IN DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION: EINE FRAGE DER ENTKOPPLUNG, FOCUS PAPER | #8, BERTELSMANN STIFTUNG, 2023

In der wissenschaftlichen, politischen und auch gesellschaftlichen Debatte wird stark auf die Wachstumsfrage fokussiert. Im Zentrum steht dabei der Konflikt zwischen der Möglichkeit weiteren Wirtschaftswachstums und der Notwendigkeit einer Schrumpfung der Wirtschaft in der sozialökologischen Transformation. Daraus hervorgegangen sind die Positionen des grünen Wirtschaftswachstums (Green Growth) und der kontrollierten Verringerung der Wirtschaftsleistung (Degrowth). Beiden Ansätzen gemein ist die Erkenntnis, dass Ressourcenverbrauch und Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich sinken müssen, um die Erderwärmung zu bremsen und eine weitere Verschärfung der Klimakrise zu verhindern. Die Posi-

tionen unterscheiden sich jedoch fundamental hinsichtlich ihrer Annahmen zu den Zusammenhängen zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung sowie Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichem Wohlergehen [...]. Vertreter:innen von Degrowth unterstellen einen unveränderlich positiven kausalen Zusammenhang zwischen Wirtschaftsleistung und Umweltbelastung. Ausgehend von dieser Prämisse wird es als notwendig erachtet, dass die Wirtschaftsleistung in wohlhabenden Ländern sinken müsse, um die erforderlichen ökologischen Ziele zu erreichen. Anhänger:innen der Degrowth-Position bezweifeln, dass Innovationen die multiplen ökologischen Krisen ausreichend schnell eindämmen können [...].

Weiterhin sind Vertreter:innen der Degrowth-Position davon überzeugt, dass weiteres Wirtschaftswachstum in wohlhabenden Volkswirtschaften zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Wohlergehens nicht notwendig sei. Einerseits sei die Wirtschaftsleistung ein unvollständiger Indikator für Lebensqualität und gesellschaftliches Wohlergehen. Andererseits gebe es Sättigungsgrenzen, bei deren Überschreiten eine weitere Zunahme des materiellen Wohlstands die Lebenszufriedenheit oder Gesundheit nicht weiter erhöhe [...].

(c) <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/wachstum-oder-schrumpfung-in-der-sozial-oekologischen-transformation-eine-frage-der-entkopplung> (09.04.2024).

DER BEUTELSBACHER KONSENS IM WIRTSCHAFTSUNTERRICHT

WOHER DAS GELD KOMMT UND WER DAVON PROFITIERT

AARON SAHR

Geld ist, diese Feststellung ist fast zu trivial, um sie niederzuschreiben, ein Artefakt. Es ist ein Kunstprodukt, wächst nicht auf Bäumen oder fällt vom Himmel, sondern wird durch Menschen durch soziale Institutionen und Organisationen nach bestimmten Regeln und Konventionen produziert. Wie viel Geld es in unserer Wirtschaft gibt und wer es, wenn das Artefakt konstruiert wird, als erstes bekommt, hängt von der Gestaltung dieser Verfahren ab. Damit ist die Frage, was wir uns individuell und als Gesellschaft leisten können, was also finanzierbar ist, nie bloß Ausdruck gegebener Sachverhalte, sondern eben auch Effekt sozialer Ordnungsprinzipien. Jene Verfahren aber, die regeln, wie viel Geld es gibt und was zunächst damit finanziert wird (man spricht hier auch von der Erstverwendung neu geschaffenen Geldes), fristen ein Hintergrunddasein in unserer gesellschaftlichen Aufmerksamkeitsökonomie. In politischen Streitgesprächen sowohl in Parlamenten, Talkshows oder auch bei Skatrunden in der Kneipe wird, wenn es um Geld geht, meist darum gerungen, wer wie viel verdient oder verdienen sollte, wem wie viel wegbesteuert werden darf und wem wie viel Hilfe und Unterstützung zusteht, von Agrarsubventionen bis Bürgergeld. Nun muss aber alles Geld, das irgendjemand verdienen kann oder das von einer Regierung wegbesteuert und umverteilt wird, zuvor irgendwie erschaffen worden sein. Irgendwoher muss das Geld kommen – und genau hier regiert die Unklarheit.

Eine repräsentative Umfrage in Österreich hat kürzlich ein problematisches Bild festgehalten. Über 80 Prozent der vom Soziologen Klaus Kraemer und seinem Team nach dem Ursprung unseres Geldes Befragten verwiesen auf die Druckmaschinen der Zentralbank, aber nur gut zwölf Prozent nannten private Geschäftsbanken als monetäre Produzentinnen. Diese repräsentativen Antworten deuten auf eine Verwechslung wirtschaftswissenschaftlicher Modellannahmen mit realen Kausalitäten hin, wodurch eine angemessene Analyse der ökonomischen und sozialen Folgen von Geldschöpfungsdynamiken verhindert wird. Ebenso wird ein politischer Diskurs über die Legitimität privater Geldschöpfungsmacht unterbunden. Diese Spannung zwischen orthodoxen Modellannahmen und der gesellschaftlichen Relevanz einer Einsicht in reale Kausalitäten der Geldschöpfung will der vorliegende Beitrag verdeutlichen.

DIE VORHERRSCHENDE SICHT AUF DIE GELDSCHÖPFUNG

Wer erfahren will, wie das Artefakt Geld entsteht, wird vertrauensvoll ein einsteigerfreundliches Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre zur Hand nehmen. Davon gibt es freilich viele, warum also nicht einem Nobelpreisträger vertrauen. Schauen wir uns also einmal an, wie *Paul Krugman* in seinem zusammen mit *Robin Wells* verfassten Lehrbuch *Macroeconomics (2015)* die Produktion des Geldes erklärt. Wir lernen dort, Geld funktional zu verstehen: Es handelt sich um Vermö-

genswerte, die man am leichtesten gegen Güter und Dienstleistungen eintauschen kann. Weil wir diejenigen Vermögenswerte liquide nennen, die man schnell und einfach gegen Geld verkaufen kann, ist Geld selbst sozusagen der Inbegriff von Liquidität. Als solcher kann dieser Vermögenswert Menschen ermöglichen, ihre Bedürfnisse durch indirekten Tausch zu befriedigen (Geldfunktion des Tauschmittels), den Wert ihrer verkauften Produkte in abstrakter Form zu speichern (Geldfunktion des Wertspeichers) und dabei den Wert unzähliger verschiedener Dinge überhaupt erst in abstrakter Form als Preis darzustellen (Geldfunktion der Recheneinheit).

Von diesen liquidesten Vermögenswerten unterscheidet *Krugman* zwei: Bargeld und Bankeinlagen, also primär Guthaben auf Girokonten, die unmittelbar per Bankkarte oder Überweisungsträger zum Bezahlen von Gütern und Dienstleistungen eingesetzt werden können (Bankeinlagen werden auch als unbares *Buchgeld* und im Fall von Konten bei privaten Geschäftsbanken als *Giralgeld bezeichnet*). Es sei offensichtlich, schreibt *Krugman*, wo das Bargeld herkäme: Es werde vom Finanzministerium gedruckt. Der größere Teil der zirkulierenden Geldmenge aber liege in Form von Bankeinlagen vor, deswegen müsse man vor allem verstehen, wie diese entstehen, wenn man verstehen wolle, woher Geld kommt und wie viel es gibt.

Irgendwoher muss das Geld kommen – und genau hier regiert die Unklarheit.

Woher also kommt das Buchgeld auf den Konten (privater) Banken, mit dem wir die Miete per Überweisung oder den Einkauf per EC-Karte bezahlen? Hier wird es interessant: *Krugman* erklärt, dass der Prozess, bei dem Einlagen bei privaten Geschäftsbanken entstehen, davon abhängt, wie viel Bargeld vom Finanzministerium ausgegeben wird: „Um zu sehen, wie Banken Geld schaffen, untersuchen wir, was passiert, wenn jemand beschließt, Bargeld in einer Bank einzuzahlen“ (*Krugman/Wells S. 864*). Die damit angenommene Richtung der Kausalität im Geldschöpfungsprozess ist entscheidend: *Krugman* will die Tätigkeit des privaten Bankensektors ausgehend von einer *exogen gegebenen* Menge an Geld verstehen, die staatliche Institutionen – also die Notenbanken – der Wirtschaft bereitstellen.

Was also passiert nun seiner Meinung nach mit dem bei einer Bank eingezahlten Bargeld? Die Kundin bekommt die Summe auf ihrem Konto ausgewiesen, als (Spar-) Einlage, und die Bank lagert das Bargeld als ihre Vermögensreserve im Tresor im Keller. Da die Kundin ihre unbaren Kontoguthaben jederzeit in bar einfordern oder woandershin überweisen kann, stellt das Buchgeld eine Verpflichtung der Bank dar, also eine Schuld oder Verbindlichkeit. Die Bankierskunst ist aber keine selbstlose Verwahrstätigkeit, sondern ein profitables Geschäft: Banken verdienen ihr Geld unter anderem mit der Vergabe verzinsster Kredite. Da die Kundin ihr Bargeld nicht benötigt, sondern es vorzieht, mit dem unbaren Guthaben auf dem Konto zu arbeiten oder es zu sparen, kann die Bank davon ausgehen, dass sie das Bargeld nicht immer in voller Höhe vorhalten muss. Sie bietet also

interessierten Unternehmen oder konsumwilligen Privatpersonen an, sich Geld in Form von Bankeinlagen zu leihen. Dieses geliehene Buchgeld gab es vor der Leihe allerdings noch gar nicht. Die so durch einfache Buchhaltungsvorgänge neu geschaffenen Kontoguthaben sind ebenfalls Verbindlichkeiten, die Rückzahlungsversprechen (Kredite) sind die entsprechenden neuen Vermögen der Bank, die Bilanz bleibt ausgeglichen.

INFORMATION

Für die **Bank** ist ein Kredit sowohl ein **Vermögenswert (Forderung)** als auch eine **Schuld (Verbindlichkeit)**. Die Bank hat nämlich das Recht auf Rückzahlung des geliehenen Geldes, was eine Forderung darstellt, aber gleichzeitig hat sie die Verpflichtung, dem Kreditnehmer das Geld zur Verfügung zu stellen, was eine Verbindlichkeit ausmacht.

Text der Redaktion

Das ursprüngliche, exogen gegebene Bargeld der Kundin ist jetzt nur noch ein Teil, eine Fraktion, des gesamten Geldumlaufs, man spricht deswegen auch von einem fraktionales Reservesystem. Banken sind bei ihrer Kreditvergabe also von exogenen Spareinlagen in Form von Bargeld abhängig. Sie können in diesem Modelldenken zwar durch die Neuschöpfung von Buchgeld in der Summe mehr Geld verleihen, als gesparrt wurde, aber eben nicht unbegrenzt viel, da sie immer mit dem Abheben der Barreserven rechnen müssen, die sie nicht selbst vermehren können. Die Geldproduktion wird in diesem orthodoxen Modell also ganz grundsätzlich von der Annahme eines Geldbestandes her gedacht – man kann auch von einer Bestandslogik der Geldtheorie sprechen.

DAS ZWEISTUFIGE BANKENSYSTEM

Nun haben wir es in unserem tatsächlichen Geldsystem, das berücksichtigt auch Krugman, nicht nur mit einem Typ von Banken zu tun, die mit staatlich emittiertem Bargeld als Spareinlagen hantieren können, sondern mit einem sogenannten zweistufigen oder hybriden Bankensystem aus öffentlichen Zentralbanken und privaten Geschäftsbanken. Beide Banktypen produzieren je ihr eigenes Buchgeld auf vergleichbare Weise.

Die Zentralbank produziert das sogenannte Zentralbankgeld, auch Geldbasis genannt. Die Geldbasis setzt sich aus dem Bargeld (Scheinen und Münzen), aber auch unbarem Buchgeld zusammen. Bargeld bringen die Zentralbanken über die Banken in Umlauf, wodurch es bei ihnen als Verbindlichkeit verbucht wird. Der

Wir haben es mit einem zweistufigen Bankensystem aus öffentlichen Zentralbanken und privaten Geschäftsbanken zu tun.

bare Teil des Zentralbankgeldes zirkuliert im sogenannten Publikum, das heißt: Wir alle können es verwenden. Das unbare Zentralbank-Buchgeld existiert nur auf Zentralbankkonten, die einerseits Banken und andererseits die Staaten dort führen (müssen). Jede Bank in Deutschland muss ein Konto mit Zentralbankgeld bei der Deutschen Bundesbank bzw. bei der EZB führen und auch die Bundesrepublik Deutschland unterhält dort u. a. das Zentralkonto des Bundes. Buchgeld bei der Zentralbank tritt niemals in den Publikumskreislauf ein, sondern dient ausschließlich für Auf- und Umbuchungen zwischen den genannten Konten, also für Interbankengeschäfte (auch mit ausländischen Banken bei Devisengeschäften) und die Verwaltung und Durchführung von Staatsausgaben.

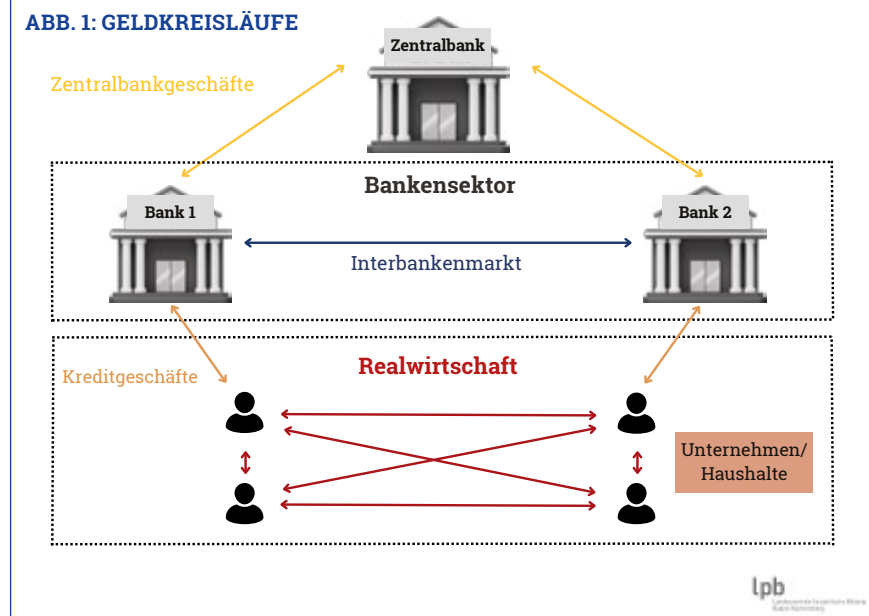
Die zweite Form von Geld ist jenes auf den Geschäfts-, Giro- und Sparkonten, mit dem wir unsere Einkäufe per EC-Karte bezahlen und auf denen wir unseren Lohn empfangen. Dieses Geld wird Giralgeld genannt. Es ist ausschließlich unbare Buchgeld, das von einer privaten Geschäftsbank ausgewiesen und eben auch emittiert, also geschöpft wird. Unternehmen und Privatpersonen halten ihr Konto nicht bei der Zentralbank, sondern eben bei privaten Geschäftsbanken, die nur dann mit Zentralbankgeld hantieren, wenn sie ihren Kundinnen und Kunden

Bargeld aushändigen. Ansonsten operieren sie mit ihrem eigenen Geld, eben mit Giralgeld. Auch wenn Bargeld gerade in Deutschland immer noch geschätzt wird, bildet das private Buchgeld (Giralgeld) den deutlich größeren Anteil – etwa 90 Prozent der im Privatsektor zirkulierenden Geldmenge. Für die Wirtschaft ist also das Giralgeld die entscheidende Größe und damit wird auch seine Schöpfung zu einer potenten Steuerungsmacht.

Beide Formen von Geld, öffentliches Zentralbankgeld und privates Giralgeld, sind rechtlich betrachtet Schulden der jeweiligen Banken. Geschäftsbanken verbuchen unsere Giro- und Sparkontostände in ihrer Bilanz als Verbindlichkeiten, genauso wie die Buchgelder auf den Konten bei der Zentralbank Forderungen gegen die Zentralbank sind. Dieser rechtliche Charakter als Schuld/Verbindlichkeit/Forderung ist nicht nur für Buchhalterinnen und Buchhalter wichtig, sondern auch für den Vorgang der Geldschöpfung entscheidend.

Wie kommen diese beiden Geldformen nun in die Welt und in welcher Beziehung stehen die beiden Produktionsvorgänge? Entscheidend ist hier nicht das Bedrucken und Prägen des Bargelds, sondern die Schaffung des Buchgeldes. Bei der Zentralbank entsteht beispielsweise dann neues Geld, wenn sie den Banken, wie zuletzt im großen Stil im Zuge der Coronapandemie geschehen, Wertpapiere abkauft. Die Bank verbucht dann das Wertpapier zum Kaufpreis als Vermögen und den Betrag gleichzeitig als Verbindlichkeit auf dem Konto der verkaufenden Bank, sie bezahlt also mit Geld, welches es vor dem Kauf noch gar nicht gab. Das gilt für Zentralbanken ebenso wie für private Geschäftsbanken.

ABB. 1: GELDKREISLÄUFE



Quelle: eigene Darstellung

ABB. 2: GELDSCHÖPFUNG



Quelle: Jerichow, https://de.toonpool.com/cartoons/Geldsch%C3%B6pfung_238874 (06.03.2024).

Das in der Bilanz der Bank verbuchte Vermögen muss nun aber gar kein bereits existierendes Wertpapier sein, sondern kann auch ein Rückzahlungsversprechen sein, also ein Kredit. Das ist der grundlegende Modus, in dem unser Geld entsteht, weshalb manche es auch Kreditgeld nennen: Jedes Mal, wenn Unternehmen einen Kredit bei einer Geschäftsbank aufnehmen (oder ihr Konto überziehen), um z. B. Zahlungsverzögerungen ihrer Kundinnen und Kunden zu überbrücken, um in neue Fabrikhallen oder neues Personal zu investieren, oder wenn Privatpersonen ein Haus kaufen oder ein Auto finanzieren, wird neues Geld geschaffen. Geldschöpfung ist der Sache nach ein Buchungsvorgang: Kredit (oder Wertpapier) und das mit dem Kredit versprochene (oder für das Wertpapier gezahlte) Guthaben werden gleichzeitig auf beiden Seiten der Bankbilanz eingetragen (als Vermögen und Verbindlichkeit) und damit erzeugt.

Geschäftsbanken erschaffen also immer dann neues Giralgeld, wenn sie Kredite vergeben.

Geschäftsbanken erschaffen also immer dann neues Giralgeld, wenn sie Kredite an Unternehmen oder private Haushalte vergeben. Dieses Privileg der Geldschöpfung erhalten sie durch die Erteilung einer Banklizenz, die unter anderem von ihnen verlangt, Reserven auf einem Zentralbankkonto zu halten. Dieses Guthaben brauchen sie auch, denn ihre Kundinnen und Kunden können, wie gesagt, jederzeit verlangen, ihr Giralgeld in bares Zentralbankgeld umzutauschen. Um ihre Kassen und Automaten mit Bargeld zu bestücken,

brauchen Geschäftsbanken also Verbindlichkeiten der Zentralbank, die sie auf zwei Weisen bekommen: entweder, indem Kundinnen und Kunden neues Bargeld einzahlen oder von Konten anderer Geschäftsbanken Überweisungen tätigen. Eine Überweisung mit Giralgeld von einer Bank zu einer anderen muss nämlich auf den jeweiligen Zentralbankkonten der beiden beteiligten Geschäftsbanken ausgeglichen werden. Oder aber die Geschäftsbank leiht sich das benötigte Guthaben auf ihrem Zentralbankkonto durch einen Kredit von der Zentralbank und hinterlegt dafür ein Wertpapier als Sicherheit, beispielsweise eine Staatsanleihe. Geschäftsbanken benötigen Reserven an Zentralbankgeld somit zur Abwicklung von Barabhebungen, von Überweisungen und zur Erfüllung des mit der Lizenz verbundenen Mindestreservesatzes. Der Pflichtanteil an Zentralbankguthaben – Reserven – liegt in der Eurozone seit 2012 bei nur einem Prozent.

Weil Geschäftsbanken somit für den Betrieb auf Fremdmittel der Zentralbank (Reserven) angewiesen sind und dieser Bedarf mit zunehmender eigener Geldschöpfung steigt – je mehr Giralgeld sie produzieren, desto mehr Guthaben auf ihrem Zentralbankkonto benötigen sie –, scheint Krugmans Modell also weiterhin zu stimmen, schließlich ist die Giralgeldmenge immer ein durch einen eindeutigen Faktor angebbares Vielfaches der fraktionalen Reserve. Dieser Faktor wird auch Geldschöpfungsmultiplikator genannt und in orthodoxen Lehrbüchern als Ausdruck einer faktischen Beschränkung privater Geldschöpfungsmacht interpretiert. Aus diesem *mathematischen Verhältnis* zwischen beiden Mengen ergibt sich allerdings in der Praxis keine *reale Abhängigkeit*. Warum nicht?

Nach orthodoxer Auffassung bestimmt die Zentralbank auch, wie viel Giralgeld es gibt.

Das Schlüsselwort der Annahme einer realen Abhängigkeit privater Geschäftsbanken von Zentralbankreserven lautet Liquiditätsrisiko. Das orthodoxe Argument lautete: Weil Banken durch die Schöpfung neuen Giralgeldes auch Ansprüche ihrer Kundinnen und Kunden auf Bar- und Buchgeld der Zentralbank erzeugen, laufen sie bei übermäßiger Geldschöpfung Gefahr, in diesen „Fremdmitteln“ zahlungsunfähig, also illiquide zu werden. Deswegen, so die Annahme, würden Geschäftsbanken aus formellen und rationalen Gründen nie mehr als das x-Fache ihres Zentralbankguthabens an Giralgeld produzieren. Deswegen bestimme genau genommen die gegebene Menge an Zentralbankgeld, wie viel Giralgeld es maximal geben könne und weil die Zentralbank ihre eigene Geldmenge kontrolliere, bestimme sie sozusagen mittelbar auch, wie viel Giralgeld es gebe.

In Wahrheit richtet sich die potenziell von den Geschäftsbanken erschaffene Geldmenge nicht nach den Vorgaben der Zentralbank, sondern nach der Nachfrage nach Krediten aus der Privatwirtschaft und den eigenen Rentabilitätskalkülen der Banken selbst. Einfach gesagt: Geschäftsbanken können, wenn sie denn wollen, immer neues Geld schaffen; und sie werden es immer tun, sobald es eine für sie lukrative Kreditnachfrage gibt. Deswegen bestimmen in der Praxis maßgeblich die privaten Geschäftsbanken und nicht die öffentliche Zentralbank, wie viel Geld in einem Währungsraum zirkuliert. Durch die Entscheidung, wer zu welchen Konditionen neues Geld per Kreditvergabe bekommt, steuern sie außerdem, für welche Geschäfte das neue Geld in die Zirkulation eintritt, was wesentliche Konsequenzen nach sich zieht. Private und gewinnwirtschaftlich operierende Firmen bestimmen also die Menge und die Erstverwendung neuen Geldes und erhalten dadurch ein folgenreiches Privileg.

DIE GELDSCHÖPFUNGSMACHT PRIVATER GESCHÄFTSBANKEN

Wie kann das sein? *Erstens* ist die Verfügbarkeit von ‚überschüssigem‘ Guthaben auf dem Zentralbankkonto keineswegs eine operative Voraussetzung für die Kreditvergabe einer Geschäftsbank. Selbst wenn sie de facto über weniger als die notwendige Mindestreserve verfügt, kann und wird sie einem attraktiven Kreditantrag stattgeben. Die Reserven müs-

In der Praxis bestimmen die privaten Geschäftsbanken und nicht die öffentliche Zentralbank, wie viel Geld in einem Währungsraum zirkuliert.

sen in der Eurozone in einem mehrmonatigen Durchschnitt, d. h. im Nachhinein, nachgewiesen werden. Selbst bei einem dann drohenden Mangel besteht *zweitens* immer die Möglichkeit, sich benötigte Reserven von anderen Banken auf dem Interbankenmarkt zu leihen. *Drittens* – und dies ist die entscheidende strukturelle Voraussetzung – versorgen die Zentralbanken die Konten der Banken bei Bedarf nach klar definierten Kriterien mit neuen Reserven. Keine Zentralbank würde einer Geschäftsbank, die ihre Mindestreservequote nicht erfüllt, die Refinanzierung verweigern, weil sie damit, ohne Not, einen Zusammenbruch des Zahlungssystems riskieren würde. Einen solchen zu verhindern aber ist genau ihre Aufgabe, nicht aber, die Giralgeldmenge auf einen Bestand zu begrenzen. Ein Liquiditätsrisiko im Hinblick auf Reserven besteht in der gegenwärtigen Geldordnung deswegen gar nicht.

Zentralbankgeld ist also kein limitierender Bestand, der die durch private Kreditvergabe geschaffene Giralgeldmenge begrenzt, sondern eine flexible Größe, die als Ergebnis der Giralgeldschöpfung mitwächst. Unsere Geldversorgung folgt damit im Kern Kriterien der Profitabilität, wie man selbst bei der Bundesbank nachlesen kann (*Deutsche Bundesbank: Monatsbericht April 2017, S. 23*). Wie viel Geld in der Wirtschaft zirkuliert (Menge) und wer es bekommt (Erstverwendung), obliegt also nicht politischen Zielsetzungen oder gesamtökonomischen Abwägungen im Hinblick auf Preis- oder Finanzstabilität, sondern der Gewinnmaximierung.

Unsere Geldversorgung folgt damit im Kern Kriterien der Profitabilität.

Die Geldschöpfungsmacht privater Geschäftsbanken war in den Nachkriegsjahrzehnten allerdings noch gesellschaftlich eingehegt. Banken operierten eher lokal innerhalb eines durch Kapitalkontrollen geschützten nationalen Containers. Ihre Kreditvergabe war staatlich reguliert und wenig dynamisch. Das aber änderte sich mit der sogenannten ‚neoliberalen Revolution‘ seit den 1980er-Jahren. Die Steuerung privater Geldschöpfung wurde aufgegeben und die Finanzmärkte vieler Länder internationalisiert, um im globalen Wettbewerb der Kapitalfreundlichkeit nicht zurückzufallen. Das hatte einen wahren Boom privater Geldschöpfung zur Folge, die Geldmengen der führenden Wirtschaftsnationen wuchsen – und zwar viel schneller als die Wirtschaft insgesamt (vgl. *Abbildung 3*). Das lag nicht zuletzt da-

ran, dass sich die Kreditvergabe der Geschäftsbanken von der produzierenden Realwirtschaft auf die Finanzwirtschaft und den Handel mit Kapitalgütern wie Immobilien oder Aktien verlagerte. Deutlich lässt sich das für die Immobiliensektoren vieler Länder zeigen, die zwar einen Boom bei Hypothekenschulden und Hauspreisen erlebten, der sich aber nicht in einem vergleichbaren Anstieg der Bautätigkeit niedergeschlagen hat. Die privatisierte Geldschöpfung befeuerte somit eine Vermögenspreisinflation, einen vom allgemeinen Wirtschaftswachstum entkoppelten Anstieg der Vermögenswerte.

Die dadurch stetig lukrativer werdenden Kapitalmärkte lockten Industrie- und Handelskonzerne, die seit den 1990er-Jahren einen immer größeren Anteil ihrer Einnahmen ebenfalls durch Finanzgeschäfte zu generieren begannen. Diese quantitative und qualitative Bedeutungszunahme der Finanzwirtschaft für die globale Ökonomie wird Finanzialisierung genannt und für stagnierende Löhne und schwaches Wachstum verantwortlich gemacht. Der Grund, vereinfacht gesagt: Der schnelle Gewinn aus dem Handel mit Hypotheken anstelle des zeit- und personalintensiven Neubaus von Häusern und Wohnungen reduzierte den Bedarf an Investitionen in Maschinen und Arbeitskräfte und schwächte die Verhandlungsposition der Lohnabhängigen.

Die Unterordnung der Geldversorgung unter die Profildynamik ist sicher nur ein

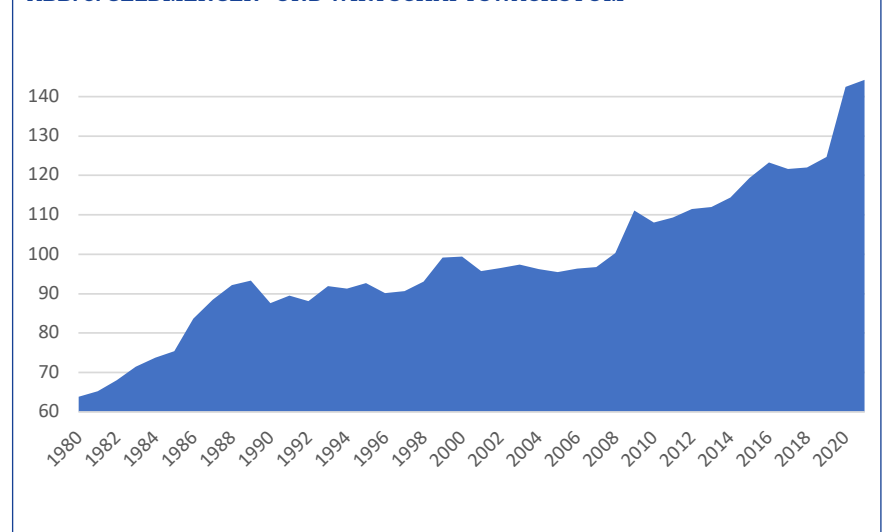
Teil der Erklärung für diesen Wandel, nichtsdestotrotz ist sie damit auch für die Verteilungsfolgen der Finanzialisierung mit haftbar zu machen. Die Forschung zeigt, dass die exzessive private Geldschöpfung zwar zu hohen Gewinnen für einige wenige, nicht aber zu gleichwertigen Wohlstandsgewinnen in der Breite der Gesellschaft beigetragen hat. Man kann also festhalten, dass die Autonomie privater Geldschöpfung zu einem nicht unerheblichen Teil ebenso zur Rückkehr der Ungleichheit seit den 1980er-Jahren beigetragen hat wie zu einer strukturellen Instabilität des gesamten Finanzsystems, die sich in der globalen Krise 2008 entlud und uns in ihren Spätfolgen noch heute beschäftigt.

Die Diffusität des allgemeinen Wissens über die realen Machtverteilungen der Geldproduktion in unserer hybriden Geldordnung wird gestützt durch ein prinzipiell falsches Modelldenken der orthodoxen Volkswirtschaftslehre. Dies verhindert sowohl eine öffentliche Verständigung über die Ausgestaltung unserer Geldordnung, die deren Relevanz angemessen wäre, als auch eine darauf aufbauende demokrati-

Die Kreditvergabe der Geschäftsbanken verlagerte sich von der Produktivwirtschaft auf die Finanzwirtschaft.

sche Willensbildung nicht nur im Hinblick auf die (Um-)Verteilung, sondern, dem vorgeklagert, die Produktion des Geldes.

ABB. 3: GELDMENGEN- UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM



Quelle: Weltbank, eigene Darstellung

Hinweis: Dargestellt ist die global verfügbare Geldmenge in einer sog. weiten Definition („Broad Money to GDP“ umfasst Bankguthaben, Bargeld, Termin- und Sparguthaben, Reiseschecks und dergleichen) im Verhältnis zur weltweiten Wirtschaftsleistung (globales Bruttoinlandsprodukt).

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Ralf Engel in Zusammenarbeit mit Florian Benz)

BILDUNGSPLANBEZUG WIRTSCHAFT (LEISTUNGSFACH)

Internationale Finanzmärkte

(1) die Motive von Akteuren (Verhaltensökonomik) auf Finanzmärkten (Geld-, Kapital- und Devisenmärkte) erläutern [...]

(2) die Funktionen der Finanzmärkte für die Volkswirtschaften erklären

(4) Ursachen von Fehlallokationen und Instabilitäten auf Finanzmärkten [...] erläutern

(5) Wechselwirkungen zwischen Finanzmarkt und Güter- und Arbeitsmarkt erläutern

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. Wahr oder falsch? Welche der Aussagen stimmt mit Aaron Sahr's Position überein:

- Banken sind bei ihrer Kreditvergabe von Spareinlagen abhängig.
- Die Zentralbank kontrolliert die Geldmenge.
- Geschäftsbanken können, wenn sie denn wollen, immer neues Geld schaffen.
- Die Geldmenge richtet sich nach der Nachfrage nach Krediten und den

Rentabilitätskalkülen der Geschäftsbanken.

Einen **Lösungshinweis** findet man auf **Moodle Mo1**.

2. Erklären Sie folgenden Sachverhalt: „Wie viel Geld in der Wirtschaft zirkuliert und wer es bekommt, obliegt also nicht politischen Zielsetzungen oder gesamtökonomischen Abwägungen im Hinblick auf Preis- oder Finanzstabilität, sondern der Gewinnmaximierung.“

3. Erläutern Sie mögliche Folgen der Finanzialisierung, wie sie im Text dargestellt werden.

4. Woher kommt das Geld und wer profitiert davon (nicht)? Gestalten Sie eine kurze Präsentation zu dieser Fragestellung. Einen **Lösungshinweis** findet man auf **Moodle Mo12**.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

Wie kommt das Geld in die Welt und wer profitiert davon?

1. Angenommen, Sie nehmen bei einer Bank einen Kredit auf. Woher stammt das Geld?


- Die Zentralbank hat es geschaffen.
- Die Sparer haben es auf der Geschäftsbank eingezahlt.
- Die Geschäftsbank hat es geschaffen.

2. Sie sind bei einer Bank angestellt. Wer bekommt eher Kredit?

- Person 1, die 50 Wohneinheiten besitzt und mit Kredit zehn weitere bestehende Wohnungen erwerben will.
- Person 2, die ein Restaurant in der Innenstadt aufmachen will.

Begründen Sie Ihre Entscheidung.

3. Wie kommt das Geld in die Welt? Vergleichen Sie drei Theorien anhand von M 1 und M 2 mithilfe einer Tabelle.

Einen **Lösungshinweise** findet man auf **Moodle Mo3**. Eine **Vertiefung** in Form von Grafiken findet man hier:  (15.04.2024).



4. Aaron Sahr verdeutlicht v. a. in dem Abschnitt „Die Geldschöpfungsmacht privater Geschäftsbanken“ die Folgen der praktizierten Geldschöpfung. Erklären Sie diese ausgehend von M 4. Einen **Lösungshinweis** findet man auf **Moodle Mo4**. Berücksichtigen Sie dabei auch die Antworten zu Aufgabe 2.

5. Für Aaron Sahr bestimmen private Geschäftsbanken und deren Profitinteressen und nicht die öffentliche Zentralbank sowohl die Geldmenge als auch, wer das Geld bekommt. *Wer soll den Euro herstellen: private Banken oder die Zentralbank?* Erörtern Sie diese Frage anhand der Vollgeldinitiative (M 5).

Vgl. Sie zu dieser Thematik auch den Beitrag von *Stefan Schulmeister* sowie die sich anschließenden Materialien (S. 72 ff.).

Einen Einblick in diese Thematik bietet der **Dokumentarfilm Oeconomia**, in dem der „Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, Verschuldung und Vermögenskonzentration“ beschrieben wird: <https://www.3sat.de/film/dokumentarfilm/oeconomia-100.html> (15.04.2024).



M1 GÜNTHER GRUNERT/PAUL STEINHARDT: DIE BANKEN UND IHRE KREDITVERGABE: VIEL THEORIE, WENIG EMPIRIE?, MAKROSKOP 09.02.2016

[...] Das Problem ist nach unserer Meinung nicht, dass es keine empirischen Belege für und gegen die unterschiedlichen Theorien gibt, sondern, dass man sich nicht mit der Bilanzierungs- und Kreditvergabepraxis von Banken beschäftigt und mithin die relevanten empirischen Evidenzen schlicht ignoriert. Sobald man sich damit befasst, fragt man sich dann allerdings, warum es noch immer so viele unterschiedliche Theorien zur Kreditvergabe von Banken gibt.

1. Die Theorien

[Es stehen] drei unterschiedliche Theorien zur Kreditvergabe der Banken [...] miteinander im Wettstreit [und werden] im Folgenden knapp skizziert [...]:

a) Die **Finanzintermediations-Theorie** sieht Banken als reine Intermediäre, die Einlagen einwerben, die sie dann an Kreditnehmer ausleihen. So stellen etwa Krugman/Obstfeld bezüglich der Einleger der Banken fest: „Die Banken verwenden deren Einlagen für die Vergabe von Krediten und den Erwerb anderer Vermögenswerte“ [...]. In zugespitzter Form findet sich diese Sichtweise auch in der bekannten (nicht ganz ernst gemeinten) „3-6-3-Regel“, nach der Bankmanager arbeiten sollten: Leih dir das Geld morgens zu 3 Prozent, verleihe es mittags zu 6 Prozent und sieh zu, dass du um 3 Uhr nachmittags auf dem Golfplatz bist.

b) Die **Theorie der partiellen Reservehaltung** („fractional reserve theory“) betrachtet jede *einzelne* Bank gleichfalls als bloßen Finanzintermediär, der nicht über die Fähigkeit verfüge, Geld zu schaffen. Jedoch könnten die Banken aufgrund ihrer Beziehungen untereinander die Geldmenge vervielfachen [...]. In dieser Sicht benötigt eine Bank, bevor sie ein Darlehen geben kann, zuerst Reserven (das sind Guthaben bei der Zentralbank, also elektronisches Zentralbankgeld, und Bargeld in den Tresorräumen der Banken), von denen sie einen kleinen Teil bei der Zentralbank hinterlegt. Sie kann dann im Umfang ihrer Überschussreserven, d.h. ihrer frei verfügbaren Reserven, Kredite gewähren. Das Bankensystem insgesamt wandelt eine ursprüngliche Reservenauflage (also jeden Euro an neuen Reserven, der einer Bank zufließt), in ein Mehrfaches an neuen Einlagen um. Möglich werde dies durch das Wirken des sog. „Geldschöpfungsmultiplikators“, der Veränderungen in der Geldbasis (der Summe aus den Einlagen bei der Zentralbank und dem Bargeld, das die Zentralbank in Umlauf gebracht hat) in Veränderungen der Geldmenge übertrage. Ein Geldschöpfungsmultiplikator von z.B. 10 bedeute, dass die Banken

insgesamt aus jeder zusätzlichen Geldeinheit an Reserven, die dem Bankensystem zugeführt werde, schlussendlich zehn Geldeinheiten an zusätzlichen Einlagen „schöpfen“ – damit sei die Obergrenze erreicht.

c) Die **Kreditschöpfungstheorie** („credit creation theory of banking“) geht demgegenüber *nicht* davon aus, dass die Banken *vor* der Darlehensvergabe über Geld verfügen müssen (also über vorherige Bankeinlagen, vorherige Guthaben bei der Zentralbank oder Bargeld im Tresor). Die einzelnen Banken sind nach dieser Theorie keine bloßen Finanzintermediäre, die bei der Kreditvergabe Bankeinlagen oder Reserven von der Zentralbank weiterreichen; vielmehr wird nach dieser Theorie bei der Kreditvergabe in actu Geld geschaffen. Das geschieht, indem eine Bank einerseits gegenüber dem Kreditnehmer den Kredit als Forderung in ihre Bilanz einstellt und ihm andererseits auf seinem Konto bei ihr ein Giroguthaben einbucht. [...] Aus diesem Beitrag geht auch hervor, dass wir die Kreditschöpfungstheorie als die richtige Theorie ansehen.

© <https://makroskop.eu/die-banken-und-ihre-kreditvergabe-viel-theorie-wenig-empirie/> (15.04.2024).

	Theorie a	Theorie b	Theorie c
Grundannahmen			
Begrenzung der Kreditvergabe			
Rolle des Sparens			
(empirische) Kritik/ Überprüfung			
Individuelles Fazit/ Schlussfolgerungen:			

M2a GÜNTHER GRUNERT/PAUL STEINHARDT: DIE BANKEN UND IHRE KREDITVERGABE: VIEL THEORIE, WENIG EMPIRIE?, MAKROSKOP 09.02.2016 (FORTSETZUNG)

Die empirische Evidenz

Wir haben in der Vergangenheit mehrfach die Vorstellung kritisiert, dass Banken zur Kreditvergabe auf Zentralbankgeld (Reserven und Bargeld) angewiesen sind. Tatsächlich ist in der realen Welt die Kreditvergabe der Banken nie durch einen Mangel an Zentralbankgeld beschränkt. Banken müssen sich nicht vorab von Kunden oder von der Zentralbank Geld beschaffen, damit sie ein Darlehen gewähren können. Vielmehr vergeben sie Kredite an

alle Kunden, die sie finden können und als kreditwürdig erachten. Der Reservebestand spielt bei der Entscheidung über die Vergabe eines Kredits keine Rolle.

Kein Kreditsachbearbeiter würde je auf die Idee kommen, zuerst zu prüfen, ob seine Bank über genügend Reserven verfügt, die es ihm erlauben, einen bestimmten Kredit zu genehmigen. [...]

Die Banken wissen, dass sie sich, sofern sie knapp an Reserven sind, diese auf dem Interbankenmarkt von anderen

Banken oder – wenn dies nicht möglich ist – bei der Zentralbank leihen können. Die Zentralbank kann den Banken nicht einfach ihren „Kredithahn zudrehen“, sondern muss die Nachfrage nach Reserven für den Großteil ihrer Banken stets erfüllen, wenn sie nicht massive Krisen im Finanzsystem riskieren will, die ihrem Mandat der Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs widersprechen.

[...] Zu prüfen ist also, ob die Kreditvergabe zu Zahlungsströmen von Zentral-

bankgeld führte. Sollte das Ergebnis sein, dass die Bank in der Lage war, ihrem Kunden Guthaben auf seinem Girokonto gutzuschreiben, ohne Zentralbankgeld von irgendeinem anderen internen oder externen Konto abgebucht zu haben bzw. ohne das Zentralbankgeld von einer anderen Quelle zu transferieren, würde dies belegen, dass die Bank die Kreditsumme „aus dem Nichts“ erzeugen konnte, also Geld schafft, indem sie *gleichzeitig* eine Forderung (Kreditvertrag) und eine Verbindlichkeit (Guthaben auf Girokonto) gegenüber dem Kunden verbucht.

Eine empirische Untersuchung der Buchhaltungspraxis wurde erstmalig im August 2013 von Richard Werner, Professor für Bankwesen in Southampton, durchgeführt. Die empirische Prüfung erfolgte in Form des Abschlusses eines Kreditvertrages bei der in einer kleinen Stadt Niederbayerns gelegenen Raiffeisenbank Wildenberg e.G. Der Forscher nahm dort persönlich einen

Kredit über 200.000 Euro auf; die kreditvergebende Bank legte ihre relevante interne Buchhaltung resp. die übliche interne Vorgehensweise ihres Kreditvergabeverfahrens offen. In einer schriftlichen Vereinbarung wurde festgehalten, dass die geplanten Transaktionen Teil eines wissenschaftlichen empirischen Tests seien und der Kredit unmittelbar nach Beendigung der Untersuchung zu tilgen sei.

Zu welchen Ergebnissen führte der empirische Test? Zunächst einmal ist interessant, dass kein Bankmitarbeiter vor der Unterzeichnung des Kreditvertrages und der Bereitstellung der Geldmittel für den Kreditnehmer die Reserveguthaben der Bank überprüfte. Gleichzeitig gab es keinen Beleg, dass die Reserven in einer dem aufgenommenen Kredit entsprechenden Höhe abgenommen hätten. Dies widerspricht eindeutig der Geldschöpfungsmultiplikator-Theorie, nach der eine Bank vor einer Kreditvergabe zunächst ihre

verfügbaren Überschussreserven prüfen und bei einer Kreditgewährung ihre Reserveguthaben entsprechend reduzieren muss.

[...] Dies heißt nichts anderes, als dass sowohl die Finanzintermediations-Theorie als auch die Theorie der partiellen Reservehaltung empirisch widerlegt wurden. Stattdessen zeigte sich, dass die Bank tatsächlich die Geldmittel neu „schuf“, indem sie dem Kreditnehmer den gewährten Geldbetrag auf dessen Girokonto als Einlage gutschrieb, obwohl niemand vorab eine solche Einlage getätigt hatte. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der auch von uns vertretenen Kredit-schöpfungstheorie: Die einzelnen Banken verleihen kein bereits existierendes Geld, sondern schaffen neues Geld „aus dem Nichts“.

© <https://makroskop.eu/die-banken-und-ihre-kreditvergabe-viel-theorie-wenig-empirie/> (15.04.2024).

M2b DIE POSITION DER BUNDESBANK

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=xHXRE3yKgWg> (15.04.2024).

Quelle: <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/wie-geld-entsteht-665288> (15.04.2024).

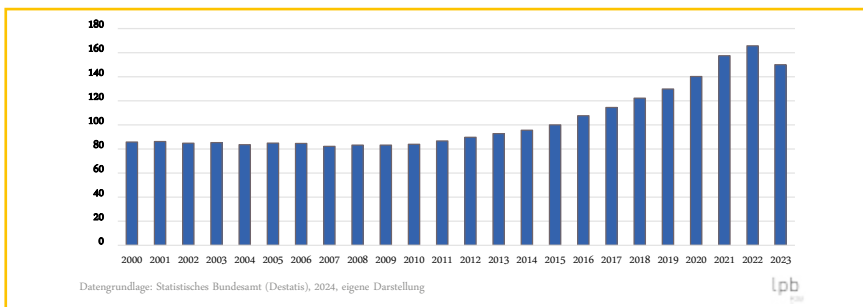


M2c ARTE: KANN GELD AUS DEM NICHTS ENTSTEHEN?

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=NMUFazV6C5M> (15.04.2024).

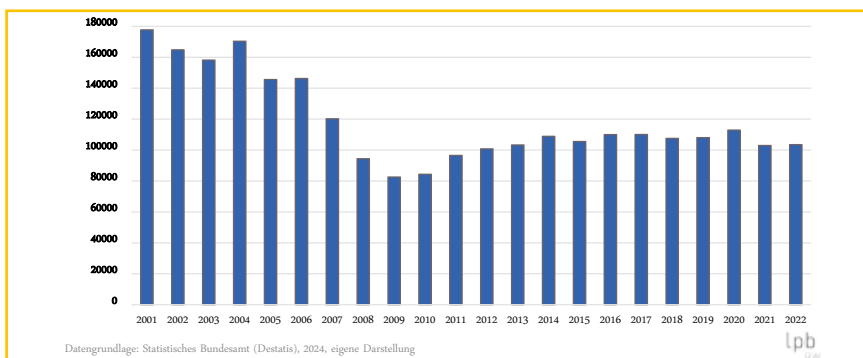


M3a PREISINDEX FÜR BESTEHENDE WOHNIMMOBILIEN IN DEUTSCHLAND, 2015=100



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024, eigene Darstellung.

M3b BAUFERTIGSTELLUNGEN NEUBAU IN DEUTSCHLAND



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024, eigene Darstellung.

[...] Woher unser Geld kommt, wusste Hansruedi Weber bis vor zehn Jahren selbst nicht. Dabei hatte der ehemalige Primarschullehrer schon Volkswirtschaftslehre und Philosophie studiert. Doch erst 2007 fand er heraus: „Das meiste Geld machen die Geschäftsbanken selbst.“ Und ihm fiel auf, dass das kaum jemand wusste. „Die Bürger werden belogen“, sagte sich Weber. Und wurde Präsident des „Vereins für Monetäre Modernisierung“.

Weber und sein Verein sind die Initiatoren einer Abstimmung [...] in der Schweiz über das Geldsystem. Ihr Ziel: Alles Geld soll in Zukunft von der Zentralbank kommen. Denn tatsächlich schöpfen die Schweizer Geschäftsbanken bislang einen Großteil des Geldes selbst, genauso wie die meisten Geschäftsbanken weltweit. Die Europäische Zentralbank (EZB) lässt zwar die Euro-Noten drucken und die Münzen prägen. Doch Bargeld macht nur 14 Prozent der Euro-Bestände aus. Die restlichen 86 Prozent sind Zahlen in den Computern der Banken, sogenanntes Buchgeld.

„Die Bank tut so, als ob sie eigene Mittel zur Verfügung stellt, wenn sie einen Kredit vergibt. Dabei kommt das Geld aus dem Nichts“, sagt Weber. [...] Steigt die Geldmenge bei einer gleichbleibenden Menge an Gütern und Dienstleistungen, erhöhen sich die Preise. Das Geld verliert an Wert (Inflation). Gibt es weniger Geld bei gleichen Produktionsmengen, kommt es zur Deflation: das Geld wird mehr wert. Da eine Deflation gefährlicher ist als eine Inflation, peilt die EZB eine Inflationsrate von zwei Prozent an. Doch kann eine Notenbank überhaupt die Geldmenge beeinflussen, wenn die Geschäftsbanken das Geld selbst schaffen?

„Die Zentralbank kann die Geldmenge sehr gut steuern“, sagt Frank Heineemann, Professor für Geldtheorie an der TU Berlin. Denn unbegrenzt können die Geschäftsbanken das Buchgeld auch nicht schöpfen. Für 100 Euro Buchgeld braucht die Bank mindestens einen Euro von der Zentralbank, die sogenannte Mindestreserve von derzeit einem Pro-

zent. Nur die Banken können sich die Mindestreserve direkt von der Zentralbank leihen. Dafür verlangt die EZB ein Pfand, etwa in Form von Staatsanleihen. Außerdem müssen die Banken auf ihren Kredit bei der EZB den Leitzins zahlen, über dessen Höhe alle sechs Wochen entschieden wird. Steigt der Leitzins, vergeben Banken meist weniger Kredite, denn sie müssen auch von ihren Kunden höhere Kredite fordern - die Geldmenge sinkt. Ist der Zins niedriger, vergeben Banken mehr Kredite - die Geldmenge steigt.

„Das sind nur indirekte Versuche, die Geldschöpfung anzukurbeln“, kritisiert Klaus Karwat. Er ist Vorsitzender der „Monetative“, ein Zusammenschluss deutscher Vollgeld-Befürworter. Karwat argumentiert, die indirekte Steuerung funktioniert nur schlecht.

Nach der Finanzkrise 2008 stagnierte die Kreditvergabe trotz niedriger Zinsen, in manchen Monaten fiel sie sogar. Um das Inflationsziel zu erreichen, kauft die EZB daher seit 2015 Anleihen, dadurch steigt die Geldmenge. Die Inflation stieg aber nur langsam, die Aktien- und *Immobilienpreise* deutlich schneller, und durch die niedrigen Zinsen gehen Sparer leer aus.

[Die Lösung für] Karwat und Weber: Vollgeld. Im Gegensatz zum Teilreserve-System kommt im Vollgeld-System das gesamte Geld von der Zentralbank. Geschäftsbanken dürften kein Buchgeld mehr schöpfen. „Das System funktioniert so, wie die Leute schon jetzt denken, dass es funktioniert“, sagt Weber. Banken müssten sich die komplette Summe, die sie verleihen möchten, von Sparern oder von der Zentralbank leihen, erst dann können sie weiterverleihen. „Wenn es nur noch ein Geld gibt, kann die Zentralbank direkt Geld in die Welt bringen“, erklärt Karwat. Dazu schlägt die „Monetative“ drei Optionen vor: Die Zentralbank könnte neues Geld dem Staat zur Verfügung stellen, der es ausgibt und in Umlauf bringt; jeder Bürger könnte dieselbe Menge Geld erhalten oder die Zentralbank vergäbe Kredite an die Geschäftsbanken, die das Geld verleihen. Die Geldschöp-

fung hätte die Zentralbank also wieder im Griff, nur sie könnte Geld in Umlauf bringen. „Man braucht so keine Schulden mehr, um neues Geld zu schaffen“, glaubt Karwat. Das mache das System stabiler. Finanzblasen würden ausbleiben, Bankenrettungen mit Steuermilliarden gehörten der Vergangenheit an.

[...] Michael Kumhof und Jaromir Benes, damals Ökonomen beim Internationalen Währungsfonds, berechneten 2012 die Vorteile eines dem Vollgeld-System ähnlichen Geldsystems. Sie nahmen an, dass die Geschäftsbanken statt ein Prozent, 100 Prozent ihrer Kredite mit Zentralbankgeld decken müssten. Ihre Ergebnisse: ein höheres Produktionsniveau, die Beseitigung von Inflation und kreditbedingten Krisen, weniger Privat- und Staatsschulden. [...]

Die meisten Banker, Politiker und Ökonomen misstrauen dem Vollgeldsystem. „Die Vollgeldinitiative gefährdet eine der leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt und setzt leichtsinnig und verantwortungslos Arbeitsplätze, Steuereinnahmen, ein sicheres Wirtschaftssystem und den Wohlstand in der Schweiz aufs Spiel“, lautet die Position der Schweizerischen Bankiersvereinigung, einem Zusammenschluss der Schweizer Geschäftsbanken. Und auch der Bundesrat der Schweiz rät Bürgern, gegen die Initiative zu stimmen.

Viele Makroökonomien, die sich mit Geldpolitik beschäftigen, sehen keine Notwendigkeit für radikale Reformen. Sie bezweifeln, dass in einem Vollgeldsystem die Zentralbank die Kreditnachfrage genau steuern könnte. Die Folge wären ihrer Meinung nach zu wenig Kredite und in der Folge ein schwächeres Wachstum. Außerdem befürchten sie, dass der Staat neue Anreize bekäme, sich selbst durch eine Einflussnahme auf die Zentralbank zu bereichern. Schließlich würden ihm im Vollgeldsystem hohe Gewinne durch die Geldschöpfung zufallen.

© <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/wie-das-vollgeld-bankenkrisen-verhindern-soll-5524492.html> (15.04.2024)

MODERN MONEY THEORY – GELD ALS GESELLSCHAFTLICHES GESTALTUNGSELEMENT

DIRK EHNTS

Die meisten Lehrbücher der Volkswirtschaftslehre des 20. Jahrhunderts gehen von der neoklassischen Wirtschaftstheorie aus und betrachten die Ökonomie als ein System, das über den Preis ins Gleichgewicht strebt, so dass die Märkte ganz allein für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage sorgen. Ein eigenständiges Konzept von Geld gibt es nicht, Banken werden als Intermediäre betrachtet, die Einlagen von Kunden sammeln und diese dann als Kredite an andere weitergeben. Wenn viel gespart wird, steigt das Angebot an verleihbaren Einlagen, der Zins als Preis des Geldes und dessen Knappheitsanzeiger sinkt, so dass die Nachfrage nach Krediten steigt, wodurch sich der Markt wieder im Gleichgewicht befindet. In Ermangelung eines Konzepts von Geld in der Neoklassik kann auch der Staat letztlich nur das Geld seiner Staatsbürger in Form von Steuereinnahmen oder Staatsanleihen ausgeben, weshalb er damit äußerst sparsam umgehen muss, auch um Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden. Bei hohen Staatsschulden, d. h. einer hohen Nachfrage nach Steuerzahlergeld, steigen die sich am Kapitalmarkt durch Angebot und Nachfrage ergebenden Zinsen. Letztlich ist der Neoklassik zufolge das Verhältnis von Zins und Wachstum entscheidend, um Staatspleiten zu verhindern.

Doch nicht nur auf dem Kapitalmarkt tendieren die Märkte zum Gleichgewicht und sind staatliche Eingriffe kontraproduktiv: Auch Arbeitskräfte werden am Arbeitsmarkt gehandelt, wobei Angebot und Nachfrage den Lohn bestimmen und staatliche Eingriffe wie Mindestlöhne oder Gewerkschaften als ineffizient angesehen werden. Die besondere Rolle des Menschen in der Wirtschaft, die uns dienen soll, wird dabei nicht thematisiert.

Wirtschaftspolitische Ziele sind seit jeher Vollbeschäftigung und Preisstabilität. Die Lehrbücher kennen nur eine Konstellation: Die „unabhängige“ Zentralbank verfolgt ein Inflationsziel, welches sie durch Veränderungen des Leitzinses erreicht. In Zeiten hoher Inflation erhöht sie den Zins, um so die Kapitalkosten zu erhöhen. Dass dabei Arbeitslosigkeit entsteht, wird in Kauf genommen. Demgegenüber wird die Fiskalpolitik blockiert, indem willkürliche Defizitgrenzen staatliche Ausgaben einschränken.

Inflation wird in den meisten Lehrbüchern durch eine zu hohe Nachfrage nach Gütern verursacht, weil die Bürgerinnen und Bürger Ausgaben tätigen, welche die Kapazität der Wirtschaft überfordern. Daher ist Arbeitslosigkeit gut, denn sie bremst die Inflation.

Die derart unterfütterte Mainstream-Ökonomik steht in Kontrast zu der Modern Money Theory (MMT), die sich als empirische Geldtheorie versteht, welche als Grundlage für makroökonomische Überlegungen dient (Ehnts 2023).

MONEY MATTERS

Die Erklärung der Wirtschaft fängt mit der Geldschöpfung an. Wenn die Wirtschaft

sich heute dadurch auszeichnet, dass Geld zirkuliert und Geldgewinne sowie Geldeinkommen angestrebt werden, dann sollte dieses zuerst erklärt werden. Die erste Frage ist: Wer hat warum Geld erfunden? Die Spur führt uns 5.000 Jahre in die Vergangenheit, nach Mesopotamien. Tempel verlangten Steuerzahlungen in Form von Kerbhölzern, die zuvor gegen die Lieferung von Getreide ausgegeben wurden. Diese von den Tempeln ausgegebenen Kerbhölzer zirkulierten als Geld, weil jeder, der Steuern zahlen musste, sie benötigte.

Später trat dann Papiergeld an die Stelle der Kerbhölzer, wie in der britischen Kolonie Virginia im Amerika der 1760er Jahre. Die Regierung führte eigenes Geld ein, um sich mit Ressourcen zu versorgen. Für den Bau von Straßen oder Brücken war die Regie-

Die Erklärung der Wirtschaft fängt mit der Geldschöpfung an.

rung darauf angewiesen, dass ihr die Bürgerinnen und Bürger Ressourcen verkauften: Steine, Mörtel, Arbeitskraft usw. Um sie in Anbieter von Ressourcen zu verwandeln, wurden sie mit Steuerverbindlichkeiten belastet – in staatlicher Währung. Das Währungsmonopol lag bei der Regierung, die die Währung herausgab, in welcher dann später Steuern gezahlt werden mussten.

Geld ist ein gesellschaftliches Gestaltungselement. Die Regierung sichert sich durch die Nutzung ihres Geldsystems den Zugriff auf Ressourcen. Rein logisch kann es dabei nur öffentliches Geld geben, welches erzeugt und ausgegeben werden muss, bevor die Haushalte und Unternehmen ihre Steu-

ern zahlen. Ein „Steuerzahlergeld“, wie von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher behauptet, gibt es also gar nicht. Das Monopol der Währung liegt beim Staat, wobei es heute üblich ist, dass die Regierung dieses an die staatliche Zentralbank abtritt. Diese wiederum agiert dann, wie die Deutsche Bundesbank, als „Hausbank des Staates“.

Eine mögliche Definition des Geldes – das „Bankgeld“ wird unten definiert – würde also lauten, dass Geld jenes rechtliche Instrument ist, mit welchem Zahlungen an den Staat geleistet werden können. Geld ist also nach der MMT kein Ding und auch nicht „gedeckt“, sondern ein rechtliches Konstrukt, welches einem Spielstand gleicht. Eine the-

Steuerzahlergeld gibt es gar nicht.

oretische Obergrenze für die Menge an Geld gibt es nicht – es macht also Sinn, sich Gedanken darüber zu machen, wer wie Geld schöpfen und für welchen Zweck ausgeben darf.

DER STAAT ALS SCHÖPFER DES GELDES

Eine Sonderrolle hat der Staat, insbesondere die Bundesregierung (d. h. die jeweilige Regierung auf nationaler Ebene). Diese kann nur Zahlungen (wie z. B. das Kindergeld) tätigen, indem die Zentralbank den Kontostand Geschäftsbank erhöht. Die Bank wiederum erhöht den Kontostand des Empfängers der Zahlung in ihrem bankinternen Buchungssystem. Unseren Kontostand (z. B. mit dem überwiesenen Kindergeld) können wir dann über das Online-Banking abfragen. Die Bun-



There is no such thing as public money; there is only taxpayers' money.

Margaret Thatcher 1983

Bildquelle: Pixabay



Geltung. Ressourcen, die der Staat nutzt, sorgen also tendenziell dafür, dass das Angebot an Konsumgütern fällt. Es gibt gute Gründe für den Staat, Ressourcen für das Gemeinwohl einzusetzen und etwa kostenlosen Schulbesuch anzubieten. Die Abwägung, welche öffentlichen Güter und Dienstleistungen produziert werden sollen, liegt letztlich in den Händen des Staates. In einer Demokratie entscheiden also die Wählerinnen und Wähler über die Frage, welche Aufgaben der Staat übernehmen soll.

WAS SIND „STAATSSCHULDEN“?

Der Staat gibt über die Zentralbank Geld aus, welches neu geschöpft wird. Bei Steuerzahlungen fließt staatliches Geld zurück, welches das Minus auf dem Zentralkonto des Bundes reduziert. Gibt der Staat mehr Geld aus, als er einnimmt, sprechen wir von einem *fiskalischen Defizit*: Steuereinnahmen – Staatsausgaben < 0. Dies wird jeweils zum Quartalsende berechnet. Da der Staat in Höhe des Defizits Staatsanleihen ausgeben muss, hat sich der Begriff der „Staatsschulden“ eingepreßt. Dies ist bedauerlich, denn es handelt sich hierbei nicht um „Schulden“.

Natürlich zahlt der Staat bei Fälligkeit der Staatsanleihen das Geld (Tilgung plus Zins) zurück, nur macht er das über Geldschöpfung. Das kann nicht schiefgehen, bzw. die aktuellen Institutionen in der Eurozone lassen eine Zahlungsunfähigkeit der deutschen Bundesregierung aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu. Seit Beginn des Euros gab es quasi keine Investoren, die auf eine Zahlungsunfähigkeit der Bundesregierung gewettet haben. Die „Staatsschulden“ entsprechen dem Geld, welches der Staat durch seine Ausgaben in die Wirtschaft ge-

Wenn der Staat sich verschuldet, spart der Rest der Wirtschaft.

pumpt hat, abzüglich des Geldes, welches durch Steuereinnahmen wieder zurückgeflossen ist. Den „Schulden“ entspricht ein Geldvermögen des privaten Sektors in gleicher Höhe, denn die Ausgaben des Staates sind die Einnahmen des nichtstaatlichen Sektors und die Steuerzahlungen sind dessen Ausgaben. Wenn der Staat sich verschuldet (Ausgaben > Einnahmen), spart der Rest der Wirtschaft (Einnahmen > Ausgaben). Andersherum ist eine Reduktion der „Staatsschulden“ nur dann möglich, wenn das Geldvermögen im nichtstaatlichen Sektor um den gleichen Betrag sinkt.

DIE ROLLE DER STEUERN

Steuern kommen in der MMT eine fundamentale Funktion zu: Der Staat entschei-

desbank führt so alle Zahlungen der Bundesregierung durch, immer im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen (BMF). Die Regierung kann nur Geld ausgeben, wenn es im jeweiligen Bundeshaushalt bzw. in Sondervermögen festgeschrieben ist. Gerade die Sondervermögen in Höhe von 300 Mrd. € im Jahr 2022 zeigten dabei deutlich, dass der Staat nicht erst Steuern einnehmen oder Staatsanleihen verkaufen muss, bevor er Geld ausgibt.

Da aufgrund des Art. 123 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union die Bundesbank die Bundesregierung nicht finanzieren darf, muss diese ein Verrechnungskonto bei der Bundesbank führen. Das „Zentralkonto des Bundes“ muss am Ende des vorangegangenen Geschäftstages positiv sein, damit die Bundesbank im Auftrag des BMF Zahlungen ausführen darf. Zahlungen belasten das Konto, erhöht wird es bei Eingang von Steuerzahlungen und Erlösen aus Staatsanleiheverkäufen. Unsere Steuern werden also mit Zentralbankgeld gezahlt, während wir Guthaben bei den Banken dafür verlieren. Die Steuerzahlungen schwanken mit der Konjunktur, insofern kann es sein, dass die Staatsausgaben höher liegen. Das resultierende Defizit, die Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen, führt zu einer Zunahme der Guthaben der Banken bei der Zentralbank. Ansonsten hat es in „technischer“ Hinsicht keine weiteren Auswirkungen (*Kelton 2022*).

Die Reserven (Guthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank) werden durch den Verkauf von Staatsanleihen in Höhe des Defizits vom Markt genommen. Die Frage der Zahlungsfähigkeit einer Bundesregierung hängt – aufgrund der rechtlichen Konstruktion des Systems – also an der Frage, ob diese Staatsanleihen verkaufen kann. Was passiert, wenn sie das nicht kann, haben wir 2010 in Griechenland gesehen. Hier brachen die Steuereinnahmen in der Folge der Großen Finanzkrise von 2008/09 ein, und die Käufer der Staatsanleihen waren verunsichert. Die Europäische Zentralbank (EZB) fühlte sich nicht zuständig und legte kein Ankaufprogramm für Staatsanleihen auf. So brach

die Nachfrage nach griechischen Staatsanleihen ein und neue wurden nicht mehr gekauft, was den Zugang der griechischen Regierung zur Zentralbank kappte. Dies geschah bei einer Staatsschuldenquote von etwa 130 Prozent. 2020 betrug diese mehr als 210 Prozent, allerdings kam es zu keiner Zahlungsunfähigkeit, da nun die EZB unterstützend zu Hilfe kam. Weil sie griechische Staatsanleihen kaufte, wussten die Investoren, dass sie diese im Zweifelsfall immer an die EZB verkaufen könnten. Damit waren die Anleihen für die Investoren risikolos. Sie kauften diese der griechischen Regierung ab, so dass diese immer wieder ihr Konto bei der Zentralbank auffüllen konnte. So ging ihr das Geld 2020 nicht aus.

DIE GRENZEN DER STAATSAUSGABEN

Die Bundesregierung kann also, sofern die Zentralbank sie durch Ankaufprogramme unterstützt, Zahlungen in gewünschter Höhe ohne Probleme durchführen. Dabei liegen die Grenzen der Staatsausgaben in den Ressourcen. Die Bundesregierung kann nur das kaufen, was ihr an Ressourcen für ihr Geld angeboten wird. Unternehmen können nur bis zur maximalen Kapazität produzieren, was eine weitere Grenze darstellt. Auch Arbeitskraft ist begrenzt und steht nicht unendlich zur Verfügung, ebenso wenig Energie und Rohstoffe. Die Wirtschaft wird durch diese *angebotsseitigen* Faktoren begrenzt. Alternativ können *nachfrageseitige* Faktoren die Wirtschaft begrenzen. Dazu später mehr.

Dabei liegen die Grenzen der Staatsausgaben in den realen Ressourcen.

Ebenso stehen Ressourcen, die der Staat an sich zieht, wie z. B. ein Bauunternehmen, das im Auftrag des Staates eine Autobahn repariert, dem nichtstaatlichen Sektor (also Unternehmen und Haushalte) nicht mehr zur Verfügung. Dies verleiht dem ökonomischen Konzept der *Opportunitätskosten*

det, dass Steuern in staatlicher Währung gezahlt werden müssen und er legt Steuersätze fest. So bieten Bürgerinnen und Bürger dem Staat Arbeit, Güter und Dienstleistungen an, denn sie brauchen staatliches Geld für ihre Steuerzahlungen. Wenn das Geldsystem erst mal läuft, verlieren wir diese Logik aus dem Blick und akzeptieren einfach den Euro, weil alle anderen das auch tun.

Das Volumen der Steuerverbindlichkeiten richtet sich nach dem Volumen der Staatsausgaben. Gibt der Staat viel Geld aus, dann muss er auch viel über Steuern wieder einsammeln, damit es nicht zu einer Inflation kommt. Aus diesem Grund haben skandinavische Länder eine höhere Steuerquote als die USA.

Steuern dienen zudem der Umverteilung, da der Markt allein keine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen erzeugt. Dabei ist die Frage, welcher Grad an Ungleichheit noch mit Demokratie kompatibel ist, eine sehr relevante für unsere Zeit. Forderungen nach höheren Steuersätzen oder einer Vermögensteuer könnten also mit sozialer Gerechtigkeit begründet werden, nicht mit der Notwendigkeit der Finanzierung des Staates.

DIE NUTZER DES GELDES

Im Gegensatz zur Bundesregierung sind die Regierungen der Bundesländer, Kreise und Städte, die Unternehmen und Haushalte Nutzer des Geldes. Sie können nicht durch Schöpfung von Geld Zahlungen tätigen und sind daher gezwungen, sich zu finanzieren. Sie müssen sich erst über Einkommen oder Kredit Geld beschaffen, bevor sie es ausgeben können. Dabei kann es passieren, dass eine Insolvenz oder Illiquidität eintritt. Private Schulden sind da-

her anders als „Staatsschulden“ ein echter Grund zur Sorge, denn wenn ein Unternehmen aus der Realwirtschaft, eine Bank oder ein Haushalt seine Schulden nicht bedienen kann, dann wird jemand Geld verlieren. Tritt dieses Phänomen massenhaft auf, sprechen wir von einer Finanzkrise. Diese werden üblicherweise durch den Staat beendet, der mit staatlichem Geld das Bankensystem stützt. Eine Ausrichtung der Finanzmärkte auf das Gemeinwohl – u. a. mit dem Ziel des Produktivitätswachstums (Wertschöpfung) anstelle des Ziels steigender Immobilienpreise (Wertabschöpfung) – sowie deren Regulierung wäre sehr wichtig, ist politisch aber äußerst schwierig zu bearbeiten.

Das Geld der Banken wird auch als Bankguthaben bezeichnet. Dabei handelt es sich um Zahlungsverprechen in staatlicher Währung. Damit die Banken diese einlösen können, müssen sie an die staatliche Bargeldversorgung über die Zentralbank und an deren elektronisches Zahlungssystem angeschlossen sein, um Überweisungen zu anderen Banken realisieren zu können. Der Staat macht also die Banken zu Quasi-Geldschöpfern, denn ihre Zahlungsverprechen funktionieren für uns als Geld: Wir können damit zahlen. Dabei werden Bankguthaben

Private Schulden sind anders als „Staatsschulden“ ein echter Grund zur Sorge.

nicht nur durch Kreditschöpfung erzeugt, sondern auch durch Staatsausgaben. Diese liegen in Deutschland über der Kreditvergabe – Staatsausgaben erzeugen also mehr Geld als private Kredite, Steuern vernichten mehr Geld als Kredittilgungen.

DER WIRTSCHAFTSKREISLAUF

Der Zweck einer Wirtschaft ist die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sowie Konsumgütern. Der Staat verfolgt das Ziel Gemeinwohl, private Unternehmen haben ein Gewinnziel. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen benötigt Zeit, sie muss daher finanziert werden. Unternehmen leihen sich von Banken und über Finanzmärkte durch die Ausgabe von Anleihen und Aktien gegen einen Zins bzw. eine Gewinnbeteiligung Geld, welches dabei neu geschöpft wird. Daher müssen sie mittelfristig einen Überschuss erwirtschaften, um ihre Verschuldung tragen zu können. Ansonsten riskieren sie, dauerhaft ihre Schulden zu steigern und schließlich kein Geld mehr beschaffen zu können. Sparen können die Unternehmen aber nur, wenn andere Sektoren dauerhaft „entsparen“, sich also verschulden.

In Deutschland stehen den Überschüssen der Haushalte und Unternehmen die Defizite des Staates und des Auslands gegenüber (Abbildung 2). Dies war in den 2000er-Jahren so, denn die Exporte lagen über den Importen, was eine Ersparnis für die Exporteure bedeutete, und die Staatsausgaben lagen über den Steuereinnahmen. In den 2010er-Jahren liefen die Exporte derart gut, dass auch der Staat einen Überschuss erzielte. Mit der Pandemie kehrten, als Folge gesteigerter Staatsausgaben und gesunkener Steuereinnahmen, die fiskalischen Defizite des Staates zurück, die danach mit der Rückkehr des Wachstums wieder kleiner wurden.

Wird die Wirtschaft als Kreislauf verstanden, in dem neues Geld entsteht, wenn der Staat Geld ausgibt, Banken Kredite vergeben oder Exporte ins Ausland verkauft werden, kann das Zusammenspiel staatlicher Entscheidungen die Wirtschaft beeinflussen und etwa zu Vollbeschäftigung und Preisstabilität führen.

VOLLBESCHÄFTIGUNG

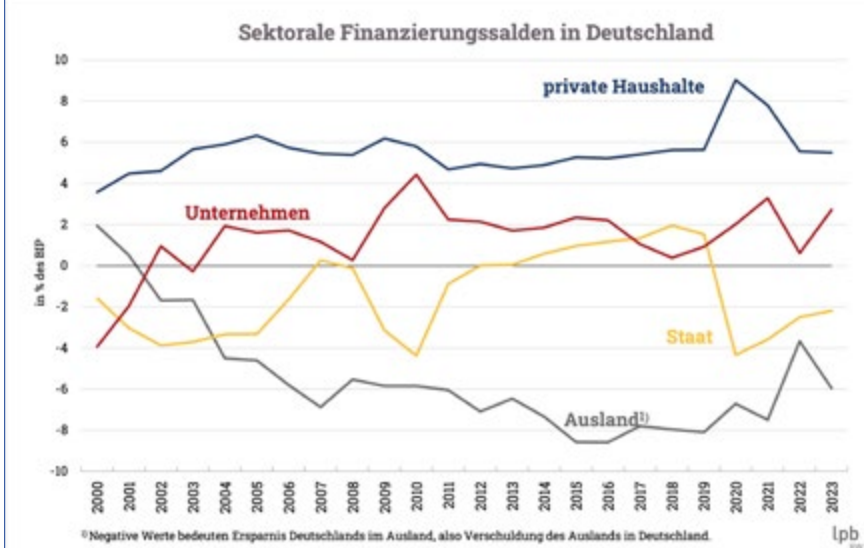
Mit Vollbeschäftigung, einem wichtigen Ziel der MMT, ist eine Situation gemeint, in der alle, die arbeiten wollen und können, einen Arbeitsplatz finden. Der Staat kann durch eine Erhöhung der Nachfrage die Anzahl der Arbeitsplätze erhöhen. Ihm ist, anders als privaten Akteuren, auch in konjunkturellen Schwächephasen zuzumuten, seine Ausgaben zu steigern. Die Bundesregierung ist folglich mit ihrer *Fiskalpolitik* hauptverantwortlich für die Wirtschaftspolitik.

Während zu geringe Staatsausgaben, zu hohe Steuerzahlungen und zu hohe Sparwünsche im privaten Sektor jeweils zu unfreiwilliger Arbeitslosigkeit führen können (Wray 2022, Kap. 8), lassen sich die Staatsausgaben ein-



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, Lizenz: cc by-sa/4.0/deed.de, <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/europa-wirtschaft/516436/staatsschulden-sollten-staatsausgaben-nicht-begrenzen/>

ABB. 2: FINANZIERUNGSSALDEN DER WIRTSCHAFTSSEKTOREN IN DEUTSCHLAND.



Quelle: Ameco Datenbank, Stand: November 2023; Werte 2023 Schätzung der EU-Kommission, eigene Darstellung.

fach und direkt politisch angehen. Der Erfolg einer expansiven Fiskalpolitik lässt sich dann in Form der Arbeitslosenzahlen aus statistischen Daten ablesen und ist so ein verlässlicher Indikator.

PREISSTABILITÄT

Da Unternehmen mittelfristig Gewinne erzielen müssen, richten sie ihre Preise an den Kosten aus. Wer also verstehen möchte, warum die Inflation steigt (oder fällt), der muss sich mit der Frage befassen, ob sich die Kosten der Unternehmen verän-

Zwar können zu hohe Ausgaben die Angebotsseite überfordern, wenn das Produktionspotenzial schon ausgelastet ist. Dies war jedoch lange nicht mehr der Fall. Die meisten „Inflationen“ werden eher durch eine Veränderung der Kosten der Unternehmen verursacht. Kein Auslöser für Inflation ist jedoch die Veränderung der Geldmenge, die sich nur an Preisveränderungen anpasst. Bei höheren Preisen werden wir mehr Bargeld halten und Unternehmen leihen sich mehr Geld per Kredit, um ihre Produktion zu höheren Kosten zu finanzieren. Sonst müssten private Unternehmen bei der Preissetzung auf die Geld-

Der Staat hat sehr viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten, als es die meisten Lehrbücher der VWL vermitteln.

dert haben oder deren Gewinnaufschlag. Jede Inflation ist anders, denn mal sind es Energiekosten, deren Anstieg die Inflation treibt (z. B. 1970er-Jahre und 2021-2023), mal sind es steigende Gewinne oder Löhne oder sonstige größeren Kostenfaktoren. Inflation wird dadurch reduziert, dass man die Kostenveränderungen neutralisiert, z. B. durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, der die Abhängigkeit vom internationalen Erdgaspreis reduziert.

mengenaggregate der Bundesbank schauen – eine amüsante Behauptung, die wohl jeder Grundlage entbehrt.

REZESSIONEN UND KRISEN

Rezessionen sind definiert als Rückgang des BIP. Die Produktion wird bestimmt durch die Ausgaben für Güter und Dienst-

leistungen. Eine Rezession kann die Folge sinkender Staatsausgaben sein oder auch sinkender privater Investitionen. Das wesentliche Problem ist die unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Diese kann auf Grundlage der Erkenntnisse der MMT durch eine Steigerung der Staatsausgaben beseitigt werden. Eine Jobgarantie, also ein staatliches Arbeitsangebot an Arbeitslose, könnte die unfreiwillige Arbeitslosigkeit sogar dauerhaft auf null reduzieren. Private Investitionen und privater Konsum hängen dabei von den Staatsausgaben sehr viel mehr ab als vom Zins. Die Nachfrage wird also durch Fiskalpolitik gesteuert, ob wir das wollen oder nicht. Dies haben wir in den 2010er-Jahren in der Eurozone gesehen, als Nullzinsen nicht zu Wachstum führten. Erst das Ende der Austeritätspolitik 2014 brachte die europäische Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs.

FAZIT

Die MMT geht zurück auf Warren Mosler und seine Ideen zur Geldschöpfung Anfang der 1990er-Jahre (Mosler/Ehnts 2023). Sie bietet eine analytische Linse auf die Wirtschaft, welche auf das Geldsystem fokussiert. Dabei wird deutlich, dass der Staat sehr viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten hat, als es die meisten Lehrbücher der VWL vermitteln. In der Wirtschaftspolitik sind Staatsausgaben das zentrale Instrument, um Vollbeschäftigung zu erreichen und Rezessionen zu bekämpfen. Eine Zahlungsunfähigkeit der Bundesregierung ist nicht möglich, solange die (staatliche) Zentralbank als Geldschöpfer mit dem Monopol über staatliche Währung kooperiert.

Die Grenzen der Wirtschaft sind durch Ressourcen wie Arbeitskräfte, Rohstoffe, Energie und Produktionskapazitäten vorgegeben, nicht jedoch durch einen „fiskalischen Spielraum“ des Staates. Schuldenbremse und Defizitregeln führen daher zu Minderausgaben des Staates, was z. B. die niedrigen öffentlichen Investitionen erklärt. Eine Transformation wäre wohl nur möglich, wenn diese Regeln durch andere Regeln ersetzt werden, welche auf Ressourcenknappheit fokussieren statt auf das fiskalische Defizit des Staates. Die Zentralbankunabhängigkeit bleibt davon unberührt.

LITERATURHINWEISE

Ehnts, Dirk (2023): Makroökonomik: Wirtschaftstheorie für das 21. Jahrhundert. Springer.

Kelton, Stephanie (2021): Der Defizit-Mythos: Die Modern Monetary Theory

und die Gestaltung einer besseren Wirtschaft. Lola Books.

Mosler, Warren/Dirk Ehnts (2023): Moderne Geldtheorie: Essays zu Modern Monetary Theory. De Gruyter.

Wray, L. Randall (2022): Modern Money Theory: Ökonomische Revolution oder Geldflutung? Eine Einführung. Börsenbuchverlag.

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Ralf Engel in Zusammenarbeit mit Florian Benz)

BILDUNGSPLANBEZUG GEMEINSCHAFTSKUNDE

Grundlagen der Wirtschaftspolitik

(4) die Konzepte der Angebots- und der Nachfrageorientierung zur Wachstumsförderung vergleichen

Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik: Fiskalpolitik

(14) Funktionen des Staatshaushalts erläutern (gesamtwirtschaftliche Funktion, verteilungs- und sozialpolitische Funktion, Verwirklichung politischer Ziele, Bedarfsdeckung)

(15) die Konzepte der kontraktiven und der expansiven Fiskalpolitik vergleichen

(16) Maßnahmen der Fiskalpolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten

(17) mögliche Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Politikfeldern Fiskal-, Wachstums-, Beschäftigungs- und Geldpolitik darstellen

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. Wahr oder falsch? Beantworten Sie die Fragen zum Text mittels **Moodle Mo1**.

2. Stellen Sie dar, wie Dirk Ehnts zufolge Papiergeld historisch entstand.

3. Erläutern Sie die Grenzen der Staatsausgaben, wie sie im Text beschrieben werden.

4 a) „Wenn der Staat sich verschuldet, spart der Rest der Wirtschaft“. Analysieren Sie diese Aussage ausgehend von **Abbildung 2**.

b) „Man kann gesamtwirtschaftlich nicht sparen.“ Überprüfen Sie diese These anhand von M 2.

5. Arbeiten Sie die Rolle der Steuern in der MMT heraus.

6. New York City führte im 18. Jahrhundert eine neue, lokale Währung ein, um das Leitungssystem zu erneuern und für sauberes Trinkwasser zu sorgen (vgl. **Moodle Mo2**). Vergleichen Sie diese Maßnahme mit den Ausführungen im Basistext.

7. „Dabei wird deutlich, dass der Staat sehr viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten hat, als es die meisten Lehrbücher der VWL vermitteln.“ Erstellen Sie eine Rangliste mit den fünf wichtigsten Aufgaben, die der Staat wahrnehmen sollte. Vergleichen Sie diese anschließend in der Klasse.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

Finanzpolitik für eine sozial- ökologische Transformation?

1 a) Vergleichen Sie Aspekte der Finanzpolitik der USA und Deutschlands anhand von M 1.

b) Stellen Sie arbeitsteilig in kurzen, stichwortartigen Wirkungsketten dar, wie eine solche Politik zu wirtschaftlichem Erfolg führen kann.

Hinweise zur Methode „Wirkungskette“ finden Sie auf **Moodle Mo3**.

c) Überprüfen Sie Ihre Mutmaßungen anhand von M 2.

2. Erstellen Sie arbeitsteilig eine auf Daten gestützte Präsentation, in der Sie

- als Mitglied der Jugendorganisation der FDP (in D)/der Demokraten (in den USA) den eingeschlagenen finanzpolitischen Weg unterstützen.
- als Mitglied der Jugendorganisation der/einer Oppositionspartei den eingeschlagenen finanzpolitischen Weg kritisieren.

Berücksichtigen Sie dabei z. B. folgende (Konjunktur-)Daten: Arbeitslosenquote – Wirtschaftswachstum – Umsätze Einzelhandel – Arbeitslosen-/ Erwerbslosenquote – Konsumausgaben – Verbraucherpreise/ Inflation – Auftragseingänge – Staatsschuldenquote – Rendite 10-jähriger Staatsanleihen.

Differenzierung: Mögliche Daten (inkl. Links) findet man auf **Moodle Mo4**.

3. Überprüfen Sie ausgehend von M 3, ob bzw. inwiefern Aspekte der MMT in den beiden Ländern zum Tragen kommen.

Vertiefung: Die Zusammenhänge der MMT findet man auf **Moodle Mo5** sowie in diesem Video: **Maurice Höfgen: MMT kurz gefasst:** 🌐 (16.04.2024).



4. Manche Ökonomen wie der ehemalige „Wirtschaftsweise“ Peter Bofinger schlagen als Medizin für den „kran-

ken Mann Europas“ Wachstum mit „staatlichen Schulden“ vor. Führen Sie ausgehend von den vorliegenden Materialien eine Pro- und Contra-Diskussion durch, ob die Schuldenbremse abgeschafft bzw. reformiert werden soll.

Informationen zur Diskussion um die Schuldenbremse findet man auch in dem Beitrag von **Mühlenweg/Sigl-Glöckner S. 24 ff.** und den dazugehörigen Materialien.

Vertiefung: „Nicht der Steuerzahler finanziert den Staat, der Staat finanziert den Steuerzahler.“ Überprüfen Sie diese Aussage von Maurice Höfgen (M 3) anhand einer Monopoly-Adaption auf **Moodle Mo6**.

Quellen:

- <https://www.deutschlandfunk.de/inflation-reduction-act-anti-inflationsprogramm-inflationsbekaempfungsgesetz-100.html>
- <https://news.sky.com/story/we-can-certainly-afford-two-wars-us-treasury-secretary-says-12985335>
- <https://www.youtube.com/watch?v=5ZG7LMxLDyg>
- <https://shop.freiheit.org/#/Publikation/1716>

M2a CHRISTIAN LINDNER: DIE SCHULDENBREMSE HAT EINE HÖHERE WEISHEIT, IN: DER SPIEGEL 03.11.2023

[...] **Erstens ist die Schuldenbremse geltendes Verfassungsrecht.**

Man mag es bedauern oder begrüßen, aber die Achtung der Fiskalregeln liegt nicht im Ermessen des Finanzministers oder der Haushaltspolitiker der Koalitionsfraktionen. Es bräuchte eine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag und im Bundesrat, um die Finanzverfassung zu ändern. Zudem gelten über diese nationalen Regeln hinaus auch noch europäische Vorgaben, die exzessive Defizite unseres Landes untersagen.

Ausnahmen von der geltenden Schuldenbremse müssen gut begründet werden – und werden vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe geprüft. Um die Schuldenbremse aussetzen zu können, müssen außergewöhnliche Notlagen herrschen, die sich dem Einfluss des Staates entziehen. Herausforderungen wie etwa der Klimaschutz oder die Transformation zählen nicht dazu. Sie sind strukturelle und langfristige Aufgaben, die der Staat planvoll in seiner Finanzpolitik abbilden kann. [...]

Die Stärkung der Bundeswehr erfolgt mit einem Sonderprogramm, das im Grundgesetz verankert ist und insofern schon dadurch seinen einmaligen Ausnahmeharakter beschreibt. [...]

Zweitens schützt die Schuldenbremse unsere Handlungsfähigkeit.

Eine höhere Verschuldung engt zunehmend die Spielräume des Staates durch höhere Zinsausgaben und den von den Finanzmärkten bestimmten Grenzen der Verschuldung ein. Dies gilt umso mehr im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld, das sich in den

vergangenen zwei Jahren fundamental verändert hat. Die Zinsen sind deutlich gestiegen. [...] Geld, das für andere Aufgaben fehlt.

[...] Denn bei steigenden Kosten für den Zins sinkt die Höhe der maximalen Staatsschulden, die noch tragbar sind. Mit steigender Schuldenquote müssten irgendwann Ausgaben gekürzt oder Steuern erhöht werden, um Zinsen zu zahlen. Das würde den Haushalt strangulieren. [...]

Nachhaltig solide Staatsfinanzen sichern auch unsere Glaubwürdigkeit gegenüber den Kapitalmärkten.

Drittens zwingt uns die Schuldenbremse zur Prioritätensetzung.

Oft wird behauptet, die Begrenzung der Staatsverschuldung würde zur Vernachlässigung der Infrastruktur oder anderer öffentlicher Güter führen. Dieses Argument kann man historisch und aktuell widerlegen. Im vergangenen Jahrzehnt hatte Deutschland die Schuldenbremse mit der »schwarzen Null« übererfüllt und sogar Milliarden an Rücklagen angelegt – Geld für Bundeswehr, Straßen, Schienen und digitale Netze wäre also vorhanden gewesen. Dennoch wurden diese Bereiche vernachlässigt. Umgekehrt sind im Haushaltsentwurf für 2024 mit 54 Milliarden Euro Investitionen in Rekordhöhe vorgesehen. Zum Vergleich: Im Vorkrisenjahr 2019 waren es nur gut 37 Milliarden Euro. Die Investitionsquote im Haushalt steigt von 10 auf 12 Prozent – trotz oder eben wegen der Schuldenbremse.

Tatsächlich werden wichtige Vorhaben in der Regel nicht durch mangelnde Haus-

haltungsmittel gebremst, sondern durch Verwaltungsverfahren. Jedenfalls bleiben in jedem Jahr große Reste nicht genutzter Finanzmittel übrig. Ohnehin hilft es meist nicht, einfach mehr Geld einzuplanen. Schließlich müssen auch die Kapazitäten in einer Volkswirtschaft vorhanden sein, um die Finanzmittel in Straßen, Schienen, Netze und Energieinfrastruktur umzusetzen. Der ungestillte Appetit, immer mehr staatliche Mittel einzusetzen bei begrenzten Kapazitäten, würde Mitnahmeeffekte provozieren, Preise treiben und private Vorhaben verdrängen. [...]

Die Schuldenbremse ist also keine Investitionsbremse. Sie erfordert nur Entscheidungen, was dringlich und wichtig ist und was später erfolgen oder unterbleiben muss. So werden durch einen demokratischen Aushandlungsprozess die öffentlichen Mittel einer möglichst effizienten Verwendung zugeführt.

Viertens bremst die Schuldenbremse nicht das Wachstum der Wirtschaft.

Weder höhere öffentliche Ausgaben noch ein Konjunkturprogramm auf Pump sind im aktuellen Umfeld angezeigt. Deutschland braucht höhere Investitionen, allerdings erfolgen die meisten Investitionen nicht durch den Staat, sondern im privaten Sektor. Für sie müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern, denn Kapital wird nur dann mobilisiert, wenn es sich rentiert.

Die meisten Maßnahmen dafür kosten kein oder wenig Geld: Ein Stopp neuer Bürokratie, schnellere Planungs- und Geneh-

migungsverfahren, Aktivierung benötigter Fach- und Arbeitskräfte, Freihandelsabkommen oder gezielte steuerliche Anreize für Investitionen und Forschung. [...] Wenn wir dagegen etwa die Treffsicherheit des Sozialstaats verbessern und Subventionen reduzieren würden, wären die Mittel für eine breitflächige Steuersenkung verfügbar [...].

Ein zusätzlicher Konjunkturimpuls würde bei angebotsseitigen Einschränkungen tendenziell nur die Preise erhöhen. [...]

Fünftens veranlasst uns die Schuldenbremse zu wirksamem Klimaschutz.

Er ist eine Überlebensfrage der Menschheit. Für ihn werden wir die Art unseres Lebens und Wirtschaftens nachhaltig verändern müssen. Die sogenannte »Transformation«

wird deshalb vielfach bemüht, um die Schuldenbremse aufzuheben und so Finanzhilfen und Subventionen bezahlen zu können.

[...] Natürlich sind gezielte staatliche Finanzhilfen in transformativen Bereichen erforderlich. Sie sollten allerdings im Rahmen der Schuldenbremse ermöglicht werden. Grundsätzlich ist es nicht ratsam, alle Veränderungsprozesse am grünen Tisch mit staatlichen Plänen steuern und über Subventionen finanzieren zu wollen. Wir sollten stärker auf marktwirtschaftlichen Ideenwettbewerb und Erfindergeist setzen und darauf vertrauen, dass dadurch der Klimaschutz beschleunigt wird. Der CO₂-Emissionshandel ist das richtige Instrument, um deren Kraft in den Dienst der natürlichen Lebensgrundlagen zu stellen.

Sechstens ist die Schuldenbremse ein Gebot der Generationengerechtigkeit.

In einer alternden Gesellschaft, die großen Herausforderungen gegenübersteht, etwa durch geopolitische Veränderungen oder ambitionierten Klimaschutz, wird es schwer, die Wertschöpfung hochzuhalten. Umso mehr wiegt die Last der Staatsverschuldung auf den Schultern einer geringeren Zahl an wirtschaftlich aktiven Menschen. Sie würde schwerer wiegen als heute oder in der Vergangenheit.

© <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/christian-lindner-die-schuldenbremse-hat-eine-hoehere-weisheit-gastbeitrag-a-cc56978a-8702-4094-9b27-df0da7fd8550> (16.04.2024).

M2b PAUL MIDDELHOFF: DAS IST AMERIKAS GROSSE, NEUE WIRTSCHAFTSVISION, IN: DIE ZEIT 05.07.2023

[...] Joe Biden [rollt] eine grundlegend neue ökonomische Agenda aus: In der vergangenen Woche präsentierte er in Chicago mit den *Bidenomics* die Antwort des progressiven Lagers auf die in den Trump-Jahren sichtbar gewordenen Bruchlinien in der amerikanischen Gesellschaft.

„Diese Vision ist ein fundamentaler Bruch mit der ökonomischen Theorie, die Amerikas Mittelschicht seit Jahrzehnten hängen gelassen hat“ – so begründet Biden seine Abkehr von den *Trickle-Down-Economics* der Reagan-Jahre und dem Glauben, dass eine deregulierte und weitgehend steuerbefreite Wirtschaftselite schon ausreichend Profit generieren werde, damit auch die unteren Einkommensschichten etwas davon abbekommen. «Es ist nicht viel von diesem Geld auf dem Küchentisch meines Vaters gelandet, als ich aufwuchs», sagt Biden. [...]

Die Inszenierung als der Arbeitersohn aus Scranton in Pennsylvania unterlegt Biden mit einer neuen Definition der Rolle des Staates. Er geißelt den jahrzehntelangen Rückbau öffentlicher Investitionen und die von der Politik protegierte Profitlogik des amerikanischen Markts. In der Rolle es keine Rolle, wo Dinge hergestellt würden, solange Konzerngewinne maximiert würden – auch wenn das in den vergangenen Jahren immer wieder bedeutete, dass ganze Regionen in den USA plötzlich ihre Existenzgrundlage verloren haben, weil Branchen die Produktion ins Ausland verlagerten. [...]

Ihre Aktualität gewinnen die *Bidenomics* aus der Verschränkung der sozialen Frage mit der Ökologie. Im August 2022 hat die Biden-Regierung den Inflation Reduction Act verabschiedet, ein gewaltiges Investitionsprogramm, das staatliche Ausgaben in Höhe von mindestens 394 Milliarden US-Dollar für klimafreundliche Technologien vorsieht, den Unternehmen aber gleichzeitig Bedingungen stellt: Die vollen Subventionen bekommt nur, wer seinen Arbeiterin-

nen und Angestellten faire Löhne bezahlt. Besonders gefördert werden Unternehmen, die für ihre Produkte Komponenten verwenden, die in den USA hergestellt werden – dieser im Vergleich zu den Trump-Jahren sanfte Protektionismus soll dafür sorgen, dass nicht zuerst chinesische oder europäische Konzerne, sondern US-Unternehmen Geld verdienen.

[E]in starker Staat, der die Energiewende herbeisubventioniert und dabei den deindustrialisierten Regionen des Landes neues Leben einhaucht – das ist der Plan. [...]

Zwischenzeitlich hatte Olaf Scholz ähnlich große Erwartungen geweckt: „Wegen der hohen Investitionen in den Klimaschutz wird Deutschland für einige Zeit Wachstumsraten erzielen können, wie zuletzt in den Fünfziger- und Sechzigerjahren geschehen“, versprach auch er im Frühjahr. Die deutsche Realität aber sieht anders aus: Da steht er einer Koalition vor, [...] zu der ein Finanzminister gehört, der soeben angekündigt hat, die Bundeshaushalte der kommenden Jahre noch einmal deutlich stützen zu wollen, während der Mindestlohn trotz Inflation um bloß 42 Cent pro Stunde ansteigt. Ein Sich-Abfinden mit der weitgehenden Tatenlosigkeit in entscheidenden Sektoren wie dem Verkehr, und Gesetze, von denen klar ist, dass sich die Klimaziele mit ihrer Hilfe nicht einhalten lassen werden.

Auch die *Bidenomics* sind vorerst bloß eine Wette. Ob sie aufgeht, lässt sich frühestens in zehn Jahren sagen – so lange läuft die Förderung aus dem Inflation Reduction Act [...].

Dass der Inflation Reduction Act nun in der Phase der Implementierung nicht von den Bundesstaaten torpediert wird, liegt an der strategischen Ausrichtung des Pakets: Der weit überwiegende Teil des Geldes fließt in rote, also republikanisch dominierte Regionen wie Texas, Teile Ohios oder den Süden von West Virginia. Gerade dort hat die Deindustrialisierung besonders tiefe Wun-

den geschlagen. Das Gesetz lässt sogenannten *Energy Communities* nun besondere Förderungen zukommen. Den Milliarden-Investitionen in ihre Bundesstaaten können sich selbst republikanische Gouverneure nicht versperren. Die *Bidenomics* bauen hier auf die resolute Logik: Je mehr Geld, desto weniger Widerstand.

Ohne Scheu setzt die US-Regierung dabei auf Neuverschuldung, die Klimawende wird konsequent auf Pump finanziert. Hätten die USA einen Finanzminister wie Christian Lindner und eine in der Verfassung festgeschriebene Schuldenbremse, gäbe es den Inflation Reduction Act wohl heute nicht. [...] Experten wie der Ökonom Todd Tucker sind aber überzeugt, dass das Geld, das die Biden-Regierung derzeit über dem Land ausgießt, nicht versickert, sondern sich mit Zeitverzögerung sogar vermehrt und in den Staatshaushalt zurückfließt. „Wir gehen davon aus, dass die Investitionen ein Vielfaches der ursprünglichen Summe an Investitionen freisetzen werden, außerdem enthält das Paket eine neue Mindest-Körperschaftsteuer.“

[...] Und auch die Sicht auf die Rolle der Bürgerinnen und Bürger unterscheidet die *Bidenomics* vom Ansatz der Ampel: Der Einzelne muss nichts für den Klimawandel tun: Das mag zwar physikalisch nicht stimmen und ist doch inhärenter Teil der *Bidenomics*. Wie Olaf Scholz will auch Joe Biden möglichst vermeiden, dass die Bürger den Eindruck bekommen, der Staat zwingt ihnen eine neue Lebensweise auf. Während im deutschen Diskurs die individuelle Verantwortung immer wieder zumindest von den Grünen betont wird – eben weniger zu fliegen, Auto zu fahren, Fleisch zu essen und überhaupt weniger zu konsumieren –, schweigt sich die Biden-Regierung darüber aus. Das macht das Regieren deutlich leichter. [...]

© <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-07/usa-bidenomics-joe-biden-industriepolitik-ampel-koalition> (16.04.2024).

- Einem Staat wird das Geld von seiner Zentralbank immer in der notwendigen Menge zur Verfügung gestellt. [...]
- Woher holen die Zentralbanken das Geld? [...] Sie schreiben das Geld dem Konto des Staates durch einen Computereintrag gut. Das ist alles. Das Geld wurde „aus dem Nichts“ geschaffen.
- Ein Staat kann deshalb in seiner eigenen Währung mehr ausgeben, als er einnimmt. Er muss nicht wie ein privater Schuldner seine Schulden zurückzahlen. [...]
- Der Staat bringt sein Geld in Umlauf, indem er von seinem Konto bei der Zentralbank seine Rechnungen (z.B. für den Bau einer Straße) bezahlt.
- Bürger akzeptieren dieses Geld, weil sie wissen, dass der Staat von ihnen verlangt, dass sie damit ihre Steuern bezahlen. Der Bürger braucht also das Staatsgeld.
- Ein souveräner Staat hat nur eine Finanzierungsquelle, das ist das von seiner Zentralbank auf seinem Konto zur Verfügung gestellte Geld. Diese These widerspricht allen üblichen Meinungen, ist aber zwingend.
- Steuern können keine Finanzierungsquelle sein: Der Staat muss den Bürgern erst sein Geld gegeben haben, indem er z. B. etwas von ihnen gekauft hat. Erst dann ist der Bürger in der Lage, seine Steuern zu zahlen. Mit Steuern verteilt der Staat zwischen sozialen Gruppen um und kann zur Inflationsvermeidung nachfragewirksames Geld abschöpfen. Er sammelt nur zum Teil wieder ein, was er vorher ausgegeben hat.
- Auch Staatsanleihen können keine Finanzierungsquelle sein: Banken können dem Staat nur Geld leihen, das sie vorher von ihm oder seiner Zentralbank bekommen haben.
- Die Erreichung eines bestimmten Schuldenstandes, eigentlich Kontostandes bei der Zentralbank, kann nie das Ziel sinnvoller Politik sein. Der Schuldenstand ist ein Nebeneffekt staatlichen Handelns.
- Wenn der Staat Geld für Infrastrukturprojekte oder für Soziales ausgeben will, dann kann er das immer tun. Er wird in dem Augenblick „sparen“ - das heißt, seine Ausgaben reduzieren und eventuell die Steuern erhöhen -, wenn er durch diese Maßnahmen eine überhitzte Wirtschaft abkühlen und Inflation vermeiden will. Er muss aber nicht „sparen“, weil er Geld braucht.
- Inflation ist keine Folge staatlicher Verschuldung. Inflation entsteht, wenn die gesamtwirtschaftliche (private und staatliche) Nachfrage größer ist als das Produktionspotential einer Volkswirtschaft.
- Zukünftige Generationen leiden nicht unter dem Schuldenstand, können aber von den heutigen Investitionen des Staates profitieren.
- Ein Staat mit einer eigenen Währung ist unabhängig von den Kapitalmärkten.
- Im Euroraum haben die Staaten die Souveränität über ihre Währungen abgegeben. Der Euro ist nicht ihre eigene Währung, weil die Staaten den Euro nicht jeweils selbst emittieren. [...]

© Freiburger Diskurse e.V, https://www.freiburger-diskurse.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Zusammenfassung_Webinar_Staatsverschuldung.pdf (16.04.2024).

M4 ÖKONOM ISSING WARNT VOR DEM HYPE UM DIE „MODERN MONETARY THEORY“, INTERVIEW VON BERT LOSSE, WIRTSCHAFTSWOCHE 24.10.2020

WirtschaftsWoche: Professor Issing, die so genannte „Modern Monetary Theory“ (MMT) wird gerade unter Geldpolitikern heiß diskutiert. Welchen Stellenwert hat sie tatsächlich in der modernen Wirtschaftswissenschaft?

Otmar Issing: Moderne Monetäre Theorie – das klingt äußerst anspruchsvoll. Hinter dem hochtrabenden Titel verbirgt sich jedoch eine ebenso einfache wie gefährliche Botschaft. Diese lautet im Kern: Die Regierung entscheidet darüber, welche Ausgaben für welche Projekte sie tätigen will, bis Vollbeschäftigung erreicht ist – ohne sich Gedanken über die Finanzierung machen zu müssen. Die Notenbank stellt das benötigte Geld zur Verfügung, und zwar nicht als Kredit, sondern als Geschenk. Kurzum: Finanzierung der Staatsausgaben über die Notenpresse. Für mich erfüllt MMT nicht den Anspruch, eine diskussionswürdige Theorie zu sein [...].

Unter den Demokraten in den USA gibt es gleichwohl viele MMT-Sympathisanten [...]. Bernie Sanders hatte in der Tat MMT in sein Programm aufgenommen, und es gibt in den Reihen der Demokraten nicht wenige Anhänger. [...] Die Vorliebe der Demokraten - und generell vieler Linker weltweit - für MMT hat einen einfachen Grund: Es existieren so viele öffentliche Projekte etwa für mehr Beschäftigung, bessere Umwelt und größere Gerechtigkeit, die an der fehlenden Finanzierung scheitern. [...]

Konkret: Welche Denkfehler werfen Sie der MMT vor?

Wenn es keine Begrenzung der Finanzierung von Staatsausgaben gibt, also die Budgetbeschränkung wegfällt, dann öffnet sich für die Regierung, die gerade an der Macht ist, für einige Zeit eine Art Schlaraffenland für die Staatstätigkeit. Alles was wünschbar ist, scheint möglich. Der Wettlauf im Geldausgeben muss unweigerlich in der Inflation enden. Damit schließt sich die Tür dann wieder und die Bürger zahlen die Zeche über eine hohe Inflation.

Führende MMT-Vertreter behaupten das Gegenteil.

Die MMT erkennt das Inflationsproblem und sieht daher vor, dass die Regierung beziehungsweise das Parlament die Steuern erhöht, um gegebenenfalls so viel Geld aus dem Verkehr zu ziehen, dass es nicht zur Inflation kommt. Man stelle sich vor: Zunächst gibt es keine finanzielle Beschränkung für die Staatsausgaben, und dann sollen plötzlich nicht nur die Ausgaben der öffentlichen Hand beschränkt, sondern sogar Steuern erhoben werden, nur um Geld stillzulegen? Eine naivere Vorstellung des politischen Prozesses in einer Demokratie kann man sich kaum vorstellen. Und ab welcher Inflationsrate soll der Einzug von Geld starten, wo doch so viele bereits beschlossene wunderbare Projekte noch in der Pipeline sind? Inzwi-

schen dürften sich die Inflationserwartungen bereits in Löhnen, Zinsen und zahlreichen Vereinbarungen niedergeschlagen haben. Das Abstoppen eines einmal in Gang gesetzten Inflationsprozesses ist dann nur unter erheblichen gesamtwirtschaftlichen Kosten möglich – nicht zuletzt steigender Arbeitslosigkeit.

Kann das Konzept in einem institutionellen System mit unabhängigen Notenbanken funktionieren?

Eine Notenbank, die keinerlei Kontrolle über die Geldschöpfung besitzt, kann man nun wirklich nicht unabhängig nennen. In Zeiten des politischen Chaos werden alle Regeln außer Kraft gesetzt. Es herrscht der Notstand. Dazu passt dann auch der Vorschlag der MMT.

Otmar Issing ist Präsident des Center for Financial Studies (CFS) in Frankfurt, ein der Goethe-Universität angegliedertes Forschungsinstitut, das sich auf Finanzmarktanalysen und monetäre Ökonomie spezialisiert hat. Zuvor war der renommierte Ökonom und Lehrbuchautor lange Jahre Chefvolkswirt und Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank.

© <https://www.wiwo.de/politik/ausland/alternative-geldpolitik-mmt-oekonom-issing-warnt-vor-dem-hype-um-die-modern-monetary-theory/26290998.html> (16.04.2024).

DER BEUTELSBACHER KONSENS IM WIRTSCHAFTSUNTERRICHT IST NACH DER KRISE STETS VOR DER KRISE?

STEPHAN SCHULMEISTER

Zwei Hauptfragen stehen im Zentrum dieses Artikels. Erstens: Unter welchen Rahmenbedingungen ist eine kapitalistische Marktwirtschaft besonders krisenanfällig, und wann entwickelt sie sich vergleichsweise stabil? Zweitens: Stellen die großen ökonomischen Krisen der letzten Jahrzehnte von den „Ölpreisschocks“ der 1970er-Jahre bis zur Finanzkrise 2008 lediglich große „Betriebsunfälle“ dar oder sind sie systemisch bedingt?

PROSPERITÄT UND KRISE IN DER KAPITALISTISCHEN ENTWICKLUNG

Antworten auf die erste Frage lassen sich aus einem Vergleich von kapitalistischen Prosperitäts- bzw. Krisenphasen ableiten. Eine besondere Rolle spielt dabei die jeweils dominante Wirtschaftstheorie, also das ökonomische Paradigma. Denn Theorien verarbeiten einerseits die jeweils jüngste Entwicklung und prägen andererseits – zum Mainstream geworden – die nachfolgende Entwicklungsphase. Dabei zeigt sich folgende Wechselwir-

*„Nach schweren
Wirtschaftskrisen
gewinnen solche Theorien
an Einfluss, welche die
Notwendigkeit einer
Regulierung [...] betonen.“*

kung: Nach schweren Wirtschaftskrisen gewinnen solche Theorien an Einfluss, welche die Notwendigkeit einer Regulierung oder sogar Überwindung einer kapitalistischen Marktwirtschaft betonen. Darauf folgende Phasen einer stabilen Wirtschaftsentwicklung lassen die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus in Vergessenheit geraten und stärken (neo-)liberale Theorien, welche eine Zurückdrängung des Einflusses der Politik einfordern.

So expandierte in der ersten „Gründerzeit“ nach 1848 die Realwirtschaft (Eisenbahn, Industrie, Städtebau), gleichzeitig dominierte auf den Universitäten und in der Politik der klassische Liberalismus. Dieser förderte in den 1860er-Jahren einen Boom von Bankgründungen und exzessive Immobilien- und Aktienspekulation, die schließlich im Börsen- und Bankencrash von 1873 ein Ende fand. In der nachfolgenden „langen Depression“ gewannen Doktrinen an Einfluss, welche den Kapitalismus durch Wohlfahrtspolitik zügeln wollten (Einführung einer Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung im Deutschen Reich) oder seine

endgültige Überwindung anstrebten (sozialistische Theorien der Arbeiterbewegung).

In der „belle époque“ zwischen 1890 und 1914 förderten stabile Finanzmärkte (feste Wechselkurse durch den Goldstandard, Zinssätze unter der Wachstumsrate) die Expansion der Realwirtschaft. Diese fiel im Deutschen Reich besonders stark aus, nicht zuletzt dank verbesserter sozialer Sicherheit, einer aktiven Industriepolitik und eines Verbots von Termingeschäften. Auf akademischem Boden setzte sich gleichzeitig die (Allgemeine) Gleichgewichtstheorie in Gestalt der „Neoklassik“ durch. Demnach würde die freie Preisbildung auf allen Märkten angebotene und nachgefragte Mengen in Übereinstimmung bringen (vgl. Beitrag von [Helge Peukert S. 8 ff.](#)). Auch nach Störungen würde eine Marktwirtschaft von selbst zu einem neuen Gleichgewichtszustand finden.

Das marktliberale Paradigma prägte die wirtschaftliche Entwicklung in den 1920er-Jahren: Ausgehend von den USA breitete sich die (finanzkapitalistische) Losung „Lassen wir unser Geld an der Börse arbeiten“ immer mehr aus, bis zum Crash im Oktober 1929 stiegen die Aktienkurse in den USA auf nahezu das Vierfache, danach sanken sie um 90 %. Der Börsencrash führte in eine Rezession, die sich durch die marktliberalen Empfehlungen zu einer Depression vertiefte: Staatsdefizite wurden durch eine Sparpolitik bekämpft, die Massenarbeitslosigkeit durch Kürzung von Löhnen und Arbeitslosengeld.

Die überzeugendste Erklärung der Großen Depression lieferte 1936 der englische Ökonom John Maynard Keynes mit seiner „General Theory“. Er war ein Liberaler und (daher) ein Anti-Sozialist, aber gleichzeitig überzeugt, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft aus sich heraus Krisen produziert, wobei der wichtigste Krisenherd immer die Finanzmärkte sind. Diese gelte es daher strikt zu regulieren. Die Produktionsbedingungen der Realwirtschaft sollten zusätzlich durch öffentliche Investitionen in die Infra-

*Für „Keynes [sind] der
wichtigste Krisenherd
immer die Finanzmärkte
[...]. Diese gelte es daher
strikt zu regulieren.“*

struktur verbessert und die Gesamtnachfrage durch Ausbau des Sozialstaats stabilisiert werden. Sollte es dennoch zu Einbrüchen kommen, müsse der Staat diese durch höhere Ausgaben ausgleichen und dafür auch Defizite in Kauf nehmen.

Bis Anfang der 1970er-Jahre folgte die Politik den Empfehlungen von Keynes: Bei festen Wechselkursen, insbesondere des Dollars als Leitwährung, stabilen Rohstoffpreisen (in Dollar), Zinssätzen unter der Wachstumsrate und „schlummernden“ Börsen konnte sich das Profitstreben nur in der Realwirtschaft entfalten. Diese realkapitalistischen Rahmenbedingungen ermöglichten anhaltende Vollbeschäftigung, den Ausbau von Sozialstaat und Infrastruktur bei gleichzeitig sinkender Staatsverschuldung – Wirtschaftskrisen gab es nicht ([Abbildung 1](#)).

Die Weltwirtschaftskrise und ihre katastrophalen Folgen hatten den Liberalismus in Misskredit gebracht. Doch schon

i INFORMATION

Termingeschäft

Börsengeschäft, das im Unterschied zum Kassageschäft erst zu einem späteren Zeitpunkt, aber zu den am Tag des Vertragsabschlusses fixierten Bedingungen (Lieferung, Zahlung) erfüllt wird. Gegenstand von Termingeschäften können Waren, Devisen, Wertpapiere und abstrakte Basiswerte (z. B. Aktienindizes) sein.

Quelle: Duden Wirtschaft von A bis Z, Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

INFORMATION

Dynamische Budgetbeschränkung

Liegt der Zinssatz unter der Wachstumsrate, so kann ein Schuldner (sektor) mehr Neukredite aufnehmen, als er an Zinsen für die schon bestehende (Alt)Schuld zu bezahlen hat. Liegt der Zinssatz hingegen über der Wachstumsrate, darf ein Schuldner nur weniger neue Kredite aufnehmen, als er an Zinsen für die bestehende Schuld zu zahlen hat (er muss einen Primärüberschuss erzielen). Anderenfalls würden seine Schulden rascher wachsen als das BIP, also „explodieren“. In einer kapitalistischen Marktwirtschaft sind die Unternehmen unter realkapitalistischen Rahmenbedingungen die wichtigsten Schuldner, weil sie damit ja Realinvestitionen finanzieren. Das Zins-Wachstums-Differenzial beeinflusst daher die Präferenz der Unternehmen für Realinvestitionen versus Finanzveranlagung und damit indirekt die gesamtwirtschaftliche Performance.

Quelle: Autor

Ende der 1930er-Jahre formierte sich eine Gruppe liberaler Intellektueller um den österreichischen Ökonomen Friedrich Hayek mit dem Ziel, eine Gegenoffensive gegen Sozialstaatlichkeit, Gewerkschaften, den Keynesianismus und damit auch gegen die Regulierung der Finanzmärkte vorzubereiten. Sie nannten sich „Neoliberale“, ihre „Bibel“ wurde Hayeks Bestseller „Der Weg zur Knechtschaft“ (1944), ihr wichtigstes Netzwerk die von Hayek 1947 gegründete „Mont-Pèlerin-Society“. Deren „Masterminds“ (darunter acht spätere Nobelpreisträger wie Friedrich August von Hayek oder Milton Friedman) nutzten die Zeit im Abseits zur Restauration der Gleichgewichtstheorie, aus der „handfeste“ Leitlinien für die Politik abgeleitet wurden: Die Finanz- und Arbeitsmärkte sind zu liberalisieren, der Sozialstaat ist zurückzubauen, die Gewerkschaften sind zu entmachten, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik sind schädlich.

Je länger die Prosperitätsphase dauerte, desto mehr geriet die Erinnerung an die Instabilität eines unregulierten Kapitalismus, insbesondere „freier“ Finanzmärkte, in Vergessenheit. Gleichzeitig hatten anhaltende Vollbeschäftigung und der Ausbau des Sozialstaats die Gewerkschaften gestärkt, die Lohnquote stieg, der linke Zeitgeist (die 68er-Bewegung) begünstigte die Sozialdemokratie, schließlich erklärte die aufkommende Umweltbewegung den Kapitalismus zum Auslaufmodell („Club of Rome“). Vor diesem – für die Vermögenden bedrohlichen – Hintergrund gelang es den neoliberalen „Masterminds“, ihren Einfluss in Medien und Politik auszuweiten.

Die Liberalisierung der Finanzmärkte wurde zum wirkungsmächtigsten Teil des neoliberalen Programms. Denn dadurch wurden Probleme geschaffen, insbesondere Arbeitslosigkeit und hohe Staatsverschuldung, welche die Schwächung von Sozialstaat und Gewerkschaften als „Sachzwang“ erscheinen ließen:

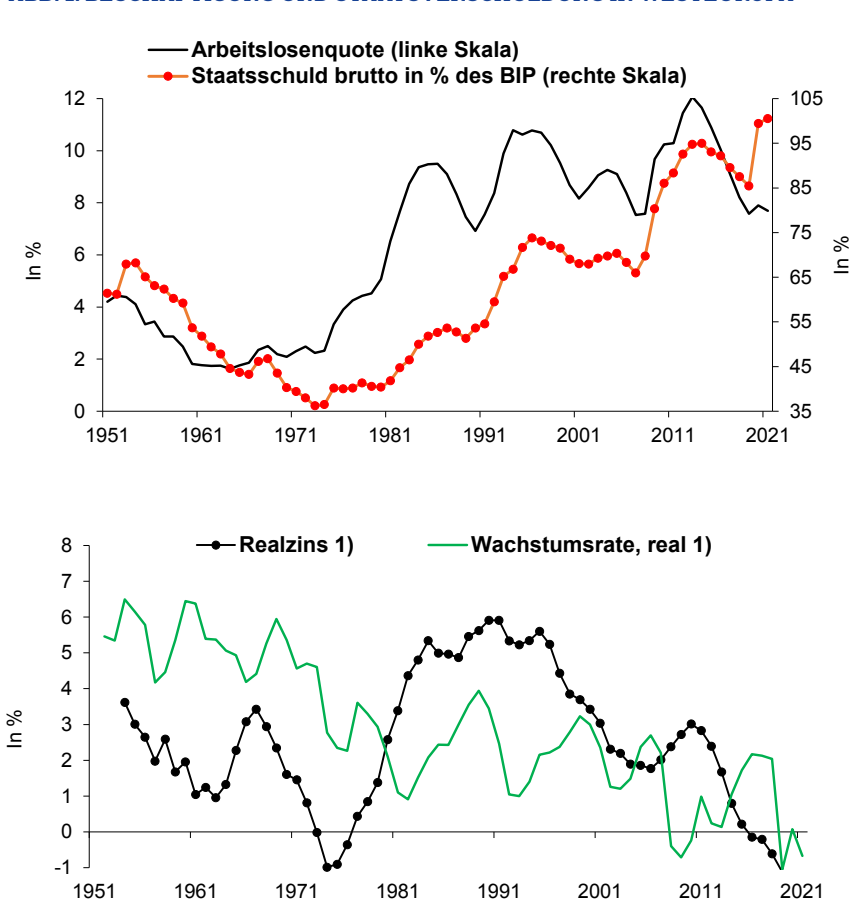
- Zwischen 1971 und 1973 sagte sich die US-Regierung vom System fester Wechselkurse los, um die eigene Wirtschaft zu beleben. Dies gelang auch durch eine Dollarabwertung um etwa 25 %, doch wurden dadurch die Erdölproduzenten am meisten benachteiligt, weil ihr einziges Exportgut in Dollar gehandelt wird. Sie reagierten 1973 mit einer Verdreifachung des Ölpreises, dem ersten „Ölpreisschock“. Dieser führte in die erste globale Rezession der Nachkriegszeit, Arbeitslosigkeit, Inflation und Staatsverschuldung stiegen.
- Diese Sequenz wiederholte sich zwischen 1976 und 1979. Die Weltwährung verlor wieder 25 % an Wert, die OPEC reagierte mit einem weiteren „Ölpreisschock“, die Weltwirtschaft schlitterte in eine Rezession. Diesmal erhöhten Notenbanken aber den Leitzins so extrem, dass er danach fast 35

Jahre lang über der Wachstumsrate lag (Abbildung 1).

- Instabile Wechselkurse, Rohstoffpreise und (überdies hohe) Zinssätze machten Realinvestitionen unsicher und Finanzspekulation attraktiv (massiv erleichtert durch die neuen Finanzderivate). Denn je stärker die Kurse von Währungen, Aktien, Anleihen oder Rohstoffderivaten schwanken, desto größer sind die (potenziellen) Gewinne von („schneller“) Spekulation. Die Dynamik der Realinvestitionen schwächte sich ab, das Wirtschaftswachstum sank von Jahrzehnt zu Jahrzehnt (vgl. Abbildung 1), Arbeitslosigkeit, atypische Beschäftigung und Staatsverschuldung stiegen.
- Verschärft wurde diese Entwicklung durch Finanzkrisen wie die Schuldenkrise Lateinamerikas 1982, jene in Ostasien 1997 oder die große Finanzkrise 2008 in den Industrieländern.

Fazit: Die Abfolge von Prosperität und Krise in den letzten 200 Jahre verdeutlicht, dass es „den“ Kapitalismus nicht gibt. Hinsichtlich seiner Erscheinungsformen ist ein Unterscheidungskriterium besonders wichtig: Lenken die Rahmenbedingungen die „kapitalistische Kernenergie“, das Profitstreben, auf Aktivitäten in der Realwirtschaft oder

ABB. 1: BESCHÄFTIGUNG UND STAATSVerschULDUNG IN WESTEUROPA



1) 3-Jahresdurchschnitt.
Quelle: OECD, Eurostat, WIFO.

auf die Finanzwirtschaft? Im (ersten) Fall einer realkapitalistischen „Spielanordnung“ sind die Finanzmärkte reguliert und es dominieren Wirtschaftstheorien, welche der Politik eine wichtige Rolle zuweisen, insbesondere in den Bereichen Finanzmarktregulierung, Infrastruktur, soziale Sicherheit und Konjunkturpolitik. Im (zweiten) Fall des Finanzkapitalismus dominieren Gleichgewichtstheorien, welche annehmen, dass eine freie Marktwirtschaft das ökonomische Optimum gewährleistet. Tatsächlich erwei-

„Tatsächlich erweisen sich die deregulierten Finanzmärkte als höchst instabil, beeinträchtigen die Entwicklung der Realwirtschaft und führen in schwere (Finanz-) Krisen.“

sen sich die deregulierten Finanzmärkte als höchst instabil, beeinträchtigen die Entwicklung der Realwirtschaft und führen in schwere (Finanz-) Krisen.

Die Aussage „nach der Krise ist vor der Krise“ trifft daher nur auf den Finanzkapitalismus zu, in realkapitalistischen Phasen wie 1848/1873, 1890/1914 oder 1950/1971 traten hingegen keine Krisensequenzen auf.

DIE GROSSEN KRISEN SEIT 1971 UND IHRE SYSTEMISCHEN URSACHEN

Die finanzkapitalistischen Phasen zwischen 1865 und 1873 bzw. zwischen 1923 und 1929 dauerten nur wenige Jahre, in denen Vermögenspreise – insbesondere Aktienkurse – zunächst boomten und dann zusammenbrachen, gefolgt von einer mehrjährigen Depression der Realwirtschaft. Im Gegensatz dazu setzte der Übergang vom Real- zum Finanzkapitalismus der Gegenwart schon 1971 ein und war Anfang der 1980er-Jahre vollendet. Die historisch einzigartige Dauer dieser finanzkapitalistischen Phase hat zwei Hauptursachen.

Erstens hat das davor prägende keynesianisch-realkapitalistische Paradigma die Überzeugung verankert, dass die Politik schwere Krise zu bekämpfen hat (anders als 1873 oder 1929 und ungeachtet der neoliberalen „Gegenreformation“). Dementsprechend wurden wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen, um die Folgen der verschiedenen Krisen einzudämmen, von den „Ölpreisschocks“ bis zur Finanzkrise 2008. Zweitens hat noch nie zuvor ein Paradigma so umfassend und lang dominiert wie die Gleichgewichtstheorie seit den 1970er-Jahren. Dass die „freiesten“ Märkte,

die Finanzmärkte, manisch-depressive Schwankungen erzeugen, ist für sie denkunmöglich.

Tatsächlich besteht die gemeinsame und daher systemische Hauptursache der verschiedenen Krisen seit Anfang der 1970er-Jahre genau darin, nämlich in der Abfolge von Bullen- und Bärenmärkten bei Wechselkursen, Rohstoffpreisen, Aktienkursen, Zinssätzen und Immobilienpreisen. Dies soll nun am Beispiel einiger Krisen verdeutlicht werden.

Die beiden „Ölpreisschocks“ 1973 und 1979 wurden zwar durch politische Turbulenzen ausgelöst (Jom-Kippur-Krieg 1973 und die Machtergreifung der Ayatollahs im Iran 1979), die wichtigste ökonomische Ursache lag jedoch in den jeweils vorangegangenen Dollarabwertungen. Diese trafen die Erdölproduzenten des Mittleren Ostens am stärksten, weil sie nur über dieses eine Exportgut verfügten, das in Dollar gehandelt wird. Mit der Aufgabe des Systems fester Wechselkurse entwickelte sich somit ein Verteilungskrieg zwischen den Exporteuren und Importeuren von Erdöl, der in Gestalt von Dollarabwertungen und Ölpreissteigerungen ausgetragen wurde. Da Erdöl kurzfristig unersetzbar ist und die wichtigsten Ölproduzenten im OPEC-Kartell organisiert waren, gelang es ihnen, die Ölpreise viel stärker zu erhöhen als dem Ausgleich des Effekts der Dollarabwertung entsprochen hätte.

Die Rolle der Vermögenspreise („asset prices“) als systemische Krisenursache wird am klarsten durch die Finanzkrise 2008 verdeutlicht. Deren Symptomdiagnose lautete: Banken in den USA hätten immer mehr – auch mittellose – Haushalten den Kauf eines Eigenheims finanziert, begünstigt durch staatliche Förderung und Niedrigzinsen. Die Kreditforderungen der Banken wurden zu Wertpapieren gebündelt und weltweit verkauft. Als die US-Notenbank den Leitzins von 1 % auf 5,25 % erhöhte und die Immobilienpreise zu sinken begannen, kollabierte das Geschäftsmodell, die Wertpapiere wurden zu „Schrottpapieren“ und so hatte die Krise die gesamte Weltwirtschaft erfasst.

Tatsächlich war die große Finanzkrise das Ergebnis von „business as usual“ auf den Vermögensmärkten, speziell der Abfolge von Bullen- und Bärenmärkten und ihren Bewertungseffekten. So machen boomende Aktienkurse alle Aktienbesitzer („auf dem Papier“) reicher, der nachfolgende Bärenmarkt entwertet das „fiktive Kapital“ (Karl Marx). Folge: Bullenmärkte „blasen“ Bilanzsumme und Eigenkapital auf, Bärenmärkte bewirken das Gegenteil (Bilanzverkürzung). Diese Bewertungseffekte stellen die systemische Hauptursache der Finanzkrise dar.

i INFORMATION

Bulle und Bär

[sind] Symbole für positive und negative Kursentwicklungen an der Börse. Der stolze Bulle mit prächtigen Hörnern steht für die längerfristige Aufwärtstendenz oder Hausse, der sich duckende Bär mit gesenktem Schädel für die längerfristige Abwärtstendenz oder Baisse. [...] Die gängigste Erklärung für das tierische Sinnbild leitet sich vom Kampfverhalten der Tiere ab: Der Stier stößt mit den Hörnern nach oben, der Bär schlägt mit seiner Pranke nach unten.

Quelle: Duden Wirtschaft von A bis Z, a. a. O.

Ihre Folgen waren verheerend: Erstens verloren die meisten Banken ihr Eigenkapital und mussten mit öffentlichen Mitteln gerettet werden, die Haushaltsdefizite „explodierten“. Zweitens brach der Konsum, insbesondere langlebiger Güter wie PKW, ein, da deren Neukauf leicht verschoben werden kann. Denn das Aktien- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte verlor massiv an Wert (einschließlich des in Aktien veranlagten Pensionskapitals). Dieser Effekt war in jenen Ländern am stärksten, in denen vor der Krise nicht nur die Aktienkurse, sondern auch die Immobilienpreise geboomt hatten (USA, Großbritannien, Irland, Spanien). Drittens reagierten die Unternehmen darauf mit der stärksten Reduktion ihrer Realinvestitionen der Nachkriegszeit. Da sich der Nachfrageeinbruch bei Haushalten sowie Unternehmen auf Sachgüter konzentrierte, war, viertens, der Welthandel davon besonders stark betroffen.

Die Politik reagierte auf diese außergewöhnliche Krise mit außergewöhnlichen Maßnahmen, insbesondere in Deutschland. Denn die Wirtschaft des „Exportweltmeisters“ wurde durch die Finanzkrise besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Einbruch der PKW-Nachfrage wurde durch die „Abwrackprämie“ aufgefangen, die im internationalen Vergleich einzigartig „großzügige“ Förderung der Kurzarbeit ermöglichte, das Beschäftigungsniveau annähernd zu halten. Damit wurde ein Kurswechsel eingeleitet. Denn auch in den 15 Jahren seit der Finanzkrise hat die deutsche Wirtschaftspolitik eine wesentlich aktivere Rolle gespielt (Sozialleistungen, Energiewende, Mindestlohn, öffentliche Beschäftigung etc.) als in den 15 Jahren vor der Finanzkrise, in denen Deutschland immer mehr zum wirtschaftlichen Nachzügler geworden war.

Zwischen 2002 und 2007 waren die Aktienkurse in den USA um 90 % und die Immobilienpreise um 60 % gestiegen, gleichzeitig hatte ein Boom der Rohstoffpreise

den Wert dieser Vermögen vervierfacht (Abbildung 2). Diese Schaffung von „Papierreichtum“ durch Vermögenspreisinflation beflügelte die Wirtschaft ohne nennenswerte Güterpreisinflation. Ökonomen sprachen von der „great moderation“ und Wirtschaftsnobelpreisträger Robert E. Lucas meinte, der Kapitalismus hätte damit seine Krisenanfälligkeit verloren.

Doch ab Anfang 2007 verloren Aktien, Immobilien und Rohstoffe in weniger als zwei Jahren mehr an Wert als sie in den fünf Jahren davor gewonnen hatten (Abbildung 2). Da die Banken in der Boomphase durch Verringerung ihrer Eigenkapitalquoten ein „großes Rad“ gedreht hatten, hätten sie in wenigen Wochen ihr gesamtes Eigenkapital verloren und mussten von den Staaten gerettet werden.

Mit der „Brille“ der herrschenden Gleichgewichtstheorie bleiben diese Zusammenhänge verborgen. Also machte man ab 2009 weiter wie vorher, nur exzessiver: Seit 2009 sind die Aktienkurse in den USA auf das Siebenfache gestiegen, in Deutschland auf das Vierfache. Gleichzeitig wurde auch Kontinentaleuropa vom Immobilienboom erfasst. Das Wachstum der Realwirtschaft war jedoch das niedrigste der Nachkriegszeit. Denn je attraktiver es wird, Profit durch Höherbewertung von Finanz- oder Immobilienvermögen zu machen, desto schwächer fällt die reale Investitionsdynamik aus.

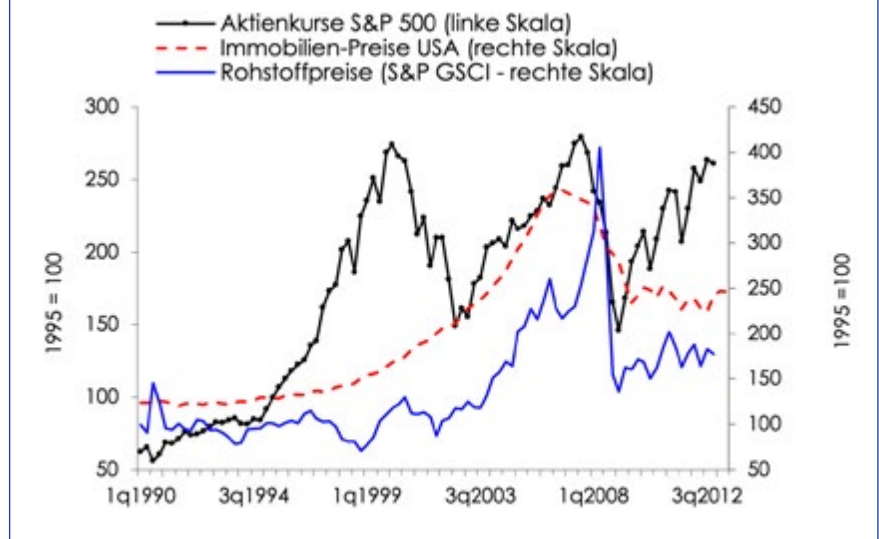
Am Beispiel der Immobilienwirtschaft lässt sich der Unterschied zwischen einer real- und einer finanzkapitalistischen „Spielanordnung“ auf den Punkt bringen: In den 1950er- und 1960er-Jahren machte ein Investor Profit, indem er mehr Gebäude errichtete, im Finanzkapitalismus hingegen, indem er bestehende Gebäude kauft und auf ihre Wertsteigerung setzt.

„Je attraktiver es wird, Profit durch Höherbewertung von Finanz- oder Immobilienvermögen zu machen, desto schwächer fällt die reale Investitionsdynamik aus.“

Allgemein gilt: Realkapitalistische Rahmenbedingungen „belohnen“ unternehmerisches Handeln, finanzkapitalistische Bedingungen das Besitzen.

Nach 2008 versuchte die Geldpolitik, die Wachstumsschwäche durch Niedrigzinsen zu bekämpfen. Dies förderte primär Investitionen in Wertpapiere und Immobilien, deren Kurse bzw. Preise boomten. Der Aufstieg des Rene Benko ist prototypisch: Zu Niedrigzinsen Immobilien kaufen, auf

ABB. 2: BULLENMÄRKTE, BÄRENMÄRKTE UND DIE FINANZKRISE



Quelle: Q: Yahoo Finance (<http://de.finance.yahoo.com/m8>). - <http://www.standardandpoors.com/indices/sp-case-shiller-home-price-indices/en/us/?indexId=spusa-cashpidf-p-us---->

deren Wertsteigerung setzen, entsprechende „Papiergewinne“ ausweisen und noch mehr Investoren gewinnen.

Das Volumen des „Bewertungskapitals“ ist mittlerweile so gigantisch, dass die Geldpolitik mehr auf die Vermögens- als auf die Güterinflation achten muss (seit 1982 sind die Aktienkurse in den USA auf das 40-fache und in Deutschland auf das 35-fache gestiegen). Das zeigte der bisher größte Aktiencrash der Geschichte im März 2020: Nach dem langen Bullenmarkt löste Covid-19 einen globalen Kurssturz um etwa 35 % aus (innerhalb von vier Wochen!). Darauf intervenierten die wichtigsten Notenbanken in einer von US-Notenbankchef Jerome Powell initiierten konzertierten Aktion (durch Aufkäufe von Anleihen, aber auch von Aktien). Durch die (informelle) Zusicherung, eine neuerliche Finanzkrise mit allen Mitteln zu verhindern, motivierten sie die „big players“, wieder einzusteigen. Das rentierte sich: Trotz des schwersten Wirtschaftseinbruchs seit den 1930er-Jahren stiegen die Aktienkurse um etwa 70 %.

Noch wesentlich stärker stiegen die Preise von Erdöl und Erdgas, nicht zuletzt dank einer engen Kooperation zwischen OPEC und Non-OPEC. Schließlich erfasste die Profitlogik der Finanzmärkte alle Gütermärkte: Statt durch Produktionsausweitung wurden die Gewinne durch Preiserhöhungen gesteigert, am stärksten bei den unverzichtbaren Gütern wie Energie, Nahrungsmittel und Wohnen. Die so wiederbelebte Inflation bekämpfen die Notenbanken seit 2022 mit höheren Zinsen. Dies dämpfte den Anstieg der Immobilienpreise und ließ jene Geschäftsmodelle zusammenbrechen, die auf eine permanente Aufwertung ihrer Vermögen und niedrige Zinsen angewiesen sind (wie jenes von Rene Benko).

FAZIT

Ein System, in dem Profitmachen durch Bewertungsänderungen von Finanz-, Immobilien- oder Rohstoffvermögen attraktiver ist als durch Aktivitäten in der Realwirtschaft, wird immer Krisen erzeugen. Eine neue Prosperitätsphase kann es daher nur geben, wenn die „Spielanordnung“ grundlegend geändert und der Kapitalismus so in dreifacher Hinsicht „gebändigt“ würde: Erstens, Unternehmertum in der Realwirtschaft besserstellen als Finanzalchemie, und zwar durch eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte. Zweitens, die steigende Ungleichheit in allen ihren Dimensionen (Einkommen, Vermögen, Bildungschancen etc.) bekämpfen durch Ausweitung und Modernisierung des Sozialstaats. Drittens, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch das gegenwärtige Wirtschaftssystem eindämmen durch eine konsequente, wenn auch langsame Transformation in Richtung auf eine Kreislaufwirtschaft.

„Eine neue Prosperitätsphase kann es daher nur geben, wenn die „Spielanordnung“ grundlegend geändert [...] würde.“

Die Geschichte zeigt: Eine Bändigung des Kapitalismus ist möglich, die Schwierigkeit ihrer Umsetzung ist weniger technischer als ideologischer Natur. Nach Jahrzehnten marktreligiöser Umnachtung wird ein radikales Umdenken der Eliten erst nach einer weiteren Verschärfung der ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Krisen erfolgen.

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Ralf Engel in Zusammenarbeit mit Georg Arnold)

BILDUNGSPLANBEZUG WIRTSCHAFT (LEISTUNGSFACH)

Internationale Finanzmärkte

- (2) die Funktionen der Finanzmärkte für die Volkswirtschaften erklären
- (4) Ursachen von Fehlallokationen und Instabilitäten auf Finanzmärkten [...] erläutern
- (5) Wechselwirkungen zwischen Finanzmarkt und Güter- und Arbeitsmarkt erläutern [...]
- (8) institutionelle Maßnahmen zur Stabilisierung von Finanzmärkten beurteilen [...]

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

- Arbeiten Sie die im Text angegebenen Gründe für den Wechsel der jeweils dominanten Wirtschaftstheorie ab 1848 heraus.
- Erläutern Sie die Ursachen für den Übergang vom Real- zum Finanzkapitalismus der Gegenwart seit 1971. Einen **Lösungshinweis** findet man auf **Moodle Mo1**.
- Erklären Sie ausgehend vom Text, wie die Finanzkrise 2008 sich auf die Realwirtschaft auswirkte.
- „Seit 2009 sind die Aktienkurse in den USA auf das Siebenfache gestiegen, in Deutschland auf das Vierfache. Gleichzeitig wurde auch Kontinentaleuropa vom Immobilienboom erfasst. Das Wachstum der Realwirtschaft war jedoch das niedrigste der Nachkriegszeit.“ Erläutern Sie diesen Zusammenhang.
- Stephan Schulmeister fordert eine neue „Spielanordnung“, um eine neue Prosperitätsphase zu ermöglichen. Entwickeln Sie ausgehend vom Text Lösungsansätze. Einen **Lösungshinweis** findet man auf **Moodle Mo2**.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

Die Finanzmärkte: Diener oder Herren der Realwirtschaft?

- Beschreiben Sie M 1 und stellen Sie Mutmaßungen über Ursachen und Folgen des dargestellten Sachverhaltes an.
 - 2a) Erklären Sie mithilfe von M 2a, wie die realwirtschaftliche und die finanzwirtschaftliche Seite des Wirtschaftens zusammenhängen.
 - 2b) Erläutern Sie die Auswirkungen der unternehmerischen Entscheidungen in M 2b auf die Finanz- bzw. die Realwirtschaft.
 - Vergleichen Sie M 2 und M 3 hinsichtlich der beschriebenen Funktionen der Finanzmärkte für die Realwirtschaft. Eine **Hilfestellung** findet man auf **Moodle Mo3**.
 - „Durch die [...] Finanzialisierung hat sich der Finanzsektor von seiner ursprünglichen Rolle – der Ermöglichung wirtschaftlicher Aktivitäten durch Finanzdienstleistungen – wegbewegt. Er dient nunmehr oftmals dem Abschöpfen von Wohlstand aus der Wirtschaft.“ (M3) Überprüfen Sie diese These anhand von M 4 und M 5, indem Sie auch mögliche Gewinner und Verlierer berücksichtigen.
 - Szenario:** Ein Immobilienunternehmen muss sich entscheiden, ob es in den Neubau eines Mehrfamilienhauses investieren oder ein bestehendes Objekt erwerben soll. Stellen Sie tabellarisch die Überlegungen des Unternehmens sowie der Geschäftsbank als mögliche Kreditgeberin dar. Erläutern Sie die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der jeweiligen Entscheidung (z. B. Wohnungsmarkt [Preise für Immobilien/Mieten], Wachstum, Beschäftigung). Einen **Lösungshinweis** findet man auf **Moodle Mo4**.
- Vgl. Sie dazu auch die Ausführungen von **Aaron Sahr S. 56 ff.** in diesem Heft.
- Die Finanzmärkte: Diener oder Herren der Realwirtschaft?* – Erörtern Sie ausgehend von den vorliegenden Materialien die Fragestellung.
 - Entwickeln Sie Lösungsvorschläge, wie „die negativen Auswirkungen der Finanzialisierung auf dem Wohnungsmarkt durch gezielte Regulierung eingedämmt werden“ (M 4) können. Die **Vorschläge** der Autoren von M 3 finden Sie auf **Moodle Mo5**.

GLOSSAR

Die „**Finanzialisierung**“ des Wohnens bezeichnet einen Prozess, bei dem Wohnungen und Immobilien zunehmend als Finanzanlagen betrachtet werden, bei denen allein der Gewinn im Vordergrund steht. Entscheidungen über Investitionen in Neubau oder Verbesserung des Wohnungsbestandes unterliegen einem strengen Renditedruck.

Quelle: Text der Redaktion

M1 FINANZ- VS. REALWIRTSCHAFT



Quelle: Philippa Sigl-Glöckner: Ein Blick ins Innere des europäischen Finanzgetriebes, Makronom 08.05.2018, <https://makronom.de/je-programm-ebz-wirkung-finanzfluesse-visualisierung-ein-blick-in-das-innere-des-europaeischen-finanzgetriebes-26305> (09.04.2024).



Der Finanzsektor ist dazu da, um Unternehmen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Wir tun das jährlich in einer Höhe von etwa \$250 Milliarden mithilfe von Börseneinführungen und Zweitemissionen. Und was machen wir sonst noch? Wir halten Investoren dazu an, Handel in einer Höhe von rund \$32 Billionen zu betreiben. Nach meiner Rechnung ergibt sich daraus, dass rund 99% von dem, was wir in der Finanzindustrie tun, einzig und allein aus dem Handel zwischen Händlern untereinander besteht, wovon nur der Mittelsmann profitiert. Es handelt sich um eine Verschwendung von Ressourcen.

John Bogle (1929-2019), Gründer der Vanguard Group, in einem Interview 2015



M2a REAL- UND FINANZWIRTSCHAFT

Wie wird aus Geld Finanzkapital?

[...] Geld ist bis heute der gemeinsame Nenner der Finanzmärkte. Möchte man realwirtschaftlich produzieren, so sind Investitionen notwendig, denn jedes größere Projekt braucht Vorbereitungen, etwa Personal, IT oder Maschinen, die zunächst einmal Geld kosten. Ohne Investitionen ist Wirtschaften nicht denkbar. Das bedeutet in der Gegenwart, auf Ressourcen zu verzichten, um dafür zu einem späteren Zeitpunkt wirtschaftliche Vorteile, etwa eine höhere Produktion und damit höheren Absatz, zu erhalten. Wenn man diese Mittel nicht selbst besitzt oder anspart, dann muss man finanzieren. Geldnehmer werden, d. h. in der Gegenwart Mittel leihen und Versprechungen in Bezug auf eine spätere Rückgabe machen. Als Gegenleistung erhält der Geldgeber, der auf gegenwärtigen Konsum verzichtet, eine „Ent-

schädigung“. Beide Parteien schließen einen Finanzkontrakt, einen Vertrag, der Ansprüche, Forderungen und Rechte etwa auf Zinsen regelt. Der Geldgeber wird damit zum Geldanleger oder Finanzinvestor und aus Geld ist als Ergebnis der Investition nun Finanzkapital geworden.

Die erste wichtige Grundform solcher Finanzkontrakte sind Kredite, man spricht hier von Fremdkapital mit Forderungen an den Kapitalnehmer. Meist haben sich Banken darauf spezialisiert, dieses Fremdkapital zu vermitteln. Die zweite wichtige Grundform sind Beteiligungen, d. h. Eigenkapital mit Beteiligungs- oder gar Miteigentumsrechten am Kapitalnehmer. Meist stellen Finanzintermediäre wie Beteiligungsgesellschaften dieses Eigenkapital bereit. Doch Kapitalbeschaffung geht auch ganz ohne Banken oder Intermediäre, auf Märkten: Sowohl

Eigenkapital (als Anleihe) als auch Fremdkapital (als Aktie) werden als Wertpapiere verbrieft. Sie können dann von Investoren an den internationalen Finanzmärkten durch global vernetzte Börsen- IT- Infrastrukturen sehr einfach und in Sekundenbruchteilen ge- und verkauft werden. So ist internationales Finanzkapital und ein globaler Handel mit Finanzkontrakten entstanden. Auch im eigenen Interesse hat die Politik, – fast alle Staaten leihen sich auf den internationalen Finanzmärkten regelmäßig Geld, – diesen Handel durch Deregulierung und eine liberale Finanzpolitik lange Zeit stark begünstigt. Die Dominanz der Finanzmärkte ist heute global spürbar.

Quelle: Johannes Heuser, in: Wirtschaft für die Sekundarstufe II, C.C.Buchner Verlag, Bamberg 2021, S. 419 f.

M2b REAL- UND FINANZWIRTSCHAFT

- Ein Autobauer investiert fünf Milliarden für den Neubau eines Werks.
- Die Manager eines Bekleidungs Herstellers beschließen, nicht in ein neues Logistikzentrum zu investieren. Stattdessen sollen Aktien zurückgekauft werden.
- Die Ankündigung, 3000 Stellen abzubauen, lässt den Aktienkurs eines IT-Unternehmens steigen.
- Aufgrund des günstigen Zinsumfeldes beschließt ein Wohnungsbauunternehmen, deutschlandweit 1000 Wohnungen zu bauen.
- Aufgrund des Kurseinbruchs an der Börse beschließt ein Wohnungsbaununternehmen, höhere Dividenden auszuzahlen.

Quelle: Text der Redaktion

M3 DER FINANZSEKTOR IST ZU GROSS - WARUM EIN AUFGEBLÄHTER FINANZSEKTOR DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT SCHADET, FINANZWENDE RECHERCHE 15.12.2021

[...] Seit dem Beginn der Liberalisierungsära in den 1970ern wurden Finanzmärkte immer stärker dereguliert. In der Folge wurden Teile der Wirtschaft immer mehr der Logik des Finanzsektors unterworfen, was als Finanzialisierung beschrieben wird [...] Die Deregulierung hatte zur Folge, dass die Finanzmärkte im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung stärker gewachsen sind. So hat sich in den letzten 20 Jahren die Größe des Finanzsektors relativ zur Wirtschaftsleistung verdoppelt. [...] Mehr Finanzmarkt führt nicht automatisch zu mehr Wohlstand. Das bestätigen auch Studien des Internationalen Währungsfonds und weiterer internationaler Organisationen. [...]

Viele Finanzgeschäfte finden ausschließlich innerhalb des Finanzsektors statt. Zwar beinhalten solche Geschäfte auch nützliche Aktivitäten wie den Einsatz von Derivaten zur Absicherung von Risiken. Größtenteils bieten sie der Gesellschaft jedoch keinen Nutzen und können sogar destabilisierend sein. Die Selbstbeschäftigung der europäischen Banken wird deutlich, wenn wir ihre Kreditvergabe an Haushalte und Unterneh-

men im Verhältnis zur Gesamtbilanz anschauen. Im Jahr 2021 lag dieser Anteil bei nur 29,9 Prozent. Das bedeutet, dass über 70 Prozent der Aktivitäten der Banken gar nicht auf die Kreditvergabe an Haushalte und die Realwirtschaft ausgerichtet sind. Dabei ist das doch die Hauptaufgabe von Banken. Die Selbstbeschäftigung des Finanzmarkts sehen wir beispielsweise auch bei Derivaten und beim Handel von Wertpapieren im Millisekundenbereich (auch Hochfrequenzhandel genannt).

Durch die eingangs beschriebene Finanzialisierung hat sich der Finanzsektor von seiner ursprünglichen Rolle – der Ermöglichung wirtschaftlicher Aktivitäten durch Finanzdienstleistungen – wegbe- wegt. Er dient nunmehr oftmals dem Abschöpfen von Wohlstand aus der Wirtschaft. Der Private-Equity-Sektor ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür. Das Geschäftsmodell von Private-Equity-Unternehmen besteht darin, Unternehmen zu kaufen, sie umzustrukturieren und später mit Gewinn zu veräußern. Dabei setzen Private-Equity-Unternehmen eine Reihe

von Finanzkonstrukten ein, um Gewinn aus dem erworbenen Unternehmen zu schlagen. Diese Finanztricks haben zum Beispiel im Pflegesektor drastische Folgen. Während die Pflegeunternehmen oft mit Schulden belastet werden, leiden die Qualität der Pflege und die Arbeitsbedingungen der Pflegenden. [...]

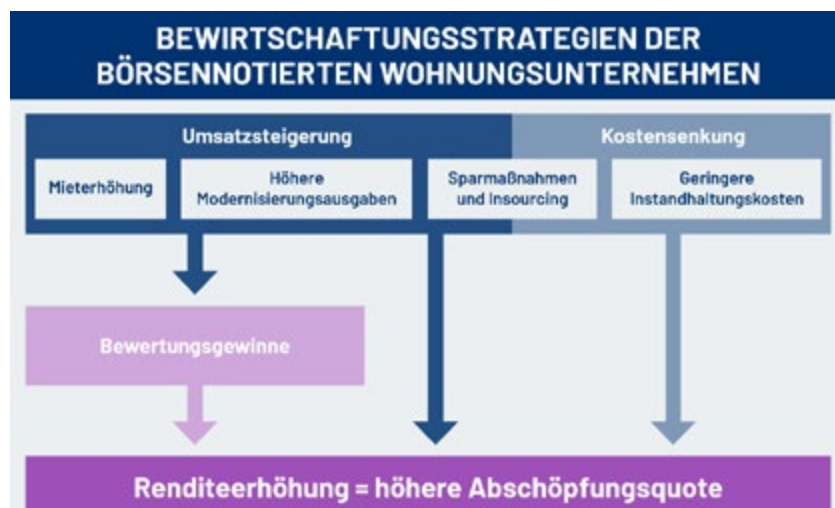
Dabei ist natürlich nicht der ganze Finanzsektor an sich schlecht. Wir brauchen Finanzmarktakteur*innen wie Banken, um unsere Wirtschaft mit Krediten zu versorgen. Wenn der ganze Finanzsektor aber wieder stärker in den Dienst der Realwirtschaft und der Gesellschaft gestellt werden soll, sollte er strenger reguliert werden als heute. Angesichts der vielen illegalen, unproduktiven oder gar schädlichen Finanzmarkttransaktionen gibt es zahlreiche Ansatzpunkte. Eine stärkere Regulierung würde auch mit einer deutlichen Reduzierung der Finanzmärkte einhergehen.

<https://www.finanzwende-recherche.de/unserere-themen/der-finanzsektor-ist-zu-gross/> (09.04.2024).

M4 JORIM GERRARD, UWE ZÖLLNER, MICHAEL PETERS: RENDITE MIT DER MIETE, FINANZWENDE RECHERCHE NOVEMBER 2023

- Entgegen der öffentlichen Selbstdarstellung machen finanzialisierte Wohnungsunternehmen ihr Geld nicht, indem sie neue Wohnungen bauen. Der Neubau bezahlbarer Wohnungen war nie der Fokus ihrer Geschäftsmodelle. In der aktuellen Wohnungs- und Immobilienkrise zeigt sich dies noch deutlicher.
- Die aktuelle Krise zeigt außerdem: Die Finanzialisierung hat den deutschen Wohnungsmarkt instabiler gemacht. Die finanzialisierten Wohnungsunternehmen haben auf große Wertsteigerungen ihres jeweiligen Portfolios gesetzt, um den Unternehmenswert und somit den Shareholder Value zu steigern. Diese Strategie fällt ihnen jetzt auf die Füße. Seit Anfang 2022 sind die Kurse in Folge von Zinswende, Inflation und fallenden Immobilienpreisen rasant abgestürzt. Das bringt die Konzerne stark unter Druck, was sie zu Einsparungen, Wohnungsverkäufen und Mieterhöhungen zwingt.
- Gesellschaftlichen Zielen stehen die finanzialisierten Wohnungsunternehmen eher im Weg: Ihre Geschäftsberichte geben Aufschluss über Kostendruck und die Priorisierung von Aktionärsinteressen über Mieterinteressen – mitten in der aktuellen Wohnungs- und Immobilienkrise und immer dort, wo Wohnraum knapp ist, in den Städten Deutschlands.
- Wie kam es soweit? Große Teile des Wohnungsmarkts, die früher nicht vom Auf und Ab der Finanzmärkte betroffen waren, werden durch die Finanzialisierung zum Anlageprodukt auf den Finanzmärkten. Zwischen 2009 und 2020 ist das jährliche Volumen der von Finanzunternehmen gekauften Mietwohnungen in Europa um mehr als 700 Prozent auf über 60 Milliarden Euro gestiegen.
- Die erhöhten Aktivitäten professioneller Anleger*innen haben einen signifikanten Einfluss auf die Preisentwicklung auf dem Wohnimmobilienmarkt. In Regionen wie Berlin, in denen diese Anleger*innen aktiver sind, steigen die Immobilienpreise in der Regel schneller.

- Rund die Hälfte der Menschen in Deutschland wohnt zur Miete, eine wachsende Anzahl in finanzialisierten Wohnungen. Gerade in Großstädten, in denen der Wohnraummangel und die Preise schnell steigen, sind börsennotierte Unternehmen wie Vonovia und die TAG Immobilien AG immer präsenter und beeinflussen den Markt. Ihr Geschäftsmodell orientiert sich am Shareholder Value: Aktionärsinteressen und eine kurzfristige, hohe Rendite sind wegweisend.
- Die Analyse zeigt: Diese Ausrichtung hat Konsequenzen für die Bewirtschaftung der gekauften Wohnungen. Die Mieter*innen werden oft schlecht betreut und bekommen statt notwendiger Instandhaltung oft nur teure Modernisierungen, die auf die Miete umgelegt werden. Insourcing von Handwerks- und Modernisierungsmaßnahmen ermöglicht maximale Gewinnsteigerung. Zudem sitzen sie oft in Schattenfinanzzentren wie Luxemburg, um Steuern in Deutschland zu vermeiden.
- Die Konsequenz dieser Geschäftspraktiken: eine besonders hohe Abschöpfungsquote



© https://www.finanzwende-recherche.de/wp-content/uploads/Immobilien_Report_20231107-1.pdf (11.04.2024).

fungungsquote. Durchschnittlich 41 Prozent der Miete ging 2021 als Gewinn an die Aktionär*innen der untersuchten Unternehmen. Der Mietmarkt in den betroffenen Regionen erfährt derweil steigende Mieten und Wohnungsknappheit

sowie eine Machtkonzentration der finanzialisierten Unternehmen.

- Die negativen Auswirkungen der Finanzialisierung auf dem Wohnungsmarkt können durch gezielte Regulierung eingedämmt werden.

M5

PETER SEPPELFRICKE: SCHRÖPFEN GIERIGE INVESTOREN DIE REALWIRTSCHAFT?, CAPITAL 02.04.2024

Bei vielen Politikern und Lobbyisten offenbart sich ein gefährliches Halbwissen über Finanzmärkte. Jüngstes Beispiel: „Gewinne werden eher ausgeschüttet als investiert“, so die bekannte Transformationsforscherin Maja Göpel. Als Beleg dient die abenteuerliche Aussage der Bürgerbewegung „Finanzwende“, dass 41 Prozent der Mieteinnahmen der börsennotierten Immobilienkonzerne in Deutschland 2021 an die Aktionäre ausgeschüttet wurden. Man weiß gar nicht, wo man anfangen soll, um diesen verquerten Aussagen zu begegnen.

Zunächst einmal wird ein künstlicher Gegensatz konstruiert. Gewinne ausschütten versus Gewinne investieren sind keine sich ausschließenden (dichotomen) Alternativen. Gewinne werden entweder ausgeschüttet oder einbehalten. Die einbehaltenen beziehungsweise thesaurierten Gewinne erhöhen in Form von Gewinnrücklagen das Eigenkapital (also das Nettovermögen) des Unternehmens. Über die zukünftige Verwendung der Rücklagen – zum Beispiel für Investitionen – kann damit keine Aussage getroffen werden. [...]

Die empirische Analyse [...] der deutschen Immobilienkonzerne liefert eindeutige Ergebnisse. In der jüngsten Immobilienkrise haben die großen börsennotierten Immobilienunternehmen die Ausschüttungsquoten sehr deutlich verringert. Teilweise wurden die Dividendenzahlungen (wie bei der TAG) sogar vollständig eingestellt. Die vermeintlich gierigen Aktionäre haben in der Krise also freiwillig auf Ausschüttungen verzich-

tet (sie stimmen darüber selbst in der Hauptversammlung ab), um die Kapitalbasis Ihres Unternehmens zu stärken.

Die Aussage, dass 41 Prozent der Mieteinnahmen [sic] ausgeschüttet werden, ist folglich veraltet, lässt sich aus den Daten nicht herauslesen und ist auch grob irreführend. Mieteinnahmen verzinsen das gebundene Immobilienvermögen und diese Mietrendite liegt aktuell bei Vonovia bei überschaubaren 5,1 Prozent. [...] An den Instandhaltungsaufwendungen und Erhaltungsinvestitionen haben die Immobiliengiganten dagegen nicht gespart. Im Gegenteil: Konzerne wie Vonovia tätigen umfangreiche Investitionen in Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen, um den Immobilienbestand bis 2045 klimaneutral zu gestalten. Nachhaltigkeitsberichte, ESG-Ratings und das umweltfreundliche Anlageverhalten vieler Aktionäre zwingen förmlich dazu, diese Transformation durchzuführen. Das ist bei privaten oder staatlichen Immobilieneigentümern nicht der Fall.

Es ist grundsätzlich vollkommen in Ordnung, die Geschäftstätigkeit von großen Konzernen kritisch zu hinterfragen. Jeder vernünftige Mensch wird zustimmen, dass das permanente Gewinnstreben der Unternehmen mit passenden Sozial- und Umweltregulierungen in die richtigen Bahnen gelenkt werden muss. Den meisten Unternehmen ist es dabei nur wichtig, dass die Spielregeln im scharfen (internationalen) Wettbewerb für alle gleich sind und die Bürokratie nicht überbordend wird.

Bei objektiver Betrachtung sollte auch den Finanzmarktkritikern auffallen, dass visionäre Aktionäre bei Tesla, Biontech oder Nvidia bahnbrechende Innovationen zum Wohle der Gesellschaft vorantreiben. Leider ist sehr auffällig, dass die innovativen Unternehmen aus den Bereichen Künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Cleantech oder E-Commerce lange Durststrecken (sprich Verluste) fast ausschließlich nur noch am Finanzmarkt in den USA finanzieren können. Mit der „German Angst“ und der verbreiteten Skepsis gegenüber den Finanzmärkten schaufelt man hierzulande leider auch sein eigenes Grab.

Bei näherer Betrachtung sollte auch auffallen, dass börsennotierte Unternehmen selten im Eigentum von kurzfristig agierenden Milliardären sind. Konzerne wie Vonovia befinden sich zu 68 Prozent im Streubesitz, d. h. auch viele Kleinanleger und Mieter des Unternehmens besitzen Aktien und profitieren von den Erfolgen des Konzerns. An der Börse findet man deshalb viel häufiger demokratische Strukturen als außerhalb des organisierten Kapitalmarktes. Die allermeisten Aktionäre üben ihre Eigentumsrechte gewissenhaft aus und achten auf eine nachhaltige und umweltfreundliche Geschäftspolitik.

© <https://www.capital.de/geld-versicherungen/schroepfen-gierige-investoren-die-realwirtschaft--34592258.html> (11.04.2024).

DEUTSCHLAND & EUROPA INTERN

AUTORINNEN UND AUTOREN – HEFT 87

DER BEUTELSBACHER KONSENS IM WIRTSCHAFTSUNTERRICHT: DURCHGÄNGIG PLURAL?



Georg Arnold: Studiendirektor, Abteilungsleiter am Carl-Laemmle-Gymnasium Laupheim



Florian Benz: Studiendirektor, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am ZSL, Lehrbeauftragter am Seminar Esslingen, Remstalgymnasium Weinstadt



Dr. Dirk Ehnts: Ökonom und Autor, lehrt an der Steinbeis-Next Hochschule und an der Torrens University in Australien



Ralf Engel: Studiendirektor, Chefredakteur D&E, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am ZSL, Mörke-Gymnasium Göppingen



Dr. Patrick Kaczmarczyk: Politikonom, Berater, Buchautor



Prof. Dr. Ulrike Knobloch: Professorin für Ökonomie und Gender an der Universität Vechta.



Prof. Dr. Niko Paech: Außerplanmäßiger Professor im Bereich Plurale Ökonomie an der Universität Siegen.



Prof. Dr. Dr. Helge Peukert: Professor für Staats- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Siegen.

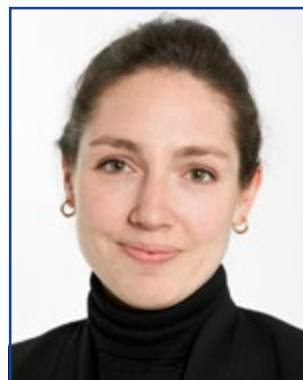
© Juri Steyer



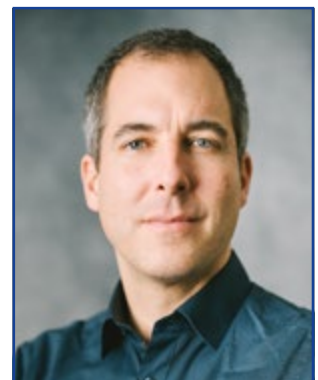
Prof. Dr. Aaron Sahr: Soziologe am Hamburger Institut für Sozialforschung, Gastprofessor am Institut für Soziologie und Kulturorganisation (ISKO) an der Leuphana Universität Lüneburg.



Dr. Stephan Schulmeister: Wirtschaftsforscher und Dozent an der Universität Wien.



Philippa Sigl-Glöckner: Gründerin und Direktorin des Dezernat Zukunft.



Prof. Dr. Till van Treeck: Professor für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen.

Demokratie erinnern

Historisch-politische Identitätsbildung
im deutschen Südwesten

Hrsg. von Bernd Braun, Frank Engehausen,
Sibylle Thelen und Reinhold Weber



lpb

Demokratie erinnern

Historisch-politische Identitätsbildung im deutschen Südwesten

Hrsg.: Bernd Braun, Frank Engehausen, Sibylle Thelen, Reinhold Weber

Die Demokratie wurde den Deutschen nicht in die Wiege gelegt. Sie wurde in einem langwierigen Prozess erstritten und erkämpft. Erinnerung und Gedenken an diese Entwicklung, an die Demokratie und ihre Errungenschaften haben ihre eigene Geschichte.

Dieser Band zeichnet die demokratische Erinnerungskultur im deutschen Südwesten seit Beginn des 19. Jahrhunderts nach und würdigt zugleich die erfolgreiche, aber hart umkämpfte Etablierung einer demokratischen und freiheitlichen Verfassungsordnung.

9 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

LpB-Shops/ Publikationsausgaben

Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart

Telefon: 07 11/16 40 99-0

Öffnungszeiten:

Mo-Do 9 bis 12 Uhr
13 bis 15.30 Uhr
Fr 9 bis 12 Uhr

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55
79098 Freiburg

Telefon: 07 61/2 07 73-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 9 bis 17 Uhr

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22
69117 Heidelberg

Telefon: 0 62 21/60 78-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 10 bis 17 Uhr
Mi 13 bis 17 Uhr

Außenstelle Ludwigsburg

Myliusstraße 15
71638 Ludwigsburg
LUDWIGSBURG@lpb.bwl.de
Shoperöffnung mit
festen Öffnungszeiten
ab Frühjahr 2024 geplant



Für alle, die mehr wissen wollen – die Zeitschriften der Landeszentrale für politische Bildung BW

- **BÜRGER & STAAT**
Zeitschrift für Multiplikatoren politischer Bildung,
www.buergerundstaat.de
- **DEUTSCHLAND & EUROPA**
Zeitschrift für Politik, Geschichte und Wirtschaft,
www.deutschlandundeuropa.de
- **POLITIK & UNTERRICHT**
Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung,
www.politikundunterricht.de

Bestellung oder Download als PDF, kostenlos (ab 500 g zzgl. Versand). Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale:
www.lpb-bw.de/zeitschriften.html

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Druckausgaben neuerer Hefte können Sie (auch im Klassensatz) im Webshop der Landeszentrale www.lpb-bw.de/shop bestellen. Die Hefte sind kostenlos. Ab einem Sendungsgewicht von 500 g wird eine Versandkostenpauschale berechnet. Keine Bestellung per Telefon, Post, Fax oder E-Mail.



Die Ausgaben der Zeitschrift finden Sie im Internet zum kostenlosen Download auf der Seite www.deutschlandundeuropa.de